



# HISTORISCHE STUDIEN

VERÖFFENTLICHT

VON

E. EBERING

DR. PHIL.

---

HEFT XLIX.

PREUSSENS INNERE POLITIK IN ANSBACH UND BAYREUTH IN DEN  
JAHREN 1792 BIS 1797. VON DR. CHRISTIAN MEYER.

---

BERLIN 1904.

# **Preussens innere Politik in Ansbach und Bayreuth**

**in den Jahren 1792—1797.**

---

**Enthaltend die Denkschrift des Staatsministers  
Karl August v. Hardenberg.**

---

Von

**Dr. Christian Meyer**

Staatsarchivar a. D.

---

**Berlin 1904.**

**Nachdruck mit Genehmigung vom  
Matthiesen Verlag, Lübeck**

**KRAUS REPRINT LTD.**

Vaduz  
1965

Reprinted from a copy in the collections of  
The New York Public Library

Printed in the United States of America

Die fränkischen Fürstentümer der Markgrafen zu Brandenburg, nämlich das Fürstentum Kulmbach und Bayreuth und das Fürstentum Ansbach, machten die Burggrafschaft Nürnberg aus, wie solche durch kaiserliche Verleihung entstanden und durch Erbschaft und Kauf nach und nach vergrößert worden war. Die Anfänge der Burggrafschaft Nürnberg reichen höchstwahrscheinlich in das frühe Mittelalter zurück:<sup>1</sup> urkundlich beglaubigt erscheint dagegen die Existenz eines Nürnberger Burggrafen erst in den zwanziger Jahren des 12. Jahrhunderts. Eine ununterbrochene Reihe von Burggrafen aus einer und derselben Familie lässt sich jedoch mit voller Sicherheit erst seit dem Ausgang dieses Jahrhunderts herstellen.

Das früheste uns erhalten gebliebene Privilegium über den Umfang der burggräflichen Rechte ist die Urkunde König Rudolfs vom 25. Oktober 1273, mittelst welcher dieser am Tage nach seiner Krönung den Burggrafen Friedrich III. für seine bei der Königswahl geleisteten Dienste belohnt. Das nächstfolgende Jahrhundert ist dann die Periode, während welcher aus bescheidenen Anfängen heraus nach aussen durch die mannigfachsten Erwerbsnoten die territoriale Bildung der späteren Fürstentümer Bayreuth und Ansbach sich vollzog, während nach innen die Konsolidierung der einzelnen Gebietsteile zu einem einheitlichen Ganzen und die Ausbildung der Landeshoheit des Fürstenhauses vor sich ging. 1398 teilten sich nach letztwilliger Verordnung Burggraf Frie-

---

1. Vgl. hierüber meine Herkunft der Burggrafen von Nürnberg. Ansbach 1889.

drichs V. dessen Söhne Johann III. und Friedrich VI. dergestalt in die burggräflichen Länder, dass jener die oberhalb des Gebirges, dieser die unterhalb des Gebirges belegenen Lande bekam. Burggraf Friedrich VI. wurde 1411 vom Kaiser Sigismund zum Statthalter der Mark Brandenburg bestellt und 1417 mit dieser Markgrafschaft und der Kurwürde erblich belehnt; auch gingen nach seines Bruders Johann III. Ableben (1420) die fränkischen Lande oberhalb des Gebirges auf ihn über.

Kurfürst Friedrich I. verteilte seine Länder durch testamentarische Bestimmung unter seine vier Söhne dergestalt, dass der älteste, Johann, das fränkische Fürstentum oberhalb des Gebirges, der zweite, Friedrich, die Mittelmark mit einem Teil der Altmark Brandenburg samt der Kurwürde, der dritte, Albrecht, das fränkische Fürstentum unterhalb des Gebirges und der jüngste, auch Friedrich genannt, den übrigen Teil der Altmark mit dem Sitz in Tangermünde erhielt.

Kurfürst Friedrich II. überliess, da er keinen männlichen Erben hatte, die Kurmark seinem jüngeren Bruder Albrecht. Als dieser nach dem Tode Johans in den Besitz des ganzen Burggrafentums Nürnberg gelangt war, erliess er im Jahre 1473 eine ewige Erbordnung für sein Haus, vermöge deren die Mark Brandenburg ohne alle Teilung dem Kurfürsten allein zugehören, die Burggrafschaft Nürnberg aber nur zwei regierende Herren haben und einer derselben das Fürstentum oberhalb des Gebirges, der andere das Fürstentum unterhalb des Gebirges besitzen sollte. Als Albrecht 1486 gestorben war, wurde sein ältester Sohn Johann Kurfürst von Brandenburg; der zweite, Markgraf Friedrich d. Ae., bekam das Fürstentum Ansbach und Bayreuth und der dritte, Markgraf Sigismund, das Fürstentum Kulmbach.

Als Sigismund 1495 ohne Erben starb, erhielt der zweite die ganze Burggrafschaft. Aber schon nach seinem Tode fand eine neue Teilung zwischen dessen Erben Al-



brecht (Bayreuth) und Georg (Ansbach) statt. Als Albrecht (Alcibiades) 1557 starb, bekam des zweiten Sohn und Nachfolger, Georg Friedrich, auch das Fürstentum Bayreuth; nach dessen 1603 erfolgtem Ableben aber fielen beide Fürstentümer an die kurfürstliche Linie, da dann des Kurfürsten Johann Georgs zweiter Sohn, Christian, das Fürstentum Bayreuth, der dritte Sohn Joachim Ernst das Fürstentum Ansbach erhielt. Die Bayreuther Linie erlosch 1769, das Land fiel an den Markgrafen Karl Alexander von Ansbach. Da auch dieser ohne Kinder und Seitenverwandte war, so mussten nach seinem Tode die Fürstentümer an die königliche Hauptlinie der Hohenzollern fallen, nachdem noch im Jahre 1752 zwischen der königlichen und den beiden fränkischen Linien ein Hausvertrag abgeschlossen worden war, wonach, falls von drei Linien zwei ausstürben, alle Hauslande unter dem Herrscher der dritten Linie und dessen Primogenitur vereinigt werden sollten. Nur mit Eifersucht und Besorgnis sah Oesterreich den Zeitpunkt herannahen, wo der im deutschen Norden schon übermächtige Rivale seine Macht auch über ein wichtiges süddeutsches Territorium ausdehnen würde. Allein im Teschener Frieden des Jahres 1779 musste es Preussen den eventuellen Anheimgang Ansbach-Bayreuths zugestehen. Unterhandlungen Friedrichs des Grossen mit dem Markgrafen Karl Alexander wegen sofortiger Ueberlassung derselben hatten keinen Erfolg gehabt.

Erst 1791 kam die Abtretung zu Stande. Dieselbe hat eine merkwürdige Vorgeschichte,<sup>2</sup> welche namentlich im Hinblick auf die Persönlichkeit Hardenbergs, der in ihr eine Rolle gespielt hat, nicht ganz übergangen werden darf. Markgraf Karl Alexander war, wie sein Vater Karl Friedrich, früh ohne Neigung mit einer coburgischen Prinzessin verheiratet

---

2. Denkwürdigkeiten des Staatskanzlers Fürsten von Hardenberg, her. v. Leopold von Ranke I, S. 112 folgd.

worden. Sein feingebildeter Geist wie seine lebhaftes Sinnlichkeit blieben seitens seiner stark phlegmatischen und körperlich reizlosen Gemahlin unbefriedigt, weshalb er schon nach kürzester Zeit den Verkehr mit anderen, seiner Natur und seinen Ansprüchen mehr entgegenkommenden Frauen suchte. Die erste, welche einen tieferen und dauernden Einfluss auf ihn gewann, war die berühmte französische Schauspielerin Clairon, die der Markgraf auf seinen Reisen in Paris kennen gelernt hatte, und die er dann nach Ansbach nachkommen liess, wo sie trotz bereits vorgerückten Alters fast zwanzig Jahre lang eine dominierende Rolle gespielt hat. Während ihr Einfluss jedoch ausschliesslich auf das Hof- und Gesellschaftsleben beschränkt blieb, gelang es ihrer Nachfolgerin in der fürstlichen Gunst, Lady Elisa Craven, geborenen Berkeley, auch in Regierungsangelegenheiten und der hohen Politik einen mächtigen Einfluss zu gewinnen. Ihr hochfahrender Stolz brachte sie jedoch schon bald in einen scharfen Gegensatz zu dem Hof- und Beamtenadel, der die Verwaltung des Landes bisher wie seine Domäne zu betrachten gewohnt war. Die Folge davon war eine Entzweiung auch zwischen dem Markgrafen, der völlig am Gängelband der englischen Abenteurerin ging, und seinem Land. Um sich an den ihr verhassten Ministern und Räten zu rächen, sprach sie gelegentlich eines Besuches, den der Markgraf in ihrer Begleitung, als angenommener „Schwester“, dem verwandten Berliner Hof zu Anfang des Jahres 1790 abstattete, den Ministern Friedrich Wilhelms II. den Wunsch aus, dass dem Markgrafen einige preussische Beamte zum Ersatz für seine Minister beigegeben würden. Eben in den Tagen, in welchen diese Frage zur Sprache kam, befand sich Karl August von Hardenberg, damals noch braunschweigischer Minister, in Berlin. Durch den ihm befreundeten Minister Heinitz wurde Hertzberg auf den hannoverschen Staatsmann als den für die fränkischen Verhältnisse geeigneten Mann aufmerksam gemacht. Nach kurzem Schwanken liess



sich Hardenberg zur Annahme des Vertrauenspostens bereit finden. Ende Oktober erschien er zur Uebernahme seiner neuen Stellung in Ansbach.

Vorerst fungierte Hardenberg lediglich als Minister des Markgrafen; neben ihm sollte ein preussischer Ober-Finanzrat (von Bärensprung) das Kassenwesen unter seine Aufsicht nehmen. Dieser entdeckte alsbald eine Menge Ordnungswidrigkeiten, ja Defekte. Der Markgraf wurde durch diese Erfahrung nur noch mehr in seinem Vorsatz des gänzlichen Verzichts auf seine Lande bestärkt. Gegen Ende des Jahres 1790 begab er sich mit seiner Freundin wieder nach Berlin. Am 16. Januar 1791 kam der Vertrag zu Stande. Der Markgraf erklärt in demselben, dass er die nach den Hausverträgen vorbehaltene Wiedervereinigung seiner gesamten Erblande mit der Primogenitur schon bei seinen Lebzeiten vollziehen wolle und der König sie annehme. Der Markgraf behält sich sein Chatullevermögen vor; seine Rente wird auf 300 000 Gulden bestimmt. Die Cession soll am 1. Juni 1791 ins Leben treten. Karl Alexander verliess bald darauf sein Land und eine Bekanntmachung aus Ostende vom 9. Juni 1791 verkündete seinen Untertanen, dass er aus besonderem Vertrauen zu der Rechtschaffenheit und dem treuen Diensteifer des Freiherrn von Hardenberg denselben beauftragt habe, in seinem Namen jede landesherrliche und gesetzliche Gewalt auszuüben. Hardenberg erhielt ein Gehalt von 6200 Taler, 5000 Taler Tafelgelder, die Benutzung der Eremitage bei Bayreuth, Schildwachen vor seiner Wohnung u. a. Emolumente zugesichert. Mit dem Generaldirektorium hatte er nichts zu schaffen. Nur sehr gegen seinen Willen musste er sich einer regelmässigen Berichterstattung an das Kabinetsministerium und dessen darauf erfolgenden Befehlen unterwerfen, da man in den leitenden Berliner Kreisen nicht mit Unrecht meinte, Hardenberg sei selbst als Fremder der Einrichtungen und Ziele der preussischen Verwaltung allzu unkundig, um nicht der gelegentlichen Direk-

tive zu bedürfen. In allen Einzelheiten konnte Hardenberg nach Gutdünken verfahren.

Die Besitzergreifung des Landes vollzog sich in grösster Ruhe; im Namen des Königs nahm Hardenberg die Huldigung entgegen.

---

Beim Uebergange der fränkischen Fürstentümer an die Krone Preussen boten die äusseren Verhältnisse derselben folgendes Bild.

Das Fürstentum Bayreuth<sup>3</sup> setzte sich zusammen aus dem eigentlichen Fürstentum oberhalb des Gebirges und einem Stücke des Landes unterhalb des Gebirges. Das Oberland grenzte ans Hochstift Bamberg, ans Voigtland, die Herrschaft Äsch, an Böhmen, die Oberpfalz und die Reichsstadt Nürnberg. Das Unterland war vom nürnbergischen, ansbachischen, rothenburgischen, schwarzenbergischen und bambergischen Gebiete umgeben. Das Fichtelgebirge trennte beide Teile des Fürstentums.

Das Oberland bestand aus 12 Verwaltungsbezirken: Amtshauptmannschaft Bayreuth und Kulmbach, Oberamt Schauenstein und Helmbrechts, Landeshauptmannschaft Hof, Amtshauptmannschaft der Stadt und Sechsamter Wunsiedel, Oberamt Lichtenberg, Thierbach und Lauenstein, Oberamt Münchberg und Stockenroth, Oberamt Gefrees-Berneck-Goldkronach und Stein, Oberamt Creussen, Oberamt Pegnitz und Schnabelwaid, Oberamt Osternohe und Oberamt Neustadt am Kulm.

Im Unterland waren fünf Verwaltungsbezirke: die Amtshauptmannschaft Erlangen, die Landeshauptmannschaft Neustadt a. d. Aisch, die Oberämter Bayersdorf, Hoheneck-Ipsheim und Neuhof.

---

3. Beide Fürstentümer wurden auch nach der Vereinigung von 1769, ja noch nach der Besitzergreifung durch Preussen als zwei für sich bestehende Reichs- und Kreisstände betrachtet.

Landstände gab es in beiden Fürstentümern; doch beriethen, da der Adel seit dem 16. Jahrhundert auf den Landtagen nicht mehr erschien, auf diesen nur Städte und Bauern. Einberufen werden mussten sie bei Einführung neuer Abgaben und bei Aenderung des geltenden Steuerfusses. Doch erlosch im Laufe des 18. Jahrhunderts, gegenüber dem alles in sich aufsaugenden fürstlichen Absolutismus, das ständische Leben so gut wie völlig: nur in Bayreuth wurden die Stände ab und zu noch einberufen. Eine gewisse Art von Landesvertretung übten die landschaftlichen Kollegien zu Bayreuth und Ansbach aus.

Die evangelisch-lutherische Kirche, die herrschende im Lande, stand unter der Aufsicht eines Generalsuperintendenten und von zehn Spezial-Superintendenten (Bayreuth, Kulmbach, Hof, Münchberg, Wunsiedel, Neustadt a. d. Aisch, Bayersdorf, Erlangen, Dietenhofen und Burgbernheim). Den Reformierten war die gottesdienstliche Uebung gestattet zu Bayreuth, Naila, Wilhelmsdorf, Emskirchen, Münchaurach und Erlangen. Oeffentliche Religionsübung hatten die Katholiken zu Bayreuth und Kulmbach. Der Markgraf gab zu einem Römermonat 329 fl. und zu einem Kammerziele 438 Thlr. 14 $\frac{1}{2}$  Xr. Seine Residenz war Bayreuth, die erste unter den sechs sogenannten Hauptstädten des Fürstentums, der Sitz der Landeskollgien. Fürstliche Schlösser waren ausserdem zu St. Georgen am See, die Eremitage, Sanspareil, Himmekron und Erlangen. Die fürstlichen Landeskollgien waren: Das hohe Ministerium<sup>4</sup> und Geheime Rats-Kollegium, das Regierungskollegium (oberste Justizbehörde), das Hofgericht, das Ritterlehengericht, das Kammerkollgium (oberste Verwaltungsstelle), das Landschafts- und Kommerzien-Kollegium, der Lehnhof, das Konsistorium und das Ehegericht. Das Bergwesen verwalteten die Bergämter zu Goldkronach, Wun-

---

4. Seit der Vereinigung der beiden Fürstentümer bildete die oberste Instanz das fürstliche Ministererium zu Ansbach; dasselbe war die oberste einzige Centralbehörde; am Ende der markgräflichen Zeit zählte es fünf wirkliche Minister und zwei Geheime Räte.

siedel und Naila. 1743 hatte Markgraf Friedrich die Universität Erlangen gegründet. In Bayreuth war ein Collegium illustre und eine Akademie der Wissenschaften, in Hof ein Gymnasium, zu Kulmbach, Neustadt a. d. Aisch, Wunsiedel und Münchberg befanden sich Lateinschulen. Der Markgraf unterhielt eine Leibwache zu Pferde, ein kleines Husaren-corps und zwei Regimenter Fussvolk. Ein Landesausschuss von 65 Kompagnien wurde von den Städten und Aemtern gestellt. Bei der Stadt Kulmbach lag die Bergfestung Plassenburg.

Das Fürstentum Ansbach grenzte an das Bayreuther Unterland, das Hochstift Bamberg, die Reichsstadt Windsheim, das Fürstentum Schwarzenberg und die Herrschaft Seinsheim, das Hochstift Würzburg, die Grafschaft Castell, die Reichsstadt Rothenburg, die Grafschaften Hohenlohe und Limburg, die Reichsstadt Schwäbisch-Hall, die Probstei Ellwangen, die Grafschaft Oettingen, die Reichsstadt Dinkelsbühl, das Herzogtum Neuburg, die Grafschaft Pappenheim, die Reichsstadt Weissenburg, das Hochstift Eichstätt, die Herrschaft Pyrbaum, die Oberpfalz und die Reichsstadt Nürnberg.

Das Fürstentum war in 15 Oberämter eingeteilt (Hofkassenamt Ansbach, Schwabach, Cadolzburg, Burgthann, Roth, Stauf, Gunzenhausen, Hohentrüdingen, Wassertrüdingen, Windsbach, Feuchtwangen, Krailsheim, Kolmberg, Kreglingen und Uffenheim); unter diesen standen wieder Vogt-, Richter- und Stadtvogteiämter sowie die Verwaltungen ehemaliger Klöster. In kirchlicher Beziehung zerfiel das zur evangelisch-lutherischen Lehre sich bekennende Land in neun Dekanate (Krailsheim, Feuchtwangen, Gunzenhausen, Langenzenn, Leutershausen, Schwabach, Uffenheim, Wassertrüdingen und Weimersheim). Die Katholiken hatten zu Treuchtlingen eine Kirche. In Schwabach hatten sich reformierte Franzosen (Refugiés) niedergelassen, die ihre eigene Kirche und freie gottesdienstliche Uebung hatten. Hier und zu Fürth

genossen auch die Israeliten Religionsfreiheit. Zu Ansbach gab es ein Gymnasium, Lateinschulen zu Schwabach, Roth, Gunzenhausen, Wassertrüdingen, Krailsheim, Feuchtwangen und Uffenheim. In Fürth hatten die Juden eine berühmte Gelehrtschule.

Das Fürstentum Ansbach gab zu einem Römermonat 329 fl. und zu einem Kammerziele 338 Thlr.  $14\frac{1}{8}$  Xr. Die Landeskollegien waren dieselben wie im Fürstentum Bayreuth. Auch in Ansbach fehlte es an einer landständischen Verfassung. Die landesfürstlichen Einkünfte schätzte man ähnlich wie in Bayreuth auf ungefähr 1 Million fl., unter welcher Summe aber vermutlich das Einkommen des Markgrafen aus der Grafschaft Sayn-Altenkirchen mit begriffen war. Die Militärmacht bestand aus einer Leibwache zu Pferde und einem Fussregiment von 7 Kompagnien. Als Landesfestung fungierte die Bergfestung Wülzburg oberhalb Weissenburg. Ausser in der Residenzstadt Ansbach gab es fürstliche Schlösser zu Triesdorf, Bruckberg, Schwaningen und Roth.

Die beiden Fürstentümer zählten auf  $115\frac{3}{4}$  Quadratmeilen — die Grösse Bayreuths verhielt sich zu der von Ansbach wie 4 zu 3 — etwa 420 000 Seelen, so dass durchschnittlich auf die Quadratmeile 3625 Menschen kamen, während in der preussischen Monarchie nur 1570, also noch nicht die Hälfte, durchschnittlich auf der Quadratmeile wohnten. In Bayreuth freilich wechselte mit fettem schwarzen auch steiniger und sandiger Boden im Gebirge, allein dafür baute man dort auf Gold und Silber, Eisen und Kupfer, Zinn und Blei, brach Serpentin und Marmor, hatte wichtige Glas-, Baumwollen- und sonstige Fabriken. Ansbach dagegen war durchgehends überaus fruchtbar, so dass man es die Kornkammer Frankens hiess; wirklich wohnten in diesem kleinen Fürstentum mehr Menschen als in dem grösseren Bayreuth.



Die Stimmung der Bevölkerung der beiden Fürstentümer gegenüber dem neuen preussischen Regiment konnte im allgemeinen als eine demselben sympathische bezeichnet werden. Freilich hatte die Schlaffheit der früheren Regierung auch eine gewisse Milde derselben nach sich geführt, bei welcher die grosse Mehrheit der Bevölkerung sich ganz behaglich fühlte. Man hatte sich nicht gegen lästige Abgaben empört, denn man war an sie gewöhnt und sah sich zur Entrichtung derselben nicht mit Strenge angehalten. Das Verhältnis der Untertanen zum Herrscher war mit einem Worte jenes gewesen, welches man als das „patriarchalische“ zu rühmen pflegte. Es stand zu erwarten, dass es unter dem strammen preussischen Regiment manche Einbusse erleiden werde, namentlich durch manche übelberufene preussische Einrichtung, insbesondere die Strenge des Kriegswesens und die Quälereien der Acciseverwaltung. Mit banger Besorgnis sah man namentlich der Aufhebung der glänzenden Hofhaltung, welche gerade den ärmeren Klassen viel Verdienst und noch mehr direkte Unterstützung verschafft hatte, entgegen. Trotz alledem glaubte man die neue Aera mit grossen Erwartungen und Hoffnungen begrüssen zu dürfen. Der grössere Staat versprach den Beamten noch grössere Aussicht auf Anerkennung und Beförderung; namentlich die Offiziere wiegten sich in dem stolzen Gefühl, nunmehr der glänzendsten und ruhmreichsten Armee des ganzen Jahrhunderts anzugehören.

Was am meisten dazu beitrug, die Stimmung der Bevölkerung der Fürstentümer zu einer für Preussen günstigen zu machen, war der Ruf, welcher dem Mann vorangegangen war, in dessen Händen jetzt zunächst das Schicksal dieser Landschaften vom König gelegt worden war. Er pries Hardenberg als einen kenntnisreichen, einsichtsvollen, überaus wohlwollenden und unermüdlich tätigen Mann, und bald nach dem persönlichen Erscheinen des Ministers zweifelte man so wenig an der vollkommenen Wahrheit jenes Rufes, dass

sich Hardenberg um die Zeit des Regierungswechsels bereits durch das allgemeine Vertrauen der Landbevölkerung geehrt sah. Schonungslos ergossen sich öffentliche Blätter in Schmähungen über den Markgrafen und seine Geliebte, aber keines wagte den Ruf des neuen Ministers anzutasten. Nachdem Karl Alexander seine Staaten für immer verlassen hatte, trat Hardenberg im November 1791 eine Reise nach Berlin an; bei seiner Rückkehr erwies man ihm in allen Städten der Fürstentümer die einem Regierenden gebührenden Ehrenbezeugungen.<sup>5</sup> Die fast zauberhafte Wirkung seiner Persönlichkeit musste sich in den fränkischen Fürstentümern womöglich noch steigern, weil man hier von der Leutseligkeit eines Ministers, welche dem geringsten Bürger und Bauer nicht weniger als dem Vornehmen und Reichen zu statten kam, bisher nichts kennen gelernt hatte. Hardenbergs Haushalt in Ansbach war weniger glänzend, als er in Braunschweig gewesen war, aber in jenem wie in diesem bewegte man sich, bei vollkommenster Wahrung höchsten Anstandes und feinsten Sitte, in wohlthuender Freiheit von jedem belästigenden Zwange. Hardenberg war seit einigen Jahren in zweiter Ehe vermählt mit Sophie von Lenthe, einer Dame von ebenso grosser Schönheit und Geistesbildung als herzwinnender Natürlichkeit des Gefühls. Wirt und Wirtin wetteiferten in dem Bestreben, ihren Gästen den Aufenthalt in ihrem Hause

5. Eifersüchtig war insbesondere Ansbach bemüht, in feierlicher Begrüssung des „Geliebten“ nicht hinter Bayreuth zurückzubleiben. „Als Hardenberg“ — berichtet hierüber ein Zeitgenosse — „von der Vereidigung der Dienerschaft von Bayreuth wieder (nach Ansbach) kam, zogen ihm Deputirte von der Bürgerschaft, die ersten Beamten der Stadt an ihrer Spitze, über eine Stunde zu Pferd entgegen und überreichten ihm abermals ein Gedicht. Bei Fackelglanz und unter lautem Jubel des Volkes zog Hardenberg in Ansbach ein. Einige, an deren Häusern er vorbeifahren musste, erleuchteten diese. Der grosse freie Platz vor seiner Wohnung war dicht mit Menschen besät, die ihm mit ihren Blicken entgegen hingen. Noch spät in die Nacht hinein zog man schaarenweise vor seiner Wohnung vorüber und jubelte ihm zu“.

so anziehend als möglich zu machen. Aber auch weitere Kreise erhielten Gelegenheit, die leutselige Art des Ministers kennen zu lernen; namentlich seine häufigen Rundreisen durch das Land dienten dazu. Ein gewandter Reiter, pflegte er dieselben mit einem feurigen Engländer zurückzulegen, gefolgt von Räten, Amtmännern, Forstleuten, Schulzen und Anderen, die sich dem Zuge freiwillig anschliessen mochten. Auf den Anhaltepunkten umstanden ihn gewöhnlich in einem weiten Kreise, zu welchem Jedermann Zutritt hatte, die Pfarrer, Schullehrer und Bauern der Umgegend. Der Minister vernahm ihre Beschwerden und Gesuche, er richtete bald ein ermahnendes, bald ein ermunterndes, tröstendes, immer aber ein freundliches Wort an die Hilfesuchenden, sie legten in seine eigenen Hände ihre Bittschriften, welche, sobald der Minister nach Ansbach zurückgekehrt war, vor allen anderen Arbeiten erledigt werden mussten. Bei Beginn der schönen Jahreszeit pflegte er seinen Wohnsitz nach Bayreuth oder vielmehr nach dem nahe dabei gelegenen Lustschloss. Eremitage zu verlegen, dessen altfranzösische Gartenanlagen auf seine Anordnung nach englischem Style umgewandelt wurden.

Die Beamtenstellen liess Hardenberg anfänglich mit gutem Vorbedacht in den Händen derselben Männer, die sie bisher innegehabt hatten; nur drei Männer, den Geheimsekretär Koch, den Bibliothekar Albrecht und den Kriegsrat Scharnweber<sup>6</sup> hatte er mit sich nach Franken gebracht. Die Einführung der preussischen Verwaltung wurde mit grösster Umsicht vorbereitet. Die inländischen Gewerbe, unter denen namentlich der Betrieb der Gerberei und die Wollenmanufakturen eine wichtige Stelle einnahmen, wurden auf jede Weise gefördert. Eine völlige Umwandlung erfuhr das Forstwesen und der Bergbau des Fichtelgebirgs. Um den letzteren

---

6. Scharnweber gab diese Stellung auf, als Hardenberg nach Berlin zurückkehrte, zog sich zunächst ins Privatleben zurück und trat später als Staatsrat in den preussischen Staatsdienst zurück. Er gehörte stets zu dem engsten Vertrautenkreis Hardenbergs.

machte sich namentlich der damalige Kammerassessor Alexander von Humboldt verdient, welcher durch Hardenbergs Vermittlung als Bergwerksdirektor nach Bayreuth kam und dort mit dem Minister in engem freundschaftlichen Verhältnisse, wie noch viele Jahre nachher in vertraulichem Briefwechsel gestanden hat. Er richtete Bergschulen ein, für die er die Lehrbücher schrieb; für die höhere bergmännische Laufbahn liess man junge Leute auf der Akademie in Freiberg studieren. Die Bergämter wurden konstituiert. Der Nutzen all' dieser Mühewaltung blieb nicht aus. In Bayreuth gewann man jährlich für 400 000 fl. Bergprodukte, von denen zwei Dritteile ins Ausland gingen; hauptsächlich Eisen, dann Vitriol und Alaunschiefer, ein wenig Gold und Silber. Im Ansbach'schen gab es nur etwas Alaunschiefer.

Natürlich konnte es bei allem Wohlwollen Hardenbergs nicht ausbleiben, dass manche Massregeln der neuen Regierung, namentlich solche, bei denen es sich um Vermehrung der Staatseinkünfte handelte, Missfallen erregten. Die Verpflichtung der Gemeinden, den königlichen Truppen Wohnung und Verpflegung zu gewähren, wurde im Jahr 1794 aufgehoben, dagegen unter dem Namen „Servis- und Fouragegelder“ dem Lande eine Abgabe auferlegt, von welcher Niemand befreit bleiben und die von Grundstücken und Gewerben nach dem landschaftlichen Steuerfuss mit 6  $\frac{0}{10}$ , von der Besoldung der Staatsbeamten mit 1  $\frac{0}{10}$  erhoben werden sollte. Die Unzufriedenheit, welche diese Auflage hervorrief, war allgemein. Das Gleiche galt von den neueingeführten sogenannten Wildpretabtragsgeldern, von den Landleuten die Hirschensteuer genannt, zu welcher die erste Veranlassung in dem ganz enormen Wildstand lag, den die markgräfliche Regierung, um der Jagdlust der Landesherren zu fröhnen, zur furchtbaren Plage der Landleute hatte aufkommen lassen.<sup>7</sup> Nach der preussischen Besitzergreifung des

7. Um das Wild einigermaßen von den Aeckern abzuwehren hatten die Ansbacher Bauern allein jährlich über 60 000 fl. an Wildhüter bezahlt.

Landes war eine grosse Menge Wild zur Beseitigung dieses Uebelstandes niedergeschossen worden, behufs Deckung des Ausfalles aber, welchen hierdurch die Jagdeinkünfte erlitten, wurden die von Wildschaden befreiten Grundstücke mit jener Auflage belastet und damit ein Schutz bezahlt, den man gewiss nicht mit Unrecht von der Regierung ohne weiteres fordern zu dürfen glaubte. Es wurde daher die Entrichtung dieser Steuer an manchen Orten so hartnäckig verweigert, dass sie nur durch Zwangsmittel und mehr als einmal nur mit Hilfe bewaffneter Macht erreicht werden konnte. Uebrigens wurde für die fränkischen Fürstentümer unter Hardenbergs Verwaltung noch ein Wildgesetz erlassen, welches als eine grosse Wohltat angesehen und durch Prägung einer Denkmünze gefeiert wurde.

Eine grosse Menge mühseliger und wenig dankbarer Geschäfte ergab sich für Hardenberg aus dem Verhältnisse, in welches Preussen durch seinen Eintritt in die Reihe der fränkischen Kreisstände getreten war. Die Burggrafen von Nürnberg hatten, wie andere kleine deutsche Fürsten, ihr Gebiet allmählig durch einzelne Erwerbungen vergrössert, ohne an Abrundung des Ganzen denken zu können, weil innerhalb der Marken ihres Gebietes manche einzelne Reichslehne und Reichsallodien lagen, deren Besitzer, Bischöfe, Reichsstädte, Reichsritter, für sich in diesen Orten dieselbe Landeshoheit und Reichsunmittelbarkeit in Anspruch nahmen und geltend machten, welche ihnen in ihren anderweitigen Besitzungen unbestritten zustand. Schon zur markgräflichen Zeit hatte dieses Verhältnis zu langwierigen Streitigkeiten geführt, immer aber war bisher den Besitzern solcher eingeschlossener Landstriche, bald durch Verträge, bald durch reichsgesetzliche Erkenntnisse, die Reichsunmittelbarkeit von neuem zugesichert worden, wonach es denn in den Fürstentümern einzelne Ortschaften gab, in welchen dem Markgrafen, obwohl ihm sogar die gutsherrlichen Rechte zustanden, nichtsdestoweniger die Landeshoheit von fremden --



zuweilen drei oder vier — Ständen streitig gemacht wurde. Die nachtheiligen Folgen eines solchen Verhältnisses für die allgemeine Wohlfahrt liegt auf der Hand. Sie bestanden zunächst darin, dass die heilsamsten Verordnungen der Landesherren in jenen eingeschlossenen Landstrichen und Ortschaften, die offenbar einen Staat im Staate bildeten, gar nicht zur Ausführung gelangten und denjenigen Untertanen, welche sich einer Gesetzübertretung schuldig gemacht hatten, ein immer offener Schlupfwinkel gesichert war. Ausserdem zog aber diese Unsicherheit des landesherrlichen Rechts einen endlosen Schriftenwechsel und vielfache reichsgerichtliche Prozesse unausbleiblich nach sich, welche überall die Tätigkeit der Landesbehörden dergestalt in Anspruch nahmen, dass darüber die eigentlichen Landesangelegenheiten vernachlässigt werden mussten.

Als nach der Besitznahme der Fürstentümer an den Marken derselben die Hoheitszeichen der neuen Regierung aufgepflanzt worden waren, liessen die eben erwähnten Verhältnisse bald allerlei Widerspruch und Beschwerden laut werden. Sei es indess, dass der damalige Reichskrieg die Anwendung von Gewaltmassregeln gegen die Widerstrebenden verhinderte, oder dass der König Bedenken trug, durch solche die ungünstige Stimmung, die sich bereits gegen ihn in Deutschland gebildet hatte, zu einer entschieden feindlichen zu machen — die Angelegenheit wurde damals nicht weiter verfolgt. Hardenberg erliess unterm 17. März 1792 ein beschwichtigendes Schreiben, in welchem zuvörderst ausgesprochen wird, dass der König nicht verdächtigt werden dürfe, seine Macht zur Vergrösserung seiner Herrschaft in Franken gebrauchen zu wollen, oder von Mindermächtigen ein Opfer zu verlangen. Der König wolle in der fraglichen Angelegenheit mit Unparteilichkeit, Mässigung und Grossmuth verfahren wissen, es hätten daher die obersten Landeskolegien in den Fürstentümern bei den in Rede stehenden Untersuchungen und bei Darlegung der Ansprüche des könig-

lichen Hauses lediglich auf das Recht und ihre Ueberzeugung zu sehen und aller politischer Rücksicht sich zu enthalten. Am Schluss wird jedoch die Erklärung beigefügt, dass der König nicht gesonnen sei, wirklich erwiesene Rechte aufzuopfern.

Diese Sachlage änderte sich mit dem Eintritt des bisherigen Jenenser Professors Theodor Kretschmann in den preussischen Staatsdienst im Jahre 1794. Derselbe hatte sein bei Saalfeld gelegenes Rittergut Kaulsdorf, dessen landesherrliche und oberlehnsherrliche Botmässigkeit nach Aussterben des Hauses Mansfeld an Brandenburg gekommen war, an den König von Preussen verkauft und demselben dabei zugleich Urkunden und anderweitige Mittel an die Hand gegeben, die bisher zwischen Bayreuth und Coburg streitig gewesene Landeshoheit zu Gunsten des ersteren entschieden zu sehen. Kretschmann sah sich infolge dessen genötigt, Jena schleunigst zu verlassen, fand aber eine sehr günstige Aufnahme bei Hardenberg, der ihn zum Regierungsrat in Bayreuth beförderte, weil er in ihm den Mann erkannte, dessen geschichtlicher Rechtskunde es am ehesten gelingen könne, die in Frage stehende verwickelte Angelegenheit zu ordnen. Rüstig ging Kretschmann an die mühevolle Arbeit, bei welcher er von seinem Kollegen Wipprecht und dem Plassenburg-er Archivar Lang unterstützt wurde. Zur Hauptaufgabe hatte sich Kretschmann gemacht, durch eine vollständige Sammlung betreffender Urkunden und anderer geschichtlicher Zeugnisse den Nachweis zu liefern, wie die einzelnen Teile der fränkischen Fürstentümer nach erster kaiserlicher Verleihung durch Kauf, Vertrag, Lehensverhältnisse, die erworbene Advokatie über die Klöster und durch die spätere Säkularisation derselben erworben worden seien und wie sodann durch Hausverträge und fürstliche Stammteilungen das Band eines allgemeinen Staatsfideikommisses um das Ganze geschlungen worden sei. Das grösste Gewicht legte er in dieser Beziehung auf die bekannte dispositio Achillea vom Jahre 1473, durch welche die Erbfolge der Fürsten des Hau-

ses Brandenburg bestimmt und zugleich angeordnet wurde, dass die fränkischen Stammlande und die Mark Brandenburg der Gesamtheit jenes Hauses in der Art zustehen sollten, dass von allem, was an Land und Leuten, Schlössern und Städten Albrecht Achilles hinterlassen würde, nichts je verpfändet oder verkauft werden dürfe.

Nach Vollendung der Arbeit wurde zunächst dem Fürstbischof von Eichstätt eröffnet, dass der König von Preussen die Verträge, welche die früheren Markgrafen mit seinen Vorgängern geschlossen hätten, für unverbindlich erachte, weil diese ohne Zustimmung des Kurhauses abgeschlossen worden seien. Ebenso wurden die Reichsritter der Umgegend aufgefordert, ihrer Reichsunmittelbarkeit zu entsagen, endlich auch an die Reichsstädte Nürnberg, Dinkelsbühl, Windsheim und Weissenburg, sowie an mehrere Fürsten von Hohenlohe, an den Fürsten von Oettingen-Spielberg und an mehrere Grafen und Herren die Forderung gestellt, einzelne Teile ihrer Gebiete, als früher zu den brandenburgischen Fürstentümern gehörig, abzutreten. Allen diesen Eröffnungen und Anforderungen waren Vergleichsvorschläge beigelegt, welche der Fürstbischof von Eichstätt seinerseits entschieden abwies, während die übrigen Beteiligten sie zur Einleitung eines Schriftwechsels benützten, ohne dass jedoch vorerst eine Entscheidung der Streitfrage herbeigeführt worden wäre, da Hardenberg sich bald nachher für längere Zeit aus den Fürstentümern entfernte, um im Auftrag seines Monarchen die Friedensverhandlungen mit der französischen Republik zu leiten.

Erst im Sommer 1795, nach Abschluss des Baseler Friedens, kehrte Hardenberg nach Franken zurück. Die Fürstentümer hatten während seiner Abwesenheit sich der vollsten Ruhe und Sicherheit erfreuen dürfen. Die Stürme des Krieges hatten eine grosse Anzahl reicher Flüchtlinge aus dem südlichen Deutschland in den Fürstentümern ein Asyl suchen lassen, und die Flüchtlinge, unter ihnen die fürstlichen Fa-

milien von Nassau-Weilburg, Isenburg und Stolberg, konnten, da sie, wenn auch nur vorübergehend, den Wohlstand des Landes mehrten, nur eine sehr willkommene Erscheinung sein. Dasselbe galt, wenn auch in weit geringerem Grade, von Scharen französischer Flüchtlinge, welche des Mitleids der Deutschen sich nur zu oft unwürdig zeigten und auf die sittlichen Zustände in den Fürstentümern vielfach einen nachteiligen Einfluss ausübten.

Zunächst beschäftigte den zurückgekehrten Minister die Umgestaltung der Landesverwaltung nach preussischem Muster. Während der markgräflichen Zeit hatte sich in die Oberleitung der Geschäfte eine Reihe von Behörden unter verschiedenen Namen geteilt: an die Stelle aller dieser Behörden, namentlich des Hofgerichts zu Bayreuth und des burggräflichen Landgerichts zu Ansbach, traten jetzt für die Verwaltung zwei Kriegs- und Domänenkammern, für die Justiz zwei Regierungen.<sup>8</sup> Der Vizepräsident des Berliner Kammergerichts, Kirchheim, führte die Neuerung durch, deren Angemessenheit schon durch die eine Tatsache erwiesen wird, dass seit der Neuorganisation keine einzige Appellation an die Reichsgerichte mehr erging.

Landstände waren nur in Bayreuth bestehen geblieben und zwar auch hier lediglich in untergeordneter Stelle. Denn die Ritterschaft hatte schon im 16. Jahrhundert sich ein für alle Male mit der Regierung wegen der Steuern verglichen, die auf ihre Untertanen selbständig umzulegen sie das Recht erlangt hatte. In der Ständeversammlung waren also nur die städtischen Magistrate übrig geblieben, hier wie allerorten im Deutschland des 18. Jahrhunderts schwach und einflusslos. Hardenberg aber nahm der bleibenden Deputation dieser Stände, dem Landschaftskollegium, auch das Recht der Steuerverwaltung, übertrug letztere der Kriegs-

---

8. Organisationspatent vom 3. Juli 1795 und Ressortreglement vom März 1797.

und Domänenkammer und liess den Ständen nur die illusorische Befugnis der Rechnungsprüfung. Und selbst dieser Schatten einer Landesvertretung wurde trotz wiederholter Bitten unter Friedrich Wilhelm II. gar nicht einberufen. Allein Hardenberg machte, was wichtiger war, auch der trotzigsten Widerspenstigkeit der zumal in Bayreuth überaus zahlreichen Ritterschaft ein Ende, die mit Hilfe des Kaisers und der Reichsgerichte sich nicht allein das Besteuerungsrecht ihrer Untertanen, sondern auch Befreiung der letzteren vom Militär, Freiheit von allen Abgaben zu militärischen Zwecken, Zollfreiheit, den grössten Teil der Gerichtsbarkeit und damit eine fast reichsunmittelbare Stellung erworben hatte. Hardenberg erkannte diese den brandenburgischen Hausgesetzen zuwiderlaufenden Verhältnisse nicht an, zwang den Adel zur Unterwerfung, zog ihn zu den Steuern, militärischen Pflichten und übrigen Landeslasten heran und suchte ihn durch persönliche Bevorzugung, durch Anstellung in den Landesgerichten und dergleichen zu entschädigen.

Die Mitaufsicht über die Erlanger Universität und die übrigen Unterrichtsanstalten des Landes übertrug der König dem berücktigten Vater des Religionsediktes, Wöllner, ebenso diesem die alleinige Aufsicht in Religionssachen. Das fränkische Landesministerium hatte seinen Sitz in Ansbach, und Hardenberg hielt sich, zumal in den Wintermonaten, meistens dort auf. Bei der Besetzung jener Behörden wurde von ihm sorgfältig jener unendlich nachteilige Missgriff vermieden, welcher die preussische Regierung in ihren neuen politischen Erwerbungen die Inländer von öffentlichen Aemtern fast durchgängig ausschliessen und die erledigten Stellen nach persönlicher Gunst mit Beamten besetzen liess, welche aus den älteren preussischen Landen, zumeist aus Schlesien stammten und von welchen ein grosser Teil durch Hochmut, Selbstsucht und Unredlichkeit die Erbitterung der Untertanen gegen die neue Regierung wachrief. Den entgegengesetzten Weg schlug Hardenberg in den Fürstentümern ein. Zwar



zog er in den Dienst derselben ebenfalls manche Beamte der älteren Landschaften des Königreiches, aber es geschah in der Regel mit sorgfältigster Auswahl der Würdigsten, und unter diesen Beamten finden wir daher viele, deren Verdienste eine spätere Zeit rühmlichst anerkannt hat. Alexander von Humboldt ist in diesem Bezuge schon genannt worden; wir können hier seinem gefeierten Namen noch die Langermanns, Schuckmanns, Schultzs, des unter anderem durch seine Verbindung mit Göthe bekannten nachmaligen Staatsrats von Hänlein, Naglers, Altensteins u. a. beifügen. Aber Hardenberg liess es sich zugleich angelegen sein, diejenigen eingeborenen Beamten, welche durch Fähigkeit und Pfllichteifer empfohlen waren, dem Dienste zu erhalten, beziehungsweise zu befördern. Zu vortragenden Räten in seinem Ministerium wählte er Schmidt, den vormaligen vertrautesten Ratgeber des Markgrafen Alexander, und den obengenannten durch reiche wissenschaftliche Bildung ausgezeichneten Hänlein, zu anderen höheren Landesstellen den scharfsinnigen Senatspräsidenten Wipprecht, den unermüdlich tätigen Vizepräsidenten von Völderndorf, den philosophisch hochgebildeten Konsistorialrat Kapp und den kenntnisreichen Archivar Lang, dessen spätere Schilderung der ministeriellen Tätigkeit Hardenbergs um so ehrender für diesen ist,<sup>9</sup> je

9. Wir lassen hier Langs eigene Worte (Memoiren II, Seite 15) folgen: „Denjenigen, der nur kleine deutsche, steife, schulmeisterliche, hinter einem halben Dutzten Thüren verschlossene und von Bettelvolk belagerte Minister kennt, ist von der Lebenswürdigkeit und Zugänglichkeit Hadenbergs kein Begriff zu geben. Er lauschte seinen Untergebenen ordentlich in den Mienen ab, was ihnen genehm sein könnte, nahm Kenntnis von ihren innersten häuslichen Verhältnissen, kam wo er irgend einen von seiner Lage gedrückt glaubte mit Vorschüssen und Remunerationen entgegen und konnte beinahe empfindlich darüber werden, wenn ein solcher zu verstockt war, sich ihm anzuvertrauen. Er liess jeden möglichst in das Fach übergehen, wo er am liebsten arbeitete, riss wider Willen, oder ohne grosse Verbesserung Niemand aus seinen Verhältnissen; wo er abschlagen musste, suchte er ängstlich etwas Anderes auf, was einstweilen trösten oder entschuldigen

schwerer Lang auf die meisten andern Zeitgenossen die Geißel seines Spottes fallen lässt. Im Bureau des Ministers arbeiteten Kraker und Koch, späterhin Jordan.

An die Stelle der bisherigen Amtshauptmannschaften und Oberämter traten Kreisdirektorien und Kammerämter. Das allgemeine Landrecht nebst der Gerichtsordnung war bereits am 1. Januar 1796 in den Fürstentümern eingeführt worden, am 21. März jenes Jahres folgte das „Kanton Reglement“, am 1. August die einstweilige „Sporteltaxe“ und am 15. April 1797 ein Stempel-Edikt“. In Fürth wurde ein königliches Bankkomptoir errichtet, das schon 1795 einen Umsatz von 1 381 000 fl. hatte.

Ganz besondere Fürsorge wandte Hardenberg der Landesuniversität Erlangen zu. Schon am 7. Februar 1791 war eine königl. Kabinetsordre ergangen, welche dieselbe von dem allgemeinen Verbot des Besuchens fremder Universitäten ausnahm, dafür konnten die Studenten aus Ansbach und Bayreuth nunmehr auch die preussischen Hochschulen beziehen. Die Universität Erlangen besass damals einen Fond von 150 000 fl. und jährliche Einnahmen im Betrage von 26 688 fl.

---

konnte, doch hatte er nicht selten die kleine neckende Bosheit, Leute mit ihren schriftlichen Bitten an einen oder den andern seiner obersten Räte, besonders Kraker und Koch zu verweisen, welche zu ihren Entschliessungen sich den Normaltypus gewonnen hatten: „findet nicht statt“. Wenn nun die Leute mit solchen vom Minister selbst unterschriebenen Dekreten höchst betroffen wieder vor ihn kamen, so sprach er; „Ja da sehen Sie — so ist der Kraker, — so ist der Koch, — das sind doch ganz erschreckliche Menschen! Aber lassen Sie's nur gut sein, gehen Sie mit diesem Manne da (damit rief er einen aus seiner Kanzlei Umgebung) hinab zur Kasse; er wird dem Kassier sagen, dass er ihm alsbald das oder das bezahlen, und mir das Dekret alsdann zur Unterschrift nach der Hand vorlegen soll“. Durch solche Massregeln setzte er sich gegen seine Bureauchefs, als gegen Solche, die Andern nichts Gutes gönnten und auch nichts vermochten, in Vorteil und schreckte die Andern ab anderswo eine Protektion zu suchen als bei ihm selbst. Denn bei aller Herzensgüte war er eifersüchtig auf seine Autorität“.

oder 15 197 $\frac{1}{3}$  Taler. Von dieser Summe wurden 1825 fl. auf die Anstalten der Universität, 5191 $\frac{1}{5}$  fl. auf Pensionen, Stiftungen und Nebenausgaben verwendet; Lektoren, Exerzitienmeister und Beamten nahmen 3341 $\frac{1}{2}$  fl. in Anspruch. Von den übrigen 16 050 fl. erhielten 27 Professoren Gehälter, so dass auf jeden durchschnittlich nicht ganz 600 fl. kamen. Am höchsten war das Gehalt in der theologischen Fakultät, wo jeder durchschnittlich 908 fl. bezog; dann kamen die Juristen mit 740, die Mediziner mit 700 fl. Der Ordinarius der philosophischen Fakultät hatte durchschnittlich nur 579 fl., der besoldete Extraordinarius nur wenig über die Hälfte. Dieser Zersplitterung der Geldmittel bis zu ganz unzureichenden Besoldungen entsprach der Charakter des Lehrkörpers. Bei der Uebernahme der Universität durch Preussen im Jahre 1792 befanden sich dort 20 ordentliche und 10 ausserordentliche Professoren. Zumal die philosophische Fakultät zählte nicht weniger als 13 Professoren. Aber fast alle diese waren untergeordneter Natur, mit Ausnahme etwa des Philologen Harles und des Juristen Glück, ferner Klübers, der aber seinen bedeutenden Ruf als Staatsrechtslehrer erst später begründete, endlich des Statistikers, Kurfst- und Litteraturhistorikers Meusel, der damals schon unter allen Erlanger Professoren der berühmteste war. Besser sah es mit den Anstalten der Universität aus, welche die liebevolle Fürsorge der fränkischen Hohenzollern für ihre Landeshochschule dartaten. Hier war ein trefflicher botanischer Garten, ein wohlausgestattetes philologisches Seminar, ein Prediger-Seminar, ein klinisches Institut, ein Naturalienkabinet, ein anatomisches Theater; die Bibliothek war gut dotiert. Die Frequenz betrug durchschnittlich 300.

Die Besserung bezw. Erhaltung aller dieser Verhältnisse liess sich Hardenberg ganz besonders eifrig angelegen sein. Eine Reihe ausgezeichneten Gelehrter (u. a. der Mediziner Erhard, der Anatom Hildebrand, der Philosoph J. G. Fichte), wurden von ihm dahin gezogen. Der Etat der Universität

wurde um 3000 fl. auf 29 743 fl. vermehrt. Ein für das gesamte Schulwesen der Fürstentümer von ihm im Jahre 1797 entworfener Reorganisationsplan scheiterte leider an den Kosten des Unternehmens.

Den konkurrierenden Einfluss Wöllners bei der Verwaltung der geistlichen und Unterrichts-Angelegenheiten wusste er mit grossem Geschick zu paralysieren; wir stossen nirgends auf eine Spur von Bedrückung oder Hemmung der Geister. Allerdings wurden im Jahre 1792 auch in den Fürstentümern der Presse Beschränkungen auferlegt, doch waren diese lediglich solche, wie sie durch die namentlich im südlichen Deutschland höchst schwierigen Zeitverhältnisse vorgeschrieben wurden.<sup>10</sup>

Das Militär, das der Markgraf Karl Alexander auf Grund einer von ihm eingeführten Konskription gehalten hatte, bestand in einer garde du corps von 100 Husaren, einiger Artillerie, kleinen Infanterie- und Invaliden-Kommandos zu Erlangen, Plassenburg und Wülzburg, 264 Mann Kavallerie und vorzüglich in 3 Bataillonen Grenadiern, Füsilieren und

---

10. Verfügung Hardenbergs vom 31. Januar 1792: „Unserem Zeitalter war es vorbehalten durch eine übel verstandene Aufklärung die Grundpfeiler der Staaten zu erschüttern und den Völkern Unglück und Verderben statt einer vorgespiegelten Freiheit bereitet zu sehen. Besonders befehlissen sich verschiedene deutsche Schrittsteller, die gefährlichen Grundsätze der Revolution auch in ihrem Vaterlande zu verbreiten um sich Anhänger zu erwerben, worunter einige so weit gehen, dass sie sich Urteile erlauben, welche den Königsmord entschuldigen oder gar billigen. Wir können daher nicht genug Aufmerksamkeit mit Schriften empfehlen, welche Revolutionen begünstigen oder Neuerungen in den Regierungsformen anpreisen. Was zu einer andern Zeit ganz unschädlich ist und durch kluge Anwendung dem Staate nützlich sein kann, wird gegenwärtig Gift, da so viele Köpfe durch Neuerungssucht und unmässiges Emporstreben verrückt sind. — Bestimmte Vorschriften lassen sich hierüber nicht erteilen. Eure Vorsicht muss zwar gegen die Verbreitung gefährlicher Grundsätze verdoppelt werden, sie muss aber mit einer vernünftigen Freiheit, zu denken und seine Meinung öffentlich zu äussern, Hand in Hand gehen“.

Jägern, zusammen in etwa 2800 Mann. Davon hatte der Markgraf nach der damaligen Weise kleiner Fürsten, ihre Herrschaftsrechte möglichst gewinnreich auszunützen, im Jahre 1790 den Holländern die drei Bataillone mit etwa 1400 Mann gegen sogenannte Subsidien zur Verwendung in Amerika überlassen. Sie machten daher dem Lande keine Kosten, mussten diesem oder vielmehr seinem Fürsten noch Geld einbringen. Eine solche Einrichtung war natürlich mit den Grundsätzen der preussischen Regierung unverträglich. Das Militärwesen der Fürstentümer wurde daher einer Reform unterworfen, wodurch die im Lande stehenden Militärkräfte auf etwa 6000 Mann erhöht wurden. Zur Verpflegung derselben mussten aus den Revenüen der Fürstentümer jährlich etwa 250 000 Taler an die General-Kriegskasse eingesandt werden, wobei dieselbe jedoch noch jährlich über 100 000 Taler Zuschuss zu leisten hatte, um das fränkische Militär zu erhalten. Im Jahre 1797/98 wurden aus der fränkischen Hauptkriegskasse 331 441 Taler 12 Gr. 7 Pf. abgetragen, worunter 249 632 Taler 5 Gr. 5 Pf. einen Beitrag zur Militär-Verpflegung und die übrigen 81 809 Taler 6 Gr. 5 Pf. den Ersatz für alte, von der General-Kriegskasse übernommene fränkische Militärpensionen bildeten. Es hatte die General-Kriegskasse dabei in diesem Jahre aus den Mitteln der alten Provinzen noch 123 605 Taler 9 Gr. 7 Pf. für die militärische Besatzung der Fürstentümer zuzuschüssen,

Die Zubusse, welche hiernach bei dem Besitze der Fürstentümer regelmässig stattfand, wurde auch durch keine Ueberschüsse, welche die Dispositionskasse bezogen hätte, genügend ausgeglichen. Im Rechnungsjahr 1796/97 wurden zwar auf einmal 243 285 Taler 17 Gr. 1 Pf. aus den aufgesammelten Beständen der fränkischen Kassen an die Dispositionskasse abgeführt, es war dies aber auch die erste Einnahme, welche zu dieser Kasse aus den fränkischen Fürstentümern überhaupt einging. Für das Jahr 1797/98 ergab sich zwar wieder etatsmässig ein Ueberschuss von 80 000



Talern, welcher jedoch nicht zur Dispositionskasse eingezogen wurde, sondern für Festungsbau extraordinär zur Verwendung kam. Von sonstigen Einkünften, welche aus den Fürstentümern herfloßen, ist schliesslich nur noch der geringfügige Gewinn zu erwähnen, den die General-Lotterie-Administration aus einem von ihr zu Ansbach errichteten Lotto unmittelbar bezog.

Zugleich mit der erwähnten Neugestaltung der Landesbehörden wurde der seit der Abwesenheit Hardenbergs ruhende Streit über die Hoheitsrechte der Krone Preussen in den Fürstentümern wieder aufgenommen. Man erneuerte zuvörderst die schon erwähnte Anforderung an die Stadt Nürnberg, und als diese von dem Reichshofrath mehrere Mandate und Strafandrohungen gegen Preussen erreicht hatte, wurde von dieser Seite erklärt, diese Mandate seien erschlichen und es könne ihnen daher keine Folge gegeben werden, vielmehr werde unverzüglich das bis an die Stadtthore reichende, der Landeshoheit des Kurhauses Brandenburg zustehende Gebiet in Besitz genommen werden. Vergebens bat eine Deputation der Reichsstadt um Aufschub dieser Gewaltmassregel gegen die Zusicherung, dass die früher verlangten Vergleichsvorschläge in den nächsten Tagen übergeben werden würden. Hardenberg erwiderte, dass es nach dem bestimmten Befehl des Königs nicht in seiner Macht stehe, eine Abänderung der Massregel zu verfügen. Auch rückten wirklich bereits am 4. Juli 1796 bei Tagesanbruch zwei preussische mit Geschützen versehene Husarentruppen gegen die Stadt vor, vertrieben die Wachtposten, hieben die verschlossenen Tore zweier Vorstädte ein und zwangen die Stadt- und Kreissöldner zum Abzug. Die Vorstädte wurden hierauf für den König von Preussen in Besitz genommen und von den Bewohnern der geforderte Huldigungseid geleistet.

Wir übergehen hier die Verhandlungen mit den übrigen in Betracht kommenden Kreisständen und konstatieren ledig-

lich, dass mit den Fürsten Hohenlohe-Neuenstein, Oettingen-Spielberg, Hohenlohe-Schillingsfürst, Hohenlohe-Waldenburg-Bartenstein, sowie den Grafen Giech, Pappenheim und Reuss in der nächsten Zeit Verträge im preussischen Sinn zu Stande kamen.

Andere Kreisstände, wie namentlich der Fürstbischof von Würzburg, lehnten dagegen die preussischen Forderungen ab, ohne dass es jedoch Hardenberg jetzt für rätlich hielt, mit Gewalt gegen diesen vorzugehen. Dagegen wurden die unmittelbaren Reichsritter zur Huldigung aufgefordert, ihre Gerichtshalter zur Prüfung vorgeladen, die Entrichtung der Steuern an andere als preussische Behörden untersagt und auf die zum Kriegsdienste Verpflichteten das Kanton-Reglement angewendet. In gleicher Weise wurde mit den beanspruchten Teilen der Hofstifter Bamberg und Eichstätt verfahren, und von dem deutschen Orden die Uebergabe mehrerer Besitzungen, namentlich der Orte Ellingen und Virnsberg verlangt. Nach der wiederholten Weigerung des Hoch- und Deutschmeisters Erherzog Maximilian Franz von Oesterreich, die ihm gemachten Vergleichsvorschläge anzunehmen, beschloss Hardenberg, nunmehr auch hier ohne weitere Rücksicht vorzugehen. Es wurden also in den beanspruchten Gebieten Steuern eingefordert, von den Beamten und Untertanen Eidesleistung verlangt und die Aushebung von Dienstmannschaften eingeleitet. In Ellingen führte dieses Verfahren zu offener Empörung: die preussischen Adler wurden von durchziehenden österreichischen Truppen unter dem Jubel der Bürgerschaft herabgerissen, die Leute schmückten sich mit dreifarbigem Hutschleifen, bewaffneten sich, riefen die Bevölkerung der Umgebung zur Hilfe herbei und versuchten ernstlich, sich der Aushebung zum Kriegsdienste zu widersetzen. Als jedoch eine Abteilung preussischer Truppen vor Ellingen anlangte, entfiel den Bürgern der Mut, sie öffneten auf drohende Aufforderung die verschlossenen Stadttore und fügten sich in die Anordnungen

der zur Untersuchung des ganzen Herganges der Sache abgesandten Regierungsbeamten.

Seltsam gestaltete sich die Lage dieser ganzen Angelegenheiten in Betreff der Stadt Nürnberg. Diese hatte vier Wochen nach der preussischen Besetzung der Vorstädte einen Teil der in den fränkischen Kreis eingedrungenen französischen Sambre- und Maas-Armee als Freund in ihre Mauern aufgenommen, sah sich aber sofort von ihnen mit unerhörten Forderungen aller Art belastet und musste sogar einige ihrer angesehensten Bürger als Geisseln fortführen sehen. Im Drange dieser Verhältnisse wandte der Rat von Nürnberg sich hilfesuchend an Hardenberg und erreichte auch durch Vermittlung des Ministers, dass der französische Befehlshaber der Stadt einen Aufschub der weiteren ihr angedrohten Gewaltschritte bewilligte; überdies eröffnete ihr Hardenberg die Aussicht auf ein Darlehen aus königlichen Kassen. Wider Vermuten liess nun die Annäherung österreichischer Truppen die Franzosen schleunigst Nürnberg räumen. Doch blieb die Furcht vor ihrer Rückkehr und bewirkte jetzt ohne Hardenbergs weiteres Zutun, dass die Stadt ihre Bereitwilligkeit erklärte, sich der Krone Preussen zu unterwerfen. Der dieserialb von dem Minister mit der Stadt vereinbarte Unterwerfungsvertrag fand jedoch in der zwölften Stunde nicht die königliche Genehmigung.

Die Verhandlungen mit den fränkischen Kreisständen fanden, um hier mit diesem Kapitel zu Ende zu kommen, ihre endliche Erledigung darin, dass Preussen insgesamt einen Untertanenzuwachs von 26 446 Seelen erhielt.

Die Tätigkeit Hardenbergs in den fränkischen Fürstentümern, wenigstens die an Ort und Stelle wirkende unabhängige, fand ein unerwartetes Ende durch das Ableben Friedrich Wilhelms II. und die Thronbesteigung seines Nachfolgers Friedrich Wilhelm III. Zwar durfte er sich auch von seiten des Sohnes des gleichen Wohlwollens, wie seitens des Vaters, erfreuen, doch liess sich der junge König von

den Neidern Hardenbergs am Berliner Hof, unter denen der Minister von Haugwitz obenanstand, dahin überreden, dass es im Interesse der Zentralisierung der Staatsgewalt, sowie einer sparsameren und einfacheren Verwaltung läge, die grossen Vollmachten, die Hardenberg zur Zeit der Erwerbung der fränkischen Fürstentümer bewilligt worden waren, aufzuheben. Die Justizverwaltung derselben wurde daher jetzt dem Justizministerium, die geistlichen Angelegenheiten dem Oberkonsistorium untergeordnet, die Finanzangelegenheiten dem General-Direktorium überwiesen, und Berlin von jetzt an der Wohnsitz des Ministers, welcher nur als Mitglied jenes Direktoriums und Vorstand einer fränkischen Abteilung desselben mit den Angelegenheiten dieser Landschaft betraut bleiben sollte. Was er unter den erwähnten Umständen noch für das Wohl jener Fürstentümer zu tun vermochte, hat er redlich getan. Er bewirkte, dass in die neuerrichtete fränkische Abteilung des Generaldirektoriums zwei seiner erprobtesten Mitarbeiter, Koch und Schaper, als geheime Ober-Finanzräte und seine beiden geheimen expedierenden Sekretäre, Nagler und Beyer, als vortragende Räte eintraten. Weiter wusste er die Errichtung einer eigenen, in Ansbach domilizierten, unmittelbar von ihm abhängigen Behörde für alle Grenz- und Landeshoheitssachen, die ritterschaftlichen Angelegenheiten und die Lehenssachen, ebenso die Schul- und Stiftungsverwaltung durchzusetzen. Unter diesen sogen. „zweiten Senat“ wurden beide Fürstentümer gestellt. Die einflussreichsten Stellen in denselben wurden mit Männern besetzt, welche sich Hardenbergs volles Vertrauen längst erworben hatten und daher in dessen Geiste fortzuwirken versprochen. So blieb namentlich Schuckmann als erster Präsident der beiden Kammern und beider Senate in Ansbach und Bayreuth zurück, Hänlein wurde Vizepräsident des zweiten Kammersenats, Kraker zweiter Direktor bei der Ansbacher, Kretschmann dasselbe bei der Bayreuther Kammer.

Als Hardenberg im Sommer 1797 die fränkischen Fürstentümer verliess, boten dieselben nach allen Richtungen das Bild lachender Blüte dar. Seit dem Baseler Frieden bildeten sie eine neutrale Oase in den sie rings umtosenden Kriegswirren; kein Wunder, dass die Erzeugnisse ihres Ackerbaues und Gewerbefleisses für lohnende Preise in die Nachbarländer gingen. 1797 wurden in Ansbach-Bayreuth Fabrikate für 3 740 839 fl. hergestellt, von denen für nicht weniger als 2 657 864 fl. oder  $\frac{5}{6}$  exportiert wurden; besonders die Baumwollfabrikation mit mehr als einer Million und die Strumpfweberei mit 240 000 fl. Ertrag blühten lebhaft. Im ganzen beschäftigte die Textilindustrie 22 000 Arbeiter und 4000 Stühle. Das Geld war so reichlich vorhanden, dass der gewöhnliche Zinsfuss nur 4  $\frac{0}{10}$  betrug. So waren denn auch die Staatseinnahmen, ohne Erhöhung des Steuersatzes, von 1 323 000 auf 1 800 000 Taler gestiegen und trugen nicht unwesentlich zur Erleichterung der preussischen Militärlasten bei. Die landesherrlichen Schulden waren um etwas mehr als 240 000 Taler vermindert worden; freilich betrugen sie fast noch 2 400 000 Taler, für die jährlich 95 457 Taler Zinsen bezahlt werden mussten. Indess im ganzen war das Land blühend und wohlhabend wie nie zuvor. Es war ein erfreulicher Gegensatz gegen die polnische Erwerbung. Die rücksichtslosen Erbtheile des preussischen Regiments mochten wohl einzelne empfindlich drücken und Aeusserungen der Unzufriedenheit und Abneigung veranlassen: im ganzen aber fühlte sich die Bevölkerung so wohl, um nicht mit wachsender Anhänglichkeit an ihr neues grösseres Vaterland sich zu erfüllen.

Hardenberg blieb auch nach der Verlegung seines Amtssitzes nach Berlin in lebhaftem persönlichen Verkehr mit dem ihm teuer gewordenen Frankenlande. Wiederholt besuchte er die früheren Stätten seines Wirkens, um sich persönlich von dem Fortgang seiner Schöpfungen zu überzeugen. Aber auch jetzt ruhte der Neid und die Bosheit seiner Gegner

nicht. Man hinterbrachte dem König, dass sein Minister in Ansbach von dem Mark des Landes einem üppigen und verschwenderischen Leben nachginge. Aber der zweimalige mehrwöchentliche Aufenthalt Friedrich Wilhelms III. und seiner Gemahlin in Franken während der Jahre 1801 und 1803 liess diese gehässige Verleumdung in nichts zersterben. Schon der Anblick der schönen Landschaften machte auf das Königspaar den günstigsten Eindruck, der noch vermehrt wurde durch die überall sichtbaren Spuren eines allgemeinen Wohlstandes und einer durch alle Bevölkerungsklassen gleichmässig verbreiteten Zufriedenheit. Als sich vollends der König überzeugte, welch uneigennützigem und edelmütigen Gebrauch Hardenberg die ganzen Jahre hindurch von seinen Amtseinkünften und seinem Privatvermögen gemacht hatte, wich das Misstrauen, dem Friedrich Wilhelm III. bekanntlich stets leicht ausgesetzt war, wieder der früheren vollen Gunst.

Wir lassen jetzt die im Berliner Geheimen Staatsarchiv aufbewahrte Denkschrift, welche Hardenberg bei seinem Weggang über seine dortige Tätigkeit verfasste, wortgetreu und in ihrem ganzen Umfang folgen. Ueber die Bedeutung sowohl für die Charakteristik des berühmten Staatsmannes als für die Geschichte des Ansbach-Bayreuther Landes brauchen wir hier kein Wort zuzufügen: sie ist eine Geschichtsquelle allerersten Ranges. Benutzt ist sie insbesondere von Philippson in seiner Geschichte des preussischen Staatswesens seit dem Tode Friedrich des Grossen und von Ranke in der Einleitung zu seiner Ausgabe der Denkwürdigkeiten Hardenbergs. In eben diesen ist auch ein kleiner Abschnitt unserer Denkschrift zum ersten Male veröffentlicht.



**Preussens innere Politik in Ansbach und  
Bayreuth in den Jahren 1792—1797.**



## § 1.

Der gegenwärtige Aufsatz hat den Zweck, eine kurze Uebersicht von dem Zustande der Fürstenthümer Ansbach und Bayreuth zu liefern und zugleich Rechenschaft abzugeben, wie solcher im Anfang des Jahres 1792 bei dem Regierungsantritt Seiner Königlichen Majestät war, und wie er itzt im Jahre 1797 ist. Er soll kurz zeigen, was während dieser fünf Jahre geleistet wurde und geleistet werden konnte. Nicht gering waren die Hindernisse, mit denen man zu kämpfen hatte, um die Preussische Verfassung, so weit es das Lokal erlaubt, einzuführen und diejenige Ordnung hervorzubringen, wovon der Grund nun glücklich gelegt ist. Theils lagen sie in der Sache selbst und vorzüglich in den verwickelten Verhältnissen, darin man sich in Absicht auf die allenthalben unrechtmässig beschränkten landesherrlichen Befugnisse über die Insassen befand, theils in den Unruhen des Kriegs, wodurch schon am Ende des Jahres 1792 die Grenzen der beiden Fürstentümer bedroht wurden, und in meinen nachher erfolgten, bis zum Junius 1796 fast ununterbrochen fortgedauerten Abwesenheiten im Königlichen Dienst, zu Frankfurth bey der Armee, in Basel, Berlin u. s. w. Indes glückte es mir im Sommer 1795 bei einer Anwesenheit von einigen Wochen an letzterem Orte, des Königs Majestät den Plan zur Organisation der Landes-Kollegien verlegen zu können und sowohl die höchste Genehmigung desselben als die Anordnung der so nöthigen Justiz-Reform zu be-

Eingang.

wirken. Der Vice-Praesident Kircheisen<sup>1</sup> besorgte solche mit dem besten Erfolg.

Im Winter 1796 wurden hierauf die Verhältnisse mit den Nachbarn und Insassen, nach einer vorher angestellten gründlichen archivalischen Untersuchung, im Ansbachischen durch den Geheimen Rath Haenlein, im Bayreuthischen durch den Geheimen Regierungsrath Kretschmann, mit dem Kabinets-Ministerium geprüft, und nun die Grundsätze von des Königs Majestät in einer ausführlichen Instruktion festgesetzt, nach welcher die Landeshoheits-Rechte behauptet werden sollten. Dadurch ward ich in Stand gesetzt, während des Sommers 1796 nach solcher mit festem Schritt zu verfahren, die Conscription besorgen zu lassen, die Organisation der Untergerichte und Amtsstellen vorzunehmen und endlich Finanz-Etats zu entwerfen, die zur Grundlage der künftigen Verwaltung dienen können und deren zweckmässige Aufstellung bisher nicht möglich war.

Im Jahre 1792 überreichte ich des Königs Majestät einen Abriss der Verfassung der Brandenburgischen Länder in Franken. Er war aber, wie ich schon damals mit Anführung der Ursachen erinnerte, mangelhaft und bedarf nun mancher Berichtigung.

## § 2.

A. Allgemeine  
Verhältnisse.  
1. Lage und  
Flächeninhalt.

Die beigelegte Carte zeigt die Lage der Fürstenthümer Ansbach und Bayreuth, oder des Burggrafthums Nürnberg, wie solche im publizistischen Sinne eigentlich heissen. Mitten in Deutschland nehmen sie beynahe die ganze östliche Seite des fränkischen Kreises von Sachsen bis Bayern, in einer Länge von etwa dreissig deutschen Meilen ein. Nur durch das Nürnbergische Gebiet wird der oberländische Theil des

---

1. Friedrich Leopold v. K. (1749—1825), Vicepräsident des Berliner Kammergerichts.

Fürstenthums Bayreuth in einer Strecke von 2 bis 3 Meilen von dem unterländischen und dem Fürstenthum Ansbach getrennt. Die Breite ist nicht beträchtlich; sie beträgt von Osten nach Westen höchstens 10 bis 12, oft nur 4 bis 8 Meilen und weniger. Eine Kette ansehnlicher Kalkberge, davon westlich ein grosser Theil Bambergisch, Nürnbergisch und oberpfälzisch ist, vom Thüringer Walde gegen Bayern ziehend, trennt, so weit sie durch diese Länder geht, das rechts liegende obergebürgische Fürstenthum von dem untergebürgischen. Sie enthält die Vorberge des höheren und aus Gneus und Granit bestehenden Fichtelgebürgs, dessen höchste Punkte 3680 Fuss über der Meeresfläche,  $2\frac{1}{2}$  Meilen rechts von Bayreuth gegen Böhmen und die Oberpfalz der Schneeberg und der Ochsenkopf sind.

Man nennt das Bayreuthische das obergebürgische Fürstenthum, Burggrafthum oberhalb Gebürgs, weil dessen gröster Theil in diesem Gebürge liegt, ohnerachtet etwa ein viertel desselben ausser solchem sich fast bis an den Mayn erstreckt, nordwärts vom Ansbachischen, welches das Untergebürgische Fürstenthum genannt zu werden pflegt.

Nach der durch den verstorbenen Major Hofmann mit Beihülfe des geschickten Artillerie-Lieutenants Stierlein vorgenommenen Vermessung des obergebürgischen Theils des Bayreuther Fürstenthums enthält solches 42 Quadrat-Meilen, das Bayreuther Unterland  $15\frac{1}{4}$  und das Ansbachische  $58\frac{1}{4}$  Quadrat-Meilen, beides letztere nach einem ungefähren Ueberschlag auf der Vetterischen, sich auf eine 1717 geschehene Vermessung gründenden, itzt aber in manchem Betracht nicht ganz zutreffenden Carte. Also überhaupt machen beide Fürstenthümer nur  $115\frac{3}{4}$  Quadrat-Meilen aus.

### § 3.

Zwischen den 48sten und 51sten Graden nördlicher Breite und 27sten und 30sten östlicher Länge, würde das Klima Clima und natürliche Beschaffenheit.

weniger rauh seyn, wenn nicht das hohe Gebürge im Bayreuther Oberlande und die Lage des ebenfalls grossen Theils aus waldigen Hügeln und engen Thälern bestehenden Ansbachischen den mildern Einfluss des Himmelsstrichs hemmte. Jedoch ist dieses der Fruchtbarkeit keineswegs hinderlich. Selbst die höchsten Gegenden des Fichtelgebürgs bringen die schönsten Feldfrüchte und die Rothbuche hervor, und die westlicheren haben bei dem schönsten fetten Boden auch stärkern Ackerbau und erzielen bei wärmerem Klima Wein, auch mehre Obst. Die hohen Berge des Oberlandes wechseln mit angenehmen Thälern ab, fast allenthalben erblickt man Cultur und mahlerische Gegenden. Das Unterland hat zwar sehr verschiedenen Boden und ist zum Theil, insonderheit um Nürnberg, Schwabach, Roth, Windsbach etc. sandig. Indes ist auch der Sand dort selten ganz unfruchtbar und an vielen Orten, z. B. um Nürnberg sehr cultivirt.

#### § 4.

##### 8. Flüsse.

Am Fichtelgebürge entspringen, ausser andern unbeträchtlichen Flüssen, der weisse Main, welcher sich unterhalb Culmbach mit dem gleichfalls in diesem Gebürge entspringenden, von Bayreuth kommenden rothen Main vereinigt und dann unter dem Namen Mayn durch Franken dem Rhein zuströmt. Die Saale, welche über Hof nach Sachsen und der Elbe zufließt, die Eger, die über Eger und durch Böhmen ebendiesem Strome zueilt, die Naab, welche durch die Oberpfalz ihren Lauf nach der Donau nimmt, die Pegnitz, welche im Bayreuthischen unweit des Städtchens Pegnitz ihren Ursprung hat, durch die Oberpfalz über Nürnberg geht, bei Fürth sich mit der Regnitz und oberhalb Bamberg endlich mit dem Main vereinigt.

Das Unterland enthält keine beträchtliche Ströme ausser dem Main, den wir aber nur auf einer kurzen Streck



einer Meile von der Gegend bei Kitzingen bis um Ochsenfurth besitzen, wo Markt Steft, ein Ladungs-Ort, liegt, und der Regnitz, welche aus der schwäbischen und fränkischen Retzat entsteht, an welcher letztern Ansbach liegt, wo sie aber nur einen unbedeutenden Bach ausmacht. Sie ist nebst der grössern Altmühl um deswillen merkwürdig, weil Carl der Grosse an der Ausführung des grossen Planes arbeiten lies, durch Vereinigung und Erweiterung derselben den Rhein, den Mayn und die Donau in Verbindung zu setzen und schiffbar zu machen. Man sieht noch die Ueberbleibsel des angefangenen Canals. Vermuthlich waren damals die Ströme stärker; itzt würden sich dieser Idee die grössten Hindernisse entgegen setzen. Ausser der Altmühl, welche ein vortreffliches fruchtbares Thal bildet, gehen der Donau zu die Wörniz und die Sulz, dem Mayn die Jagst, die Bibert und die Aisch. Der Mayn ist von Bamberg ab schiffbar, und nur auf der kurzen oberwähnten Strecken im Ansbachischen. Die Regnitz ist es von Forchheim an bis Bamberg, und es würde ein leichtes seyn, diesen Fluss und die Pegnitz bis Nürnberg schiffbar zu machen.

Andere Canäle scheinen in den fränkischen Fürstenthümern nicht thunlich.

## § 5.

Begrenzt wird das Fürstentum Bayreuth oberhalb Gebürgs 4. Grenzen. gegen Norden von den Fürstlich Sächsischen, Chursächsischen und Reussischen Ländern, gegen Osten von Böhmen und der Oberpfalz, nach Süden von dieser und dem Nürnbergischen Gebiet, nach Westen vom Bambergischen. Das Fürstentum Ansbach und das damit zusammenhängende Bayreuthische Unterland grenzt gegen Norden an Würzburg, Schwarzenberg und Bamberg, gegen Osten an das Nürnbergische und die Oberpfalz, gegen Süden an diese, besonders das

Nürnbergische, Eichstett, Oettingen, Pappenheim, Ellwangen, gegen Westen an das Schwäbisch Hallische Gebiet, Hohenlohe, das Deutschordensche und Würzburgische.

§ 6.

5. Vermischungen, Insassen des Adels und der Benachbarten in den Fürstenthümern, daher entstandene Streitigkeiten, Bildung eines geschlossenen Territoriums.

Die Grenzstreitigkeiten würden von keiner sonderlichen Bedeutung seyn und leicht beizulegen stehen, wenn nicht durch das vom Kaiserlichen Hofe begünstigte ritterschaftliche System, dem auch die geistlichen Staaten, ganz gegen ihr wahres Interesse, eigensinnig anhängen, weil die Bischöfe und Domkapitel mehr das ihrer Familien, als ihrer Länder vor Augen haben, eine ganz eigene Theorie wäre geschaffen worden, nach welcher gar keine eigentlichen Landesgrenzen existiren, sondern ein jeder Reichsunmittelbarer auf seinen in bunter Vermischung durcheinander liegenden Grundbesitzungen die volle Landesherrlichkeit auszuüben befugt seyn soll. Diesem System zu Folge, bey dem einzelne Rechte, als z. B. Wildbann, Zoll, Fraisch- oder Criminal-Gerichtsbarkeit nur für staatsrechtliche Servituten gelten, die wesentlichen Zweige der Landeshoheit aber vielen zerstreuten Gutsherren gehörten, deren oft mehrere in einem Dorfe sich finden, wurden auch die fränkischen Fürstenthümer behandelt. Ganz wider ihre Grundverfassung und ohnerachtet des zu schwachen Widerstrebens der Landesherren und ihrer rechtschaffenen Diener, gegen den immer consequent fortwirkenden Einfluss des sich vom Landsassiat losgerissenen Adels, auch ritterschaftlicher Minister und Räthe, die bei den Reichsgerichten Schutz fanden, waren die Markgrafen und bey dem Regierungs-Antritt der König nichts weniger als alleinige Landesherren in dem Umfange dieser Fürstenthümer. Sie theilten die höchste Gewalt mit mehreren Fürsten, Bischöfen, Praelaten, Reichsstädten und Rittern, je nachdem diese in den Marktflecken oder Dörfern einzelne Gutsleute besitzen.

Nur bey einigen Städten und von wenig unvermischten Dörfern konnte man also eigentlich Landesgrenzen annehmen. Es fällt in die Augen, wie nachtheilig diese Grundsätze für das Beste des Ganzen und selbst der einzelnen Unterthanen wirken mussten. Keine allgemeine zweckmässige Einrichtung war thunlich, weder in militairischer, gerichtlicher noch polizeilicher Rücksicht; die Lasten konnten nie gleich vertheilt, die Vortheile nie gemeinnützig gemacht werden. Bloss der Stolz einzelner eingebildeter Souveraine und ihrer sportel- und streitsichtigen Beamten gewannen. Die Unterthanen waren das Opfer davon, geplagt von vielerley Herren und nach eines jeden Interesse. Itzt hat der König nach den Grundgesetzen des Brandenburgischen Hauses und nach den schon im Voraus von den Königen Friedrich Wilhelm I. und Friedrich II. angekündigten Absichten, die Usurpationen jenes schädlichen Systems vernichtet und mit sorgfältiger Schonung der Eigenthumsrechte und Haltung derjenigen Verträge, in welche das Königliche Kurhaus eingewilligt hatte, selbst da, wo sie äusserst nachtheilig sind, die landesherrlichen Rechte wieder hergestellt. Nachdem man lange vergeblich versucht hatte, sich in Güte auseinander zu setzen, musste dieses freilich aus eigener Autorität auf einmal und mit Nachdruck geschehen, weil von dem constitutionsmässigen reichsgerichtlichen Wege nie das mindeste zu erwarten war, mithin Selbsthülfe nach dem Völkerrechte die einzige Hülfe wurde, weil schlechterdings consequent und mit äusserster Festigkeit gehandelt werden musste, wenn man nicht alles aufgeben wollte.

Das Geschrey der Anhänger des geistlich ritterschaftlichen, dem Hause Brandenburg von jeher äusserst gehässigen Systems ist zwar gross, wird von ihnen an allen Höfen, am Reichstage, allenthalben angestimmt. Diesem muss man nur unverrückte Standhaftigkeit und stetes Fortschreiten entgegen setzen.

§ 7.

6. Vergleiche  
und Aussichten  
zu solchen.

Mit den weltlichen Nachbarn wird man sich binnen kurzer Zeit ganz vergleichen, sowie bereits mit den Hohenloheschen Häusern, mit Oettingen, Pappenheim und Reuss völlige Auseinandersetzungs-Verträge zu wechselseitiger Zufriedenheit zu Stande gebracht sind. Zwischen Sachsen und Brandenburg finden dergleichen Streitigkeiten gar nicht statt; ebenso wenig mit Böhmen und Pfalz. Die wenigen Differenzen mit Böhmen werden sich leicht beilegen lassen, so bald ein ruhigerer Zeitpunkt die Vollziehung des Teschner Friedens in Absicht auf diesen Gegenstand erlauben wird. Mit Pfalz bestimmen deutliche Verträge alle Verhältnisse; die oft und gegen Treue und Glauben erregten Streitigkeiten haben nur in dem bösen Willen der nachgesetzten Regierungen zu Amberg und Neuburg, wie auch der Unterbeamten und in der Schwäche des übelunterrichteten Münchener Hofes ihren Grund. Indes habe ich alles dahin eingeleitet, dass eine gütliche Auseinandersetzung nicht fehlen kann, wenn man nicht Pfalzbayerischer Seits geradezu eigenen Vortheil misskennen und ganz feindselig handeln will. Wenigstens wird man bei einer Regierungs-Veränderung wohl gewis zu Stande kommen. Aber mit den geistlichen Fürsten ist ein Vergleich wohl schwerlich zu erwarten, obgleich er mit den beträchtlichsten, mit Bamberg und Würzburg, sehr leicht wäre, weil man nur nach denselbigen, beiden Theilen gleich vortheilhaften Grundsätzen verfahren, die Grenzen berichtigen und die Insassen wechselseitig austauschen dürfte. Allein Bamberg scheint den vor kurzem beinahe zu Stande gebrachten Vergleich nicht vollziehen zu wollen, blos die Absicht zu haben, Brandenburg hinzuhalten; Würzburg bezeigt sich vorzüglich gehässig, und mit Eichstädt und dem Deutschen Orden werden schwerlich je Vergleiche möglich werden, da ihre angemassten landesherrlichen Rechte über die Zahl ihrer

in den Fürstenthümern Ansbach und Bayreuth befindlichen Insassen bloß auf Usurpation beruhen und Brandenburg im Eichstettischen und Deutschordenschen keine Ausgleichs-Objecte besitzt. Eben diese Gründe machen auch Vergleiche mit der Ritterschaft, mit Nürnberg, welches ganz dem für sich vortheilhaft befundenen System derselben folgte, endlich mit den Reichsstädten, Rotenburg etwa ausgenommen, unmöglich.

### § 8.

Die Gutsleute und Insassen, welche Brandenburg in benachbarten Ländern hat, unterzog man unter den vorigen Regierungen oft höchst inconsequent auch der Landeshoheit Brandenburgs. Jetzt hat man solche allenthalben aufgegeben und die Ausübung derselben den Landesherren überlassen. Bei Vergleichen sucht man auch diese zu vertauschen und sich auch in Rücksicht auf die Gutsherrschaft zu purificiren.

7 Insassen  
Brandenburgs  
in fremdem  
territorio.

### § 9.

Mit diesen Insassen oder Gutsleuten, die Benachbarte<sup>8</sup> oder Rittergutsbesitzer im Brandenburgischen Gebiet, oder Brandenburg in einem auswärtigen besitzen, muss man ja nicht ganze eingeschlossene Districte oder Orte verwechseln, wie sehr oft entweder aus Unkunde oder böser Absicht von den Gegnern Brandenburgs geschieht. Bei der Behauptung eines geschlossenen Territoriums ist man weit entfernt gewesen, diese mit dazu zu ziehen, wo rechtmässige Titel den Besitz der fremden Landeshoheit begründeten. So besitzt Nürnberg mitten im Ansbachischen noch ganz ruhig die Herrschaft Lichtenau,<sup>1</sup> das gräfliche Haus Rechterm-Lim-

8. Eingeschlossene fremde Landesbezirke im Brandenburgischen und brandenburgische in benachbarten Staaten.

1. Bez.-Amt Ansbach.

purg Gollhofen,<sup>2</sup> der deutsche Orden vermög eines leider vom Königlichen Churhause einmal mit vollzogenen höchst nachtheiligen und von den Markgrafen durch Bestechungen erschlichenen Vergleichs den Virnsberger<sup>3</sup> District, Eichstett noch vier schöne geschlossene Umkreise mitten im schönsten Theil des Ansbachischen, die es der frommen Schenkung Markgraf Conrads seit 1296 verdankt, von der noch nicht klar ist, ob die Landeshoheit mit verschenkt worden oder nicht. So besitzt Pfalz einige Stücke im Bayreuthischen, Böhmen darin Markt Redwitz,<sup>4</sup> Bayreuth dagegen das Amt Lauenstein<sup>5</sup> an der Thüringischen Grenze, Caulsdorf<sup>6</sup> nicht weit davon, Streitberg<sup>7</sup> und Thusbronn<sup>8</sup> im Bambergischen, Neustadt am Culm,<sup>9</sup> Osternohe<sup>10</sup> und Hohenstadt<sup>11</sup> im Pfälzischen; Ansbach die Orte Prichsenstadt<sup>12</sup> und Kleinlangheim<sup>13</sup> im Würzburgischen und Castellischen u. s. w.

### § 10.

9. Volksmenge. Die Volksmenge in den Fürstentümern Ansbach und Bayreuth lässt sich noch nicht mit Gewisheit angeben, da man sonst nur diejenigen Unterthanen, welche zugleich Königl. Gutsleute waren, oder die sogenannten unmittelbaren dazu rechnete, die mittelbaren oder Gutsleute des Adels und der Benachbarten erst seit vorigen Jahrs mit zugezogen sind. Daher haben noch keine richtige Bevölkerungs-Listen aufge-

- 
2. B.-A. Uffenheim.
  3. B.-A. Ansbach.
  4. B.-A. Wunsiedel.
  5. B.-A. Teuschnitz.
  6. Kreis Ziegenrück.
  7. B.-A. Ebermannstadt.
  8. B.-A. Forchheim.
  9. B.-A. Eschenbach.
  10. B.-A. Hersbruck.
  11. B.-A. Hersbruck.
  12. B.-A. Gerolzhofen.
  13. B.-A. Kitzingen.



stellt werden können, und nur die soeben vollendete militairische Conscription kann einen Maasstab abgeben, die Volksmenge ohngefähr zu bestimmen. Sobald als immer möglich wird aber auch diesem Mangel abgeholfen werden. Zu markgräflichen Zeiten waren nach den im Jahre 1787 gefertigten Listen

	Feuerstellen	Seelen
im Ansbachischen . . . . .	19,516	132,123
im Bayreuthischen . . . . .	21,695	137,919
Ueberhaupt	41,211	270,042

Nach der Conscription sind vorhanden:

unmittelbare mittelbare von beiden

	Feuerstellen		
im Ansbachischen . . . . .	22,489	13,387	35,876
im Bayreuthischen . . . . .	23,199	11,041	34,240
Ueberhaupt	45,688	24,428	70,116

Die grössere Anzahl von 4477 unmittelbaren Feuerstellen rührt wohl theils von mehrerem Anbau, theils von einer verschiedenen Art zu zählen her. Ueberhaupt aber ergibt sich mit Hinzurechnung der mittelbaren der ansehnliche, 5533 mehr als ein Drittheil des Ganzen ausmachende Zuwachs von 28,905 Feuerstellen gegen 1787. Ich glaube, dass man in den Fränkischen Fürstenthümern wohl 6 Seelen auf einer Feuerstelle wird annehmen dürfen.

Hieraus würde folgende Bevölkerung entstehen:

unmittelbar mittelbar von beiden

Fürstenthum Ansbach . .	134,934	80,322	215,256
„ Bayreuth . .	139,194	66,246	205,440
Ueberhaupt	274,128	146,568	420,696

also mehr gegen 1787 150,654 und durch die Beiziehung der mittelbaren 146,568. Es ist beinahe nicht an der fortschreitenden Vermehrung der Bevölkerung, welche nach obi-

ger Berechnung 3658 Seelen auf eine Quadrat-Meile ergibt, zu zweifeln.

### § 11.

10. Grundverfassung in bezug.  
a) auf die Reichsverfassung und den Reichslehensverband;  
b) die Hausgesetze;  
c) die Landstände.

Die Grundverfassung der Fürstenthümer Ansbach und Bayreuth beruht

1. auf der allgemeinen Reichsverfassung und dem Lehensverband mit Kaiser und Reich;
2. den Hausgesetzen und Verträgen, vorzüglich der Disposition des Kurfürsten Albrecht Achilles,<sup>1</sup> der Schutzwehr, der landesherrlichen Rechte, die itzt auf Königl. Befehl wieder geltend gemacht werden, und dem Pacto Fridericiano;
3. den ständischen Rechten der Unterthanen.

### § 12.

I. Ueberhaupt.

Zu den Landesständen gehörten ehemals die Praelaten, der Adel, die Städte und der Bauernstand. Der Ursprung, die Geschichte und die Rechte der Landstände in den fränkischen Fürstenthümern sind wohl wenig unterschieden von dem, was in dieser Rücksicht in andern Ländern Deutschlands stattfindet. Die Landtage wurden vor Alters oft wegen beider Fürstenthümer gemeinschaftlich gehalten, oft auch und zuletzt in jedem besonders. Zur Zeit der Reformation fielen die saecularisirten Praelaturen weg; die deutschen Ordens-Comthure, die Praelaten von Ebrach und Langheim hörten auf, die Landtage zu besuchen, der Adel strebte nach Unabhängigkeit, errang solche beinahe ganz, indem er sich an die Reichsritterschaft anschloss; nur die Städte und der Bauernstand blieben, und die voigtländische Ritterschaft, davon ich weiter unten gleich mehr sagen werde, bildete gewisser-

---

1. v. Z. 1473, wonach die Marken ungeteilt nach dem Rechte der Erstgeburt vererbt, die fränkischen Länder in zwei gleiche Teile an jüngere Söhne vererbt werden sollten.

massen einen besonderen Stand. Welche auch vor Zeiten die Befugnisse der Stände gewesen seyn mögen, so ist doch so viel unstreitig, dass sie sich nach der itzigen Verfassung und Lage bloß auf die Einwilligung zu neuen Steuern, auf das Recht beschränken, die Mitaufsicht über das Steuer-Rechnungswesen zu führen und einer einseitigen Disposition über die landschaftlichen Gelder zu anderm Zweck als den Bedürfnissen des Landes zu widersprechen; endlich Vorstellungen wegen der Landes-Angelegenheiten zu machen und sich über Gesetze und Verordnungen gutachtlich zu äussern. Jedoch sind auch oft Steuererhöhungen nach dem einmal festgesetzten Fuss ohne alle Zuziehung der Stände gemacht worden, und unzählige Verordnungen, ohne sie über ihr Gutachten zu befragen.

Eine Verbindlichkeit hiezu ab Seiten der Landesherren mögte daher wol schwer zu erweisen seyn. Aber rathsam bleibt es allemal, bei allgemeinen Gesetzen sowie bey Anlegung neuer Steuern die Stände zu hören und ihnen auch dann das Gehör nicht zu versagen, wenn sie unaufgefordert Beschwerden oder Vorschläge zum Besten des Landes vorbringen. Allgemeine Zufriedenheit und Folgsamkeit, Vertrauen der Unterthanen zum Landesherrn würden dadurch unterhalten.

### § 13.

Im Fürstenthum Bayreuth wurden die Landtage von Zeit zu Zeit fortgehalten; es erschienen aber nur die Städte und die Deputierten des Bauernstandes dabei. Schon bei Anfang des vorigen Jahrhunderts errichtete man drey Ausschüsse, den grössern, mittlern und engern, deren jeder, wenn er zusammenberufen wird, aus Vollmacht gesamter Stände, die nicht mehr in allgemeinen Versammlungen erscheinen, und für alle verbindlich handelt. Bey dem letzten, 1769 nach dem Regierungsantritt des Markgrafen Alexander gehaltenen Landtage sind nur die mittlern und engern Ausschüsse beysam-

11. Im Bayreuthischen.

men gewesen, nämlich von jeder der sechs Hauptstädte, Culmbach, Bayreuth, Hof, Wunsiedel, Neustadt an der Aisch und Erlang, und von den Nebenstädten Creussen und Münchberg zwey Deputirte, denen man wegen des Bauernstandes zwey Syndicos zugeordnet hat. Den Recess, welcher erst den 20. April 1771 zu Stande gekommen ist, hat aber blos der engere Ausschuss, nämlich die Syndici der sechs Hauptstädte vollzogen, und auch dieser ist nur seitdem zu Abhörung der Obereinnehmerey oder Haupt-Steuerkassen-Rechnungen zusammen gekommen. Der erwähnte Recess bestätigt im Ganzen die älteren Privilegien der Stände und ertheilt auf einige Gravamina Entschliessung. Sowohl diese als jene gehen vorzüglich auf die städtischen Gewerbe und Vorrechte, auf die Concurrenz der Stände zu neuen Auflagen und zu Erhebung und Verwaltung der landschaftlichen Einkünfte. In Absicht auf neue Steuern heisst es aber ausdrücklich in diesem Recess: man werde ab Seiten des Landesherrn, falls die höchste Noth eine Vermehrung der Steuerlast erfordern sollte, den Ausschlag nicht anders, als nach dem bisherigen Herkommen veranstalten lassen.

#### § 14.

III. Auf-  
hebung des  
ehemaligen  
Landschafts-  
Collegii in  
Bayreuth.

Zur Verwaltung der Landessteuern und übrigen landschaftlichen Einnahmen war im Bayreuthischen ein besonderes landschaftliches Collegium angestellt, welches aus einem Landschafts-Director und vier Landschaftsräthen, dann dem Ober-Einnehmer und den erforderlichen Kanzley- und Cassen-Bedinten bestand. Die Stände hatten zwar ehemals dieses Collegium durch Praesentation bey dem Landesherrn selbst besetzt, nach der Observanz geschah solches aber vom Landesherrn in neueren Zeiten einseitig. Um den Geschäftsgang zu simplificiren, ist dieses Landschafts-Collegium im Jahre 1795 aufgehoben und mit der Kriegs- und Domänenkammer verbunden worden. Man hat dabey aber die landschaftliche oder Hauptkasse ganz abgesondert gelassen und

den Ständen zu ihrer Beruhigung die Versicherung ertheilt, dass solches ihren wesentlichen Rechten unnachtheilig seyn, ihnen die Abhörung der Rechnungen verbleiben und die Verpflichtung der Glieder der Kriegs- und Domänenkammer auf ihr Interesse mit erstreckt werden solle, welches ohnehin das Interesse des Königs und des Landes ist.

### § 15.

Die Ansbachischen Stände sind lange nicht beisammen gewesen, weil der Steuerfuss immer derselbige geblieben ist und keine Regierungs-Veränderungen, wodurch eine neue Linie succedirte, vorgefallen sind. Die Verfassung ist aber der Bayreuthischen gleich, jedoch war das Landschafts-Collegium dort schon mit der Kammer, die diesshalb Kammer und Landschaft hies, vereinigt, und itzt ist dieses in der 1795 eingerichteten Kriegs- und Domänen-Kammer, mit gleichfalls getrennten Kassen, wie im Bayreuthischen der Fall.

IV. Im Ansbachischen.

### § 16.

Seit dem Regierungsantritt des Königs Majestät haben die Bayreuther Stände nicht aufgehört, um Abhaltung eines Landtags zu bitten. Es ist ihnen auch wirklich um desto mehr daran gelegen, da die Privilegien und Rechte der Unterthanen zwar bey dem Regierungsantritt im Allgemeinen bestätigt, nach den angenommenen Grundsätzen, die Recesse aber, welche seit dem Kurfürsten Albrecht Achilles geschlossen worden, weder geradezu als verbindlich zu betrachten, noch vom König confirmirt sind. Die Haltung eines Landtags sowohl im Bayreuthischen als im Ansbachischen ist auch wegen den neuen Steuer-Einrichtungen und Einschätzungen, welche die Beiziehung der mittelbaren Unterthanen veranlasst, nothwendig, nützlich wegen verschiedener neuen Landesanstalten, als Verwilligung von Geldern zu dem Schulwesen, zum Sanitätswesen, ganz unnachtheilig ferner für die landesherrlichen Gerechtsame, theils nach der stän-

Abzuhaltende neue Landtage.

dischen Verfassung selbst, theils weil man nicht nur ehemdem zu Bezalung von Kammerschulden, zu ausländischen Reisen oder anderen Verschwendungen Geld von den Ständen zu fordern hat, sondern vielmehr die Wohlthaten der Königlichen Regierung aufzählen kann und blos die Mitwirkung der Stände zu solchen Einrichtungen erheischen wird, die zu gleicher Vertheilung der Lasten, davon das Gegentheil vormals so viele Beschwerden der Stände veranlasste, und zu gemeinnützigen Zwecken gereichen. Des Königs Majestaet haben daher auch gnädigst genehmigt, dass im Ansbachischen sowohl als im Bayreuthischen Landtäge gehalten werden dürfen, und man ist itzt damit beschäftigt, die nöthigen Vorbereitungen dazu zu machen.

§ 17.

d. Verschiedene  
Classen  
der Einwohner: Die verschiedenen Classen der Einwohner sind ausser dem Militär

I. Militair.

II. Geistliche.

1. Geistliche, und darunter in Rücksicht auf ihre Besitzungen im Lande und die Landschaft, zu welcher man sie aber erst itzt wieder herbey ziehen wird, die Praelaten der Klöster Ebrach und Langheim wegen ihrer Güter zu Schwabach und Culmbach, desgleichen ohne Landstandschaft, blos in Absicht auf einige Besitzungen, die Klöster Waldsassen und Speinshart. Auch der deutsche Orden war wegen der Land-Commende Ellingen, der Commenden Nürnberg, Absberg, Stopfenheim, Eschenbach und Virnsberg Landstand und Landsass, wusste sich aber von dieser Unterwürfigkeit loszureissen und ist erst im vorigen Jahre, Virnsberg aus den oben angeführten Gründen ausgenommen, zur Unterthanschaft zurückgebracht. In dem Bezirk der fränkischen Fürstenthümer selbst giebt es keine Stifter und Klöster, zwei Stiftungen ausgenommen, die in neuern Zeiten für Fräulein und Töchter herrschaftlicher Diener gemacht worden. Alle übrigen ehemaligen Klöster sind zur Zeit der Reformation säcularisirt. Unter solchen war das Kloster Heilsbronn, nicht



weit von Ansbach, und das St. Gumprechts-Stift in Ansbach selbst die vornehmsten und reichsten, deren Einkünfte auf geistliche und Lehr-Institute, z. B. auf das Gymnasium zu Ansbach verwendet sind.

### § 18.

2. Der Adel. Hierunter steht im Bayreuthischen der <sup>II. IAdel.</sup> Reichsgraf von Giech zu Thurnau oben an, dem zu markgräflichen Zeiten für 26 000 fl. die volle Landeshoheit in einem nicht unbeträchtlichen District auf eine den brandenburgischen Hausgesetzen ganz zuwider laufende unbefugte Weise überlassen worden, der aber die Königliche Oberbotmässigkeit nach erfolgter Reclamation derselben völlig anerkannt und dagegen einige Vorrechte, als eine eigene Kanzley und Consistorium, den persönlichen Gerichtsstand vor dem Kammergericht in Berlin u. s. w., unbeschadet der landesherrlichen Rechte, der Besteuerung, Aushebung des Militairs u. s. w., durch eine eigene Assekurations-Akte erhalten hat. Uebrigens giebt es im Bayreuthischen die vogtländische und die sogenannte fränkische Ritterschaft. Beide sind nach ihren Behauptungen von Alters her, den Lehenverband und einige Gattungen der Gerichtsbarkeit ausgenommen, unabhängig gewesen. Die vogtländische Ritterschaft will sich erst im 17. Jahrhundert der brandenburgischen Hoheit mit Vorbehalt vieler Gerechtsame unterworfen haben. Es ist aber erwiesen, dass sie ebenso wie die sogenannte fränkische, ursprünglich landsässig war. Als aber im 16. Jahrhundert das ritterschaftliche System unter Begünstigung des kaiserlichen Hofes aufkam und die Ritterschaft das die landesherrliche Gewalt zerstörende Ferdinandische Privilegium 1559 ausgewirkt hatte, schloss sich der landsässige brandenburgische Adel an solche an, und es glückte den Markgrafen, obgleich sie nicht aufhörten, sich dieser ganzen Usurpation entgegen zu setzen, dennoch kaum, den Theil desselben, welchen man nachher den vogtländischen nannte und der sich in drey

Districte, den Höfer, Wunsiedler und den vereinigten trennte, zur Rückkehr zu seinen Pflichten zu bringen, indem man ihm grosse Vorrechte durch Recesse bewilligte. Man überliess dieser vogtländischen Ritterschaft nicht nur die eigene Besteuerung ihrer Hintersassen, wogegen sie zu den allgemeinen Landesanlagen durch Konkurrenz-Gelder beitragen sollten, die sie aber mehrentheils zur grössten Beschwerde der übrigen Stände zu umgehen wusste, sondern räumte derselben auch noch die Befreiung von Zöllen, von Mahlaccise, vom Umgelde, Stempelpapier u. s. w., für sich und ihre Hintersassen ein. Zum Militair trug sie weder an Mannschaft noch Gelde bei. Sie hatte zwar grossentheils die Schriftsässigkeit, viele Güter aber standen unter der Gerichtsbarkeit der Landes- und Amtshauptmannschaften, fast auf allen übte der Landesherr die peinliche Gerichtsbarkeit aus. Wer sieht aber nicht ein, dass auf diese Weise die zahlreichen Besitzungen des vogtländischen Adels dem Staate weit mehr Nachtheil als Nutzen brachten? Eben dieses war der Fall mit dem sogenannten fränkischen Adel, der sich unter stetem Widerspruch zur Reichsritterschaft hielt, sehr oft aus blossen Bauerhöfen Rittersitze bildete und dann solche in einem günstigen Zeitpunkte dem Lande und dem Landesherrn entzog, die Steuern seiner Hintersassen auch selbst erhob und theils in die ritterschaftlichen Kassen lieferte, theils als Drübersplag für sich behielt, zu dem Militairwesen nichts beitrug, übrigens zwar in Absicht auf Gerichtsbarkeit, Zollbefreiung etc. die Vortheile des vogtländischen Adels nicht genos, wohl aber, Criminalfälle ausgenommen, weder brandenburgische Gesetzgebung noch Obergerichtsbarkeit anerkannte, sich den allgemeinen Polizei-Einrichtungen nicht fügen wollte, mit einem Worte in allen Stücken einen Staat im Staate auszumachen strebte.

§ 19.

α. Im Ansbachischen.

Zu dieser letzteren Gattung des Adels gehört auch der im Fürstenthum Ansbach, wo unter einer weniger stand-

haften und aufmerksamen Regierung, unter stärkerem Einfluss ritterschaftlicher Minister und Rätthe mehr nachgegeben wurde, als im Bayreuthischen.

## § 20.

Der König war offenbar nicht verbunden, diese seinen landesherrlichen Rechten und dem Lande so nachtheiligen Usurpationen und die von einer Seiten-Linie den Hausgesetzen und Verträgen zuwiderlaufende Concessionen anzuerkennen. Als daher die Landsässigkeit des Adels wirklich erwiesen war, wurde die Wiederbeziehung desselben zur Unterwürfigkeit, zu den Steuern, militairischen Pflichten und übrigen Landeslasten befohlen und durchgesetzt. Dagegen sind dem Adel aber Vorrechte und Vortheile zugesichert, die er sonst grösstentheils nicht hatte, und die bei einer unpartheyischen Erwägung den Verlust einer eingebildeten Unabhängigkeit, welche vielmehr Abhängigkeit vom Canton, vom ritterschaftlichen Consulanten, vom Reichshofrath und so vielem anderen Einfluss, ja in manchem Betracht doch vom Haus Brandenburg selbst genannt zu werden verdiente, weit überwiegen müssen. Es werden nämlich:

*β. Maasregeln und Grundsätze, nach welchen der Adel zur Unterthanenpflicht zurückgebracht wird.*

1. alle Rittergüter, deren Besitzer es verlangen und die nicht auf der Apertur stehen, gegen einen jährlichen Canon allodificirt, ohne dass dadurch, wie es sich von selbst versteht, die einzelnen bestehenden Successionsverträge alterirt werden, und die Ritterdienste gegen eine Abgabe aufgehoben.
2. Solchen durch Vertauschung der in verschiedenen königlichen Ämtern zerstreuten ritterschaftlichen Unterthanen ein geschlossener District verschafft.
3. Darüber ihnen die Ober- und Niedergerichte, wo sie noch nicht sind, nach der Bestimmung des Landrechts, unter Obergauaufsicht der Landes-Justizstelle ertheilt,

4. Ferner ist ihnen die völlige Schriftsässigkeit, mithin Unabhängigkeit von den Aemtern zugestanden,
5. die Execution der Landes- und Orts-Polizey in ihrem Districte unter der Leitung der Kriegs- und Domänen-Kammern, ohne Einmischung der Aemter überlassen,
6. ebenso das Enrollements-, Servis- und Fourage-, Einquartirungs-, Marsch- und Molestien-Wesen, bloß unter der Leitung der Kammern und Konkurrenz der Kreis-Direktoren,
7. die Erlaubnis zur Ansetzung neuer Anbauer, die man ihnen sonst nicht gestattete, nach den bestehenden Landes-Verordnungen ertheilt,
8. das Jus subcollectandi der Landsteuern unter der Aufsicht der Kriegs- und Domänen-Kammern eingeräumt,
9. volle Landstandschafft nach der Verfassung der fränkischen Fürstenthümer zugestanden,
10. desgleichen alle Praerogativen, die nach dem Landrechte dem Adel zustehen, und die die vogtländische Ritterschafft im obergewürtschen Fürstenthum bestätigt erhält,
11. allenfalls die Errichtung eines Creditsystems, wie in den übrigen königlichen Staaten, zugesagt.

Der Adel ist übrigens zahlreich und es sind darunter mehrere der ansehnlichsten gräflichen und adelichen Familien Deutschlands; die Güter sind zum Theil von grossem Werth. Es wird an einem Verzeichnis und an einer Beschreibung der adelichen Besitzungen gearbeitet.

## § 21.

### IV. Bürgerstand. Städte.

Die ansehnlichsten Städte sind:

- I. Im Fürstenthum Ansbach: Ansbach — Schwabach mit sehr beträchtlichen Fabriken — Roth mit Fabriken — Creilsheim — Uffenheim — Langenzenn — Gunzenhausen — Wassertüdingen —

Feuchtwang — Fürth, welches zwar den Namen einer Stadt nicht führt, sondern nur eines Markts, solchen aber wegen seiner Bevölkerung von 18 bis 20 000 Menschen in wenig über 500 Häusern und seiner äusserst wichtigen Fabricationen vorzüglich verdient. Die Vorstädte von Nürnberg — Markt Steft wegen des daselbst angebrachten Ladungs-Platzes am Main.

Ueberhaupt sind im Ansbachischen 15 Städte und 15 Marktflecken. Diejenigen ausgenommen, welche man eigentliche Fabrikstädte nennen kann, als Schwabach und Fürth, wie auch Ansbach, das seine Nahrung ehemals vom Hofe hatte und itzt von den Landes-Collegien und dem Militair erwartet, leben die übrigen hauptsächlich vom Ackerbau und der Viehzucht, so dass das bürgerliche Gewerbe die Hauptsache bei ihnen nicht ausmacht. Uffenheim hat vorzüglich schönen Ackerbau, Langenzenn erzielt viel Hopfen.

II. Im Fürstenthum Bayreuth: Bayreuth — Hof mit ansehnlichen Fabriken — Wunsiedel, wo auch schöne Fabriken sind — Culmbach neben der Vestung Plassenburg — Erlang, wo sich die Universität und auch ziemlich beträchtliche Fabriken befinden — Neustadt an der Aisch.

Uebrigens sind im Bayreuthischen noch 45 kleinere Städte und Märkte.

Im Ganzen ist der Bürgerstand nicht so wohlhabend als der Landmann, daher man noch suchen muss, solchem durch Vermehrung und Begünstigung der städtischen Gewerbe und andere dienliche Mittel aufzuhelfen. Die Vorrechte der Städte sind sehr verschieden. Die Bayreuther sechs Hauptstädte haben einerlei Privilegien, die in den Landtagsabschieden bestimmt sind. Die mehresten wählen wenigstens einen Theil ihrer Magistratspersonen, einige auch die Geistlichen und Schulbediente selbst und praesentiren solche zur landesherrlichen Bestätigung.

§ 22.

V. Bauern-  
stand.

Der Bauernstand besitzt seine Güter auf verschiedene Weise und mit abweichenden Verbindlichkeiten. Die Güter desselben sind grösstentheils eine Art von Lehen, welche ausser den jährlichen Zinsen, Gülten und Zehnten verschiedener Art ein Handlohn zum 5., 10., 20., 30. Theil des Werths bei jeder Veränderung oder Veräusserung erlegen, theils bloß zinspflichtige Güter, die erblich besessen und ohne Abgabe veräussert werden. Viele sind zu gemessenen oder ungemessenen Frohnen verbunden, die aber bei den Bauern des Adels an mehreren Orten ausgenommen auf den Ackerbau nicht gehen, mithin nicht sehr drückend sind. Statt des Anspanns zu herrschaftlichem Behuf geben die Ansbachischen Unterthanen gewisse Anspann-Gelder. An manchen Orten wird ein Haupt-Recht bezahlt, das beste Pferd, die beste Kuh, oder gar das beste Kleid. Die Consistenz der Höfe kann ohne gutsherrliche Einwilligung nicht verändert werden; doch gibt es viele einzelne Grundstücke, die eine Ausnahme machen, und die man fliegende oder walzende nennt. Unter den Landbewohnern sind Bauern, die ganze, halbe und Viertel-Höfe besitzen, Kobler, die keinen Anspann haben und nur zu Handfrohnen gebraucht werden, Hausgenossen, die mit Bewilligung der Obrigkeit als Schutzverwandte gegen Entrichtung des Schutzgeldes aufgenommen werden, Tropfhausbesitzer oder Eigenthümer solcher Häuser, bei denen gar kein Land oder Gartenraum ist, die also nichts weiter haben, als wohin der Tropfen vom Dache fällt. Man hat ehemals die Annahme der Schutzverwandten und den Anbau der Tropfhäuser sehr erschwert, welches aber in einem militairischen Staate auf keine Weise ratsam ist. Jedoch ist bei neuen Anbauen immer womöglich dahin zu sehen, dass wenigstens das erforderliche Gartenland oder so viel als zur Durchfütterung einer Kuh erforderlich ist, dabei sei. Ohnerachtet es auch arme Landbewohner

giebt, kann man doch im Ganzen den Bauernstand in beiden Fürstenthümern als wohlhabend annehmen, ja es giebt sehr reiche Bauern mit 10, 20, 30 und mehr tausend Gulden Vermögen. Durch den Krieg und das dadurch vermehrte Gewerbe und den bessern und theuern Absatz der Produkte hat vorzüglich der Bauernstand gewonnen. Er ist, überhaupt genommen, gutmüthig und wohlgeartet. Seine Hauptgewerbe sind — die besten — Ackerbau und Viehzucht. Man kann nicht sagen, dass es ihm an Fleiss und Industrie fehle, ohnerachtet Aberglaube und Vorurtheil noch sehr heftig sind.

### § 23.

Es gibt in den fränkischen Fürstenthümern gegen 6000 VI. Juden. Juden, besonders in Fürth, deren Privilegien itzt untersucht werden, um bei Erneuerung derselben sowohl auf die Verbesserung ihres bürgerlichen Zustandes zu sehen, als dahin, dass sie den übrigen Einwohnern nicht schädlich werden.

### § 24.

Unter den Fremden, die im Lande aufgenommen sind, VII. Fremde Einwohner. erwähne ich hier vorzüglich die Colonien französischer Réfugiés, die zu den Zeiten Ludwigs XIV. Frankreich verliessen. Es sind vorzüglich zwey derselben, die in Schwabach und Erlang vieles zur Aufnahme der Fabriken beigetragen haben. Ganz verschieden von ihnen sind die unglücklich Emigrirten der letzten Epoche, deren in den fränkischen Fürstenthümern eine ziemliche Anzahl vorhanden sind, davon der grösste Theil, zwar noch von eignen Mitteln, mehrere aber von königlichen Unterstützungen leben, die jedoch in zwey Jahren die Summe von 6800 rhein. nicht überstiegen haben.



§ 25.

11. Landesge-  
setze in den  
Fürsten-  
thümern.

Seit dem ersten Januar 1796 ist in den fränkischen Fürstenthümern das preussische Landrecht und die Gerichts- und Prozessordnung gleichfalls mit dem besten Fortgang eingeführt. Schon zeigen sich die wohlthätigen Folgen davon. An einem Provinzialrecht wird durch Commissarien sowohl in Ansbach als Bayreuth gearbeitet, und wir hoffen, ehe zwey Jahre vergehen, dahin zu gelangen, dass solches der höchsten Genehmigung unterworfen werden kann. Bis dahin gelten noch nach dem Organisations-Patente vom 3. July 1795 die alten Provinzialrechte und Gewohnheiten. Ausser dem Landrechte sind noch mehrere Edikte aus den älteren königlichen Staaten in den fränkischen Fürstenthümern publicirt worden, sowie ihre Anwendung dort von Nutzen schien. Auch sind von des Königs Majestät mehrere gesetzliche Anordnungen für diese Fürstenthümer insbesondere erlassen, als unter dem 21. Merz 1796 ein Cantonreglement, unter dem 31. Oktober 1796 ein Servis-, Einquartierungs- und Foudrage-, auch Polizey-Reglement, in Absicht auf das Militair, ein Ressort-Reglement, Stempeledikt u. s., w.

§ 26.

12 Lehnwesen:  
a) in manu  
serviente.

Das Lehnwesen in den fränkischen Fürstenthümern ist nicht unbeträchtlich. Die beiden Fürstenthümer gehen vom Kaiser und Reich zu Lehen, die Lehen sind aber aus bekannten Ursachen, gleich denen der übrigen deutschen Staaten schon längst nicht mehr wirklich empfangen worden, man hat es noch bey dem Regierungsantritt Seiner königlichen Majestät bei der bloßen Muthung gelassen. Ausserdem geht noch das kaiserliche Landgericht Burggraithums Nürnberg vom Kaiser und Reich zu Lehen, wie auch einige andre nicht sehr beträchtliche Stücke, mit denen aber nur

die markgräflliche Linie beliehen ist, z. B. mit dem sogenannten Altbergischen Lehens-Corpore, darauf die Stadt Nürnberg eine kaiserliche Expektanz hat. Man hat vorhin mehrmals den Plan gehabt, diese Expektanz zu acquiriren, dabei aber stets Schwierigkeiten gefunden. Nachdem nun die Landeshoheits-Grundsätze festgestellt worden, ist man aber dabei eben nicht mehr intressirt, da es ganz gleichgültig sein kann, in wessen Händen das Grundeigenthum dieser Lehen sey. Von dem königlichen Hause selbst hatten die Markgrafen zu Ansbach den Antheil der Herrschaft Limburg als ein Reichsafterlehen innen, welches König Friedrich Wilhelm I. seiner Frau Tochter als Brautschatz mitgab, und welches itzt consolidirt ist. Von der Krone Böhmen gehen verschiedene nicht beträchtliche Lehen im Bayreuthischen und der vom Markgrafen Friedrich zu Bayreuth von der Familie von Muffel erkaufte Markflecken Eschenau, mit dem indes die erste Belehnung noch immer nicht vollzogen, viel weniger das königliche Haus in solche mit aufgenommen worden. Nach dem Teschner Frieden fällt der Lehens-Nexus mit Böhmen künftig weg; es wird also nöthig seyn dahin zu sehen, dass Eschenau mit inbegriffen würde.

### § 27.

Unter den Lehen, welche das Haus Brandenburg als Lehn herr verleihet, nenne ich die in Niederösterreich zuerst, Als K. Rudolph I. den Burggrafen Friedrich im Jahr 1286 damit belieh, waren sie von grosser Wichtigkeit und bestanden aus 32 Graf- und Herrschaften, auch 200 gemeinen Lehen. Itzt sind wenig mehr davon gangbar; im Jahr 1775 waren es nur 14, denn das Haus Oestreich hat die Verhältnisse nach und nach mit Gewalt zu verändern gewusst. Der unbeträchtliche Lehntax, welcher bei entstehenden Fällen gezahlt wird, reicht nicht hin, den Lehensprobst zu bezalen, und wegen einer beträchtlichen Forderung von 315 000

b. in manu  
dominante:  
I. Niederöster-  
reiche Lehen.

fl. an die niederösterreichischen Stände dieser Lehen halber hat man nie zu seinem Rechte oder zu einem Vergleiche gelangen können. Im Teschner Frieden ist die Austauschung dieser Lehen gegen die böhmischen im Bayreuthischen verabredet, aber seit dem Regierungs-Antritt des Königs noch nicht zur Ausführung gekommen. Man hat bey den Friedensverhandlungen jener Forderung nicht erwähnt und überhaupt in dieser Angelegenheit nachtheilige Verabredungen getroffen. Ich habe dem königlichen Cabinets-Ministerio vorlängst den Plan umständlich vorgelegt, wie die Sache bey der Execution des Teschner Friedens anzugreifen seyn möchte. Der Lehenträger des Hauses Brandenburg ist der Fürst Colloredo, Reichs-Vice-Kanzler.

§ 28.

II. Grafschaft  
Schwarzen-  
berg.

Die Grafschaft Schwarzenberg oder vielmehr Herrschaft Hohenlandsberg gehet von dem Hause Brandenburg zu Lehen. Auf den Fall der Apertur würde man aber mit der Besitznehmung sich wohl vorsehen müssen, da Würzburg gleichfalls auf die Lehnherrschaft eines grossen Theils derselben Anspruch macht. Dieses Lehen ist ein Thronlehen und das zu beobachtende Ceremoniel bey veränderter Regierung mit dem Fürsten von Schwarzenberg verglichen, so, dass die Belehnung täglich geschehen kann.

§ 29.

Übrige Ritter-  
und andre  
Lehen.

Unter den übrigen vielen und ansehnlichen Ritterlehen zählt das Haus Brandenburg als Vasallen den Landgrafen von Hessen-Cassel, den Grafen von Castell u. s. w. Die Lehne, welche von Bürgerlichen besessen werden, nennt man Kanzleylehen. Sie werden nach und nach in Zinslehen verwandelt, wobei das Cameral-Interesse gewinnt. Keines von den ausser dem Territorio (*extra curtem*) befindlichen

Lehen hat man mit unter die Landeshoheit gezogen, wie unter den vorigen Regierungen oft hat behauptet werden wollen. Ebenowenig wird das Allodifications-System auf diese Lehne, deren Anzahl nicht unbeträchtlich ist, ausgedehnt. Bey den beiden Lehenhöfen zu Ansbach und Bayreuth wird itzt mit Sorgfalt darauf gesehen, die Lehens-Specificationen richtig aufstellen zu lassen, auch lasse ich mir vor jeder Belehnung den Lehnbrief einsenden, um genau darüber zu halten, dass kein Ausdruck darin stehen bleibe, der den landesherrlichen Rechten des Königs nachtheilig sey, da man zu markgräflichen Zeiten dergleichen hineinzubringen oft gewusst hatte.

### § 30.

Bei den bekannten Verhältnissen, worin die fränkischen Fürstenthümer mit Kaiser und Reich stehen, will ich mich hier nicht aufhalten. Auf dem Reichstage führt der König wegen derselben zwey Stimmen auf der Fürstenbank und auf der fränkischen Grafenbank  $\frac{3}{4}$  wegen Limburg.

<sup>13.</sup> Auswärtige  
Verhältnisse:  
a) mit Kaiser  
und Reich.

### § 31.

Unsere Verbindung mit dem Reiche äussert sich, die Kreisverfassung ausgenommen, davon ich gleich mehr sagen werde, vorzüglich in Absicht auf die Reichsgerichte theils wegen der Prozesse mit andern Reichsständen und den Insassen, welche sich die Unmittelbarkeit angemasst haben, theils wegen der Apellationen, die, sobald die Summe appellabel ist, d. i. 800 fl. übersteigt, noch an die Reichsgerichte von Erkenntnissen der königlichen Gerichte ergriffen werden kann. Die Reichsgerichte behaupten, dass das Privilegium über jene Summe von Kaisergulden rede. Brandenburg deutet es auf Goldgulden. Seit dem Regierungsantritt des Königs hat zwar der kaiserliche Hof das Privilegium de non appel-

b: mit den  
Reichs-  
gerichten:  
I. wegen der  
Apellationen  
an solche von  
den Landes-  
gerichten.

lando zugesagt, bis itzt aber hat man der Erfüllung vergeblich entgegen gesehen. Indes scheint für die Partheyen im Wesentlichen wenig daran zu liegen, und es ist ein Beweis mehr für die Güte der preussischen Justiz-Verfassung, dass seit ihrer Einführung noch keine einzige Appellation an die Reichsgerichte ergangen ist.

### § 32.

II. Wegen der Prozesse mit den Nachbarn und Insassen.

Bei den Prozessen des Hauses Brandenburg mit seinen Nachbarn und den vermeintlich unmittelbaren Insassen hat dasselbe besonders in neuern Zeiten über die grösste Partheylichkeit der nach dem System und dem Winke des Wiener Hofes handelnden Reichsgerichte, vorzüglich des Reichshofraths zu klagen gehabt; daher die vielen Recurse an den Reichstag. In älteren Zeiten sind wohl auch günstige Entscheidungen des Reichskammergerichts vorgefallen, als z. B. gegen die Nürnbergischen Landeshoheitsanmassungen. Seit langen Jahren aber hat keine Sache zu Ende gebracht werden können, und die häufigen besonders reichshofräthlichen, oft sogar sich widersprechenden Mandate sind bis auf sehr wenige Ausnahmen noch von dem reichsritterschaftlichen und geistlichen System dictirt, dessen ich schon oben erwähnt habe. Die neuesten Beweise liegen in den Mandaten wegen der Ritterschaft, wegen der Grafen von Pückler u. s. w. vor. Man legt sie zu den Acten und geht fest seinen Weg. Indes wird es schlechterdings nöthig seyn, die Landsassen, welche fortfahren, den reichsgerichtlichen Weg zu betreten, um sich der Unterthanen-Pflicht zu entziehen, den Reichsgesetzen gemäss ernstlich davon abzuhalten.

### § 33.

c. mit dem Kreise:  
I. überhaupt.

Die Kreis-Verfassung ist in den fränkischen und schwäbischen Kreisen unter allen deutschen Reichskreisen fort-

während in der lebhaftesten Thätigkeit geblieben. Die Kreistage sollen jährlich einmal in Nürnberg gehalten werden und höchstens nur 6 Wochen dauern, allein seit dem Jahr 1790 ist die Kreisversammlung permanent geblieben, theils weil die durch den Krieg herbeigeführten Umstände solches zu erfordern schienen, theils weil es System einiger Kreisgesandten ist, dem selbst der ehemalige brandenburgische Graf von Soden zugethan war, aus dieser Versammlung eine Art von fränkischem National-Convent zu bilden, solchem die allgemeinen Souveränitäts-Rechte über den ganzen Kreis zuzueignen, wenn die Gelegenheit günstig wäre, die Teutsche Verfassung auf metaphysische Sätze der Menschen- und Staatsrechte mittels der *unité et indivisibilité à la française* neu zu erbauen und insonderheit dem Emporkommen des Hauses Brandenburg durch jene Einheit und Gesammtheit auf alle ersinnliche Weise entgegen zu streben. Zur Ausführung dieses Plans finden sie die besten Waffen in den Grundsätzen der Ritterschaft und der geistlichen Höfe von zerstreuten und vermischten Hoheitsrechten und ungeschlossnen Territorien. Daher hat sich auch der Kreis vereinigt, gegen das brandenburgische Prinzip eines geschlossenen Gebietes gemeinschaftlich und aus allen Kräften zu kämpfen. Die Seele des Systems und Dictator der ganzen Kreisversammlung ist ein gewisser Geheimrat von Zwanziger, ein Mann von Kopf, Vermögen und Intrigue. Er selbst ist Stimmführer der gräflichen Häuser Hohenlohe-Neuenstein, Castell, Wertheim, Erbach und Limburg. Dieses giebt ihm 7 Stimmen. Schwarzenberg, dessen Gesandter von Rhodus ganz von ihm abhängig ist, führt deren 4, und diese 11 Stimmen, deren jede für einen unbedeutenden Fleck Landes so viel gilt als die von Bamberg, Würzburg oder Ansbach und Bayreuth machen die Mehrheit aller Kreisstimmen aus. Daher verfuhr auch der von Zwanziger bei den Unterhandlungen mit Frankreich im vorigen Sommer ganz eigenmächtig, war die Hauptbetrießfeder der feindseligen Artikel, welche die Kreisbevollmäch-

tigten ohne Vollmacht ihrer Committenten in die Uebereinkunft des französischen Generals brachten, und reiste hierauf ohne Autorisation nach Paris und nach Wien, um die Unterhandlungen nach seinem Sinne fortzusetzen. Diese Unterhandlungen und die obenerwähnten Artikel waren die Ursachen, dass der Brandenburgische Directorial-Gesandte im Sommer 1796 den Kreisconvent verlies, weil dieser nicht dahin zu bringen war, eine beruhigende Erklärung zu geben.

§ 34.

II. Kreisfinanz-  
wesen.

Vorzüglich aber bemächtigte sich der von Zwanziger des Kreisfinanzwesens ganz, in dem itzt eine Verwirrung herrscht, die nicht zu übersehen ist. Die Schulden des Kreises betrugen am Ende des Jahres 1790 1,666 381 fl. rhein. Währung. Zur Abtragung derselben ist im Jahr 1788 ein Amortissements-Plan auf 92 Jahre gemacht und die Aufbringung von 5 Kreis-Römermonaten beliebt worden. Allein seitdem ist der Schuldenbestand gewiss beträchtlich vermehrt worden, der Krieg hat grossen Aufwand erfordert, zu dem Brandenburg aber seit dem Baseler Frieden nicht mehr beitragen zu wollen sich erklärt hat. Des Widerspruchs mehrerer Stände ohngeachtet sind die Fonds zu den gewöhnlichen Zahlungen, dazu jährlich 25 Römermonate erforderlich sind, die sonst 94,950 fl. ausmachten, und die des Schuldenabtrags mit dem, was zu dem ausserordentlichen Aufwande aufgebracht wurde, zusammen geworfen, und zu einer Uebersicht des Finanz-Zustandes, geschweige denn zu einer Rechnung ist nicht zu gelangen gewesen. Ein Römermonat ist nach der während des spanischen Successions-Kriegs vorerst angenommen und seitdem, jedoch unter dem Klagen mehrerer Stände über Praegravation, beibehaltenen runden Summe 4000 fl. für den ganzen Kreis, dazu Brandenburg-Onolzbach oder Ansbach 336 und Culmbach oder Bayreuth 329 fl. beiträgt, also von 30 Römermonaten, die aber in der Folge gewiss



nicht hinreichen werden, 19,950 fl. jährlich. Dass der Kreiskredit bei diesen Umständen sehr schlecht sein müsse, springt in die Augen. Es würde die ernstlichste Hilfe und die strengste Ordnung erfordern, ihn wieder emporzubringen. Zwar hat der Kreis auch ansehnliche Activ-Forderungen, die vor dem Kriege über fünf Millionen betrugen, davon aber nichts zu hoffen ist.

§ 35.

Das Kreismilitair sollte nach der Matrikel aus 1480 Mann Cavallerie und 5543 Mann Infanterie bestehen, dazu Brandenburg 214 zu Pferde und 800 zu Fuss zu stellen hat. Zuletzt vor dem königlichen Regierungsantritt bestand das Kreismilitär aber nur aus folgendem:

III. Kreis-  
Militair.

	Escadrons	Bataillons	Officers	Unt.-Officers u. Gemeine	Summa
Dragoner-Regim. Feldmarschall- Markgraf v. Ansbach Bayreuth	5		24	299	323
Cürassier-RegimentFeldmarschall- Leutnant v. Treskow	5		26	312	338
Infanterie-Regim. Feldzeugmeister Fürst v. Hohenlohe-Ingelfingen		2	38	958	996
Infanterie-Regim. Feldmarschall- Leutnant Schertel		2	39	997	1036
Infanterie-Regiment General- Major v. Pez		2	46	1155	1201
	10	6	173	3721.	3894

Die markgräfliche Garde du Corps stellte zu jedem der beiden Cavallerie-Regimenter eine Compagnie, trug aber in

Friedenszeiten eine besondere Uniform. Das markgräfliche Regiment Voit von Salzburg zu Ansbach trug die Uniform des Kreisregiments Hohenlohe und stellte sein Contingent zu diesem, das von Reizenstein zu Bayreuth die des Kreisregiments von Pez, die Garnisonen zu Plassenburg und Wülzburg des Kreisregiments von Schertel. Ein Theil der markgräflichen Offiziere waren bei jenen Kreisregimentern mit angesetzt und erhielten aus der Kreiskasse Gehalt. Der Markgraf war Kreis-Oberster und Kreis-Feldmarschall, beides aber sind Stellen, die dem Lande nicht ankleben. Nach dem Regierungsantritt des Königs konnte die Verbindung des königl. Militairs mit dem Kreismilitair nicht bestehen. Sie wurde daher aufgehoben und nach vielen Unterhandlungen durch einen Kreisschluss am 22. Merz 1793 provisorisch und mit Vorbehalt der weiteren Erörterungen wegen dessen Zusammenhangs mit dem übrigen Kreismilitair und alles dessen, was davon abhängt, festgesetzt, dass das Husarenbataillon oder Regiment von Frankenberg, itzt Ansbach-Bayreuth künftig als das Ansbachische Kreis-Contingent angesehen werden solle. Nach der diesseitigen Absicht soll dieses in der Maase geschehen, dass das Bataillon oder Regiment zur inneren Ruhe des Kreises, zu seiner Sicherheit und zur Abwendung aller Gefahr, auch zu Executionen, die der Kreis beschliesst, oder die selbigem aufgetragen werden, immer bereit stehe, dagegen aber aus aller weiteren Kreis-Militair-Verbindung gesetzt werden und ganz unter den Befehlen und der Disposition des Königs verbleibe. Eine nähere Uebereinkunft ist durch den Krieg und die durch denselben und die Trennung Brandenburgs veranlasste Zerrüttung des ehemaligen oben dargestellten Kreismilitairs verhindert worden. Brandenburg hat bekanntlich den Hausgrundsätzen gemäss kein besonderes Contingent zur Reichsarmee gestellt, sondern eine Armee im Ganzen. Würzburg und Bamberg stellten eigne abgesonderte Corps, die vereinigt mit den kaiserlichen Truppen fochten und Anfangs

wenigstens österreichische Subsidien bekamen. Die übrigen Kreisstände brachten unter den Befehlen des Rheingrafen von Salm-Grumbach drei schwache Infanterie-Bataillons und endlich noch eine Jäger-Compagnie statt des ganzen fünffachen Kontingents zusammen, die itzt grossentheils auseinander gelaufen sind und deren Sold oft nicht bezahlt werden konnte. Nach dem Frieden ist die Absicht, eine neue Militair-Organisation vorzunehmen, dabei ohne Zweifel das Brandenburgische Contingent wieder zur Sprache kommen wird. Man entzieht sich diesseits gewissen Beiträgen zum Kreis-Militair-Aufwande nicht, dagegen der Kreis als Beiträge zu den Kosten des Stabs der Husaren-Bataillons etwas zahlt. Man hat nur die Absicht, den Aufwand, sowohl in Friedens- als Kriegszeiten auf ein gewisses Aversional-Quantum zu bringen.

### § 36.

Kreisdirectoren und kreisausschreibende Fürsten sind der Bischof von Bamberg und der König als Markgraf von Brandenburg. Es hat wegen dieses Gegenstandes von jeher viele Streitigkeiten gegeben. Im Jahre 1559 wurden sie durch einen Vertrag zwischen Bamberg und Brandenburg zwar beigelegt, nachher aber entstanden neue, Bamberg masste sich das Kreis-Directorium allein und die kreisausschreibamtlichen Befugnisse fast ausschliesslich an. Im Jahre 1755 wurde ein höchst nachtheiliger anderweitiger Vergleich zwischen Ansbach und Bamberg, jedoch unter Bayreuthischem Widerspruch und ohne Einwilligung des königlichen Curhauses geschlossen. Nach dem königlichen Regierungsantritt machte man aber die Directorialrechte geltend und es ist im Jahre 1795 ein förmlicher Staatsvertrag mit Bamberg zu Stande gekommen, wodurch auf dem Grund des Vergleichs von 1559 Bamberg zwar die erste, ihm gebührende Directorialstelle, auch Mund und Feder d. i. der Vortrag

1V. Kreisausschreibamt und Kreisdirectorium.

bei der Kreisversammlung bestätigt. Dagegen aber die Mitdirectorialrechte des königlichen Hauses vollständig verwahrt und bestimmt sind. Nur Würzburg und Deutschorden haben noch gegen diesen Vertrag Bewegungen gemacht, weil sie den Vorrang vor Brandenburg höchst widerrechtlich praetendiren und Würzburg besonders das Directorium während der Sedisvacanz in Bamberg, welches man brandenburgischer Seits dem Domkapitel in dem neuen Staatsvertrage eingeräumt hat.

### § 37.

V. Kreisstände  
und deren  
Stimmrecht.

Die Kreisversammlung theilt sich zwar in drei Bänke, die Fürstenbank, die Grafenbank und die Städtebank, sie deliberirt aber zusammen und stimmt viritim, wo die Mehrheit ohne Rücksicht auf den Stand oder die Grösse des Landes entscheidet. Brandenburg hat auch hier zwey Stimmen wegen der beiden Fürstenthümer und Antheil an der Limpurgischen gräflichen.

### § 38.

VI. Maassregeln,  
die königl. Seits  
in Absicht auf  
den Kreis zu  
ergreifen sein  
möchten.

Der allgemeine Friede wird vor allen Dingen entscheiden, ob und welche Veränderungen etwa in der Consistenz des fränkischen Kreises stattfinden werden. Dann aber wird es königlicher Seits nöthig sein, ein festes System anzunehmen, inwiefern man dem Kreise beibehalten will oder nicht, wie die Kreissachen zum Besten des Ganzen und dem königlichen Interesse gemäss zu leiten sein möchten. Vor allen Dingen wird es nöthig sein:

- 1.) Die Kreisverfassung zu ihrer ursprünglichen Bestimmung zurück zu führen, mithin die Permanenz der Kreisversammlung, theils der Kosten wegen, theils um das schädliche Einheits-, Gesammtheits- und Souveränitäts-System zu vereiteln, abzustellen und dagegen die jähr

- lichen temporellen Zusammenkünfte zu bestimmten Propositionen wieder in Gang zu bringen,
- 2.) die Directorialrechte, welche hierdurch auch gewinnen werden, in volle Ausübung zu bringen,
  - 3.) das Finanzwesen auf einen soliden Fuss zu setzen und der strengen Aufsicht Brandenburgs zu unterwerfen,
  - 4.) dahin zu sehen, dass die Militair-Verfassung dem königlichen Interesse gemäss eingerichtet und die Verbindung mit demselben nach den eben bereits erwähnten Grundsätzen festgesetzt werde,
  - 5.) wo irgend möglich, Mittel ausfindig zu machen, wodurch das Stimmrecht in ein richtiges Verhältniß mit den Besitzungen gesetzt und die oben angezeigte Dictatur verhindert werden kann.

Da dieses aber sehr schwer ist, da das Finanzwesen allein Stoff in Menge zu Streitigkeiten und Hindernissen darbieten wird, so würde, wenn jene Grundsätze nicht ausführlicher sein sollten, auf eine Trennung vom Kreisverband oder vielmehr von der Kreisverwirrung zu arbeiten und dabei nur die Directorial-Befugniß so viel wie möglich zu erhalten sein. Der König würde dabey den Antheil der gefundenen und mit seiner Bewilligung gemachten Kreisschulden übernehmen, welcher nach der Matrikel auf Brandenburg fällt, wobei ohne neue Kosten leicht ein Avertissementsplan zu machen wäre, da man den römermonatlichen Kreisbeitrag, die Gesandtschaftskosten ersparte. Bis dahin dass es sich näher aufklärt, welcher Plan anzunehmen sey, scheint es auf alle Weise rathsam, die Abwesenheit des königlichen Gesandten vom Kreisconvent fort dauern zu lassen.

### § 39.

Die auswärtigen oder vielmehr nachbarlichen Verhältnisse der fränkischen Fürstenthümer sind wegen der Zahl und des Einflusses der benachbarten Länder und wegen

d. Andere auswärtige oder vielmehr nachbarliche Verhältnisse.

der Lage derselben wichtig und mannigfaltig. Wir haben ausser den fränkischen Kreisständen mit Sachsen, Böhmen, Pfalzbayern zu thun, allein es ist schon oben § 7 gesagt, dass Streitigkeiten mit den beiden letzteren wenigstens bey gutem Willen derselben leicht beizulegen sind, und mit Sachsen haben wir deren keine. Dort habe ich das hierher Gehörige des Zusammenhangs wegen schon erwähnt. Aufhebungen des Abschosses oder der Nachsteuer existieren mit mehreren deutschen oder anderen Staaten. Es ist aber doppelt nöthig, bei Abschliessung neuer Conventionen mit Vorsicht zu verfahren, da nicht nur die königlichen Einkünfte dabei leiden können, sondern auch Privat-Corporationen und Gutsbesitzer Rechte dieser Art haben. Vielleicht lassen sich in der Folge noch vortheilhafte Handelsverträge mit Nachbarn und andern Ländern schliessen. Ich werde nach genauer Prüfung dieses Gegenstandes die mir zweckmässig scheinenden Vorschläge dieserhalb machen.

#### § 40.

e. Pfandschaft.

Unter den brandenburgischen fränkischen Besitzungen sind einige uralte Pfandschaften, besonders böhmische, als Mainbernheim, Prichsenstadt, Michelfeld, Pegnitz, Frankenberg, Plech, Lindenhardt, Erlang. Seit 1406 ist von ihrer Wieder-Einlösung die Rede nicht gewesen und man würde solche auf jeden Fall durch Meliorations-Rechnungen und mehrere andre Gründe entkräften können. Am besten würde es sein, solche, wenn die Rede davon seyn sollte, sonst aber nicht, in die künftigen Verhandlungen wegen Execution des Teschner Friedens mit einzuflechten.

#### § 41.

f. Taxische  
Posten.

In den beiden Fürstenthümern sind noch Taxische Posten, ausser den zum inländischen Behuf seit langer Zeit

angelegten eigenen Botenfuhren und gehenden Boten auch eine königliche Post zwischen Ansbach und Bayreuth. Das Dasein der Taxischen Posten beruhte zu markgräflichen Zeiten nicht auf einem Praecario, sondern auf feyerliche und wiederholte Verträge mit Taxis, vermög deren Taxis gegen eine mässige Recognition von 800 fl. im Ansbachischen und 300 fl. im Bayreuthischen verbunden war, alle herrschaftliche Briefe, desgleichen alle Geldversendungen frei fortzubringen, ferner Gepäcke bis zu 25 Pfund schwer, auch den Collegien und einem Theil der Dienerschaft Postfreiheit zu gewähren. Diese Verträge binden des Königs Majestät nicht, und die Bejahung der Frage, ob Höchstdieselben befugt sind, die Taxischen Posten abzustellen und dagegen Landesposten anzulegen, leidet wohl keinen Zweifel. Indes erfordert es noch eine genaue Prüfung, ob es wegen der nothwendigen Verbindung thunlich sey, eigne Posten zu errichten, und ob nicht mehr Vortheile dabei herauskommen, mit Taxis unter guten Bedingungen einen neuen Vertrag zu schliessen. Bisher hat man die vorigen Verträge nicht anerkannt, vielmehr schon mehrmals erklärt, dass solches nicht geschehe. Auch hat man die Postaemter der landesherrlichen Oberpolizey unterworfen. Nur ist vorzüglich zu wünschen, dass eine schnellere Communication mit den übrigen Staaten Seiner königlichen Majestät durch Sachsen eingerichtet werden könnte, welches vielleicht über Halle und durch das Fürstlich Sächsische möglich sein dürfte.

§ 42.

Unter die Vorrechte des Hauses Brandenburg, womit dasselbe von Kaiser und Reich beliehen ist, gehören auch die kaiserlichen Geleite, die ehemals mehr politischen Werth hatten und von Nürnberg aus nach Frankfurt und Leipzig ausgeübt wurden. Die Kaufleute, welche die Messen beziehen, werden nämlich durch eine Art von militairischer

g. kaiserliche  
Geleite.



Escorte, die sie in Nürnberg abholt, begleitet. Eben dieses Geleite findet bei Transportirung der Reichskleinodien statt. Itzt hat die Sache, zumal nach Vindication der Landeshoheit gar keinen wahren Nutzen und ist mehr als eine Antiquität zu betrachten.

§ 43.

h. Verhältniss  
mit Hannover  
wegen der  
Grafschaft  
Sayn-Alten-  
kirchen.

Die Grafschaft Sayn-Altenkirchen, welche der Herr Markgraf im westphälischen Kreise besitzt, gehört bekanntlich nicht zu den brandenburgschen Ländern. Der letztverstorbnne Markgraf Karl Wilhelm Friedrich erbte solche als Fideicommisserbe der Herzogin Johannette von Sachsen-Eisenach, einer der beiden Saynischen Erbtöchter. Nach dem Tode des Herrn Markgrafen fällt sie an Hannover von wegen der Grossmutter des itzigen Königs von England, einer Prinzessin von Ansbach und Enkelin besagter Herzogin Johannette. Hannover ist auch bereits vermög einer mit Bewilligung des höchstseeligen Königs Friedrich II. Majestät zwischen den Häusern Hannover und Ansbach geschlossenen Convention vom 25. Junius 1783 in einer Art von Mitbesitz und hat die eventuelle Huldigung von allen Saynischen Bedienten angenommen. In Ansbach ist ein eigenes Saynisches Administration-Collegium, welches die Angelegenheiten der Grafschaft besorgt, auch Hannover mit beedigt ist, übrigens jedoch aus Männern besteht, die auch in andern preussischen Collegien mit angestellt sind. In der Grafschaft ist ein sehr überflüssiger Civil-Gouverneur, eine Kanzley und ein Kammer-Kommissariat, die Verwaltung aber mir mittelst Vollmacht des Herrn Markgrafen auf eine dergestalt ausgedehnte Weise anvertraut, dass ich bey Seiner Durchlaucht über nichts anzufragen brauche. Die Einkünfte der Grafschaft sind aber bei Ausmittlung der Leibrente Seiner Durchlaucht des Königs Majestät mit zur Einnahme gerechnet und betragen nach dem Etat 33 510 fl. 55<sup>3</sup>/<sub>1</sub> Hr.

jährlich. Die Grafschaft hat durch den Krieg, besonders in der letzten Zeit durch die beständige Gegenwart der Armee, auch Plünderungen und Erpressungen der Franzosen und noch mehr der Kaiserlichen, die ohnerachtet der ausbedungenen Neutralität derselben durch keine Vorstellung zu vermeiden oder abzustellen gewesen, endlich durch die Viehseuche unsäglich gelitten, besonders auch an den Waldungen. Dieses wird höchstwahrscheinlich eine Verminderung der Einkünfte nach sich ziehen und Aufwand erfordern, um nach geendigtem Kriege das Land wieder in Stand zu bringen. Vielleicht wäre es rathsam, auch aus diesen Gründen auf eine Abtretung an Hanover zu unterhandeln. Nach hergestelltem Frieden werde ich eine genaue Untersuchung veranstalten und dann wegen dieses Gegenstandes das Weitere veranlassen.

#### § 44.

Unter den höchsten Befehlen Seiner Majestät des Kö-  
nigs werden die Angelegenheiten der fränkischen Fürsten-  
thümer, die eigentlichen Militärsachen ausgenommen, als  
welche zusammenhängend mit allen übrigen der Monarchie  
ebenderselben Behandlung unterworfen sind, von dem di-  
rigirenden Minister der Provinz unter nachfolgenden Mo-  
difikationen und unter dem Namen des Landes-Ministerii  
der fränkischen Fürstenthümer geleitet. Zu seinem Ressort  
gehören nach dem höchsten Organisations-Patent vom 3. July  
1795 und dem Ressort-Reglement vom May 1797, wodurch  
überhaupt der Geschäftskreis sämmtlicher Behörden bestimmt  
wird, alle Zweige der inneren Landesverwaltung unter den un-  
mittelbaren königlichen Befehlen, sowohl die Finanz- und Po-  
lizey- als Justiz- und geistlichen Sachen, auch Militair-Gegen-  
stände, die der Besorgung des Civils obliegen. Nur alles,  
was zur Gesetzgebung in eigentlichen Justizsachen gehört,  
wird von dem Grosskanzler und dem dirigirenden Minister

B. Ausübung der  
Staatsgewalt  
und innere Ver-  
waltung :  
1. In Absicht  
auf die ver-  
waltenden Be-  
hörden :  
a. Landes-  
ministerium.

der fränkischen Provinzen gemeinschaftlich besorgt. Der Grosskanzler stellt auch Justiz-Visitationen an, und der jedesmalige Chef des geistlichen Departements concurrirt zu den geistlichen und Schulsachen, auch zu den Angelegenheiten der Universität Erlang, und hat die evangelischen Religions-Angelegenheiten ausschliesslich. Die Besetzung der Justiz- und geistlichen Bedienungen gehört aber zu dem Ressort des fränkischen dirigirenden Ministers. Die auswärtigen Angelegenheiten und Differenzsachen, sowie die Angelegenheit des fränkischen Kreises werden vom Landes-Ministerio unter der Aufsicht und Leitung des Departements der auswärtigen Angelegenheiten zu Berlin geführt. Bei dem dirigirenden Minister sind die nöthigen vortragenden Rätthe, Sekretarien und Registratur-, auch Kanzley-Bediente angestellt, auch stehen die Archive, die Bank zu Fürth und die Witwen-Kassen Deputation, die katholischen und reformirten Religions-Angelegenheiten und die beiden Fräulein-Stifter unmittelbar unter solchem.

#### § 45.

##### 1. Regierungen

Sowohl in Ansbach als Bayreuth sind Regierungs-Collegien eingerichtet. Jede Regierung hat zwei Senate, deren erster die Justiz-Verwaltung in bürgerlichen und peinlichen Sachen besorgt, auch die Aufsicht über das Hypotheken- und Depositatwesen, überhaupt auf die Justizverwaltung und die Untergerichte; die zweiten Senate enthalten zugleich den Lehenhof und das Consistorium, sie bearbeiten in der letzteren Eigenschaft die evangelischen geistlichen und Schulsachen, auch die milden Stiftungen; ihnen sind die Vormundschafts-Sachen anvertraut. In zweiter Instanz fassen sie die Urtheile in solchen Sachen ab, darin die ersten Senate in erster gesprochen haben. Die Apellationen gehen von der Regierung zu Ansbach an den ersten Senat nach Bayreuth und umgekehrt.

§ 46.

Ebenso sind in Ansbach und Bayreuth zwei Kriegs- und Domänenkammern mit den dazu gehörigen Justiz-Deputationen bestellt. Zur Behandlung der Forst-, Bau- und Chaussee-, auch Bergwerkssachen sind bei den Kammern besondere Departements eingerichtet, und um die Einförmigkeit im Dienst desto besser herzustellen, ist das Praesidium in einer Person vereinigt worden.

c. Kriegs-  
und Domänen-  
Kammern.

§ 47.

Die dritte Instanz in Sachen der Kammer-Justiz-Deputation ist bei dem Ober-Revisions-Collegio, welches unter dem Praesidio des dirigirenden Ministers, aus einigen zur Justiz beeidigten vortragenden Räthen desselben und gegenwärtig mit aus zwei Regierungs-Directoren bestehet.

d. Ober-Revisi-  
ons-Collegium.

§ 48.

Die Medicinal- u. Sanitätssachen werden von zwey Medicinal-Collegien in Ansbach und in Bayreuth versehen, die ebenfalls der Einförmigkeit wegen unter ein Praesidium gebracht sind.

e. Medicinal- u.  
Sanitäts-Colle-  
gium.

§ 49.

Das Fürstenthum Ansbach ist in sechs Kreise: den Ansbachschen, Schwabachschen, Gunzenhäuser, Wassertrü-  
dinger, Creilsheimer und Uffenheimer;

f. Kreise und  
Kreis-Direk-  
toria.

das Fürstenthum Bayreuth gleichfalls in sechs; im Oberlande: den Bayreuther, Culmbacher, Hofer, Wunsiedler, im Unterlande: den ERLANGER, den Neustädter eingetheilt. Jedem Kreis ist ein Kreis-Director vorgesetzt, und diesem sind ein Kreis-Kommissair, Sekretair, Conducteur, Calculator, Physikus, Chirurgus beigegeben. Des Königs Majestät haben eine umständliche Instruction für die Kreisdirectorien zu vollziehen geruht, die das in den übrigen Pro-

vinzen den Landräthen obliegende Ressort mit besorgen und unter den Befehlen der Kriegs- und Domänenkammer die Ausübung und Aufsicht der Militair- und Finanz- und Polizeygegenstände in ihren Kreisen auf sich haben.

§ 50.

g. Justiz- und  
Kammer-  
Aemter.

Jeder Kreis begreift wieder einige Aemter, und bey jedem Amte sind der Regel nach zwey Justiz-Beamte nebst einem Actuar und zwey Kammer-Beamten angestellt. Die Justiz- und Kammerbeamten concurriren, wo solches zuträglich ist, und controlliren sich einander, sowie jeder, der Rendant ist, in der Person eines der andern Beamten seinen Controlleur hat.

Die Zahl der Aemter ist:

im Ansbachischen: 17

im Bayreuthischen: 16

Man hat die vielen kleine Aemter in grosse vereinigt und arbeitet nun an ihrer Purification.

§ 51.

h. die Magis-  
trate.

Die Magisträte sind mit den erforderlichen Justiz- und Polizey Directoren, auch andern Bedienten nach Verhältniss der Städte besetzt; und auch ihnen ist eine königliche Instruction gegeben. In ganz kleinen Städten und Märkten sind blosse Gerichtsschreiber zur ersten Cognition.

§ 52.

Patrimonial-  
gerichte.

Ebenso wird dahin gesehen, dass die Patrimonial-Gerichte nach den Vorschriften der Gesetze und der Gerichtsordnung bestellt werden, und auch an Purification ihrer Gerichtsbezirke gearbeitet.

§ 53.

k. Einziehung  
der Sporteln.

Des Königs Majestät haben der gesammten Dienerschaft hinreichende fixe Besoldungen auswerfen lassen, dagegen

aber sind alle Sporteln und Accidenzien, sowohl bey den Collegien als bei den Aemtern, ohne Unterschied eingezogen und werden bei den Sporteln- und Salarien-Kassen berechnet, die für jedes Collegium und für jeden Kreis und Magistrat eingerichtet sind und noch werden. Durch diese Anordnung ist dem Lande eine grosse Wohlthat geschehen. Die ehemals zum Theil sehr schlecht besoldeten Diener mussten entweder zum Theil darben, oder sie wurden Blutigel der Unterthanen, liessen sich zu Bestechungen und Geschenken verleiten.

§ 54.

Kein Rath, Beamter oder anderer königlicher Diener kann nunmehr ohne vorherige Prüfung seiner Fähigkeiten angestellt werden. Die Räthe bei den Justiz-Collegien müssen in Berlin bey der Examinations-Commission Proben ihrer Geschicklichkeit ablegen, die Räthe bei den Kammern und die Kreisdirectoren bei einer solchen Commission des fränkischen Provinzial-Ministerii. Königliche Unterbeamte werden von den Kammern, und zwar die Justizbeamten von den Justiz-Deputationen gemeinschaftlich mit den Regierungen geprüft; Magistrats-Personen und Patrimonial-Gerichtshalter von den Regierungen allein. Vorhin bestand die Vorbereitung zu Amtsstellen darin, dass die Competenten lange als Scribenten bei den Beamten arbeiteten, welches aber in vielen Fällen nur empirische Diener hervorbrachte und den Beamtendespotismus unterhielt.

§ 55.

Gegen die im Vorhergehenden angeführten Instanzen sind die ehemaligen markgräflichen Behörden, welche ganz andre Ressorts und zum Theil eine zweckwidrige, den Geschäftsgang erschwerende und wohl gar vom Ungefähr ausgegangne Einrichtung hatten: das Ministerium, die besondre Geheime Landes-Regierung und das Civil-Gouvernement in

1. Prüfung anzustellender Bedienter.

m. Abgeschaffte ehemalige markgräfliche Behörden.

Bayreuth, das Hofgericht und Ritterlehengericht daselbst, das kaiserliche Landgericht Burggrafthums Nürnberg als Appellations-Instanz für die königlichen Unterthanen, das burggräfliche Collegium zur Wahrung der burggräflichen Gerichtsbarkeit, das Landschafts-Collegium in Bayreuth, die Kammer und Landschaft zu Ansbach, die Regierungen mit ihren vielen Deputationen, die besondre Consistoria, das Justiz-Collegium zu Erlangen, das Obermarschall- u. Oberjägermeisteramt mit ihren besonderen Jurisdictionen, die Oberämter, Landes- und Amtshauptmannschaften, endlich die unter vielen Benennungen bestandenen Unterbehörden, als Klosterämter, Kastenämter, Verwalter-Aemter, Vogttheyen u. s. w., eingegangen. Alles ist nach einem ordentlichen, zusammenhängenden System auf preussischem Fuss organisirt.

§ 56.

n. Künftige  
rathsame Ver-  
einigung des  
Bayreuther  
Unterlandes  
mit dem Ans-  
bachischen und  
der Stände in  
ein Corpus.

Nun dürfte es nach dem Local auf alle Weise rathsam seyn, in der Folge und wenn die ständischen Angelegenheiten erst regulirt seyn werden, das Bayreuther Unterland mit dem Ansbachischen zu vereinigen. Vielleicht können die Stände beider Fürstenthümer künftig, wie in älteren Zeiten, wieder ein Corpus machen.

§ 57.

o. Forstbeamte  
im Bayreuth-  
ischen.

Zur Verwaltung des Forstwesens sind unter der Direction der Kammern im Bayreuthischen zwey Oberforstmeistereyen, eine im Oberlande und eine im Unterlande, angeordnet. Die Oberforstmeister haben in Forstsachen Sitz und Stimme in dem Forst-Departement der Kammer und unter sich als Mittelinstanz die Forstmeister und Oberförster, als Revierbediente die Förster und Unterförster. Die Reviere sind gehörig eingetheilt und nach vollendeter Forstuntersuchung und Regulirung des ganzen Haushaltes auch hier die Accidenzien und Sporteln, die nicht weniger nachtheilig waren, als bei den Beamten, abgeschafft. Ohne Prüfung seiner Fähigkeiten ge-



langt Niemand zu einer Forstbedienung, dazu aber die Jäger des Jägerbataillons unter dieser Voraussetzung das Vorrecht haben. Vorhin sah man mehr auf Jagd als auf Forstkenntnisse, die Einrichtung war überhaupt verkehrt, die Forstbedienten hiessen mehrentheils Wildmeister und waren in manchem Betracht ein harter Druck des Landmanns. Sechs Oberforstmeister, die ihre Stellen mehrentheils ohne Kenntnisse erhielten und als blosse Pfründen betrachteten, und ein obwohl noch in seiner Art thätiger, aber seit langen Jahren blinder Oberjägermeister sollten das wichtige Forstwesen leiten. Es fehlte ganz an richtiger Dienstverfassung und Controlle.

### § 58.

Im Ansbachischen finden diese Mängel zum Theil noch statt, weil itzt der dortige Forsthaushalt durch eine Commission, wie im Bayreuthischen, untersucht und plan- und kunstmässig eingerichtet werden muss.

II. Im Ansbachischen.

### § 59.

Zur Bergwerksverwaltung sind unter Leitung der Bayr. Bergbeamten der Kammer zwei eigne Bergämter eingerichtet, denen ein Ober-Bergmeister vorgesetzt ist. Im Ansbachischen sind dergleichen nicht erforderlich.

### § 60.

Behufs des Zollwesens sind unter der Aufsicht der Kammer die nöthigen Bedienten auch angestellt.

### § 61.

Der König ist als Burggraf von Nürnberg mit einem kaiserlichen Landgerichte vom Kaiser und Reich beliehen, zu dessen Gerichtsbarkeit in älteren Zeiten ein sehr grosser Bezirk, selbst ausserhalb Franken gehörte. Die Landesgerichts-Assessoren und der Landrichter werden vom König

<sup>r.</sup> Kaiserliches  
Landgericht  
Burggraf-  
thums Nürn-  
berg.

allein, ohne Zuthun des kaiserlichen Hofes bestellt. Gegenwärtig ist der Nutzen dieses Gerichts so geringe, da solches für den königlichen Unterthanen keine Apellations-Instanz mehr abgiebt, und nur wenige der benachbarten Auswärtigen, etwa aus den Reichsstädten nach dahin sich wenden, dass Anfangs die gänzliche Aufhebung desselben beschlossen war. Dieses machte aber in Wien grosses Aufsehen, die anhängigen Prozesse mussten doch aufgearbeitet werden, und es schien am Ende besser, das Gericht auch wegen der Auswärtigen beizubehalten, zumahl da solches ohne besondere Kosten geschehen und dasselbe durch andre königliche Bediente, welche für die vorgefallenen Arbeiten aus den Sporteln belohnt werden, versehen werden kann. Der Regierungspräsident zu Bayreuth, Freyherr v. Völderndorf, ist itzt Landrichter und die Assessoren sind meist Ansbachische Regierungsräthe, da das Landgericht seinen Sitz in Ansbach hat. Mit dem Landgerichte ist ein sogenanntes Schrankenlaufen oder ein Asyl für zufällige Verbrecher aus dem ganzen römischen Reiche verbunden. Die Prozessform bleibt dabei ganz auf dem alten Reichsfuss.

### § 62.

s. Geistliche  
Behörden:  
I. Superintenden-  
turen u. Deca-  
nate.

Unter den mit den Regierungen verbundenen Consistorien stehen die geistlichen Bedienungen. Das Bayreuthische Fürstenthum ist in 10 Superintenduren, das Ansbachische in 9 Dekanate eingetheilt, die mehrere Pfarreyen unter sich haben. Die Geistlichen werden von den Consistoriis geprüft und dem dirigierenden Minister vorgeschlagen. Ueber ihr Examen und Anstellung aber wird allemal ein Protokoll zur Nachricht an das geistliche Departement nach Berlin geschickt.

### § 63.

II. Gymnasien  
und Schulen.

Die Gymnasien und Schulen werden gleichfalls von den Consistorien auf die Weise besetzt. Im Ansbachischen ist nur ein Gymnasium in Ansbach selbst, und in Feuchtwang,

Schwabach, Creilsheim, Uffenheim, Wassertrüdingen, Gunzenhausen und Fürth sind lateinische Schulen. Im Bayreuthischen sind vier Schulen, die als Gymnasiums eingerichtet sind, zu Bayreuth, Hof, Neustadt an der Aisch und Erlang, und zwei lateinische Schulen zu Culmbach und Wunsiedel. Der kleineren Städte- und Landschulen sind viele.

#### § 64.

Die Universität Erlang steht itzt unter der gemeinschaftlichen Curatel des Chefs des geistlichen Departements in Berlin und des fränkischen dirigirenden Ministers, dem jedoch die eigentliche Leitung und Besorgung des Geschäfts obliegt. Sie hat ihre Privilegien von ihrem Stifter, die itzt revidirt und zur königlichen allerhöchsten Bestätigung vorgelegt werden sollen.

III. Universität  
Erlang.

#### § 65.

Die Verwaltung der milden Stiftungen geschieht unter der Aufsicht der Consistorien, theils von den Magisträten oder nach dem Willen der Stifter dazu ernannten Behörden, theils von einzelnen Administratoren.

IV. Verwaltung  
der milden  
Stiftungen.

#### § 66.

Bei allen erwähnten sogenannten geistlichen Behörden lassen sich noch verschiedene heilsame Einrichtungen einführen. Mehrere Missbräuche dabei sind bereits abgestellt und es ist in diesem Fach noch viel zu thun übrig.

V. Allgemeine  
Bemerkung  
über die vor-  
erwähnten  
geistlichen Be-  
höörden.

#### § 67.

Die katholischen Religionsangelegenheiten ressortiren unmittelbar vom Landes-Ministerio. In Ansbach und in Bayreuth sind catholische Kapellen und auf dem Lande mehrere Pfarren.

VI. Katho-  
lische Religi-  
onsangelegen-  
heiten.

§ 68.

VII. Reformir-  
te.

Ebenso die Reformirten. Es sind zwey Kirchen dieses Glaubensbekenntniss in Erlang, eine in Schwabach und eine in Bayreuth.

§ 69.

VIII. König-  
liches Fräu-  
lein - Stift zu  
Bayreuth.

Der letzte Herr Markgraf hat zu Bayreuth eine Stiftung für Töchter adliger Diener gemacht, deren jede 200 fl. jährlich Pension aus solcher genießt und ein Ordenskreuz trägt. Der Fond besteht aus 67 000 fl. und das Institut steht unter der unmittelbaren Aufsicht des dirigirenden Ministers. Die Stellen werden von des Königs Majestät vergeben.

§ 70.

IX. Fräulein-  
Stift zu  
Birken.

Vermög einer ähnlichen von der adligen Familie von Stein herrührenden Stiftung besteht nahe bey Bayreuth ein anderes Fräulein-Stift zu Birken, dessen Curatoren der jedesmalige dirigirende Minister und der Superintendent zu Bayreuth sind. Die Stellen werden vom Stift besetzt.

§ 71.

t. Behörden  
mit deren Ver-  
waltung der  
fränkische  
Landesminis-  
ter nichts zu  
thun hat:  
I. das Haupt-  
und Landge-  
stüt zu Tries-  
dorf.

Mit der Verwaltung des Haupt- und Landgestüts zu Triesdorf hat der fränkische Provinzial-Minister nichts zu thun. Sie ist dem königlichen Oberstallmeister allein vorbehalten.

§ 72.

II. Die Klas-  
sen- und Zah-  
len-Lotterie.

Ebenso mit der Zahlen- und Klassenlotterie, deren Wiedereinführung itzt beliebt ist, und die von der General-Administration in Berlin abhängt.

§ 73.

2. In Absicht  
auf die Gegen-  
stände der  
Verwaltung:

Die Lage der fränkischen Fürstenthümer macht sie an und für sich in militärischer Rücksicht wichtig. Wer im Besitz derselben ist, besonders des Gebürgs, welches sich

an der sächsischen Grenze bis gegen Bayern zieht, wird leicht Meister von dem mit Lebens- und Hilfsmitteln aller Art so reichlich versehenen Frankenlande, ja selbst eines Theiles von Schwaben und Bayern; er kann den Mayn benutzen, das Lokal bietet viele gute Vertheidigungs- und Angriffspunkte dar, besonders wichtig aber würden diese Fürstenthümer in militairischer Rücksicht für die preussische Monarchie, wenn man sie mittelst eines wünschenswerthen Arrondissements in Stand setzen könnte, 20 bis 30 000 Mann aus eigenen Kräften zu halten, und schon itzt sind sie es, wenn man bey entstehendem Kriege das aus ungefähr 9000 Mann bestehende Corps, das sie nach ihrer gegenwärtigen Beschaffenheit zu unterhalten im Stande sind, nur mit den westphälischen Truppen verstärken will. Mit Schlesien flankiren sie dann Böhmen, und indem sie es jedem Feinde schwer machen würden, darin vorzurücken, ja sich darin zu erhalten, würden sie den Angriff auf solches ungemein erleichtern, zumal wenn Sachsen, Hessen und das Haus Braunschweig, die solchen Falls kaum eine andre Parthey ergreifen könnten, Alliirte Preussens wären. Auch Bayern könnte man besser die Hände bieten und von diesem Hülfe erwarten. Der reelle Einfluss, den man sich dadurch in Deutschland verschafft, würde der mächtigste und nützlichste seyn. Die militairische Beschaffenheit der fränkischen Fürstenthümer verdiente genauer durch Kunstverständige untersucht zu werden. Vorläufig habe ich dafür einige Recherchen anstellen lassen, deren Resultate ich dem königlichen General-Adjutanten von Zastrow eingehändigt habe.

A. Militair-Wesen:  
I. Wichtigkeit der fränkischen Provinzen in militairischer Hinsicht.

#### § 74.

Im Bayreuthischen Oberland ist eine sehr gute Militair-Karte durch den verstorbenen markgräflichen Ingenieur-Major Hofmann verfertigt worden. Sein Gehülfe dabey, der Artillerie-Lieutenant Stierlein, wird nunmehr bald das reine Exemplar aus den Brouillons verfertigt haben. Es ist mit

II. Militair-Karten.

dem grösstem Fleiss und auf das sauberste gearbeitet. Das Bayreuthische Unterland und das Ansbachische sind noch nicht militairisch cartirt.

§ 75.

III. Festungen:  
a. Plassenburg.

Im Bayreuthischen ist die Vestung oder das vielmehr vorzüglich gut casematirte und mit gemauerten und revetirten Werken versehene Bergschloss Plassenburg eine der ältesten Residenzen des Brandenburgischen Hauses. Es wird zwar von einer nahegelegenen Höhe dominirt, würde aber, da diese Höhe, die Lage und Gegend eine vortheilhafte Position abgeben, immer nützlich werden können, zumal wenn diese Höhe verschanzt wäre. Ueberdies dient sie zu einem guten Waffenplatz, daran es sonst ganz fehlen würde, und hat die eigentliche Vestung des Landes, das Gebürg, zur Vormauer. Ihre Beibehaltung, Unterhaltung und Verbesserung dürfte daher wohl anzurathen sein.

§ 76.

b. Wülzburg.

Im Ansbachischem an der Pappenheimer Grenze gegen Süden liegt ebenfalls über der Reichsstadt Weissenburg auf einem Berge das befestigte Schloss Wülzburg. Der Nutzen desselben scheint mir sehr problematisch, und da die Reparaturen einen ansehnlichen Aufwand erfordern werden, so möchte solche durch Sachverständige zu prüfen und zu überlegen seyn, ob nicht, falls er sich nicht bewähren sollte, die Demolirung dieser Vestung und Verwendung der dazu bestimmten Fonds auf Plassenburg zu belieben sey.

§ 77.

IV. Truppen  
zu markgräf-  
lichen Zeiten.

Zu markgräflichen Zeiten wurde während des Friedens nur ein Bataillon Infanterie in Ansbach, eines in Bayreuth, eine unberittene Garde du Corps und 100 Husaren nebst einiger Artillerie und einigen Infanterie- und Invaliden-Commandos zu Erlang, Plassenburg, Wülzburg u. s. w. unter-

halten. Das Ganze möchte etwa aus 1800 Mann Infanterie, Artillerie und 264 Mann Cavallerie bestehen. Bei dem königlichen Regierungsantritt befanden sich ein Grenadier-Bataillon von 420, ein Bataillon Füsiliere von 606 Mann und ein Jäger-Bataillon von 306, desgleichen ein Detachement Artillerie von 42, zusammen 1374 Mann im holländischem Sold und im Land die unberittene Garde du Corps von 164 Mann, die Husaren 100, das Bataillon von Voit 742 und die übrigen Commandos 444 Mann. Ferner war die Jägerey gewissermassen auf militairischem Fuss eingerichtet, so dass solche allenfalls zur Vertheidigung als ein Feld-Jäger-Corps gebraucht werden konnte. Fünf Landesausschussregimenter im Bayreuthischem wurden durch Pensionair-Offiziere commandirt, alle übrigen waren Handwerker, und sie bestanden aus den Hauswirthen selbst. Als Militair konnte dieser Ausschuss weder angesehen noch gebraucht werden. Von dem ganzen sonach 2824 Mann ausmachenden Militair waren nur 1450 auf dem Etat, da die Republik Holland den Ueberrest bezahlte. Es war auch kein Fond zu kräftiger Bezahlung desselben ausgemittelt.

### § 78.

Die Abneigung gegen den Soldatenstand ist in den fränkischen Fürstenthümern noch sehr gross. Ehedem existirte bei der Aushebung kein Zwang. Erst der letzte Markgraf führte eine Conscription ein. Indes konnte sie nur auf die unmittelbaren Unterthanen gehen. Die Stadt Erlang wurde freigelassen; desgleichen die Studierenden und die Söhne der Räthe. Bei dem ganzen Geschäfte herrschte Willkühr. Es wurde einseitig von dem General-Adjutanten des Markgrafen vorgenommen, die Confiscationen wurden in Aussetzungsfällen ohne Urtheil und Recht vom Militair verfügt. Die ganz enrollirte Mannschaft betrug in beiden Fürstenthümern nach dem letzten Enrollement 22,673 Köpfe, davon nur 1872 diensttauglich und unter das Maas gestellt waren.

V. Cantoneinrichtung zu markgräflichen Zeiten.



Unter diesen waren 644 dem Lande unentbehrlich, mithin blieben nur 1228 zur Einstellung. Im amerikanischen Kriege gab der Markgraf ein Infanterie-Regiment und ein Jäger-Bataillon in englischen Sold und nachher die obenerwähnten Truppen in holländischen. Hierdurch wurde das Land an schönen und diensttauglichen Leuten sehr entblösst. Sonst konnte die Aushebung an sich für das wenige Militair nicht sehr drückend seyn.

### § 79.

VI. Verände-  
rungen mit  
dem Militair  
seit dem  
Regierungsan-  
tritt S. königl.  
Majestät u.  
Stärke dessel-  
ben.

Gleich nach dem Regierungs-Antritt des Königs wurde das damalige Füsilier-Bataillon von Renouard, itzt von Bila, von Halle nach Bayreuth verlegt, nachher dessen Garnison nach Hof bestimmt. Es ging in den französischen Krieg und wurde aus dem Bayreuthischem Oberland recrutirt, sodass itzt 139 Bayreuther dabei sind, welche, da das Bataillon nunmehr nach Brandenburg verlegt wird, dem Lande entgehen. Das Regiment von Unruh, damals von Grevenitz, wurde von Wesel nach Bayreuth versetzt, liess seine wenigen westphälischen Einländer zurück und bekam vorerst die Hälfte ganz aus dem Bayreuthischen Oberlande. In Ansbach wurde die Garde du Corps reducirt, die schönsten Leute kamen in die königlichen Garden, was dazu tauglich war unter das neue Husarenbataillon, wozu die vorhandenen markgräflichen Husaren nebst 100 Mann von den alten Husarenregimentern den Stamm ausmachten und das Land die Einländer sogleich abgab. Aus dem Regiment Voit von Salzburg und der im holländischen Sold gestandenen Infanterie errichtete man in Maynz 1794 das itzige Regiment von Laurens, welches aber nicht vollzählig gemacht werden konnte. Die Jäger, welche im Krieg sehr gelitten hatten, wurden in zwey Compagnien formirt und mit dem Jägerregiment vereinigt. Itzt sind die Regimenter ganz vollzählig gemacht, nur das dritte Mousquetier-Bataillon von Laurens und die Invaliden-Compagnie des Regiments, desgleichen eine neue

Compagnie bei dem dritten Bataillon von Unruh werden im Oktober noch errichtet. Das königliche Militair in den fränkischen Fürstenthümern besteht:

1.) aus dem Infanterie-Regiment von Unruh:	
a. das Grenadier-Bataillon in Culmbach, zwei Bataillons in Bayreuth	1877 Mann
b. das dritte Bataillon in Wunsiedel	504   "   "
c. die Invaliden-Compagnie in Plassenburg	47   "   "
2.) dem Infanterie-Regiment von Laurens:	
a. das Grenadier-Bataillon in Creilsheim, zwey Bataillon in Ansbach	1877 Mann
b. das dritte Bataillon kommt nach Erlang	504   "   "
c. die Invaliden-Compagnie nach Wülz- burg oder Mainbernheim	47.   "   "
3.) dem Jäger Bataillon	545   "   "
	<hr/> 5401 Mann

welches aus den beiden vormals markgräflichen Compagnien des königlichen Jägerregiments besteht; dessen künftige Garnison ist Hof. Vorerst aber sind die ersten 2 Compagnien noch bey der Armee in Westphalen, die andern beyden marschiren in die Gegend von Nürnberg.

4.) dem Ansbach-Bayreuthischem Husaren- Bataillon in Ansbach, Uffenheim, Feuchtwang, Gunzenhausen und Neustadt an der Aisch	785   "   "
5.) einer Provinzial-Invaliden-Compagnie	70   "   "
6.) einer Artillerie-Compagnie	54   "   "

Summa 6310 Mann

ohne die kleine Wachtcommandos zu Schwabach, Schwaningen, Deberndorf und Hermitage, welche Civilversorgungen für Invaliden abgeben. Die Jäger, welche zum Militairdienst bestimmt werden konnten, sind dem Jägerbataillon zugegeben

und das Provinzial-Jägercorps ist aufgehoben. Der Landesausschuss wird als unnöthig und zugleich mit der Verpflichtung zum Militairdienst drückend eingehen.

§ 80.

VII. Plan wegen künftiger Einrichtungen. Der Plan ist, sobald die Fonds solches erlauben, noch zu errichten:

eine Brigade Füsiliers von drei Bataillons	1819
ein zweites Bataillon Husaren . . . . .	786
würden sodann betragen	<u>8915</u>

§ 81

VIII. Fonds. 1. Aus dem Etat der Fürstenthümer Ansbach und Bayreuth werden itzt erhalten:

	Thlr.	Gr.	Pf.
1.) das Infanterie-Regiment von Laurens	99,157	14	10
2.) dessen drittes Mousquetier-Bataillon	21,540	—	—
3.) dessen Invaliden-Compagnie . . .	2,307	18	9
4.) das Jäger-Bataillon von Tümppling	31,518	1	4
5.) das Husaren-Bataillon . . . . .	82,918	6	4
6.) eine Artillerie-Compagnie . . . .	2,901	16	—
7.) eine Provinzial-Invaliden-Compagnie	3,299	21	9
8.) ein Vestungs-Commandant zu Plassenburg	800	—	—
9.) ein Vestungs-Commandant zu Wülzburg	800	—	—
10.) Vestungs-Etat von Plassenburg	1,485	15	10
11.) „ „ „ von Wülzburg	809	3	6
12.) Commandos, wobey Invaliden versorgt werden			
a.) bei dem Zuchthaus zu Schwabach	502	20	7
b.) bey dem Schlosse zu Schwaningen	250	—	—
c.) bey dem Schlosse zu Hermitage	656	16	9
d.) bei dem Schlosse zu Deberndorf	84	13	9
13.) der Ober-Auditeur Rehnfeld	600	—	—
Summa	249,632	5	5

	Thr.	Gr.	Pf.
Transport	249,632	5	5
II. Künftig können noch aus dem Ansbach-Bayreuthischen Etat erhalten werden, wenn der Markgraf stirbt und die Pensionairs wegfallen:			
1. ein noch zu errichtendes zweites Husaren-Bataillon	79,981	12	4
2. drey Füsilier-Bataillons, desgl. noch errichten	89,503	6	9
3. Brigadiergehalt bei solchen	3,000	—	—
4. das Regiment von Unruh welches itzt auf dem Etat der übrigen Provinzen steht	123,005	9	7

Summa 545,122 10 1

In allen 12 Bataillons und 10 Escadrons ausser der Artillerie und Invaliden.

Die Fonds hierzu werden folgender Massen nachgewiesen:

1. nach dem Supplement des General-Kriegs-Kassen-Etats pro 1797/98 zahlen die Ansbachischen Kassen an jene:
  - a.) behuf des auf vorstehender Seite specificirten Militairs . . . . . 249,632 5 5
  - b.) an Pensionen, die künftig dem Militairfonds heimfallen . . . . . 81,809 6 2

331,441 11 7

2. Die Rente viagere des Hr. Markgrafen Durchl. beträgt 303,000 fl., davon abgehen wegen der Grafschaft Sayn-Altkirchen 33.510 fl. 51<sup>3</sup>/<sub>4</sub> Hr. Kais. General-Majors-Gehalt 4,493 Allodial-Zehnt 711 49

38,715 fl. 40<sup>3</sup>/<sub>4</sub> Hr.

Da der König diese Einnahmen nur  
bis zum Tode des Markgrafen zieht  
und in der Rente viagère wieder an  
ihn zahlt, bleiben 264,284 fl. 19<sup>1</sup>/<sub>4</sub> Xr.  
oder 151,019 Thlr. 10 Gr. 3<sup>3</sup>/<sub>7</sub> Pf.

3. Civil-Pensionen und Gehalte, die nicht  
wieder vergeben werden und dem  
Militairfond angewiesen werden können,  
betragen . . . . . 128,911 fl. 22<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Xr.  
oder 73,663 Thlr. 13 Gr. 8<sup>4</sup>/<sub>7</sub> Pf.

---

224,683 Thlr.

---

Summa 556,124 Thlr. 11 Gr. 7 Pf.

Der auf vorstehender Seite verzeichnete

Bedarf ist	545,122	10	1
------------	---------	----	---

---

bleiben übrig 11,002 Thlr. 1 Gr. 6 Pf.

Dem Etat der General-Kriegs-Kasse sind vom 1. July  
1797 an ab- und auf den Ansbachisch-Bayreuthischen Etat  
genommen:

- |  |        |     |     |
|--|--------|-----|-----|
| 1.) der bisher gezahlte Zuschuss zum   | Thlr.  | Gr. | Pf. |
| Regiment von Laurens   | 46,138 | 8   | 10  |
| 2.) das Jägerbataillon   | 31,518 | 1   | 4   |
| 3.) die schon ausgemittelt gewesene Ver-<br>pflegung des 3. Bataillons von Laurens | 21,540 | —   | —   |

---

Summa 99,196 10 2

Darüber des Königs Majestät zur Etablierung einer  
extraordinären Vestungs-Bau-Kasse unter Direction des  
General-Lieutnants von Geusau disponiert haben.

In der Folge werden den Kassen der alten Provinzen  
noch erspart die Kosten des Regiments von Unruh mit  
123,005 Thlr. 9 Gr. 7 Pf.

## § 82.

IX. Fränkische  
Haupt-Kriegs-  
Kasse.

In Ansbach ist eine eigne fränkische Haupt-Kriegs-Kasse  
errichtet, die als eine Nebenkasse der General-Kriegs-Kasse

in Berlin anzusehen ist. Sie bekommt jährlich ihren eignen Etat als ein Supplement des Etats der General-Kriegskasse und ihre Einnahme aus den fränkischen Provinzialkassen von den Ueberschüssen der Provinz.

§ 83.

Die Einrichtung der Canton-Verfassung, so wie solche in den übrigen königlichen Staaten besteht, hat in den fränkischen Fürstenthümern Anfangs sehr viele Schwierigkeiten gemacht. So lange die Grundsätze in Absicht auf die Landeshoheit nicht bestimmt waren, und die Beiziehung der unmittelbaren Unterthanen nicht geschehen konnte, war die Completirung der Regimenter ohne den empfindlichsten Druck für die unmittelbaren Unterthanen gar nicht möglich. Endlich konnte dieses im Jahre 1796 geschehen, und nunmehr säumte man auch keinen Augenblick länger mit der Conscription, die im Anfang des Jahres 1797 beendigt wurde. Das Resultat fiel sehr günstig aus und erhellet aus der auf der folgenden Seite befindlichen Nachweisung.

X. Canton-Verfassung auf preussischem Fuss.

Durch die Beyziehung der unmittelbaren Unterthanen sind also 24,428 Feuerstellen, und 30,564 Enrollirte gewonnen. Es ist wohl keinem Zweifel unterworfen, dass der Canton das obenerwähnte für die Fürstenthümer bestimmte Militär tragen können, wenngleich die erste Completirung viel Geschrei und Missmuth veranlasst. Eine traurige bey der Conscription gemachte Bemerkung trifft die grosse Menge von Leibesschäden, wie sie sich vorgefunden haben. Ich werde es mir besonders zur Pflicht machen, den Ursachen nachzuspüren und solchen nach und nach abzuhelpfen.

Für die fränkischen Fürstenthümer haben des Königs Majestät übrigens ein eignes, auf dessen Lokal angepasstes Canton-Reglement unter dem 21. März 1796 erlassen. Dem Regiment von Unruh ist das ganze Bayreuthische Fürstenthum, dem von Laurens das ganze Ansbachische zum Canton angewiesen. Von den Husaren sind vier Escadrons auf

das Ansbachische, eine auf das Bayreuthische Canton angewiesen. Künftig werden die noch ferner zu errichtende leichte Truppen auf beide Cantons verhältnismässig vertheilt werden. Damit auch die Regimenter Zeit gewinnen, sich einen sicheren Einländer-Stamm zu verschaffen, ist beiden eines für alles eine ansehnliche Anzahl Einländer von unangesessenen Leuten vergewilligt, die sie als Ausländer führen, aber sowie gesetzliche Gründe vorhanden sind, verabschieden und mit Ausländern ersetzen müssen.

§ 84.

XI. Einquartierung, Servis- u. Fouragegelder.

Das Militair liegt theils zu Ansbach, Bayreuth und Creilsheim in Casernen, theils bei den Bürgern. Die Husaren-Pferde stehen zum Theil in königlichen Ställen, theils auch bei den Quartierträgern. Die Einrichtung der Garnisonen hat, weil es fast allenthalben fehlte, an Wachthäusern, Casernen, Lazarethen, Reithäusern, Utensilien u. s. w. 193 008 fl. 22 $\frac{1}{4}$  Xr. gekostet. Der Servis und die Fourage-Zuschuss-gelder werden von dem ganzen Lande nach dem Steuerfuss aufgebracht, die Fourage nicht vom Lande, sondern der Hafer von den Kammern zu dem fixirten Preise von 8 fl. abgegeben, die rauhe Fourage aber durch Unternehmer, mit denen jährlich accordirt wird, geliefert. Eine andre Einrichtung würde wegen der Lokalumstände nachtheilig gewesen seyn und insonderheit die Städte gegen den weit wohlhabenderen Landmann praegraviret haben. Der Betrag des Servis und der Fouragegelder war bisher blos von den unmittelbaren Unterthanen 133,351 fl. 48 Xr. Nachdem aber die mittelbaren hinzugekommen sind, wird eine andre Repartition erforderlich werden, bey der auch auf das mehrere Bedürfniss wegen Vermehrung der Truppen Rücksicht genommen werden muss. Durch besondere Einquartierungs- u. Servis- auch Fourage-Reglements vom 31. Oktober 1796 ist alles, was hierher gehört, von des Königs Majestät bestimmt worden.



§ 85.

Ausser den obenerwähnten drey Invaliden-Compagnien<sup>XII. Invaliden-Versorgung.</sup> und einzelnen Commandos zu Civilversorgung derselben sind in den fränkischen Fürstenthümern noch an Fonds zu diesem Zweck 51,750 fl. rhein. vorhanden, davon 29,750 fl. aus der ehemaligen markgräflichen Invaliden-Kasse und 22 000 fl. aus patriotischen freiwilligen Beyträgen herrühren, welche von der ansehnlichen Summe übrig geblieben sind, die in den Jahren 1793 und 94 durch eine von Ansbachischen Bürgern aus eigener Bewegung veranlasste Subscription aufgebracht wurden und wovon alle damals bei der Armee befindlich gewesene Füsilier-Bataillons und die Infanterie aus dem Ansbachischen mit wollenen Ueberhosen versehen und einige andre Erquickungen für letztere angeschafft sind. Von den Zinsen dieser Kapitalien, desgleichen von dem confiscirt werdenden Vermögen ausgetretener Kantonisten, den Abtragsgeldern von 45 fl. für jeden, der sich in den kantonfreyen Orten Fürth und den Vorstädten von Nürnberg niederlassen will, und den 75 fl., die mährische Brüder und Juden bei Erwerbung einer kantonpflichtigen Stelle zahlen müssen, wird der Gnadenthaler an die Invaliden der fränkischen Regimenter gestanden. Die fränkischen Provinzen haben also ihre eigne, für sich bestehende Invaliden-Kasse, sie zahlen nach der mit dem Ober-Kriegs-Collegio getroffenen Ueber-einkunft nichts zur General-Invaliden-Kasse, erhalten aber auch nichts aus solcher. Die fränkische Invalidenkasse hat noch einige Forderungen, theils an confiscirten Vermögen von Kantonisten, vorzüglich aber in Sachsen wegen eines ihr von einem verstorbenen Lieutenant von Boße gemachten Legats, welches aber in Prozess ist.

§ 86.

Da in den Fürstenthümern der Ackerbau mehr mit Ochsen<sup>XIII. Pferde zur Mobilmachung der Truppen.</sup> als mit Pferden getrieben wird, so lässt sich eine Lieferung der für die Armee erforderlichen Pferde nicht wohl ein-

führen. Dagegen wird es rathsam seyn, wie solches bisher schon geschehen ist, die erforderlichen Pferde durch Unternehmer stellen und die Differenz, welche gegen den von des Königs Majestät zu zahlenden Etatspreis entsteht, entweder aus einem extraordinaircn Fond der Provinz zustehen oder von den Unterthanen aufbringen zu lassen und auf die Steuermasse zu schlagen. An Gelegenheit, die erforderlichen Pferde schnell zu bekommen, kann es nicht fehlen, und im Fall der Noth muss Alles erhalten.

§ 87.

XIV. Marsch,  
Kriegsfuhr u.  
Vorspann.

Da das Militair-Marsch- u. Kriegsfuhrwesen zu Bedrückungen leicht Anlass geben kann und als eine neue Last dem Unterthanen desto fühlbarer wird, so erfordert solches die grösste Aufmerksamkeit. Man ist daher damit beschäftigt, eine Marsch- und Molestien-Kasse in den fränkischen Fürstenthümern einzurichten und ein zweckmässiges Marsch- und Vorspann-Reglement zu entwerfen. Sobald die nöthigen Vorbereitungen es erlauben werden, werde ich es des Königs Majestät unterthänigst vorlegen.

§ 88.

XV. Militair-  
Magazin.

Militair-Magazine fehlen noch in den fränkischen Provinzen. Ich werde aber suchen, dazu sobald als möglich Vorschläge zu machen.

§ 89.

XVI. Allgemei-  
ne Bemerkung  
über das Mili-  
tair.

Wenngleich übrigens das neuerrichtete fränkische Militair dem König im Kriege selbst noch keine Hilfe leisten können, ausgenommen der Theil des Regiments von Laurens und die Jäger, die zuerst in holländischem Sold und nachher bei der Armee am Rhein fochten, so haben doch die fränkischen Provinzen schon den wesentlichsten Nutzen von selbigem gehabt, nicht zu gedenken, dass das Gewerbe und die Geldcirculation dadurch befördert wird und die Ueber-

schüsse der Kassen durch solches grösstentheils wieder verwendet werden. Insonderheit haben sie dessen Schutz während der Anwesenheit der französischen und österreichischen Armee im Jahre 1796 und bei den häufigen Durchmärschen der letzteren genossen, wobey sich das Ansbach-Bayreuthische Husaren-Bataillon ganz vorzüglich ausgezeichnet hatte.

### § 90.

Das Justizwesen unterlag während der markgräflichen Regierung sehr grossen Mängeln. Ein langsamer, schleppender Gang, zum Theil sehr schlechte Bestellung der Untergerichte, Besetzung selbst der Obergerichte, ohnerachtet es vortreffliche Männer darin gab, dennoch im Ganzen ohne vorherige Prüfung, selten mit der gehörigen Vorsicht in Absicht auf die Wahl, mit jungen Adelichen, oft ohne Fähigkeit und Kenntnisse, die dennoch allen andern Räthen vorgingen, oder mit Männern, die schlecht besoldet, dem Geschenkekennen sich überliessen, ohne scharfe Controlle des Geschäftsganges, fielen überall in die Augen. Daher waren sehr veraltete Prozesse und Concurssachen häufig, die Justiz-Beschwerden sehr zahlreich und nur zu oft gegründet. Ich konnte bis zu der so äusserst nothwendigen Justiz-Reform und Einführung der preussischen Justiz-Verfassung im Jahre 1795 weiter nichts thun, als im Allgemeinen den Missbräuchen wehren und die Beendigung der Geschäfte betreiben, jeder Beschwerde das aufmerksamste Gehör geben, die Akten abfordern und die Sachen genau prüfen lassen. Wo sich Dienstwidrigkeiten oder Nachlässigkeiten ergaben, wurden solche auf das schärfste gerügt. In die Entscheidung der Sachen selbst durfte ich mich natürlicherweise nicht einlassen, allein ich konnte doch die Regierungen aufmerksam auf die bemerkten Gegenstände machen. Auf die Weise wurde doch manches Gute gestiftet, Furcht und Aufmerksamkeit erhalten und die Regierungen von einigen Mit-

B. Justizwesen.  
I. Zustand unter der vorigen Regierung und bis zur Einführung der fränkischen Justiz-Verfassung.

gliedern befreit, die ihr weder zur Ehre, noch dem Dienst zum Nutzen gereichten.

§ 91.

II. Veränderte  
Zustand nach  
Einführung  
derselben.

Endlich veränderte sich die ganze Gestalt bey Einführung der preussischen Justizverfassung, dazu der Vice-Präsident des Kammergerichts Kirchheim den Auftrag erhielt, den er mit grosser Geschicklichkeit und Kenntniss mit dem besten Erfolg ausrichtete. Bey dem Regierungs-Collegio wurden ein Director und mehrere Räthe aus den älteren königlichen Provinzen mitvorgesezt. Die ganz unbrauchbaren markgräflichen Räthe wurden vom Dienst dispensirt. Unter den übrigen fanden sich mehrere, die sich mit ausserordentlichem Eifer in das neue System hineinarbeiteten. Ganz vorzüglich zeichnete sich hierunter der zum Präsidenten der Regierung in Bayreuth ernannte Freiherr von Völderndorf aus, dem ich, um Einförmigkeit und lebhafte Thätigkeit auch in Ansbach bei der Regierung in gleichem Schritt wie zu Bayreuth hervorzubringen, eine Zeit lang in Ansbach das Präsidium übertrug und den der König itzt auch noch zum Landrichter bey dem Landgerichte Burggrafenthums Nürnberg ernannt hat. Ich bin den Regierungs-Collegien beider Senate das Zeugnis schuldig, dass sie mit Eifer streben, die ihnen anvertrauten Geschäftszweige zur möglichsten Ordnung und Vollkommenheit zu bringen. Ein redender Beweis für die Güte der preussischen Justizverfassung ist es unter andern, dass in dem Jahre 1796 und seit ihrer Einführung nicht ein einziger Prozess an die Reichsgerichte ergangen ist, ohnerachtet das vom Wiener Hofe zugesagte Privilegium *de non appellando* noch nicht zu bewirken war.

§ 92.

III. Geschäftsgang bey der Regierung in Ansbach im Jahre 1796.

Die am Ende des Jahres 1796 eingerichteten Justiztabellen zeigen, dass in Ansbach im Anfange des Jahres 1796 überhaupt 538 Civilprozesse, darunter viele von älteren Jah-

ren sind, bey der dasigen Regierung geschwebt haben. Davon sind 221 abgethan, 65 an höhere Instanzen gegangen, sodass noch 252 am Schlusse des Jahres wirklich geschwebt haben. Spruchreste aber waren am Schlusse des Jahres gar nicht vorhanden, sondern vielmehr rein aufgearbeitet. Die Concours-Sachen wurden mit Eifer zu beendigen gesucht. An Criminalsachen haben geschwebt 137, davon waren 102 abgethan, 23 aber noch schwebend und 12 zur Civil-Behandlung zurückgewiesen. Es waren überhaupt im Jahre 1796 137 Verbrecher zur Inquisition gekommen: nemlich:

Widersetzlichkeit	2
Beeinträchtigung der Rechte des Staates	2
Beleidigungen der Ehre	27
Desertionsbeförderung	2
Mord	2
Kindermord	6
Giftmischerey	2
Bigamie	2
Incest	1
Nothzucht	1
Diebstahl	84
Raub	2
Concussion	1
Eigennutz und Betrug	8
Brandstiftung	1

Todesurtheile wurden in Ansbach nicht gefällt.

### § 93.

In Bayreuth schwebten 1705 Civilprozesse, davon noch 267 pendent, 1387 abgethan, 51 an höhere Instanzen gelangt<sup>IV. Desgleichen zu Bayreuth.</sup> waren. Aufgearbeitet war ebenfalls und auch der fleissigste Bedacht auf Beendigungen der Concourssachen genommen. Von 259 Criminalsachen war nur eine rückständig geblieben. Es waren darunter wegen

Widersetzlichkeit	14
Beeinträchtigung der Rechte des Staates	1
Beleidigungen der Ehre	35
Desertionsbeförderung	8
Mordraub	1
Kindermord und Abtreibung der Leibesfrucht	2
Selbstmord und durch Zufall	6
Verwundungen	11
Vielweyberey	1
Diebstahl	139
Raub	3
Eigennutz und Betrug	25
Ehebruch	4
Dienstvergehungen	10

Wegen Mord und Beraubung zweier Juden auf öffentlicher Landstrasse ist ein Bürger und Wirth aus Neufang zur Strafe des Schwerts und Auflegung auf das Rad verurtheilt worden; die Sache ist aber seitdem noch in Appellations-Instanz gediehen.

#### § 94.

V. Bemerkung-  
wegen der vor-  
gefallenen Ver-  
brechen.

Merkwürdig ist es, dass Diebstähle die am häufigsten vorkommenden Verbrechen sind, als deren in den Städten Ansbach und Schwabach 16 und 13, mithin 29 in allen auf 84 fallen, dass sich diese Art Verbrechen im Bayreuthischen mehr gleich vertheilte, dass dort nur 1 Inquisition wegen Kindermordes, in Ansbach schon deren 6 vorfielen. Ich habe bereits veranlasst, dass den moralischen und physischen Ursachen dieser Eigenheit nachgespürt werde, die schwerlich bloss das Werk des Zufalls sind.

#### § 95.

VI. Vormund-  
schaftssachen.

Die Regierungen des II. Senats haben sich angelegen seyn lassen, die Vormundschaftssachen und das Rechnungswesen in gute Ordnung zu bringen. Die Resultate vorzu-

legen muss ich einer künftigen Darstellung noch vorbehalten.

Es ist aber nach meiner Ueberzeugung ein wesentlicher Vortheil, dass in den fränkischen Fürstenthümern die ober-vormundschaftliche Instanz nicht zugleich Richter in Vormundschaftssachen ist, welches den Regierungen I. Senats allein vorbehalten bleibt.

#### § 96.

Itzt ist eines der wichtigsten und angelegensten Geschäfte noch die Anweisung und gesetzmässige Anordnung der Untergerichte, besonders der Patrimonialgerichte, wobei abseiten der Gutsherrschaften bey den insonderheit erst neuerlich geltend gemachten Landeshoheitsrechten noch viele Schwierigkeiten entstehen. Sie ist in Ansbach dem Regierungs-Director Bandel, im Bayreuthischen dem Regierungs-präsident von Völderndorf auf dem Wege der Commission übertragen.

VII. Zweckmässige Einrichtung der Unter- u. Patrimonialgerichte.

#### § 97.

Das Depositenwesen ist bei den Regierungen in vollkommener Ordnung und die Verfügung getroffen, dass die Depositen, insofern sie nicht in völliger Sicherheit zu höheren Zinsen angelegt werden können, bey der Bank zu Fürth um  $2\frac{1}{2}$  pro Cent angenommen werden.

VIII. Depositenwesen.

#### § 98.

Die Verfertigung der Hypothekenbücher ist ebenso noch zurück. Indess wird nunmehr ungesäumt auch dieser wichtige Zweig der Justiz-Verfassung vorgenommen werden, sobald die Einweisung und Anordnung der Untergerichte angeordnet sein wird.

IX. Hypothekenbücher.

#### § 99.

Auf die Anziehung guter Justiz-Bedienter wird durch die Aufnahme junger Leute von Hoffnung zu Auskultatoren ge-

X. Anziehung junger Leute zu Richtern



und Justiz-  
commissairen.

sorgt, davon sich schon mehrere vortrefflich gebildet haben. Es wird ebenso nöthig sein, darauf zu sehen, dass tüchtige Justizcommissaire angezogen werden, als gute Richter, da die brauchbaren bey Besetzung der Justiz-Bedienungen fast sämmtlich in diese übergegangen sind und das Unwesen sogenannter deutscher und Winkeladvokaten sonst sehr gross war.

### § 100.

XI. Sporteln-  
wesen u. Sala-  
rien-Kassen.

Dass vom 1. Juny d. J. an die Sporteln bey allen königlichen Gerichtsbehörden und Magistraten ganz zur Rechnung in die Collegial- und für jeden Kreis eingerichteten Salarien-Kassen gezogen und dagegen den Justizbedienten ausreichende fixe Gehalte ausgesetzt worden, ist schon oben bey einer andern Gelegenheit erwähnt.

### § 101.

C. Kirchenwe-  
sen.

I. Ausübung  
der Kirchengewalt überhaupt  
von Landeswegen.

Die Ausübung der Kirchengewalt, insofern sie mit der Landeshoheit verbunden ist, wird nunmehr über alle Religions- u. Kirchensachen in den fränkischen Fürstenthümern ohne Unterschied des Glaubensbekenntnisses ausgeübt und geltend gemacht. Vorhin war dieses der Fall nicht, indem das wunderlichste Gemisch von landesherrlichen, Episcopal-, Patronats- und Parochialrechten unter beständigen, oft zu blutigen Auftritten Anlass gebenden Streitigkeiten existirte.

### § 102.

II Episcopal-,  
Parochial- u.  
Patronatsrech-  
te.  
α Lutherische.

Inwiefern die Kirchenrechte von der gesellschaftlichen Verfassung der Kirche abhängen, mithin in Absicht auf das Episcopal- oder Parochial und Patronatsrecht, herrschen noch manche Zwistigkeiten und unbestimmte Verhältnisse. Die eigentliche Landesreligion ist die evangelisch-lutherische. Einigen lutherischen Privatbesitzern kann das Episcopalrecht, mit dem sie von jeher beliehen sind, nicht abgesprochen werden. Dem Grafen von Giech zu Thurnau ist solches

mit dem Rechte, ein eigenes Consistorium zu halten, noch neuerlich von des Königs Majestät bestätigt. Man wird aber sorgfältig darauf sehen, dass solches den Landesgesetzen gemäss und unter Obergewalt des Landesherrn ausgeübt werde. Parochial- und Patronatrecht ist häufig bei Privatpersonen oder Corporationen und kann es unbedenklich bleiben.

### § 103.

Die im Ganzen nicht sehr zahlreichen reformirten Glau-<sup>g.</sup> Reformirte. bensverwandten haben ihre Synodal- u. Parochial-Verfassung nach den erhaltenen Privilegien und unter landesherrlicher Autorität und Leitung.

### § 104.

Am meisten Schwierigkeiten machen aber die katholi-<sup>g.</sup> Katholische. schen Diöcesan- und Patronatsrechte. Bey den neu concedirten katholischen Kapellen zu Ansbach, Bayreuth und Erlang, sowie bey dem bloss fernerhin tolerirten Gottesdienst zu Wilhermsdorf eben nicht, da, ohnerachtet der Würzburgischen und Bambergischen Anmassungen, dennoch leicht Mittel gefunden werden können, die Rechte des Landesherrn über die Episcopalbefugnisse ungekürzt zu erhalten, und es vorzüglich nur darauf ankommen möchte, die Privilegien der Katholiken, ihre Patronat- und Parochialbefugnisse etc. genau zu bestimmen, woran itzt gearbeitet wird, auch die Pfarrer, die itzt von Würzburg bezahlt werden, selbst zu dotiren. Allein unter den zur Landeshoheit wieder zurückgebrachten Pfarren sind viele katholische Eichstädtische und Deutschordensche, auch ein paar, davon Oettingen das Patronatrecht nach dem Vergleich behält. Bey letzteren werden den landesherrlichen Rechten entgegenstehende Hindernisse wohl nicht eintreten. Würzburg und Eichstädt sind aber nach dem Normaljahre im Besitz der Diöcesanrechte, und da es nicht möglich seyn dürfte, dieses abzustellen, so muss

man sich zu helfen suchen, so gut man kann, um sowohl die landesherrlichen Rechte zu wahren, als manchem anderm üblen Einfluss zu steuern, welcher durch die katholischen sich unabhängig dünkenden Pfarrer entstehen kann. Doch haben sie sämmtlich den Huldigungseid abschwören müssen. Das Bisthum Regensburg behauptet auch, die Diocesanrechte im Bayreuthischem zu haben, die man ihm aber nicht zugestehet. Bekannt ist den deutschen Publicisten überdies der Streit mit Würzburg über 11 lutherische Pfarren, darüber sich dieses gegen Brandenburg alle Rechte ganz gegen den westphälischen Frieden zueignet.

§ 105.

δ. Brandenburgisches  
Episcopalrecht  
in Markt  
Redwitz.

Das Haus Brandenburg ist im Besitz der Episcopal- und Pfarrechte in dem böhmischen Marktflecken Redwitz.

§ 106.

ε. Patronats-  
rechte im  
sächsischen  
Vogtland.

Ebenso ist solches Kirchenpatron einiger Pfarren im kur-sächsischen Vogtlande, als zu Gefell, darüber man sich vorhin, den Grundsätzen zuwider, das Episcopalrecht zueignen wollte.

§ 107.

III. Zahl der  
Kirchen und  
Pfarren.

Die Zahl der lutherischen und andern Kirchen und Pfarreyen werde ich in einer zukünftigen Darstellung angeben. Itzt würde ich darüber noch nichts ganz Zuverlässiges sagen können, da die Resultate der in den herbeigezogenen Oertern angeordneten Recherchen noch nicht vorliegen.

§ 108.

IV. Vermögen  
derselben u.  
desselben Ver-  
waltung.

Ebendasselbe muss ich mir in Absicht auf das Vermögen der Kirchen und die Verwaltung desselben, besonders eine zweckmässigere Einrichtung bey solchen vorbehalten. Nur das will ich anführen, dass ich, um jedesmal die Uebersicht im Ganzen zu haben, angeordnet habe, dass die Wie-

derbesetzung der erledigten Pfarren nur einmal im Jahre geschieht. Die Witwen und Erben haben ohnehin das Gnadengeldjahr, und wo dieses nicht eintritt, ist eine Pfarrvakaturkasse eingerichtet, in welches die erledigten Einkünfte fließen, und daraus künftig gemeinnützliche religiöse Zwecke erreicht werden können. Die Kirchen sind zum Theil bemittelt.

### § 109.

Die Juden, welche, wie ich schon oben erwähnt habe, vorzüglich in Fürth sehr zahlreich sind, haben mehrere Synagogen und in Fürth einen Landrabbiner, auch eine Art von jüdischer Universität. Bey der itzt vorsehenden Prüfung und Bestätigung ihrer Privilegien wird es nöthig seyn, dahin zu sehen, dass auch ihre kirchliche Verfassung ordentlich nach dem Wohl des Ganzen eingerichtet werde.

V. Jüdische  
kirchliche Ver-  
fassung.

### § 110.

Andre Secten, die einen öffentlichen oder tolerirten Gottesdienst ausübten, giebt es in den fränkischen Fürstenthümern nicht.

VI. Andere Re-  
ligionssecten.

### § 111.

Uebrigens ist das Religionsedikt für die übrigen königlichen Staaten auch im Ansbach- und Bayreuthischen publicirt worden.

VII. Religions-  
edikt.

### § 112.

Ich würde in Absicht auf die allgemeine Landespolizey und besonders über die Thatfachen, die man wissen muss, weit genauere Nachrichten geben können, wenn es bey den erst neuerlich durchgesetzten Territorial-Grundsätzen möglich gewesen wäre, mir die dazu erforderlichen sämmtlichen Daten zu verschaffen. Was man in den übrigen königlichen Provinzen historische oder besser statistische Tabellen nennt,

D. Allgemeine  
Landespolizey:  
1. Vor-  
erinnerung.

haben wir zwar in den Fürstenthümern Ansbach und Bayreuth schon vor drey Jahren eingeführt, allein es ist unmöglich gewesen, solche vor vollendeter Organisation der Collegien, Kreise und Aemter, vorzüglich vor Herbeiziehung aller Landesunterthanen unter die königliche Hoheit, vollständig und zuverlässig aufzustellen. Man wird aber suchen, sie so bald als irgend möglich zu erhalten und ihnen die beiden Eigenschaften zu geben.

§ 113.

II. Landesvermessung.

Eine zur Kenntniss des Landes hinreichende Vermessung, desgleichen richtige Saal-, Kataster- u. Lagerbücher fehlen den fränkischen Fürstenthümern noch ganz. Es ist allerdings in sehr vielem Betracht zu wünschen, dass wir der Vollkommenheit in Absicht auf diesen Punkt so nahe als möglich kommen mögen, besonders ist Catastrirung und Einschätzung der herbeygezogenen unmittelbaren Insassen nothwendig. Die Forsten werden itzt besonders vermessen. Vorzüglich wird es darauf ankommen, wegen der Vermessung der übrigen Grundstücke einen Plan zu machen, die Kosten zu berechnen, auszumitteln, wie viel von Privatbesitzern dazu beyzutragen seyn mögte, und dann nach und nach, sowie die Fonds dazu ausgesetzt werden können, das Geschäft zur Ausführung zu bringen.

§ 114.

III. Bevölkerungspolizey:  
a. Menschenzahl.

In Absicht auf die Menschenzahl habe ich oben § 10 schon alles angeführt, was ich bis itzt darüber sagen kann. Die Vermehrung derselben wird hoffentlich eine Folge der immer zunehmenden Cultur und des Wohlstandes seyn.

§ 115.

β. Fürsorge für die Gesundheit der Menschen.

Fürsorge für die Gesundheit der Menschen ist aber um desto nothwendiger in den fränkischen Fürstenthümern, je

weniger bisher in dieser Rücksicht geschehen ist, wovon z. B. die vielen Leibesschäden eine Folge seyn mögen, die sich bei der Conscription gefunden haben. Zwar waren Sanitäts- und Medizinal-Collegien, auch Land- und Stadt-Physici vorhanden, allein in ersteren war weder der Geist noch die Kraft, die dazu gehört, etwas Wirksames auszurichten. Unter den Aerzten fanden sich wenig gelehrte und geschickte Leute, sie sind noch gegenwärtig schlecht besoldet. Die Chirurgie ist in den Händen der Bader, die ihre Badstuben durch Erbrecht haben. Gute und hinlängliche Hebammen-Anstalten fehlen noch ganz. Ich habe daher vorerst alles durch den geschickten und thätigen Präsidenten der beyden medicinischen Collegien Dr. Schrepf vorbereiten und Pläne entwerfen lassen, was zu einer zweckmässigen Einrichtung des Sanitäts- und Medicinal-Wesens erfordert wird. Diese Pläne werden itzt auch von der medicinischen Fakultät zu Erlang geprüft, und sobald als möglich soll zur Ausführung derselben geschritten werden. Eine gute Hebammenlehranstalt in Erlangen, die Anstellung selbst geschickter und tüchtiger Hebammen, Ansetzung guter Aerzte und Chirurgen in den Städten und in jedem Kreise mit einem Gehalt, davon sie, verknüpft mit ihrer Praxis, leben können, die Erweiterung und Verbesserung der chirurgischen und clinischen Lehranstalten auf der Universität, alles dieses gehört hierher, und ausserdem wird die Sorge für die gesunde Luft und für die Entfernung der Quacksalber, für Abschaffung abergläubischer Vorurtheile und Curen, ungesunder Bauart und Unreinlichkeiten nicht aus den Augen gesetzt. Die Fonds, welche itzt behuf des Medicinalwesens aus den Bayreuthischen königlichen und andern Kassen erfolgen, betragen 6802 fl. rh., im Ansbachischen 5937 fl. Ausserdem dürften aber noch, wenn der Zweck erreicht werden soll, wenigstens 24 000 fl. erforderlich seyn, die man auszumitteln suchen muss, allenfalls durch Bewilligung der Stände. Gesunde Menschen sind das erste Bedürfniss des Staats.

Medizinal- u.  
Sanitätsanstalten.

§ 116.

γ. Erziehung. Das zweyte Bedürfnis, davon man so ungeheuer viel geschrieben und dessen Wichtigkeit so laut gepriesen, dennoch aber im Wesentlichen an den wenigsten Orten etwas Hinreichendes und dem Zweck Entsprechendes gethan hat, ist die Erziehung.

§ 117.

A. A. Land- u. nied. Schulen. Wir haben zwar in den fränkischen Fürstenthümern einige recht gute Schulanstalten und selbst manche Landschulen. Industrieschulen sind nicht ganz übel bestellt, auch ziemlich gut besoldet: len. Schulmeisterseminarien. inzwischen sind die Landschulen insonderheit doch im Allgemeinen einer sehr grossen Verbesserung fähig und oft in den Händen unwissender Handwerker, die das Schulwesen als Nebengewerbe betreiben. Die in anderen Ländern so heilsamen Industrieschulen fehlen uns ganz und ebenso wenig haben wir gute Schulmeister-Seminarien. Dieser wichtige Zweig der Landesverwaltung ist aber seit dem Regierungs-Antritt Seiner königlichen Majestät nicht aus der Acht gelassen worden. Den Consistorien ist aufgegeben, Pläne zu entwerfen, und sie sind mit dieser nützlichen Arbeit schon weit gediehen. Die Fonds werden zu einem so heilsamen und nothwendigen Zweck auch wohl auszumitteln stehen, ohne den königlichen Kassen mehr Ausgaben aufzubürden, denn ausser den bereits vorhandenen, dazu noch vor kurzem die von den bayreuthischen Ständen mit königlicher Bewilligung dazu gewidmeten, von Würtemberg zurückgezahlten Dotalgelder der verstorbenen Herzogin von Würtemberg, geborne Prinzessin von Bayreuth, von ungefähr 30 000 fl. gekommen sind, wird das Fehlende theils bey Gelegenheit der Landtage auch hoffentlich gefunden werden, theils wird man suchen, noch einige andere Quellen dazu zu eröffnen.



§ 118.

Unter den Gymnasien und Stadtschulen sind die mehre- B. B. Gymna-  
sien und Stadt-  
schulen.  
ten wohl hinlänglich dotiert, und dürfte es wohl nur auf  
eine zweckmässigere innere Einrichtung hin und wieder an-  
kommen.

§ 119.

Die Universität Erlang ist vom Markgraf Friedrich zu C. C. Univer-  
sität.  
Bayreuth in der Mitte dieses Jahrhunderts gestiftet worden.  
Markgraf Alexander hat die Fonds derselben aber ansehnlich  
vermehrt. Ihre Einnahme beträgt nach dem Etat für 1797—98  
29,742 fl. 46<sup>3</sup>/<sub>4</sub> Xr., davon 17,170 fl. 22 Xr. aus der Hauptkasse  
in Bayreuth, nemlich 11,020 fl. 22 Xr. aus der Domainen-  
Kasse und 6150 fl. aus der Steuer-Kasse kommen. Von 163,288  
fl. 45 Xr. aufgelegten und bey den königlichen Kassen stehen-  
den Kapitalien zieht sie 7440 fl. 41<sup>1</sup>/<sub>4</sub> Xr. Zinsen; 2100 fl.  
Pachtgelder, die die Kammer zu Bayreuth von den ihr zu-  
ständigen eigenen Gütern zahlt; die übrigen 3031 fl. 43<sup>1</sup>/<sub>2</sub>  
Xr. kommen aus verschiedenen anderen Quellen. Von diesen  
Einkünften werden eine hinlängliche Anzahl Lehrer bezahlt,  
um die Hauptfächer gut zu besetzen. Der Flor der Universi-  
tät wird auch durch die königliche Bewilligung, den nicht für  
die Dicasterien erforderlichen Theil der Bibliothek in Ans-  
bach zur Universitäts-Bibliothek abzugeben, gewiss mit be-  
fördert werden. Indess ist die zunehmende Theuerung und  
der Krieg solchem bisher hinderlich gewesen und die Zahl  
der Studierenden ist nicht an 300 gekommen. Unter den Leh-  
rern zeichnen sich mehrere vorzüglich aus. Seiber hat im  
theologischen Fache seine Verdienste, Klüber und Glück sind  
im publizistischen und juristischen vorzüglich. In der Natur-  
wissenschaft und Arzneykunst Schreber, Hildebrandt, Meyer  
und Langsdorf in den physischen und mathematischen Fä-  
chern. Nach dem Absterben der verwitweten Frau Mark-  
gräfin von Bayreuth kann die Universität in dem Erlanger

Schlosse und Garten den schönsten Raum für Bibliothek, botanischen Garten und andre öffentliche Zwecke finden. Zu wünschen wäre es, dass man auf verschiedne nützliche Institute und Einrichtungen noch mehr verwenden könnte, indess wird sich in der Folge noch hoffentlich ein ansehnlicher Fond hierzu ergeben.

§ 120.

D. D. Stiftung  
der Markgräfin  
Christiane  
Charlotte.

Die Markgräfin Christiane Charlotte, geborne Prinzessin von Württemberg hat nemlich im Jahr 1726 eine Stiftung von 100 000 rthr. damaliger Währung, welches itzt mehr als noch einmal soviel betragen möchte, behuf einer Universität im Ansbachischen gemacht, darüber sogar schon die kaiserliche Bestätigung erwürkt und das Kapital, um solches durch Anwachs der Zinsen erst noch zu vermehren, der Curatel des Ministerii ohne Zuthun des Landesherrn übergeben wurde. Unter solcher ist es auch bis 1789 geblieben. Damals aber zog es der Markgraf Alexander zu seiner Chatoull. Es ist wohl keinem Zweifel unterworfen, dass er dazu gar nicht befugt war und dass er schuldig sey, alles der Stiftung wieder zu ersetzen. Da indess einestheils den königlichen Absichten zuwiderlaufen möchte, dieserhalb vor itzt in den Markgrafen zu dringen, anderntheils dieser Fürst auch vieles auf die Universitäten und Schulen aus den Landeseinkünften während seiner Regierung verwendet hat und die Anlegung einer eignen Universität für das Ansbachische wohl nicht ratsam sein dürfte, so wird die Sache vorerst wohl noch beruhen. Ich habe aber die Anstalt getroffen, dass von den 176,800 fl. betragenden Geldern, die der Markgraf noch bey den königlichen Kassen stehen hat, nichts weiter nach England remittirt werde. Ausserdem ist auch noch mehr an Allodialvermögen desselben bei Privatpersonen und an Zehenden etc. vorhanden, daher man nach dem Tode Seiner Durchlaucht diese Angelegenheit immer vornehmen und die Stiftung geltend machen kann. Was alsdan davon

aufkommt, kann nach königlicher Bestimmung entweder der Universität oder andern ähnlichen und heilsamen Zwecken gewidmet werden und wird immer viel besser angewendet seyn, als wenn es in die Hände der Gemahlin des Markgrafen, der ehemaligen Lady Craven, fiel.

§ 121.

So fehlt es z. B. noch an einer Thier-Arzneyschule, an <sup>E. E. Thierarz-</sup> Zeichenschulen, besonders für Handwerker und Künstler, <sup>nay-, Zeichen-</sup> deren Anlegung in Ansbach, Bayreuth und Fürth, vielleicht <sup>und Musik-</sup> auch in Schwabach rathsam wäre. Für Unterricht in der <sup>schulen fehlen</sup> Musik muss auch gesorgt werden, zumal wenn die Ueberbleibsel der ehemaligen markgräflichen Hofkapelle nach und nach aussterben. <sup>noch.</sup>

§ 122.

Es ist überhaupt zu bedauern, dass Künste und Wissen- <sup>F. E. Künstler</sup> schaften noch so wenig blühen, so wohlthätig auch ihr <sup>und Wissen-</sup> Einfluss seyn würde. Unsre beträchtlichen Fabriken würden <sup>schaften über-</sup> z. B. unstreitig viel gewinnen, wenn sie mit mehr Geschmack <sup>haupt.</sup> und nach besseren Modellen arbeiteten.

§ 123.

Ausser der Sicherheit, welche durch das Militair und <sup>IV. Sicher-</sup> Patrouilliren der Husaren für die Einwohner entsteht, ist <sup>heits-Polizey.</sup> für selbige auch noch durch Anstellung der Kreisausreuter <sup>Zwangs-Ar-</sup> und die nöthigen Dorf- u. Stadtwachen und andre Polizey- <sup>beits-Anstal-</sup> Mittel gesorgt. An Zwangsarbeitsanstalten für muthwillige <sup>ten.</sup> Bettler und Landstreicher ausser den gewöhnlichen Zuchthäusern fehlt es noch. Es wird aber auch schon Bedacht genommen, solche auf ähnliche Weise, als in der Mark mit so gutem Erfolg geschehen ist, anzulegen.

§ 124

V. Armen- und Versorgungs-Polizey: Die Versorgungs- und Armenanstalten haben zum Theil schon beträchtliche Fonds in den Ansbach-Bayreuthischen Fürstenthümern. Man beeifert sich auch, sie noch zweckmässiger einzurichten.

§ 125.

β. Krankenhäuser. Besonders fehlt es noch an hinlänglichen Krankenhäusern, dazu schon einige Fonds in den Etats ausgesetzt sind und an deren Einrichtung ebenfalls gearbeitet wird.

§ 126.

γ. Tollhäuser Die Tollhäuser zu Bayreuth und zu Schwabach sind sehr gut eingerichtet, am ersten Orte abgesondert vom Zucht-hause, am letzteren mit selbigem unter einem Dache, aber getrennt.

§ 127.

δ. Milde Stiftungen. Milde Stiftungen oder, wie sie dort heissen, heilige giebt es viele und zum Theil sehr reiche in den beiden Fürstenthümern; sie stehen unter der Aufsicht der Regierungen 2. Senats und man beschäftigt sich itzt damit, ihre Verwaltung zu verbessern, Missbräuche abzustellen und das Rechnungswesen dabey, welches unter markgräflicher Regierung alles aufs äusserste vernachlässigt worden, in eine übersichtliche Ordnung und Controlle zu bringen. Das Vermögen der milden Stiftungen beträgt im Ansbachischen allein an Kapitalien und liegenden Gründen beynahe anderthalb Millionen. In der Folge werde ich genaue Details davon nachführen können.

§ 128.

ε. Witwenkassen. Man hat in den fränkischen Fürstenthümern verschiedene Versuche mit Witwenkassen gemacht. Im Jahre 1787 er-

richtete man eine für Witwen und Waisen weltlicher Diener und gab dazu 14 000 Gulden aus dem Lotto. Nachher sind bis 1794 4000 fl. aus den herrschaftlichen Kassen dazugegeben worden, sowie von jeder erledigten Bedienung eine Vierteljahresbesoldung dahin floss. Da die Witwen und Waisen der höheren Dienerschaft ein ganzes, der geringern ein halbes Jahr den Nachsitz in der Besoldung und Emolumenten derselben hatten, so entbehrten die Nachfolger  $\frac{5}{4}$  oder  $\frac{3}{4}$  Jahre deren Genuss, welches nachtheilige Folgen hatte. Der König hat die Nachsitzverfassung für die Folge im Jahre 1796 aufgehoben und die Dienerschaft erhält itzt ihren Gehalt auf ein Vierteljahr voraus. Die Einrichtung der Witwenkassen ist nicht von der Beschaffenheit, dass sie sich erhalten kann. Am Ende des vorigen Jahres bestand ihr Fond aus 132,760 fl. 10 Xr., die Einnahme an Beiträgen von 116 Societäts-Mitgliedern zu 3372 fl. und an Zinsen von Kapitalien zu 5492 fl. 30 Xr. in 8864 fl. 30 Xr. Dagegen betrugen die Witwen- und Waisenpensionen schon 10 712 fl.  $22\frac{1}{4}$  Xr., andre Ausgaben 477 fl. 41 Xr., in allem 11 190 fl.  $10\frac{1}{4}$  Xr., mithin war Deficit von 2325 fl.  $40\frac{1}{4}$  Xr., dessen künftige Vermehrung unvermeidlich ist. Es wird daher itzt daran gearbeitet, einige andre Witwen-Versorgungs-Anstalten, die sich noch im Lande befinden, mit jener zu vereinigen und nach einem zuverlässigen Plan eine allgemeine Witwen-Kasse für die ganze weltliche und geistliche Dienerschaft einzurichten, in die jeder künftige Diener, er sey verheiratet oder nicht, einen Beitrag zu geben gehalten seyn soll, welches das einzige Mittel ist, um die Sache bestehend zu machen.

### § 129.

Die fränkischen Fürstenthümer sind reich in Hervorbringung der mehrsten Producte, deren ihre Lage und Climate fähig sind. Ausser den gewöhnlichen Ess- und Futtergetreiden an Weizen, Rocken, Gersten, Hafer, Erbsen, Bohnen

VI. Polizey in  
Absicht auf  
die Produkte  
des Landes:  
a. Naturpro-

dukte über- und Wicken werden auch der im südlichen Deutschland häufige Dinkel, Flachs, obgleich weder in hinreichender Menge  
haupt: A. A. Aus dem noch Güte, Hanf, Rübsamen, Tabak und Krapp, auch verschiedene Futterkräuter erbauet. Gute Laubholzarten, deren  
Pflanzenreiche. Kultur aber höchst vernachlässigt ist, Obstbäume und nützliche Gartengewächse gedeihen selbst in den hohen Gegenden zunächst dem Fichtelgebirge. In der Nähe des Mayns, soweit es das Ansbachische berührt, wächst Wein, und Maulbeerbäume zum Seidenbau würden an mehreren Orten anzuziehen seyn. Torf ist wohl da, wird aber noch wenig benutzt.

### § 130.

B. B. Aus dem Das Thierreich liefert besonders in einem Theil des Ansbachischen eine vorzügliche Gattung, Hornvieh in Ueberfluss, weniger Pferde, Schafe, Schweine und Federvieh. Wild in allerlei Art, darunter jedoch die wilden Schweine itzt sehr selten und die Hirsche in sehr geringer Zahl vorhanden sind, Bienen, die mehrsten Gattungen deutscher Fische, im Bayreuthischen Perlenmuscheln, die in älteren Zeiten aus Sachsen dahin versetzt wurden.

### § 131.

C. C. Aus dem Von Produkten des Mineralreichs haben wir insonderheit im Bayreuthischen einen grossen Ueberfluss. Gold- und Silbererze, Fahlerz, Bleiglanz, Kobolt, Kupferkiese, Zinn, Spiesglas, Speckstein, Marmor, Kalch, Gips, Serpentinsteine, magnetisches Gestein, Granit und vortrefflichen Sandstein, Schiefer, Töpferthon, Grünstein, Alaunschiefer und Erde, Vitriol und andere Schiefer, Granaten, Braunstein, Hoffnung — obwohl entfernte — zu Steinkohlen, hauptsächlich aber Eisensteine in grosser Menge und Güte bringt der oberländische Theil des Fürstenthums hervor. Das Ansbachische und das Bayreuthische Unterland sind weniger ergiebig an Naturproducten des Mineralreichs; sie bilden ein sanftiges, einför-

miges, metallleeres Flötzgebirge und verdanken ihre wichtigen metallischen Fabriken nicht natürlichen, sondern künstlichen Handelsverbindungen und Productionen, doch finden sich darin Alaunschiefer bei Creilsheim und Spuren einer Salzsoole, der man weiter nachforschen kann, nachdem man die gar nicht bauwürdige bei Gerabronn verlassen hat.

### § 132.

Ackerbau und Viehzucht stehen hier billig obenan, da sie<sup>β. Benutzung.</sup> überhaupt die vorzüglichsten und insbesondere in den frän-<sup>der Naturpro-</sup>kischen Fürstenthümern die Hauptquellen des Erwerbs und<sup>dukte des Lan-</sup> des: des: A. A. Acker-<sup>bau:</sup> und des Nationalwohlstandes sind. Man kann freilich bey Wei-<sup>l. 1. überhaupt.</sup>tem nicht annehmen, dass alle zu beyden Fürstenthümern gehörige Ländereyen fruchtbar sind. Der obergebürgische Theil hat die hohen und felsigen Gegenden des Fichtelgebürges und seiner Vorberge mit einer so grossen Abwechslung des Bodens, der untergebürgische seine Sandschollen, besonders in der südlichen Gegend, neben dem schönsten und fruchtbarsten Erdreich gegen den Main, an der Jagst, in dem Altmühlgrunde etc. Demohngeachtet kann man die beiden Fürstenthümer mit Recht zu den cultivirtesten Provinzen Deutschlands zählen. Bis unter dem Ochsenkopf und Schneeberg sieht man das vortrefflichste Korn. In der Kultur des Ackers liessen sich aber noch manche Verbesserungen machen, die aber nicht das Werk des Zwangs und der Gesetze, sondern vielmehr des Beispiels und der Ermunterung seyn müssen. Da es keine Domainen-Pachtungen wie in den übrigen königlichen Staaten giebt, so hindert solches viel in Absicht auf das Beispiel. Die fast im ganzen Lande eingeführten schmalen hohen Beete — gleichviel ob es im bergigen oder schweren oder im sandigen leichten Boden — gehören wohl mit zu den schädlichen Vorurtheilen des Landmanns. Prämien auf glückliche Versuche würden hier das Beste thun und Aufschluss geben können. Unter dessen ist durch die Abschaffung der grossen Menge Wild,



wodurch dem Landmann die Früchte seines sauren Schweisses geraubt wurden, ein höchst wesentlicher Schritt zur bessern Cultur geschehen. Seit 1790 sind über tausend Morgen bis dahin öde gelegener Ländereyen artbar gemacht worden, und es herrscht ein allgemeiner Drang zur Theilung und Cultur der Gemeinheiten, dem sich nur noch das Interesse der grössern Landbesitzer und Bauern entgegenstellt, und der durch ein passendes Landesgesetz, welches itzt in Ueberlegung genommen wird, zweckmässig zu leiten und zu begünstigen seyn wird. Die Anzahl und der Flächeninhalt der tragbaren Aecker in den Fürstenthümern lassen sich noch zur Zeit ebensowenig angeben, als der Ertrag derselben, da auch hier das erst eben gehobne Hinderniss ab Seiten der unmittelbaren Unterthanen eingetreten ist. Es ist also noch nöthig, wegen dieses wichtigen Artikels möglichst verlässige Notizen zu sammeln.

§ 133.

2. 2. Zubereitungen aus den Getreidearten.

Ausser dem Waizen- u. Rockenbrod und dem schönen Mehl aus Waizen und Spelz oder oder dem Kern des Dinkels wird aus der Gerste viel gutes Bier gemacht, zu Stärke und Puder sehr wenig verarbeitet.

§ 134.

3. 3. Aus Flachs und Hanf Leinenweberey und Bleichen.

Flachs und Hanf wird theils zu Seilen, theils zu Garn und Leinen verbraucht. Der Anbau des Flachses ist aber ebensowenig zu den erforderlichen Graden der Vollkommenheit gebracht, als die so nützliche Leinenweberei selbst, ohnerachtet diese im Bayreuthischen schon seit einigen Jahren und auch in Ansbachischen zu einem freien Gewerbe gemacht worden und der Zunftzwang nur auf solche Weber beschränkt ist, die mehrere Stühle setzen, auch Gesellen und Lehrlinge halten. Noch geht viel Garn roh aus dem Lande, und das gewebte Leinen wird noch häufig aufwärts gebleicht. Es wird eine meiner angelegentlichsten Sorgen seyn, die mög-

lichste Ausbreitung der Leinenweberey und Bleicherey zu befördern, durch Freiheit, Ermunterungen mittels Prämien, Schauanstalten, Beförderung des Absatzes.

§ 135.

Der Tabaksbau ist in einigen Gegenden, besonders zu Bayersdorf, um Nürnberg, Fürth, Erlangen, Schwabach, Roth ansehnlich. Die Blätter werden in dortiger Gegend grossentheils verarbeitet. Eine königliche Tabaks-Administration dort einzuführen, würde nicht thunlich seyn, da die Lage und vielen Grenzen der fränkischen Provinzen die Controlle gegen Defraudationen gar nicht zulassen, ein Grund, der überhaupt mit vielen andern dort gegen das Zwang- u. Accise-System und gegen Handelsmonopole spricht.

4. 4. Tabaks-  
bau u. Fabrika-  
tion

§ 136.

Hopfen wird in ziemlicher Menge gebaut. Die Stadt Lagenzell im Ansbachischen treibt einen vortheilhaften Handel damit.

5. 5. Hopfen-  
bau.

§ 137.

Im Ansbachischen, in der Gegend von Heilsbronn wird auch etwas Krapp oder Färberröthe gebaut.

6. 6. Färberröthe  
oder Krapp.

§ 138.

Der Anbau des Klees und anderer nützlicher Futterkräuter nimmt immer mehr zu, seitdem der Landmann seinen Fleiss gegen die Verheerungen des Wilds geschützt weiss.

7. 7. Futter-  
kräuter.

§ 139.

Ausser dem künstlichen Wiesenbau ist der natürliche in den mehrsten Gegenden der fränkischen Fürstenthümer auf einen hohen Grad der Vollkommenheit gebracht. Auf das Wässern der Wiesen, theils und besonders in den Gebirgen durch Leitung des Wassers, theils durch Schöpfträder,

B. B. Wiesen-  
bau.

die sehr einfach sind und die man insonderheit an der Pegnitz und Regnitz findet, versteht man sich so gut, dass man die Wiesen selbst in sandigen dürrn Gegenden dreimal mähet. Ein sehr nachtheiliger Missbrauch ist noch in vielen Gegenden die Behutung der Wiesen im Frühjahr bis den 11. Mai, wodurch die ersten und besten Graskeime zerstört werden. Es sind schon Gesetze dagegen vorhanden, über die man aber wegen der Vermischungen nicht halten konnte, itzt aber desto sorgfältiger halten muss.

§ 140.

C. C. Viehzucht: Die Viehzucht in Absicht auf das Hornvieh ist sehr  
 1. Hornvieh: beträchtlich und ein ansehnlicher Zweig des Nationalerwerbs.  
 a. a. Anzahl. Die Zahl lässt sich ebensowenig für dasmal angeben, weil von  
 Gewerbe und Handel damit. den mittelbaren Unterthanen auch noch die Data fehlen.  
 Ich glaube aber ziemlich sicher, wenigstens nicht über die vorhandne zu gehen, wenn ich für beide Fürstenthümer die runde Summe von 250 000 Stück annehme. Die Viehmärkte sind lebhaft, der auswärtige Handel mit fettem, halbfettem und magerm Vieh ist beträchtlich. Es werden dadurch mehrere hunderttausende fremden Geldes gewonnen. Die eigentliche Summe wird sich aber auch erst in der Folge bestimmen lassen. Während des Krieges ist die königliche Armee mit Ochsen aus dem Ansbachischen durch Unternehmer gut versehen worden. Die Race des Hornviehs ist in diesem Fürstenthum in manchen Gegenden von ganz vorzüglicher Gattung und ursprünglich schweizerisch. Ihre Verbreitung hat sie der ehemaligen herrschaftlichen Meyerey zu Triesdorf zu danken, die grossen indirecten Nutzen, mehr als alle Gestüte, gestiftet hat. Als eine Merkwürdigkeit verdient angeführt zu werden, dass ein dort gezogner und in Ansbach gemästeter Ochse, womit der Eigenthümer nach Paris ging, 3600 Pfund wog. Nach hergestelltem Frieden wird es sehr rathsam seyn, Saamenvieh aus der Schweiz kommen zu lassen und auf eine Anstalt zu denken, solches dem Lande nutzbar zu machen.

§ 141.

Die Viehseuche ist in den fränkischen Fürstenthümern <sup>b. b. Erlittene Viehseuche.</sup> leider auch durch die Armeen im vorigen Sommer mit zugeschleppt worden. Indess hat sie itzt gottlob ganz aufgehört, und der Verlust, den diese Provinzen dadurch erlitten haben, wird im Ansbachischen nicht über 10 000, im Bayreuthischen nicht über 7000 Stück gehen, welches im Ganzen, wenn man die Zahl des Viehs zu 250 000 annimmt, etwa den 14. Theil ausmacht; mithin wird er bei weitem durch die grossen Vortheile aufgewogen, welche das Land durch den Krieg gehabt hat. Auch dieses Mal ist gegen das schreckliche Uebel der Viehseuche kein sicheres Heilmittel ausfindig gemacht worden. Viel ist wieder darüber gesammelt und geschrieben, viele Verordnungen und Vorschriften sind ertheilt, aber sorgfältige Erfahrungen sind wenig gemacht, da sich Vorurtheil und Aberglaube der Eigenthümer und Mangel an Gelegenheit und Mittel solchen entgegensetzten. So konnte ich es nicht dahin bringen, dass man Proben mit der Einimpfung machte. Bloss zu Neustadt am Culm im Bayreuthischen liess der Kammerpräsident von Schuckmann durch den Dr. von Schallern nach der auf das Browni'sche Stärkung- u. Reizsystem gebauten Methode des italienischen Arztes Deho Versuche mit Mitteln anstellen, die den bisherigen ganz entgegen waren. Man gab dem Vieh schlechten Wein, Theriak und rettete auf diese Art die mehrsten von der erkrankten Anzahl. Der Dr. von Schallern in Bayreuth wird die Curmethode öffentlich bekannt machen. Glücklicherweise fehlt es uns itzt an Gelegenheit, solche durch Ausübung weiter zu prüfen.

§ 142.

Die Pferdezucht steht in den fränkischen Provinzen der <sup>2. 2. Pferdezucht:</sup> Hornviehzucht weit nach; sie ist auch weder so vortheilhaft, <sup>a. a. Anzahl u. Handel damit.</sup> noch dem Lokal angemessen. Ich kann die Anzahl der vor-

handenen Pferde aus den mehrmals erwähnten Ursachen auch nicht zuverlässig angeben, indess glaube ich nicht, dass sie mit Ausschluss der Füllen unter 3 Jahren in den beiden Fürstenthümern an 12000 reicht. Der Landmann zieht vor, den Acker mit Ochsen zu bestellen, er versieht damit seine Fuhren, und da die Pferde doch allemal zu verschiedenen Zwecken im Lande nöthig sind, so ist es vielleicht Wohlthat, dass die Viehseuche manchen dahin brachte, sich Pferde anzuschaffen. Diese und der starke Aufkauf von Pferden zu den Lieferungen, welche die benachbarten Länder, besonders in Schwaben, den Franzosen zugesagt hatten, machten ein temporelles Verbot der Ausführung der Pferde nothwendig, welches aber schon wieder aufgehoben ist. Man hat verschiedene Mittel zu markgräflichen Zeiten angewendet, um die Pferdezucht und den Pferdehandel zu befördern. Zum Theil aber waren solche höchst zweckwidrig. So mussten alle diejenigen, die Pferde nach Ansbach auf den Markt brachten, sich einen Vorkauf ab Seiten des herrschaftlichen Gestüts gefallen lassen.

### § 143.

n. a. Gestüte:  
aa. Land-  
gestüte.

Ein gut eingerichtetes Landgestüte ist unstreitig eines der wirksamsten Mittel, um die Pferdezucht in Aufnahme zu bringen. Dieser Zweck kann auf eine höchst einfache Weise erreicht werden. Man halte die erforderliche Anzahl guter und recht zweckmässig gewählter Beschäler, lasse durch sie gegen ein billiges Sprunggeld die Stuten bedecken, ohne damit irgend einen Zwang eintreten zu lassen, als dass man das Bedecken mit andern umherziehenden Hengsten verbiete, ermuntre durch Prämien die Haltung guter Stuten und Füllenzucht, so wird man bald mit geringen Kosten den grössten Nutzen hervorbringen. Die nöthige Anzahl Hengste könnte theils zu Ansbach, theils zu Bayreuth gehalten werden. In der Beschälzeit gingen sie auf ihre Stationen, die

da gewählt werden müssten, wo die Lokalumstände die Pferdezucht begünstigen.

§ 144.

So heilsam aber ein solches zweckmässiges Landgestüte<sup>3. 3. Hauptgestüt für den kgl. Marstall u. Nachtheil desselben.</sup> sein würde, so wenig nützlich für das Land, so unvortheilhaft für das königliche Interesse ist es nach meiner Ueberzeugung, im Ansbachischen ein Hauptgestüt mit grossen Kosten zu erhalten, um Pferde in den königlichen Marstall zu ziehen, ungleich theurerer erkaufte, als wenn man sie von den schönsten Gattungen und Racen aus fremden Ländern kommen liesse, oder bei einem wohleingerichteten Landgestüte in der Provinz selbst zur grössten Ermunterung der Pferdezucht um hohen Preis kaufte und das Geld im Lande liesse. Das Gestüt erhält aus der Ansbachischen Haupt-Domänen-Kasse jährlich 50 921 fl. 30 Hr. zum fixirten Etat. Ausserdem muss selbigem der Hafer, welcher theurerer verkauft werden könnte, zu dem geringen Kammertax von 8 fl. geliefert werden, mittlerweile wir solchen für die Husaren auch theuer kaufen müssen. Rechne ich die Nutzungen hinzu, die das Gestüt zu Triesdorf und bei den Füllenhöfen zu Creilsheim und Oelhaus frei hat, ferner die Bau- und Reparaturkosten, die der Baufond der Kammer auch noch steht, so dürfte an baarer Auslage und entgehendem Nutzen leicht eine Summe von 70 000 fl. herauskommen. Ich will annehmen, dass ein gut eingerichtetes Landgestüt 20 000 fl. Zuschuss zu den Sprunggeldern erforderte, so würden doch noch jährlich 50 000 fl. erspart und entweder auf das Militair oder andre nützliche Zwecke verwendet werden können.

§ 145.

Die Schafzucht ist in den beiden Fürstenthümern nicht sehr beträchtlich. Ich wiederhole hier noch einmal die schon so oft geführte Klage über Mangel an richtigen Datis, glaube<sup>3. 3. Schatzzucht: n. a. Anzahl und Wollzeugniss,</sup>

aber nach den vorliegenden kaum, dass die Zahl aller Schafe in Seiden Provinzen 170 000 erreiche und dass die Wollerzeugniss 5000 Zentner übersteige. Die Wolle ist in Absicht auf die Güte zu der mittlern zu rechnen, durch die theuren Fouragepreise, welche der Krieg veranlasst hat, und den immermehr überhand nehmenden Hang, die Gemeinheiten abzustellen und zu kultiviren, hat die Schafzucht abgenommen und dürfte aus der letztern Ursache wohl noch mehr abnehmen, zumal wenn die Brachen auch noch immermehr durch Anbau dazu schicklicher Früchte benutzt und der Ackerbau selbst zu einer höheren Stufe von Vollkommenheit gelangen sollte. Dadurch wird aber nach meiner Ueberzeugung nicht nur kein Verlust, sondern im Ganzen beträchtlicher Gewinn für den Staat entstehen. Die zur Cultur ganz unfähigen Weiden werden den Schafen bleiben und die Bedürfnisse an Wolle leicht mit einem geringen Theile des Geldes ausserhalb erkaufte werden können, welches durch die Producte des Ackers und die vortheilhaftere Hornviehzucht erworben werden wird.

#### § 146.

b. b. Veredlung  
durch spanische Schafe.

Unterdess ist auch für die Veredlung der Schafgattung gesorgt worden. Der Markgraf Alexander liess zugleich mit König Friedrich II. Schafe aus Spanien kommen, und es ist noch eine königliche spanische Zuchtschäferey im Ansbachischen, die theils aus Vieh von ächt spanischer Race, theils aus der mittelst derselben veredelten, die bey gehöriger Sorgfalt nicht ausartet, besteht. Dieses Institut hat bis 1792 jährlich einen Zuschuss zuletzt von 900 fl. gekostet, seitdem etwas über 500 fl. Es sind daraus schon viele Privatschäfereyen verbessert worden, und der Kriegs- und Domainenrath Lehner, welcher alles Verdienst um dasselbe hat, verdient dabey fernere Unterstützung.



§ 147.

Grossentheils aus der Wolle dieser spanischen und veredelten Schafe verfertigt eben dieser Lehner sehr schöne Tücher, die den niederländischen völlig gleich kommen. Er hat sein Vermögen in eine Tuchmanufactur in Ansbach und in eine Zeuchmanufactur zu Leutershausen gesteckt, die der Staat noch mehr emporbringen und zu befördern streben muss und dazu ich suchen werde, die besten Mittel ausfindig zu machen. Eine neue Zeuchmanufactur haben die Fabrikanten Perret und Deucker aus Wiesbaden in dem ehemaligen Schlosse zu Jochsberg angelegt, die guten Fortgang verspricht. Zu Wunsiedel im Bayreuthischem blühet eine von gemischten wollenen Zeugen, die dem damit grossentheils nach Italien handelnden Kaufmann Brandenburg gehört. Die Tuchmacher in Ansbach sind grösstentheils arm, doch fangen einige an sich auszuzeichnen und zu heben. Schwabach hat auch eine Anzahl Tuchmacher und in Wassertrüdingen würde die Tuch- u. Zeuchmanufactur vielleicht blühend seyn, wenn nicht eine unselige Streitigkeit zu markgräflichen Zeiten beide Gewerbe ruinirt hätte. In Hof, Wunsiedel, Neustadt a. d. Aisch wird ebenfalls viel Tuch gemacht. Man kann annehmen, dass auf mehr als 280 Stühlen, überhaupt in beiden Fürstenthümern für mehr als 200 000 fl. Tuch verfertigt wird und auf etwa 170 Stühlen für mehr als 80 000 fl. andre wollne Zeuge. Dazu werden wollne Strümpfe, vorzüglich zu Schwabach, gemacht für etwa 240 000 fl., Hüte, besonders zu Erlang, für 163 000 fl. andre Waaren, dazu Wolle gebraucht wird, für 17 000 fl., also überhaupt grösstentheils aus Wolle für 700 000 fl.

c. c. Wollmanufacturen.

§ 148.

Das Tuch und die Bedürfnisse zu den Montirungen für das Militair müssen den königlichen Befehlen gemäss in der Provinz selbst genommen werden. Der Markgraf hatte theils zu Verfertigung der Tücher für das Militair und die

d. d. Aufgehobenes markgräfliches Lagerhaus. Nutzen einer Wollniederlage und andere

Mittel zur Em-  
porbringung  
der Wollma-  
nufacturen.

Hofdienerschaft in Ansbach ein Lagerhaus angelegt, welches zugleich den Zweck hatte, den Tuchmachern das rohe Material gut und wohlfeil zu liefern und ihnen stets Arbeit und Abnahme zu verschaffen. Allein dieser wurde nicht erreicht, vielmehr den Tuchmachern eher die Nahrung entzogen, daher allgemeine Beschwerden entstanden und des Königs Majestät bei ihrer Anwesenheit 1792 die Aufhebung des Lagerhauses befahlen. Eine Wollniederlage, um den Tuchmachern dieses Material in gehöriger Güte und zu billigen Preisen zu liefern, dürfte indess noch von grossem Nutzen seyn. Die Abnahme der gefertigten Arbeit sichert ihnen das Militairbedürfniss, und ausserdem wird es nöthig seyn, durch Geschenke oder Vorschüsse zu Anschaffung des Werkzeugs, durch Prämien und zweckmässige Verwendungen in Absicht auf die Ein- und Ausfuhr, auch Beschauungen der Waaren den inländischen Tuch-Zeuchmanufacturen noch mehr aufzuhelfen. Ein grosses Hinderniss dabey macht noch die Schwierigkeit, eine hinlängliche Zahl von Wollenspinnern zu finden, da es schwer hält, die Menschen an dieser Arbeit zu gewöhnen, und im Bayreuthischen die angenehmere und zu finden, da es schwer hält, die Menschen an diese Arbeit einträglichere Baumwollen-Spinnerey entgegen steht. In diesem Fürstenthum waren nach einem vorliegenden Calcul von 1793—94 an Wolle verbraucht 1565 Centner, doch ausschliesslich dessen, was die Einwohner zu ihrem häuslichen Bedürfnis angewendet hatten, und ausschliesslich vieler gewiss ausser Ansatz gebliebenen mittelbaren Unterthanen. Rechnet man nach dem Mittelpreise den Zentner Wolle zu 50 Thr., welches auf 1565 Zentner thut 78,250 Thr. Spinner- und Streicherlohn im Durchschnitt 50 fl.

pr. Ztr.	78,250 „
Weberlohn zu 33 fl.	51,645 „
Färben und Apeture	62,600 „
so ergiebt sich eine Benutzung dieser 1565 Ztr.	
von	270,745 Thr.
oder 333,431 fl. 12 Hr, rhein.	

Diese Berechnung ist hier nur zur Probe aufgeführt, wie solche künftig nach genauen Datis von den ganzen Fürstenthümern gemacht werden kann.

§ 149.

Nächst den Wollen-Manufacturen verdienen die aus <sup>Le-4. 4. Fabrikationen aus Häuten und Fellen.</sup> der bey dem ansehnlichen Viehstande in den fränkischen Fürstenthümern grosse Aufmerksamkeit. Itzt schon werden wenigstens für 215 000 fl. Lederwaaren verfertigt. Im Bayreuthischen hat Erlangen die beträchlichsten Roth- und Weissgerbereyen und verarbeitet für mehr als 60 000 fl. Ausserdem für 25 000 fl. Handschuh. Zu Creussen ist eine obwohl unbeträchtliche Saffianfabrikation. Im Ansbachischen geben sich vorzüglich Gunzenhausen, Langenzenn und Uffenheim mit der Gerberey ab. Von den oben angeführten 215 000 fl. kommen gegen 115 000 fl. auf das Ansbachische. Man hat zur Emporbringung der Gerbereien die Ausfuhr der rohen Häute und Felle erschwert, den Ankauf derselben zur Ausfuhr bey Verlust der Waare und einer Strafe von 3 fl. verboten, den Eigenthümern der Häute befohlen, sie erst öffentlich den inländischen Abnehmern anzubieten, dann aber erst nach fruchtlos abgelaufenem Termin von 4 Wochen den Verkauf ins Ausland, jedoch mit Erlegung von 1 fl. 30 Xr. für eine Ochsenhaut, 1 fl. für eine Kuh- oder Schmalhaut, 20 Xr. für ein Kalbfell an Essito-Accis gestattet, den Gerbern, welche ihr Handwerk nicht treiben, allen Handel mit Häuten und mit Leder verboten und den Gerbern, welche dasselbe treiben, den freyen Handel nur mit dem von ihnen selbst oder von inländischen Gerbern fabricirten Leder erlaubt. Ausserdem aber wird es noch erforderlich seyn, die Gerbereyen durch Geschenke, Vorschüsse oder Prämien zu unterstützen und durch Anziehung von Eichenschlagholz und auf alle andre Weise das Hinderniss zu heben, welches aus dem Mangel an Borke zur Lohe entsteht.

§ 150.

5. 5. Schweine-  
zucht. Die Schweinezucht ist in den fränkischen Fürstenthümern nicht ansehnlich. Auch hier gehen noch richtige Data ab, aber ich zweifle, dass die Anzahl weit über 60 000 Stück gehe, davon 40 000 auf das Ansbachische gerechnet werden mögen. Das Bayreuther Oberland hat also wahrscheinlich das inländische Bedürfniss nicht.

§ 151.

6. 6. Ziegen. Ziegen werden an mehreren Orten, besonders im Oberlande gehalten..

§ 152.

7. 7. Federvieh. Federvieh zur Bedürfniss gleichfalls, doch giebt keine Gattung, so wie z. B. in anderen Ländern die Gänse, einen Zweig des Handels und Erwerbs ab.

§ 153.

8. 8. Bienen. Ebenso ist die Bienenzucht wenig im Schwange, da doch dazu gute Gelegenheit wäre; diese wird also auch noch durch Prämien und Beispiel zu ermuntern seyn.

§ 154.

- D. D. Fische-  
reyen. Fischereyen von Beträchtlichkeit giebt es nicht und nur in kleinen Teichen und Flüssen, darunter die des Oberlandes vortreffliche Forellen liefern. Viele Teiche sind nach und nach eingegangen und werden mit mehrerem Vortheile zu Wiesen benutzt. Die herrschaftlichen Fischereyen, welche sonst für die Hofhaltung verwaltet wurden, und dabey viele Missbräuche herrschten, sind itzt verpachtet, und es ist Vermehrung der Einnahmen bewirkt.

§ 155.

- E. E. Perlen-  
fischereyen. Als eine Seltenheit verdient hier noch angeführt zu werden, dass im Bayreuthischen Oberlande, im Mayn und ein

paar andern kleinen Bächen Perlenmuscheln sind, die in älteren Zeiten aus Sachsen, wo dergleichen in Oelsnitz sich finden, dahin geschenkt worden. Sie gehören dem König und geben jährlich nur eine sehr geringe Anzahl reifer Perlen, die von den Perlenfischern mittels eines Eisens aus der Muschel genommen, und diese sodann unversehrt wieder in das Wasser gesetzt wird.

### § 156.

Der Gartenbau ist in den fränkischen Fürstenthümern, F. F. Gartenbau- u. Obstbau. die Gegend um Nürnberg ausgenommen, sehr vernachlässigt. Der Landmann isst wenig Gemüse, ausser den Erdäpfeln, die seit der Theuerung des Jahres 1771—1772 sehr häufig geworden sind. Sein Garten ist höchstens ein Baumhof mit einigen Obstbäumen schlechter Gattung. Man hat zwar die Landstrasse mit Obstbäumen bepflanzt, aber ohne Nutzen. Ansbach zieht sein Gartengewächs grösstentheils von der Gegend um Nürnberg, wo man solches in dem leichten Boden mit dem Stadtdünger und wohlfeiler Handarbeit auch wohlfeiler bauet und nach Ansbach auf 5 Meilen zu Markte bringt. Durch Obstbaumpflanzschulen, daraus man den Unterthanen die Pflänzlinge entweder zu leidlichen Preisen oder nach den Umständen unentgeltlich abgeben kann, durch Beispiel und Unterricht in den königlichen Gärten und mittels der Prediger und Schulmeister durch Prämien etc. wird man den Mangel eines guten Obst- u. Gartenbaues nach und nach abzuheffen trachten.

### § 157.

Der Weinbau erstreckt sich in den fränkischen Fürsten- G. G. Weinbau. thümern nicht weit. Er wird blos in einigen Gegenden nächst dem Mayn und bey Creglingen betrieben. Indess werden doch auf 4570 Morgen gegen 40 000 Eymen gemacht. Die Randesacker Weinberge, welche dem König gehören, liegen ausser dem Lande, eine Stunde von Würzburg. Von jenem

Weinberg hat der König den Zehenden, die Weine sind aber nicht von sonderlicher Güte.

§ 158.

H. H. Seiden-  
bau. Mit dem Seidenbau sind Versuche gemacht worden, allein sehr ins Kleine, und sie haben bis itzt wenig Fortgang gehabt.

§ 159.

J. I. Forsteul-  
tur und Benut-  
zung:  
I. I. überhaupt. Das Forstwesen ist in den Fürstenthümern Ansbach und Bayreuth von grosser Wichtigkeit, sowohl für die königlichen Kassen, welche davon itzt jährlich einen etatsmässigen baaren Ueberschuss 278,500 fl. beziehen, als für die Länder selbst und deren Gewerbe. Im Bayreuthischen beruht insonderheit das Wohl der Provinz vorzüglich auf diesem Zweige der Verwaltung, weil die Eisen- und andere Feuerfabrikationen nebst den vielen Nebenarbeiten, welche diese veranlassen, eine Hauptquelle der Nahrung der Einwohner und des Gewinnes fremden Geldes sind. Der indirecte Vorthail für das königliche Intresse verdient daher nicht weniger Aufmerksamkeit als jener directe.

Bei dem Regierungsantritt des Königs befand sich die Forstwirthschaft in den beiden Fürstenthümern in den traurigsten Umständen. Unter der Oberraufsicht eines seit 18 Jahren stockblinden, obgleich an seinem Schreibtisch, mittels Dictirens noch äusserst thätigen und diensteifrigen, aber dennoch zur Ausfüllung seines Postens ganz unfähigen Oberjägermeisters war Jagd die Hauptsache. Neun Oberforstmeister, im Ansbachischen 3, im Bayreuthischen 6, fast alle ohne Kenntnisse, behandelten ihre Posten als gute Pfründen, die Kammern bekümmerten sich wenig um die Forsten, der Unterthan empfand den despotischen Druck der Jäger in mancherlei Hinsicht. Dabei waren die Forst- und Jagdbedienten Richter in ihrer eignen Sache und hatten eine besondre Gerichtsbarkeit.

Zweckmässige Vermessungen und Taxationen der Waldungen existirten sowenig als Forstetats und richtige Controlle beim Holzverkauf. An Culturanstalten nach einem wohlüberlegten Plan wurde nicht gedacht. Ueberall herrschte Unzuverlässigkeit und Willkür. Noch passt dieses Gemälde leider grösstentheils auf das Fürstenthum Ansbach. Man konnte nicht alles auf einmal anfangen, jedoch hat man gesucht, einzelnen Mängel abzuhefen, den Jägerdespotismus abzustellen, und durch die höchste Verordnung vom 3. July 1795 ist die schädliche Jagdgerichtsbarkeit aufgehoben.

### § 160.

Das Bayreuthische erfordert wegen der weit grösseren Wichtigkeit der Waldungen für den Wohlstand des Landes die erste Fürsorge. Ich ordnete daher schon im Jahre 1792 eine Hauptforstcommission, welche aus dem rechtschaffnen und thätigen, erst kürzlich verstorbenen Oberforstmeister von Waldenfels, aus dem Kammerdirector von Hardenberg, dem Oberberg- und Kriegsath Jorner und einem der besten Landforstbedienten, dem Forstmeister Kadner, bestand. Sie hat sich bei der grossen Weitläufigkeit des Gegenstands bis zum Jahre 1796 damit beschäftigt, solche aber nun völlig und mit den wohlthätigsten Wirkungen für das königliche Kammerinteresse sowohl als für die Sache selbst beendigt. Die Waldungen sind abgeschätzt, der Haushalt ist allenthalben, mit Rücksicht auf die Holzbestände, die Bedürfnisse und den Vortheil der Kassen regulirt; Missbräuche sind abgeschafft, Etats und Controllen aufgestellt, die Forstbedienten belehrt und die Culturplanmässigkeit in Gang gebracht. Den Feuer-Fabrikationen hat mehr Holz angewiesen werden können, die Forstdienstverfassung ist gehörig organisirt, mit einem Wort, überall Ordnung und System eingeführt und dabei die Einrichtung soviel als möglich benützt, die in den übrigen königlichen Staaten besteht. Da man zu viel Zeit würde verloren haben, wenn man die Vermessungen hätte

2. 2. Im Fürstenthum Bayreuth:  
a. a. Resultat der Untersuchungen durch eine Hauptforstcommission.



wollen vorausgehen lassen, so wurden solche mit dem Hauptgeschäft zugleich vorgenommen und werden nun nach und nach fortgesetzt. Alle Resultate der bereits gemachten Proben und Erfahrungen ergeben aber die Zuverlässigkeit der auch ohne Vermessung geschehenen Taxationen und Berechnungen.

Im Bayreuthischen Fürstenthum ergibt sich ein Flächeninhalt von

270,015 Morgen zu 180 Quadr.-Rth., wovon

200,137<sup>6</sup>/<sub>8</sub> „ „ guter Boden

52,257<sup>3</sup>/<sub>8</sub> „ „ mittelmässiger und

17,620<sup>1</sup>/<sub>8</sub> „ „ schlechter

sind, ein Holzbestand von

2,282,396<sup>2</sup>/<sub>5</sub> Klafter

wovon zur Reserve 213,440 Klafter und zum Antrieb nach richtigen Forstgrundsätzen 2,068,956<sup>1</sup>/<sub>5</sub> Klafter bestimmt sind.

Die Vermehrung des Ertrags der Forsten durch die Anordnungen der Kommission beträgt aber jährlich

96,969 fl.

# § 161.

b. b. Organisa-  
tion der Forst-  
aufsicht u. des  
Haushaltes

Die Direction des äussern Forstwesens hängt von dem combinirten Departement der Kammer ab, das innere technische ist zwey Oberinspectionen unterworfen worden, nämlich einem Oberforstmeister im Oberlande und einem im Unterlande, die beide die erforderliche Beihilfe durch einen Forstsecretair, einen Calculator und einen Kopisten und Sitz und Stimme in jenem Departement der Kammer in Forst-sachen haben. Der oberländische Oberforstmeister ist itzt zugleich Kammerdirector und Dirigent jenes Departements. Das unnöthige Oberjägermeisteramt und die vielen Oberforstmeystereien sind aufgehoben. Im Oberlande sind 5 Unterinspectionen oder Forstmeistereyen, im Unterlande eine. Die Forstmeister sind die eigentlichen anweisenden und den Haushalt betreibenden Bediente und haben Forstverwalter

als Naturalrendanten und zur Ausführung, unter denen wiederum Förster und Unterförster stehen. Damit die Zahl der Forst- und Jagdaufseher so viel als möglich vermehrt und die Recrutirung der Jägerbataillons erleichtert werde, muss jeder Forstmeister, Forstverwalter und Förster einen Feldjäger als Revierburschen auf seine Kosten halten. Die Geldrentantenschaft ist den Forstbedienten ganz abgenommen und den Kammerbeamten übertragen, wodurch die nöthige Controlle bewirkt ist. Die Forstmeister und Forstverwalter machen mit den Kammern und Justizbeamten des betreffenden Amtes in Forstpolizey-, Forstrechnungs- und Forstgerichtsbarkeitssachen die Forstämter aus, deren im Bayreuther Oberlande 18 und im Unterlande 6 sind. Diese berichten unmittelbar an die Kammer und erhalten von da ihre Anweisungen auch unmittelbar. Die Gegenstände des Forstrechnungswesens vertritt der Kammerbeamte ausschliesslich. Zu den Vermessungen sind die erforderlichen Forstconducteurs, zu Anziehung junger Leute Forstlehrer angestellt. In Bayreuth ist eine Forstkartenkammer angelegt.

### § 162.

Vorzüglich ist darauf gesehen worden, dass die Städte, besonders die, wo Garnisonen liegen, als z. B. Bayreuth und Culmbach, mit dem erforderlichen Holze versehen werden und ihnen durch die Flössen, welche unter einer besondern Verwaltung stehen und auf der Rössla nach Wunsiedel und auf den Mayn weitergehn, mehr zugeführt wird. Die Preise des Holzes sind für eine so holzreiche Gegend ziemlich hoch und im Mittel zu 5 fl. für ein Klafter von 126 Nürnbergischen Cubicfuss anzunehmen. In Bayreuth ist ein Brennholzmagazin.

c. c. Versorgung der Städte mit Holz. Flössenholzmagazine.

### § 163.

Ohnerachtet diese Preise sowohl bey den Klaftern als bei andern Holzwaaren steigend und fallend sind, so haben

d. d. Handel mit Holz.

die Forstbedienten zum Anhalten gewisse Taxen, die ihnen zur Norm bei dem Verkauf und Abgabe des Holzes an Berechtigte, Eingeforstete oder Fremde dienen, doch herrscht hierbei noch viel Unbestimmtes, und es werden sich noch manche Verbesserungen anbringen lassen. Ausser dem inländischen Holzverkauf und dem, welcher auf der Axe in benachbarten Gegenden geschieht, ist der Verkauf der Blöche, welcher mittels der sogenannten fränkischen Flösse aus den Aemtern Lauenstein und Lichtenberg, auf der Mauschwitz und Rodach in den Main und in die Rheingegend gehet, sehr wichtig. Die Forsteinkünfte werden dadurch sehr vermehrt, indes sucht man dabei noch verschiedenen Mängeln abzuhefen. Einiger Nebennutzungen in den Waldungen, als die Mast-, Pech- und Theerschwelereyen, darunter auch solche sind, die nur unter scharfer Aufsicht geschehen dürfen, um nicht nachtheilig zu werden, als Streurechen, die Behütung mit Vieh etc. etc., erwähne ich hier nur im Vorbeigehen.

#### § 164.

e. e. Privathöl-  
zer. Landes-  
herrliche Ober-  
aufsicht darü-  
ber und Forst-  
ordnung.

Ausser den Waldungen mehrerer Rittergüter, die noch nicht genau haben bestimmt werden können, sind im Bayreuthischen 165603<sup>3</sup>/<sub>8</sub> Morgen zu 180 Q.-R. Privatholzungen, die der Oberaufsicht des Landesherrn in allem Betracht unterworfen und würdig sind. Es wird erforderlich seyn, sie durch eine eigne Commission in der Folge untersuchen zu lassen, und die allgemeine Forstordnung, welche im Werke ist, wird auch in ihrer Rücksicht gesetzliche Vorschriften geben.

#### § 165.

3. 3. Im Ans-  
bachischen;  
a. a. Vorseyen-  
de Commission  
zur Untersuch-  
ung der For-  
sten.

Die Ansbachischen Forsten sind noch nicht gehörig untersucht. Sie werden in Absicht auf den Flächeninhalt der herrschaftlichen Forsten zu 98,022 Morgen von 180 Q.-R. angegeben. Die Privathölzer betragen gewiss ebensoviel, wo nicht noch mehr. Es wir nunmehr eine ähnliche Forstcom-

mission, wie im Bayreuthischen, die Untersuchung genau vornehmen.

### § 166.

Die Forstaufsicht ist dort noch auf dem alten Fuss den Wildmeistern und Förstern übertragen, wird aber so bald als möglich auch, wie der ganze Haushalt, auf Bayreuthischem Fuss organisirt werden. Das Oberjägermeisteramt ist bereits, so wie die Oberforstmeistereyen, aufgehoben. Das äussere Forstwesen dirigirt auch in Ansbach das combinirte Departement der Kammer, das innere wird vorerst durch ein Oberforstamt geleitet, welches aus den Oberforstmeistern von Feilitzsch, Grafen von Platen und von Schirding besteht.

b. b. Forstaufsicht.

### § 167.

Flösse existieren im Ansbachischen nicht. Die Versorgung der Städte mit Holz ist oft schwer, und die Preise können nur mit äusserster Mühe, erzwungener Einfuhr aus den Privathölzern und Aufopferungen aus den herrschaftlichen Holzmagazinen mässig erhalten und dem Mangel zu gewissen Zeiten abgeholfen werden. Da man in Absicht auf das ganze Forstwesen im Ansbachischen noch nicht klar siehet, so lässt sich über all diese Gegenstände noch nichts sagen.

c. c. Versorgung der Städte.

### § 168.

Ebensowenig über den Holzhandel.

d. d. Holzhandel.

### § 169.

Die Privathölzer erheischen aber so gut als die im Bayreuthischen wegen ihres Einflusses auf das Wohl des Ganzen eine genaue Aufmerksamkeit und Untersuchung, die man ihnen widmen wird, so bald es die Umstände erlauben.

e. e. Oberaufsicht über die Privathölzer.

§ 170.

K. K. Torf. In den Bayreuthischen sechs Aemtern hat man Versuche mit der Torfgräberei gemacht, um eine Holzersparung zu bewirken. Sie versprechen ein Surrogat von 24—30 000 Klafter Holz und werden eifrig fortgesetzt. Die Beschaffenheit des Torfs ist nicht übel. Brauereyen und andere Gewerbe fangen an, sich dessen zu bedienen. Im Ansbachischen hatte man zu markgräflichen Zeiten auch mit dem Torfstich Versuche gemacht, sie hatten aber keinen Fortgang. Die Hauptforstcommission wird aber auch auf diesen Gegenstand ihre Aufmerksamkeit richten.

§ 171.

L. L. Steinkohlen. Nicht so glücklich sind bisher die Bemühungen ausgefallen, bauwürdige Steinkohlen zu finden, doch ist dazu noch nicht alle Hoffnung verloren, und man ist mit den neuen Versuchen am Steinberge nahe an der böhmischen Grenze beschäftigt.

§ 172.

M. M. Wildbahn und Jagdabschaffung des hohen Wildes. Die übermässige Menge des hohen Wilds war zu markgräflichen Zeiten nicht nur eine grosse Plage für den Landmann, der Nachtheil davon äusserte sich auch bei der Forstcultur und in manchem Betracht bei den landesherrlichen Einkünften. Als ein Beispiel will ich nur anführen, dass nach einer vom Oberjägermeisteramte selbst eingegebenen, also gewiss nicht zu hoch gespannten Berechnung im Fürstenthum Ansbach allein die Wildhüterkosten, welche die Unterthanen mit Kornfrüchten standen, zu dem geringen Anschlag der Kammertaxe über 60 000 fl. betrugen. Der Landmann sah nur zu oft die Früchte seines Fleisses zerstört. Kostbare und holzfressende Einzäunungen waren allenthalben erforderlich, wo man seinen Acker schützen wollte, und selbst dieses durfte nicht ohne die nicht so leicht zu be-

wirkende Erlaubnis der Jagdbedienten geschehen. Der König genehmigte im Jahre 1792 die Abstellung der häufigen und gerechten Beschwerden durch Ausrottung des hohen Wildes, gegen Uebernehmung einer auf die in den Wildfuhren wohnenden Grundbesitzer, je nachdem sie dem Wildschaden ausgesetzt waren, zu repartirende Abgabe zur Deckung der bisherigen Jagdeinkünfte. Durch besondere Commissionen wurde mit den Grundbesitzern tractirt. Ausser den Aemtern Lichtenberg und Lauenstein an den Grenzen des obersächsischen Kreisen und einigen Ortschaften am Nürnberge Sebalduwalde, wo man mit ihnen nicht einig werden konnte, ist das ganze Geschäft zu Stande gekommen. In jenen Aemtern kann das bisherige Verhältniß um so eher bleiben, da wegen der angrenzenden Wildbachbahnen eine gänzliche Ausrottung doch schwerlich möglich sein würde, mit den letzterwähnten Ortschaften hofft man aber noch einig zu werden. Es ist natürlicherweise allenthalben ausbedungen worden, dass diese Abgabe, welche bei weitem nicht einmal so viel beträgt, als die ehemals aufzuwendenden Waldhüterlöhne, sogleich aufhören solle, wenn man das hohe Wild wieder aufkommen liesse. Rehe und kleine Jagd sind allenthalben beibehalten worden. Diese Jagden werden nach den Umständen entweder verpachtet oder administirt. Das Resultat der ganzen Operation ist folgendes. Die Einkünfte aus der Jagd betrug nach den älteren Etats 20 210 fl. 4 Xr. Statt dessen erfolgt itzt:

- |  |                         |
|--|-------------------------|
| 1. An Abträgen von den Grundbesitzern  |                         |
| im Bayreuthischen  | 7,652 fl. — Xr.         |
| im Ansbachischen   | 17,925 „ 55 „           |
|  | <hr/> 25,577 fl. 55 Xr. |
| 2. an Einkünften von der niedern Jagd  |                         |
| in beiden Fürstenthümern   | 3,000 fl. — Xr.         |
|  | <hr/> 28,577 fl. 55 Xr. |
| 3. an Ertrag aus dem in den Grenzwildfuhren und den Aemtern Lichtenberg und Lauenstein gebliebenen hohen Wilde | 900 fl. — Xr.           |

4. in den Wildfuhren am Nürnberger  
Walde dürften noch an Abträgen  
reguliert werden

	1,600 fl. — „
Ueberhaupt	31,077 fl. 55 Xr.
Verglichen mit Obigen	20,210 fl. 4 Xr.
Kommt mehr auf	10,867 fl. 51 Xr.

welcher directe Gewinn aber der allergeringste im Verhältniss gegen den indirecten ist, welchen ausser den Unterthanen die königlichen Kassen von der bessern Forst- und Landcultur und Vermehrung der Industrie, durch die Zehenden, Handlöhner und Erweiterung des Gewerbs haben und noch weiter erwarten können. Ausserdem ist durch die Wegschliessung des hohen Wilds in den drey Rechnungsjahren von 1793—1796 ein Plus gegen den Etat von 94 852 fl. 46 Xr. in die königlichen Kassen geflossen.

### § 173.

N. N. Bergbau: Der Bergbau ist in dem Bayreuthischen obern Fürstenthum sehr wichtig, mehr für den Wohlstand und Gewerfleiss des Volks, als für die unmittelbare Einnahme des Landesherren. Die öden felsigten Gegenden um Lichtenberg, Issigau, Steben, Naila und Langenbach, in dem Höfer Kreise würden kaum 900 Menschen statt 3000 auf die Q.-Meile zählen, wenn der Bergbau dort nicht allgemeinen Wohlstand verbreitete. Das Amt Lauenstein und die Einöde am Fusse des Fichtelberges verdanken den metallischen Fabriken allein ihre Cultur und hiedurch widerlegt sich auch das Vorurtheil, als ob der Bergbau in einem militairischen Staate wegen der Enrollements-Befreiung der Berg- und Hüttenleute nachtheilig sey, denn diese machen bey weitem die geringste Zahl der Menschen aus, die vom Bergbau leben. Er vermehrt die Anzahl der Diensttüchtigen zum Militair. Der Bayreuthische Bergbau ist der älteste im nördlichen Deutschland. Goldkronacher Bergleute bevölkerten Sachsen, Böhmen und den Harz. Er war im 14. Jahrhundert und im Anfange



des 15. Jahrhunderts im grössten Flor. Die Husitten- und Bauernkriege, der Religionskrieg und endlich der dreissigjährige brachten ihn unter verschiedenen Abwechslungen ganz herunter. Seitdem geschah zu markgräflichen Zeiten gar nichts Wesentliches zu dessen Verbesserung. Dennoch blieben die Eisenbergwerke und Fabrikationen, Vitriolwerke und andre metallische Arbeiten durch den Fleiss einiger Privatpersonen im Gange, obwohl in manchem Betracht in einem fehlerhaften. Nach dem Regierungsantritt Seiner Königlichen Majestät wurde auf höchsten Befehl der ganze Bergbau untersucht, der nachherige Oberbergrath von Humboldt, dessen Verdienste um den Bayreuthischen Bergbau sehr gross sind, befuhr zuerst die sämmtlichen Bergwerke und Institute und nützte dabei die Kenntnisse des geschickten und thätigen Oberbergraths Jorner. Hierauf stellte der Staatsminister von Heinitz mit den vorbenannten Personen und mir eine Bereisung und Untersuchung im ganzen Lande an. Das ehemalige ganz für sich bestehende Oberbergdepartement, dessen unthätige Mitglieder den Gang der Geschäfte nur erschwerten, wurde aufgehoben und ein neues Bergdepartement in der Kammer formirt, dem Forstmänner und ein Bergrichter, weil damals noch keine Kammerjustiz-Deputation existirte, besonders aber der von Humboldt beigegeben wurden, welcher letztere zugleich als Oberbergmeister den Haushalt selbst an Ort und Stelle dirigierte. Zu diesem wurde ein allgemeiner Plan entworfen und ein Bergpatent erlassen, wodurch man die landesherrlichen Rechte über das unterirdische Eigenthum näher bestimmte. Man errichtete eine Bergbauhülfskasse aus den damals nach Abzug aller Besoldungen 2400 fl. betragenden Ueberschüssen von den Bergämtern und ordnete gleich mancherley nützliche Anstalten an. Vorzüglich eilte man junge Leute zu unterstützen, die in Freiberg die Bergwerkwissenschaften erlernten, und den gemeinen Bergmann selbst mehr auszubilden. Der von Humboldt vermehrte seine Verdienste noch durch Einrichtung

von Bergschulen, für die er selbst fassliche Lehrbücher verfertigte und nach solchen Unterricht nicht nur Knaben von 11—16 Jahren, sondern auch Bergleuten selbst gab.

Sowie die Anstalten zur Aufnahme des Bergbaus vorrückten, hat man auch die Bergbauhülfskasse verstärkt und das Personal vermehren müssen. Die Bergämter sind gehörig organisirt worden und kosten itzt 5000 fl., die aber von den Bergeinkünften erfolgen. Der extraordinäre Aufwand beträgt 6500 fl. Man wird dieses aber nicht zu viel finden, wenn man auf den Nutzen sieht, den der Bergbau hervorbringt, und dass in der Folge auch directer Gewinn davon allerdings zu erwarten ist. Die Erzeugnisse der Mineralproduction, welche die unter § 179 vorkommende Tabelle näher nachweist, betragen im Bayreuthischen allein 398 250 fl., davon für 271 550 fl. ins Ausland gehen. Die ausländischen Materialien dazu kosten kaum 17 700 fl., nemlich 11 200 fl. für Mannsfeldische und Ungarische Kupfer, 1450 fl. für fremden Eisenstein, 4250 fl. für auswärtiges Kohlholz, 500 fl. für Stahl und 300 fl. für Gestellstein, mithin bleiben 253 850 fl. reiner Gewinn. Die vorhandenen 11 hohen Oefen, 5 Blauöfen, 28 Frischfeuer, 7 Zeinhämmer, 1 Blechhammer, 6 Drahtzüge und 21 Kalköfen bedürfen jährlich 33 600 Klafter Kohlholz, davon 20 230 Klafter aus den königlichen Forsten erfolgen, mithin Geld in die Kassen bringen, 9700 Klafter aus Privathölzern, 3750 noch aus dem Ausland. Kann, wie zu hoffen ist, noch eine stärkere Holzabgabe geschehen, so werden die metallischen Fabrikationen auch noch erweitert und besonders wird vielleicht eine Eisenhütte auf königliche Rechnung bei Arzberg angelegt werden können, um den roh ausgehenden Eisenstein selbst zu verarbeiten und in Absicht auf die Fabrikation Beispiel zu geben, welches umdesto nothwendiger wäre, da die Eisenwerke sowie unter gewissen Einschränkungen der ganze Bergbau, davon nur der Zehnten dem König gegeben wird, Privatpersonen gehören, die solche noch zum Theil mit Vor-

urtheil und Unkunde betreiben. Eisen ist übrigens der Hauptgegenstand des Bayreuthischen Bergbaus, und dieses Metall, sowie der Bergbau auf Vitriol und Alaunschiefer, womöglich auf Steinkohlen, ist weit wichtiger, nützlicher und einträglicher, als der auf Gold und Silber. Die Einleitung ist gemacht, um den Bergbau im Bayreuthischen emporzubringen; die Stimmung der Bergleute ist gut, und wenn fort gefahren wird, wissenschaftliche Ordnung auf den vorigen chaotischen Zustand folgen zu lassen, nützliche Unternehmungen und wenige grosse, wenn sie auch gar keinen directen Gewinn für den Fürsten hoffen lassen, nur den Wohlstand der Unterthanen erhöhen, den glänzenden und vielen kleinen vorzuziehen, wenn man die Freiheit im Handel nicht stört, so steht zu hoffen, dass solcher bald in Flor kommen werde.

#### § 174.

Ich will nur noch kurz dasjenige anführen, was bei den einzelnen Bergrevieren zu bemerken ist. Im Goldkronacher Revier sind die Fossilien, welche bergmännisch genommen werden:

b. b. im Gold-  
kronacher Re-  
vier.

1. Gold- u. Silbererze, als goldhaltige Schwefelkiese, Fahlerz, Bleyglanz, Arsenikkies, grau Spiegelglaserz, seit 5 Jahrhunderten bebauet; am Ende des 14. und Anfang des 15. Jahrhunderts wurden für 250 000 fl. gold- und silberhaltige Erze jährlich gefördert. Bei dem Regierungsantritt des Königs war dieser in den älteren Kriegen, wie schon angeführt worden, ganz heruntergekommene Bergbau, dessen Poch- und Hüttenwerke nicht mehr existiren, in einer verzweifelten Lage. Es war viel Geld darauf als auf den einzigen bauwürdigen Gegenstand verschwendet, dennoch waren ein weit aufgeschlossenes Feld, ohne Entblössung von Gängen n eine unselige Mittelteufe nach Färbers verworrenen Planen gearbeitet, keine Anbrüche in die Grube, und 2863 Zentner Pochgänge auf der Halde, die in 12 Jahren ge-

fördert worden und deren innerer Gehalt nicht 900 fl. betrug. Man beschloss also 1792 keine grossen Summen weiter aufzuwenden und nur zum Versuch das Werk mit 9 Mann zu belegen, womit und mit einem Aufwande von kaum 600 fl. statt 200 Zentner, wie bisher, 2000 von 179<sup>3</sup>/<sub>4</sub> gewonnen wurden. Die FürstENZECHER Golderze hielten von jeher  $\frac{1}{12}$  bis 9 Loth Gold und  $\frac{1}{4}$  Loth bis 1 M. Silber im Zentner Schlich. Ihr gewöhnlicher Gehalt war 1—2 Loth Gold. Itzt giebt ein Zentner Golderz im Durchschnitt 3—5 p. Zentner Schlich und der Werth von 1 Zentner Pochgänge, wie sie aus der Grube kommen, steigt von 10 Xr. bis auf 1 fl. 38 Xr. Nach der sorgfältigsten Aufbereitungs- und Schmelzprobe war der innere Werth von 2000 Zentner Golderze 1197 fl. und im Zentner Pochgänge 35<sup>3</sup>/<sub>4</sub> Xr. Vor 2 Jahren behauptete man noch, ein Zentner sey nicht 3 Xr. werth. Die Selbstkosten haben im Jahr 1793/4, wo aber noch meist ausgerichtet und nicht blos abgebaut wurde, p. Zentner Gänge kaum 20 Xr. betragen. Nach den wahrscheinlichsten Combinationen, nach den Erzen, die in der Grube anstehen, hatten von 1794/95, wenn das Feld nicht blos aufgeschlossen worden wäre, mit 1000 fl. Betriebskosten 5000 Zentner Erze geliefert werden können, wovon nur 30 Xr. p. Zentner gerechnet, für 2500 fl. Golderza usgebracht werden mögen. Im Jahre 1796 wurden auf der FürstENZECH 4 neue Erzpunkte überfahren, und wenn der Zweck der Belegung Erzgewinnung allein gewesen wäre, so hätten in kurzer Zeit 8000 Zentner gewonnen werden können. Die Bauwürdigkeit dieses Bergwerks ist also wohl entschieden, indes würde, um den Wunsch zu erreichen, die Erze in eben der Teufe als vor 500 Jahren zu bebauen, der ganz zu Bruch gegangene tiefe Christianstollen in einer veränderten Direction wieder anzulegen und dazu in einer Länge von 1600 Lachtern eine Summe von 40—50 000 fl. erforderlich seyn, deren Verwendung auf weniger glänzende nützlichere Gegenstände in den Wunsiedler und Nailaer Revieren rathsamer ist. Indess schreitet man gegenwärtig zum Bau des Poch-

werks und zu den Röstversuchen, um im Grossen zu amalgamiren, da doch die Dauer des Werkes immer zu befördern ist, weil es ein rauhes Thal am Fusse des Fichtelbergs belebt und eine gute Schule für das Kronacher Bergvolk abgiebt.

2. Spiessglaserz. Kein anderer Ort in Deutschland ausser Goldkronach liefert käufliches Spiessglas. Es ist nur alle 2—3 Jahre auf einen beträchtlichen Anbruch zu rechnen, der letzte schüttete für 2—300 fl. Erze.

3. Vitriol, auf dem goldenen Adler bei Wiersberg. Das beträchtliche Vitriolwerk gehört der Pittärschen Familie in Hof. Es ist das grösste in den königlichen Staaten und vielleicht in Deutschland. Die Fabrikation beträgt über 3250 Zentner oder 20 500 fl. am Werthe. Da nur 75 Centner im Lande bleiben, so werden 20 000 fl. rein gewonnen. Um mehr und wohlfeilere Kupfer- und Schwefelkiese zu gewinnen, ist man beschäftigt, einen tiefen Stollen in der Grube heranzubringen, den man auf englische Art schiffbar machen wird. Die Coctur ist sehr verbessert und man hat eine auch wohl in Deutschland einzige Vorrichtung, den Pfannenschlamm, der wegen des zugesetzten Kupfers sehr reich ist, zu amalgamiren.

4. Bei Bernek ist ein sonderbares reichhaltiges Lager Alaunschiefer in uranfänglichem Mandelstein, Holzman- gel hat vorhin den stärkeren Betrieb gehindert. Seit 1795 beträgt der Werth des Erzeugnisses, welcher vorher kaum 100 fl. war, 2500 3000 fl. und das Werk giebt einen Ueberschuss, der sich wohl bis 500—600 fl. vermehren kann.

5. Geschiebe von Grünstein, die sich am Fusse des Fichtelbergs finden, daraus werden Glasknöpfe und Perlen in grosser Menge gemacht. 5 Knophthütten fabricieren jährlich für 9—10 000 fl. Patterle, wie man es nennt, das ist 800 000 Dutzend Knöpfe und Perlen. Von den wohlfeilsten kosten 240 Stück 6 Xr. Sie gehen meist nach Hamburg,

Amsterdam, Frankfurth und Leipzig und von da nach England und Frankreich zum afrikanischen Slavenhandel.

6. Serpentinstein findet sich bei Goldkronach, wo er zu Gefäßen verarbeitet wird, und schöner noch, sowie der Nepheit oder Jade bei Kotzau, wo auch edle Granaten vorkommen.

Das Goldkronacher Revier zählt gegenwärtig nur 51 Berg- und 60 Hüttenleute; dennoch sind die 6 Drahtzüge zu Bernek, Warmensteinach, Sophienthal und Weidenberg und das Frischfeuer zu Röhrenhof-Bischofgrün und Knopfhammer wichtige Objecte der Nationalindustrie und fabriciren jährlich an Eisen an 36 000 fl. im Jahre 1796 für 45 000 fl. wegen theurerer Eisenpreise, dazu die Vitriol- u. Alaunproduction von 21 500 fl., die Patterle 10 500, zusammen für 70 500 fl.

### § 175.

c. c. im Wunsiedler Revier.

Im Wunsiedler Revier ist

1. Eisenerz das Hauptobject. Schweden abgerechnet wird kaum eine andre Gegend einen solchen Reichthum davon aufzuweisen haben. Eine Art von Stockwerk, fast ununterbrochen 2500 Lachter lang, 20 und an einem Punkt 110 Lachter mächtig, 24 tief (tiefer kann man es nicht, da ein Hauptfehler des Wunsiedler Bergbaues war, dass man die Tiefe nicht suchte), füllt gleichsam ein Thal aus, welches von Arzberg bis Schirnding den Pass nach Böhmen ausmacht. Die vielen inländischen Hütten sind nicht im Stande, alles Eisenerz zu verarbeiten, welches die Arzberger Gruben liefern, daher  $\frac{1}{3}$  des Ganzen nach Böhmen, Pfalz und Sachsen geht. Man ist, wie oben schon erwähnt worden, darauf bedacht, eine neue königliche Hütte anzulegen. Sonst lieferten die Gruben jährlich kaum 8000 Seidel zu 8050 Cubikzoll und 11—13 g. Eisenerz, itzt seit 1780 schon im Steigen auf 22 000. Um regelmässiger in die Tiefe zu bauen, ist im Jahre 1795 der alte Georgstollen aufgewältigt und zugeführt worden, auch ist der Karl Erbstoll bei Schirnding angesetzt und bereits so weit

ins Feld gerückt, dass in  $1\frac{1}{2}$  Jahren Stollen, Kunstgezeuge und Teiche vollendet seyn werden.

2. Braunstein bricht in beträchtlicher Menge mit den Eisenerzen, und man wird suchen, ihn zum Handel zu benützen.

3. Bleiglanz hat sich seit dem Ende des 16. Jahrhunderts im Eisenstein und im körnigblättrigen Kalkstein bei Wunsiedel gefunden und oft schwindelnde Hoffnungen erregt. Neuere Untersuchungen ergaben aber, dass die Bleierzmittel nicht anhaltend sind, nie über  $\frac{3}{4}$  Ctr. schütten, bis sie sich auskeilen.

4. Zinn gab wahrscheinlich die Veranlassung zu dem Bergbau dieser Gegend; das Wunsiedler Zinn, welches aber nicht mehr bei dem Dorfe Schönlinde unfern Weisenstadt gefertigt wurde, hielt man für das reinste in Deutschland. Mit dem 30 jährigem Krieg sank aber der Flor dieses Bergbaus, und alle nachmalige Versuche waren vergeblich und zu kostbar, ihn wieder emporzubringen. Nur die Zinnseifenwerke aus der Farnleit, der höchste Bergbau in den Staaten Sr. Majestät, wo eine arbeitsame Bergmannsfamilie 3600 Fuss über der Meeresfläche überwintert, bestehen noch. Da man noch Gelegenheit hat, im Nailaer Revier einen weniger kostbaren Versuch auf Zinnerz zu machen, so dürfte eine reife Prüfung vorhergehen müssen, ehe man sich entschliesse, die alten Baue bei Schönlinde wieder anzugreifen.

5. Alaun wird aus Braunkohlen, die unter Basaltkugeln liegen, in der Klause bei Seussen gewonnen. Die Production beträgt 200 Centner, über 2000 fl. an Werth, die sämmtlich vom Auslande bezogen werden.

6. Von Gold zeigen sich häufige Spuren unter den Zinnerzen.

7. Kupfer und silberhaltige Kupferkiese waren ehemals die Gegenstände des Sparneker Bergbaues. Der Werth desselben beruht aber noch auf näheren Untersuchungen.



8. Marmor und Kalksteinbrüche machen in der Gegend von Arzberg ein wichtigen Verkehr. Der Kalkstein wird theils zum Bauen, theils zum Fluss, theils zur Düngung benutzt. 21 Kalköfen liefern jährlich bey 2400 Klafter Holz, 18 500 Gar-Kalk (zu 1200 Cubikfuss) deren Werth über 18 000 fl. beträgt und davon  $\frac{2}{3}$  ins Ausland, meist in die Pfalz gehen.

9. Speckstein wird bey Göpfersgrün gefunden, etwa 100 Centner, 150 Thaler an Werth.

10. Bei Wunsiedel hat sich schlackiger, schwarzer Erzkobold gefunden, der vorzüglich schöne Smalte bey der Probe geliefert hat, indess sind bis itzt nur bald sich auskeilende Mittel entblösst, auch waren sie oft so mit Braunstein vermischt, dass sie bey einzelnen Proben gar keine Smalte gaben.

11. Die vielen Brüche von Gestellstein, Basalt, Wetzschiefer und Granit gewähren grossen Nutzen. Im Wunsiedler Revier sind gegenwärtig 140 Berg- und 139 Hüttenleute. Die Mineralproduction beträgt an 77 800 fl., wovon über 48 000 fl. aus dem Auslande eingehen.

### § 176.

d. d. Im Nailaer Revier.

Die Bergwerke im Nailaer Revier sind seit 5 Jahrhunderten fast ununterbrochen bebauet und nächst Schmalkalden und Kupferberg der älteste Bergbau auf Eisen und Kupfer im nördlichen Deutschland. Der itzige Bergbau hat aber kaum noch einen schwachen Schimmer seines vormaligen Glanzes. Vielleicht lassen sich die Quellen des alten Wohlstandes nach und nach wieder eröffnen, den die Goldwäschen, der Blei- u. Silberbergbau, die Zinngruben und die Kupferbergwerke vor Jahrhunderten gewährten. Eisen und Kupfer brechen hier auf einerley Lagerstätten.

1. Eisen von vorzüglichster Güte bleibt auch hier das wichtigste Product, es wird für mehr als 78 000 fl. verarbei-

tet, wovon für 46 600 fl. ins Ausland gehen. Man lässt sich auch hier den technischen Betrieb der Gruben mehr angelegen seyn und hat den Mordlauer Comunstollen von neuem belegt.

Im Amte Lauenstein, wo der Flor des Hüttenwesens bisher von dem benachbarten sächsischen Bergbau zu Kamsdorf abhieng, hat man vor kurzem glückliche Versuche auf Eisenstein gemacht und den Gang überfahren, auf dem die wichtige Gräfenthaler Stahlfabrikation allein gegründet ist. Es ist auch durch königliche Unterstützung eine Cementstahlfabrikation von einem gewissen Renner, der sich das englische Geheimnis verschafft hat, angelegt worden.

2. Im Amte Lauenstein ist auch noch ein merkwürdiger Zeichenschieferbruch bei Thuna.

3. Die Kupfererze im Nailaer Revier waren sehr reich.

4. Da man sichere Anzeichen zur Wiedergewinnung der Anbrüche und überhaupt zu vortheilhaften Resultaten der Aufschliessung des erzeichen Nailaer Reviers hat, so hat man den neuen Friedrich Wilhelmsstollen an einem tiefen Punkt angesetzt, wodurch die vielen, auf 4—6000 Lachter fortsetzenden, parallel steigenden Gänge in einer Teufe durchschnitten werden, die die alten nie erreicht haben. Man ist damit schon 100 Lachter ins Feld gerückt und hat bereits 2 Gänge überfahren, die silberartiges Bleierz führen, auch schon vortreffliche Anbrüche von Kupfererzen, Flussspat in einer geringen Teufe gefunden, welches alles die beste Aussicht für die Zukunft gewährt. Ausserdem wird noch der tiefe Beschenet Glucker Stollen mit königlichem Vorschuss getrieben.

5. Vitriol wird zur Gälte für 5300 fl. gemacht. Das Werk ist kürzlich abgebrannt und wird nun auf eine bessere Art wieder errichtet.

6. Der Caulsdorfer Bergbau ist viel versprechend auf Kobold und Silber.

7. Das Schauburger Blaufarbenwerk wird itzt durch königliche Unterstützung wieder in Gang gebracht.

8. Könnte das reiche erzführende Gebirge von Weischwitz und Lositz, daran das Haus Brandenburg als heimgefallenes Mannsfeldisches Lehen Anspruch hat, errungen werden, so würden daraus für den Bergbau die schönsten Aussichten entstehen. Im Nailaer Revier itzt 164 Berg- und 112 Hüttenleute. Die Mineral-Production steigt auf 88 850 fl., wovon 55 500 aus dem Auslande erfolgen.

### § 177.

2. 2. Im Ansbachischen.

Das Ansbachische hat ausser dem Alaunschiefer an der Heldenmühle bei Creilsheim keinen Bergbau. Durch einen regelmässigen Grubenbau und Verbesserung der Coctur hat man nicht nur den Zuschuss, den das Werk ehemals erforderte, aufhören machen, sondern schon einigen Ueberschuss erzielt.

Das Salzwerk, welches der Markgraf zu Gerabronn mit einer halben Million Kosten angelegt hatte, um eine gar nicht bauwürdige Sole zu benutzen, ist gleich nach dem königlichen Regierungsantritt eingestellt worden. Wäre dieses Geld auf den Bayreuthischen Bergbau zweckmässig verbraucht worden, Zinn- und Kupfergruben würden längst ein anderes Ansehen gewonnen haben. Man hat indess die Hoffnung noch nicht ganz aufgegeben durch Bohrversuche bauwürdige Salzquellen zu finden.

Die Solnhofener Steinbrüche, welche jährlich für 4500 fl. zugerichtete Platten eines schönen dichten gelblichen Kalksteines liefern und davon das abgelegne Dorf Solnhofen lebt, sind in dem letzthin geschlossenen Vergleich mit an Pappenheim gekommen. Der Verlust ist umdesto unbedeutender, da dem Bruch ein trauriges Ende bevorsteht, wenn nicht mit der angrenzenden Pfalz eine Theilung des Waldes, in den der Bruch fortsetzt, bewirkt werden kann, der sich der Münchner Hof bisher immer wieder widersetzt hat.

§ 178.

Als Productionen des Mineralreichs verdienen noch die <sup>O. O. Gesund-</sup> Gesundbrunnen angeführt zu werden, die sich im Bayreuthischen finden. Eine Quelle zu Sichertsreuth, nicht weit von Wunsiedel, hat Anlass zur Erbauung des Alexanderbads gegeben, mit dem es aber nicht recht fort will, weil Carlsbad und Eger zu nahe sind. Das Wasser ist schwach eisenhaltig und hat viel Luftsäure und etwas Mittelsalz. Die Quelle zu Steben ist reicher an Eisen und der Pyrmonter ähnlich. Zu Burgbernheim, 3 Meilen von Ansbach, ist auch eine mineralische Quelle von schwachem Gehalt.

§ 179.

Ausser den bisher angeführten Fabrikationen von in-<sup>Manufacturen</sup> ländischen Producten sind in den fränkischen Fürstenthümern noch beträchtliche Manufacturen, wozu das Material <sup>von in- und ausländischen</sup> zwar zum Theil auch aus dem Lande, jedoch grösstentheils aus dem Auslande bezogen wird. Darunter sind die Baumwoll-Arbeiten, vorzüglich im Bayreuthischen Oberlande, die Holzarbeiten an Schreiner- und Drechslerwaaren zu Fürth und die metallischen Fabriken im Ansbachischen, an Lioner Gold- und Silberdraht, Silber- und Kupfer- u. Zinnfolie, Goldschlagerarbeit und kleine Metallwaaren zu Fürth und in der Gegend um Nürnberg; die Spiegelfabrikationen, die Nadelfabriken zu Schwabach, wo jährlich 14 295 700 runde und Schneidernadel und 3 180 000 Strumpfwirker-Stuhlnadeln, 104 000 fl. an Werth, gefertigt werden, die vorzüglichsten. Die Materialien, die man zu dieser Fabrikation gebraucht, sind 750 Centner sauerländischer grober Draht für 27 000 fl., 29 Zentner Salzburger feiner Draht für 1200 fl., 8400 Ellen Zwillig 980 fl., 1050 Pfd. Schmier für 385 fl. und 6300 Pfd. Fett für 1260 fl., zusammen für 30 800 fl., demnach sind 73 200 fl. reiner Gewinn. Zu Schwabach ist die beträchtliche Stirnersche Sitz- und Cattunfabrik angelegt, zu Hof

die Heroldische, die beide den Augsburgern nichts nachgeben. Der Markgraf hat erstere mit 40 000 fl., letztere mit 25 000 fl. unterstützt. Eben der Herold in Hof hat itzt das Geheimnis ausgefunden, türkisches Roth, schöner als das türkische, 50 procent wohlfeiler und in allen Säuren haltbar zu färben, daraus für das Gewerbe, besonders der Baumwollen-Fabrikation grosse Vortheile entstehen können, daher das Unternehmen auch vom Staat unterstützt zu werden verdient.

Nachstehende General-Tableaux über den Zustand der Manufacturen und Fabriken sind aus datis geschöpft, die im Jahre 1794 aufgenommen wurden. Sie zeigen meistens die Beträchtlichkeit des Gegenstands und werden nach den neueren Verhältnissen ein noch günstigeres Resultat ergeben.

### § 180.

Porzellan-  
fabrik zu  
Bruckberg.

Für königliche Rechnung wird zu Bruckberg eine Porzellanfabrik betrieben, deren Anlegung und Fortsetzung zu markgräflichen Zeiten auch viel Geld gekostet hat. Sie ist nach einem Oeconomieplan des Staatsministers von Heinitz eingeschränkt worden und hat ihren Debit vornehmlich mit den sogenannten Türkenbechern nach Wien an die dasigen griechischen Kaufleute. Allein der Fortgang ist nicht der beste, und man wird suchen, sich von dieser Fabrik loszumachen und den Zuschuss von 1300 fl. zu ersparen, den die königliche Kasse noch immer giebt. Im Bayreuthischen Amt Lichtenberg ist eine kleine Privatporzellanfabrik vor kurzem angelegt worden.

### § 181.

VII. Künstler  
u. Handwer-  
ker, Hand-  
werkspolizey

Die gewöhnlichen Künstler und Handwerker sind in den fränkischen Fürstenthümern noch dem Zunftzwange unterworfen und im ganzen nicht von der vorzüglichsten Gattung, ohnerachtet es einzelne geschickte Arbeiter unter ihnen giebt. Die Städte klagen darüber, dass ihnen von den auf dem Lande, besonders auf den Gütern der Ritterschaft

angesetzten Handwerkern Abbruch geschieht. Man wird daher suchen müssen, solange der Zunftzwang nicht abgeschafft werden kann, hiebei und überhaupt bey dem Handwerkswesen eine zweckmässige Polizey und gute Handwerksordnung einzuführen, den vielen im Schwange gehenden Missbräuchen abzuhelpen und durch Zeichenschulen, da wo es nöthig ist, bessern Geschmack einzuführen.

§ 182.

Grosse Kaufleute haben wir, den reichen Kommerzien-<sup>VIII. Handels-</sup>rath Füttner in Hof ausgenommen, welcher neben ansehnlichen Güterbesitzungen und Bergwerks- u. Hüttenunternehmungen, einen beträchtlichen Wechsel- und Speditionshandel treibt, im Lande eigentlich nicht. Unsere Kaufleute sind nur <sup>polizey.</sup> Krämer. In Fürth fehlt es insonderheit an Abnehmern der Fabrikwaaren, nur zwei Häuser können dort dafür gelten; die mehresten Fabrikanten arbeiten für Rechnung der Nürnberger. Die Juden treiben allerlei Handel, oft zum Nachtheil des Ganzen und der Unterthanen, sogar auch mit Gütern, deren Vertheilung u. s. w. Es ist der Aufmerksamkeit der Regierung werth, diesen Gegenstand, damit man sich beschäftigt, genau zu prüfen und angemessene Bestimmungen zu machen, ebenso wie es nöthig ist, der Krämerey auf dem Lande die Richtung zu geben, dass sie dem städtischen Gewerbe nicht schädlich werde.

§ 183.

Die königliche Bank zu Fürth trägt unstreitig zur Be-<sup>2. Königliche</sup>quemlichkeit und Lebhaftigkeit des Handels viel bey und ist insonderheit, seitdem sie von Ansbach nach Fürth verlegt worden, im Steigen. Dort hatte sie einen kleinen Anfang bei Gelegenheit der in englischen Sold gegebenen Truppen, weil man die Subsidien selbst zu beziehen wünschte. Der erste Fond bestand aus 15000 fl. Vorschuss, welcher längst abgezahlt ist. Die Bank treibt einen einträglichen Wechselhandel und discountirt auch ihre Zettel, die als baares <sup>Bank zu Fürth.</sup>

Geld roulliren, aber auch als Wechsel auf einen gewissen Namen ausgestellt und endossirt werden müssen, mit baar Geld, wenn sie unter 1000 fl. sind, auf Sicht, doch itzt immer sogleich. Diese Bancozettel thun 2 pCt., wogegen die Bank von Geldern, die sie baar ausleiht, 6 pCt. erhält. Sie gewährt mancherley Nutzen, theils bey den auswärtigen Zahlungen, theils in Absicht auf die Zahlungen von und nach Berlin, zu welchem Behuf sie mit der Seehandlung in Verbindung steht, hauptsächlich bei den Versendungen der Fabrikwaaren von Schwabach, Nürnberg und Fürth, in Absicht auf Unterstützung und Abhelfung der Fabriken und so weiter. Für Beibehaltung des Instituts spricht schon dieses, dass solches bei seiner kurzen Dauer und bei dem vormaligen fehlerhaften Betrieb dennoch 100 000 fl. reinen, sicheren Gewinn erworben und seine erhaltenen Vorschüsse längst abbezahlt hat. Diese Direction erhielt vorhin eine Tantieme vom Gewinn, den man daher so hoch zu berechnen suchte, als möglich. Um diesem Missbrauch abzuhelpen, ist die Einrichtung gemacht worden, dass sowohl die itzige Direction als der Banquier Actienantheile haben, wodurch sie bey einer kaufmännischen und ordentlichen Verwaltung selbst mehr interessirt sind.

Das Bankroulement hat am 31. Dezember 1795 laut der für 1795 gefertigten Balance bestanden in 1,381,058 fl. 56 Xr.,  
nemlich:

199,167 fl.	8 Xr.	an Kapitalgewinn-Conto,
672,090 „	— „	waren auf Banco-Nota per 2 pCt. u.
129,530 „	— „	an Curatel- u. Depositengeldern auf
		3 u. $2\frac{1}{2}$ pCt. angelegt,
11,000 „	— „	an schon erlegten Actien
126,634 „	4 „	war das Credit der 4 Hauptkassen,
52,055 „	46 „	an Guthaben der markgräflichen
		Scatull,
190,581 „	58 „	an Creditoren u. Handlungsfreunden
		i. e. Credit-Saldo-Current
<hr/>		
1,381,058 fl.	56 Xr.	



Nach einer sorgfältigen Prüfung ergab sich aber, dass von dem Ganzen Bank-Roulement nur

1,524,905 fl.	7	Xr.	als sicher,
90,848	„	$13\frac{3}{4}$	„ als zweifelhaft und
35,305	„	$35\frac{1}{4}$	„ als caduc
<hr/>			
1,381,058 fl.	56	Xr.	

angenommen werden müsse und dass also nach Abzug der beiden letzten Posten von dem angeblichen Bankgewinn nur  
79,013 fl. 19 Xr.

als ein sicherer herrschaftlicher Bankfond vom 1. Jenner 1796 an bestimmt werden konnte, um das Verhältniß mit den Actionärs zu regulieren.

Hierzu kommen von diesem Zeitpunkte an  
10,000 fl. baar mit einer Actie des ersten Directors Schmid,  
10,000 „ mit einer Actie des 2. Directors Kracker,  
16,000 „ mit  $1\frac{3}{5}$  Actie des Banquier Gullmann,  
2,000 „ mit  $\frac{1}{5}$  Actie des Geschäftsführers des Ansbacher  
Bureau Schamberger,  
1,000 „ baar mit  $\frac{1}{10}$  Actie des Bankobuchhalters Dürn-  
hoefer und  
1,000 „ baar mit  $\frac{1}{10}$  Actie des Banko-Commis Haenlein  
40,000 fl. an 4 ganzen Actien à 10,000 fl. und der currente  
Bankfond hat daher für das Jahr 1796 113,013 fl.  
19 Xr.

betragen, wovon das Interesse mit den bei dem Institut gewöhnlichen 6 pCt. vergütet, der sich alsdann gebende Gewinn aber dergestalt vertheilt wird, dass mit Einrechnung der von dem dritten Director von Denzel noch zu realisirenden Actie von 10,000 fl. der Dividend von 123 angenommen und hiernach das Verhältniß 73—50 zur Vertheilung des Gewinnes zwischen der Herrschaft und den Actieninhabern stattfindet.

Ueber die für zweifelhaft und resp. caduc erkannten Posten werden bei dem Institut besondere Bücher geführt, auch die Schuldner gerichtlich verfolgt. Was hieran im Laufe des

Jahres eingebracht werden kann, wird bei Fertigung der Balance dem herrschaftlichen Capitalfond zugeschlagen und es stehet zu hoffen, dass hiedurch und durch die Dividende für 1796 der herrschaftliche Antheil pro 1797 sich schon auf 100,000 fl. an völlig sicherem Fond erhöhen werde, da man mit Hinzurechnung der wahrscheinlich noch eingehenden, obgleich zweifelhaften Posten auf 140,645 fl. calculiren kann. Bei der Zusammenhaltung der Balance pro 1794 mit der pro 1795 ergeben sich folgende für den letzteren günstige Resultate:

a) das Roulement hatte sich um 384,417 fl. 45 Xr., der sichere Handlungsfond aber nur um 335,691 fl. 18 Xr. vermehrt, weil die caduquen Posten abgeschrieben worden sind.

b) Auf Banco-Noten und Schuldscheinen waren 145,965 fl. mehr angelegt.

c) Ohnerachtet die Bank am 31. Dezember 1795 erst 2 Monate lang in Fürth gewesen war, enthielt das Portefeuille schon 114,740 fl. mehr an Wechseln, als beim Schluss des Jahres 1794.

d) Der Handlungsprofit berechnete sich	
im Jahre 1794	im Jahre 1795
auf 10,596 fl. 14 Xr	12,596 fl. 14 Xr. am Interesse-Conto
5,078 „ 25 „	7,275 „ 53 „ im Provisions-Conto
9,811 „ 24 „	34,675 „ 18 „ im Wechsel-Conto
<hr/>	
25,486 fl. 3 Xr.	54,547 fl. 25 Xr.
Die abzuziehenden Unkosten, ingleichen am Gewinn- und Verlust-Conto betragen	
7,769 fl. 16 Xr.	20,599 fl. 35 Xr. verbleiben
<hr/>	
17,716 „ 47 „	33,947 „ 50 „

Der Gewinn pro 1795 wurde aber durch die oben bemerkten Posten, welche als caduc abzuschreiben waren, mit 1082 fl.  $3\frac{1}{4}$  Xr. überstiegen, und es zeigte sich also nach der rectificirten Balance für 1795 als Erwerb des Instituts von seiner Entstehung an

163,861 fl.  $32\frac{3}{4}$  Xr., nemlich

73,013 fl. 19 Xr. als sicherer und courenter Betrag des Kapitalgewinn-Conto und

90,848 fl.  $13\frac{3}{4}$  Xr. als zweifelhafte Ausstände.

In Absicht auf die Beträchtlichkeit der caduquen und zweifelhaften Posten ist anzuführen, dass schon bei der dem Bankbuchhalter Gerhardt zu Berlin im Jahre 1792 aufgetragenen Untersuchung 82,000 fl. an unsicheren Kapitalien befunden und unter diesen die Hälfte als ganz verloren angesehen worden, seit der Entstehung des Instituts aber bloß 2517 fl. 8 Xr. als verlorne Kapitalien im Jahre 1791 abgeschrieben worden. Bei der für den Wechselhandel ungünstigen Lage der Stadt Ansbach musste das Institut seine Erhaltung fast einzig und allein im Ausleihen der Gelder zu 6 pCt. suchen, wodurch sich die unsichern Kapitalien so sehr häuften, unter welchen sich allein an die Stadt Nürnberg eine Forderung von 33,000 fl. befindet, welche bey der öffentlich bekannten misslichen Lage dieser Stadt itzt nicht courant zu machen ist.

#### § 184.

Der in den fränkischen Fürstenthümern bestehende γ. Münzwesen. Münzfuss ist der Conventions- oder 20 Guldenfuss, der aber in Absicht auf den Zahlwerth schon vorlängst im Reich dahin abgeändert ist, dass die Mark Silber zu 24 fl. ausgegeben wird. Diese Gulden nennt man gewöhnlich Gulden rheinischer Währung. Im Handel und Wandel wird alles hiernach nach Kreuzern, der 60 auf einen Gulden, und nach Pfennigen, deren 4 auf einen Kreuzer gehen, berechnet. Die Ansbachischen königlichen Rechnungen und Einnahmen sind gleichfalls auf rheinische Gulden eingerichtet, im Bayreuthischen auf sogenannte Gulden fränkisch, die 25 pCt. besser sind als die rheinische Währung. Diese fränkischen Gulden sind aber bloß eine Rechnungsmünze, die nicht wirklich existirt. An groben Sorten coursiren in Franken, Schwaben und am Rhein hauptsächlich französische Laubthaler,

deren innerer Wert zwar nur 2 fl. 41—43 Xr. ist, die aber wegen ihrer Brauchbarkeit im Handel allgemein für 2 fl. 45 Xr. genommen werden. Seitdem es durch den hohen Zahlwert dieser französischen Laubthaler unmöglich geworden ist, die Conventionsmünzen, nämlich ganze und halbe Thaler, 36, 24, 12, 6 Xr.-Stücke nach dem 20 Guldenfuss auf den Reichsmünzstätten ohne Verlust auszuprägen, hat man in den fränkischen Fürstenthümern blos in der Münzstadt zu Schwabach, die eine Kreismünzstadt ist, die Ausmünzung von Scheidemünzen an Groschen, Kreuzern und Pfennigen bis in die Mitte des Jahres 1795 betrieben. Nach der Vereinigung der beiden fränkischen Fürstenthümer mit der preussischen Monarchie wurde durch ein unter dem 20. July 1792 emanirtes Edict festgesetzt, dass der Laubthaler in den königlichen Kassen statt 2 fl. 45 Xr. nur 2 fl. 42 Xr., der preussische Thaler aber zu 1 fl. 45 Xr., das 8 Groschen- oder  $\frac{1}{3}$ -Stück zu 35 Xr. 3 Pfg. angenommen werden sollte. Der ostensible Zweck war hierbei, durch eine inländische Sorte den zugleich herabgesetzten Laubthaler zu verdrängen und jene zum Surrogat von diesen zu machen, eigentlich aber für die Kriegskassen am Rhein eine ansehnliche Summe von Laubthalern gegen preussische zu 1 fl. 45 Xr., welche dort zu 1 fl. 36 Xr. angenommen wurden, aus den fränkischen Kassen einzuwechseln, hauptsächlich aber durch den hohen Cours in den fränkischen Fürstenthümern dem am Rhein ausgegebenen preussischen Courant ein *De-bouché* zu verschaffen, welches auch insoweit glückte, dass dort der preussische Thaler bald bis auf 1 fl. 42 Xr. und sogar bis auf 103 und 104 Xr. stieg. Eine natürliche Folge dieser Operation war, dass die brandenburgischen Unterthanen in Franken sich hüteten, Laubthaler mit 3 Xr. Verlust in die königlichen Kassen zu zahlen und dass diese bald Mangel an einer Münzsorte empfanden, die ihnen zu auswärtigen Zahlungen unentbehrlich ist. Um diesem Uebel und dem gänzlichen Verschwinden der Laubthaler und dem gröss-

ten Verlust für die königlichen Kassen einigermaßen vorzubeugen, wurden diese durch das Edikt vom 5. September 1792 wieder auf 2 fl. 45 Xr. erhöht. Der innere Gehalt des preussischen Thalers im Barrenpreise ist 1 fl. 42 Xr.  $3\frac{3}{7}$  Pfg. gegen den Conventionsfuss. Durch Verordnung vom 25. July 1792 wurde also der Zahlwerth des ganzen Thalers um  $2\frac{1}{7}$  Xr. erhöht. Man verliert demnach, wenn man Conventionsorten gegen preussische Thaler verwechselt, auf 100 Thaler preuss. Courant  $3\frac{4}{7}$  fl. oder 3 fl. 34 Xr.  $1\frac{1}{7}$  Pfg. und gegen  $\frac{1}{3}$  Stück 3 fl. 36 Xr. Der innere Werth eines Sechstheilstücks beträgt  $17\frac{1}{2}$  Xr. Da sie zu  $17\frac{1}{2}$  Xr. angenommen werden müssen, so verliert man demnach auf solche pro Rthr. ebenfalls  $2\frac{1}{7}$  Xr., und ebenso ist es mit den Zwölftheil- oder 2 Groschenstücken. Wo nach Einführung der preussischen Sorten der preussische Unterthan mit dem ausherrischen in Verkehr trat, war der neue Zahlenwerth nicht zu erzwingen, jene sanken vielmehr unter ihren Barrenpreis herab, und indem man in Nürnberg den preussischen Thaler nur zu 1 fl. 39 Xr. bis 40 Xr. annahm, so wollte man solchen in Bamberg, Würzburg etc. kaum für eine Silbermünze gelten lassen. Der Landmann, welcher aus diesen Landen seine Producte in preussischen Orten verkauft, setzte, ehe er die verliess, das Courant mit Verlust gegen Laubthaler an Agioteurs um, welches er natürlich bei dem Verkauf in Anschlag brachte. Das Uebel wurde hauptsächlich durch die Menge von 4 und 2 Groschenstücken vermehrt, von denen die vom Jahre 1764 bis 1772 nicht vollwichtig waren, denn nur vom letzten Jahr an wurden alle einzeln justirt und vorher waren sie dem Wipper preisgegeben. Am meisten bewirkte die Anhäufung des preussischen Courants an 4 und 2 Groschenstücken in den fränkischen Fürstenthümern, dass das Feldkriegscommissariat der Rheinarmee die beträchtlichen Zahlungen für Verpflegung französischer Gefangenen in den Fürstenthümern bloss in diesen Sorten leisten liess, dass auch die Generalkriegskasse

zu Berlin die Zahlungen für einen Theil des fränkischen Militärs durch Baarsendungen im kleinen Courant machte und dass wegen des hohen Cours desselben viel aus Leipzig eingeschleppt wurde. Wenn nun gleich bei dem Mangel an grösserer Scheidemünze die  $\frac{1}{3}$ -Stücke in der Nachbarschaft nach und nach einigen Cours fanden, so erstreckte sich dieser doch nicht auf die 2 und 4 Groschenstücke, deren Eintheilung von  $8\frac{3}{4}$  und  $17\frac{1}{2}$  Xr. sich den hiesigen allgemein recipirten Scheidemünzen ohnehin so schwierig anpassen. Ueberhaupt konnte die Brandenburgische Kriegsgesandtschaft bei dem fränkischen Kreiskonvent ebenso wenig durchdringen, dass der Cours von 105 Xr. p. Thaler vom Kreise anerkannt wurde, als dieser während der Anwesenheit der preussischen Armee am Rhein bei dem oberrheinischen Kreise zu bewirken war. Da mit dem eingetretenen Frieden zwischen Sr. königl. Majestät und der Republik Frankreich und durch die hierauf erfolgte Zurückziehung der königl. Armee vom Rhein die Vortheile aufhörten, welche für die königlichen Feldkassen und den hohen Cours des preussischen Courants in den fränkischen Fürstenthümern resultirten, die Nachtheile für die Landeskassen und für die Unterthanen aber fort dauerten, so war ich auf Mittel bedacht, diese Nachtheile zu heben. Es wurde daher nach gehaltener Rücksprache mit den Staatsministern von Heinitz und von Struensee des Königs Majestät in Vorschlag gebracht:

1. Das preussische Courant aus den Ansbach-Bayreuthischen Kassen baar in die ältern Provinzen zurücksenden und dagegen Wechsel auf Handelsplätze ziehen zu dürfen, um dafür Silber zu Ausprägung französischer Laubthaler kaufen zu können.
2. Diese Laubthaler nach oben dem Gewichte und Gehalt, wie die französischen, nemlich zu 14 Loth  $4\frac{1}{2}$  oder 5 Gran in den Tiegel gesetzt und mit dem nem-

lichen Stempel, welcher vor einigen Jahren in Berlin gebraucht worden, ausprägen zu lassen.

3. Alle Baarsendungen aus Berlin einzustellen, wogegen die Zahlungen aus den Kriegskassen an die Seehandlungs-Societät zu machen und von dieser Wechsel zu ziehen seyen.

Durch eine Cabinets-Ordre vom 20. April 1796 wurden diese Vorschläge genehmigt und hierauf der Anfang gemacht, aus den Kassen 200 000 fl. klein Courant an die Seehandlungs-Societät nach Berlin zu versenden, welche solches aber nicht höher als p. Thlr. zu 1 fl. 43 Kr. und am Ende zu 1 fl. 43 $\frac{1}{2}$  übernahm, wobei aber die Kassen die Frachtkosten und Wechselspesen zahlen mussten. Dagegen fand man bey dem eingetretenen Fallen der Laubthaler im Wechselcours und bey den sich erhöhten Silberpreisen noch nicht räthlich, mit dem Prägen der Laubthaler den Anfang zu machen, zumal ohnehin die Münze zu Bayreuth mit der Ausmünzung der Scheidemünzen jtz hinlänglich beschäftigt ist und es wahrscheinlich für den Lauf dieses Jahres bleiben wird. Die Baarsendungen aus den Kriegskassen zu Berlin haben aber inzwischen ganz aufgehört, weil für Rechnung der Hauptfeldkriegskasse 500 000 fl. an Praemien-Obligationen übernommen worden sind, worauf nun von den Kriegs- und Feldkassen Anweisungen zum Ersatz der aus hiesigen Kassen erfolgenden Vorschüsse ertheilt werden, und in der Folge können sie durch die Seehandlung und Bank zu Fürth in Reichsmünze geschehen. Unter diesen Umständen und da man bemerkte, dass besonders die  $\frac{1}{3}$  Stücke in den benachbarten Landen Cours erhielten, machte ich den 22. Dezember 1796 Sr. königl. Majestät anderweitig den Vorschlag:

- a. für die Annahme des noch im Lande befindlichen kleinen Courants bei den Hauptkassen zu dem bisherigen hohen Cours von 1 fl. 45 Kr. p. Thlr. einen engen Termin von 10 Tagen zu setzen, um den Un-



terthanen die Gelegenheit zu verschaffen, diese Münzsorte noch ohne Verlust umsetzen zu können;

- b. von Endigung dieses Termins an die Annahme des kleinen Courants nur zu 1 fl. 43Kr., mithin das  $\frac{1}{3}$  Stück zu 34 Kr., das  $\frac{1}{6}$  zu 17 Kr. und das  $\frac{1}{12}$  zu 8 $\frac{1}{2}$  Kr. zu gestatten, wodurch sich eine den hier coursirenden Münzsorten gleichere Eintheilung ergeben und zugleich dem Einschleppen des kleinen Courants vorbeugen lassen würde;
- c. gnädigst zu erlauben, dass der.hieraus ein für allemal entstehende und mit dem bei fortdauernder Annahme zu 1 fl. 45 Kr. detaillirten gar nicht zu vergleichende Verlust von den Landeskassen getragen werden dürfe; ferner
- d. dass aus diesem kleinen Courant, insofern es nöthig sey, eine in hiesigen Gegenden gangbare Scheidemünze geprägt, das dazu nicht Erforderliche aber baar in die ältern Königlichen Staaten zu versenden und umzusetzen.

Nach der hierauf erfolgten Kabinettsordre vom 14. Januar genehmigten S. Majestät, dass die 4 und 2 Groschenstücke aus den fränkischen Fürstenthümern weggeschafft wurden; die Heruntersetzung dieser Münzsorten wurde aber nicht für rathsam gehalten, weil solches eine nicht vortheilhafte Sensation im Publico der alten Provinzen machen würde, wo alles Courant mit Recht für gleich gutes Geld gehalten würde, weil es nach dem nemlichen Münzfuss ausgeprägt sey. Es sollte daher alles bey den fränkischen Kassen eingehende Courant an 4 und 2 Groschenstücken nicht wieder ins Publikum ausgegeben, sondern zurückgelegt, und wenn hinlängliche Posten davon vorrätig wären, an die Seehandlungs-Societät nach Berlin abgesendet werden, welche dagegen den Kassen den Werth in Reichsgeld durch Wechseloperationen ersetzen würde; auch wenn hierbei hin und wieder einiger Verlust entstehen sollte,

so werde der Etatsminister von Struensee die Kassen dafür zu entschädigen suchen. Dieser erklärte sich unter dem 16. Januar 1797, dass sich zwar, insofern die Kassen für den Thaler 105 Kr. verlangen, manchmal Schwierigkeiten zeigen dürften, weil der Cours des Reichsgelds, welches eigentlich Conventionsgeld seyn solle, so schwankend sey, und das itzt grösstentheils dessen Stelle vertretende französische Geld in Laubthaler und Schildlouisdor offenbar nach seinem inneren Werth einen zu hohen Cours habe, indem Laubthaler zu  $2\frac{3}{4}$  fl., Carolins aber zu 11 fl. circulirten, daher nothwendig der Cours des preussischen Courants, der sich dem der beiden vorgenannten Geldsorten anschmiegen solle, noch schwankender werde müsse. Inzwischen liessen sich gegen diesen besorglichen Verlust der Kassen noch wohl anderweit Mittel finden, und der Minister von Struensee nahm es auf sich, die fränkischen Kassen dafür zu entschädigen, und übernahm es, wenn man auch die Entfernung der 8 Groschenstücke aus den fränkischen Provinzen gerathen finden sollte, auch diese auf dem nemlichen Wege fortzuschaffen. Ich zeigte hierauf des Königs Majestät unter dem 13. Januar d. J. an, der Zweck des gemachten Antrags sey auf Heruntersetzung des kleinen Courants auf seinen wahren Werth, auf eben den, den solches in den übrigen Staaten habe, keineswegs unter solchen gegangen. Bloss der über jenen wahren Werth in diesen Provinzen allein und zu deren offenbarem Nachtheil beigelegte höhere Cours solle aufhören und die Fortsetzung des dadurch veranlassten wucherlichen Einschleppens desselben aus Sachsen verhindert werden. Bei den vorliegenden höchsten Befehlen wagte ich es nicht, den am zweckmässigsten geschienenen Antrag zu wiederholen, das kleine Courant im Cours mit dem gleich zu setzen, welchen dasselbe in den übrigen königlichen Staaten habe, oder die Einbringung dieser Münzsorte in die hiesigen Provinzen verbieten zu lassen. Ich hielt es aber für Pflicht, meine Ueberzeugung dem König freimüthig darzulegen. Der

Staatsminister von Struensee äusserte auf die demselben gemachte ganz ähnliche Eröffnungen, es sey nicht zu verkennen, dass die Operation öfter Schaden bringen werde, das fortdauernde Einschleppen des preussischen Courant könne indessen nur auf dem doppelten Wege, nemlich 1. durch Baarsendungen gegen Conventionsgeld, oder 2. für Fabrikate und Produkte der fränkischen Provinzen geschehen, und das letztere sey einem Lande immer vortheilhaft. Der Fall ad 1 möchte indessen öfter eintreten als der ad 2, weil eben itzt das Conventionsgeld mit 2 pCt. Profit gegen Laubthaler und also zuverlässig mit 3 pCt. gegen Kleincourant nach Leipzig versendet werden kann. Die Absendung des kleinen Courants aus den Kassen ist hierauf stark getrieben worden, theils durch die Postwägen, welche die Versendungen aus den Kassen bis Hof franco übernehmen müssen, theils bey Gelegenheit der zur königlichen Dispositionskasse gezahlten 410 000 fl., welches durch die Seehandlung und Bank zu Fürth geschehen ist.

Ausser dem immer seltener werdenden Conventions-Geld, den ganzen Laubthalern und preussischen Thalern circuliren itzt an groben Sorten noch die sogenannten niederländischen Thaler, welche in Günzburg ausgemünzt werden, und zwar für 2 fl. 42 Kr. Ohnerachtet ihr innerer Gehalt nur 2 fl. 35 Kr. beträgt, so werden solche doch im Wechselhandel mit  $1\frac{1}{2}$  bis 1 pCt. Agio gesucht, weil solche im Verhältnis mit den Laubthalern weniger abgeschliffen oder gewippt sind. Mit den kleinsten Sorten hat es aber folgende Bewandnis. Nach dem Kreisschluss wurde bis Ende des Jahres 1787

- a. die Mark fein Silber zu Groschen à 6 Loth 16 Gr. im Durchschnitt für 24 fl. 56 Kr. incl. Abgang beim Schmelzen und Aussieden ausgemünzt; die rauhe Mark kam dabei auf 10 fl. 45—49 Kr.
- b. die Kreuzer wurden zu 2 Loth 16 Gr. fein ausgemünzt, die Mark fein auf 26 fl. 50 Kr., die Mark rauh lief auf 4 fl. 53 Kr.

- c. die Pfennige zu 1 Loth 16 Gr. fein Gehalt giengen die Mark fein auf 30 fl., die Mark rauh auf 3 fl. 34 Kr. circa.

Nach diesem dem Kreisschluss gemässen Sätzen konnte bei den hohen Silberpreisen die Ausprägung nicht ferner ohne Schaden geschehen, und man ging daher auch überall davon ab.

In Schwabach hielten die Groschen-Schrotte bis zum Jahr 1795 nur 5 Loth 7 Gr. fein und die Kreuzerschrotten 2—11 Gr., die Pfennige aber die gehörige Feine. Die kaiserl. vorder-österreichischen als Landmünzen 1795 geschlagenen 12 Kr. Stücke sind nur 4 löthig und gehen 52 Stück auf die Mark, dass also die rauhe Mark auf 49 fl. 46 Kr. ausgeprägt ist. Hildburghäuser Kreuzer, auf einen Stempel vom Jahre 1758 geschlagen und die sich in Franken häufig zeigen, halten nur 1 Loth 13 Gr. fein, und ist die feine Mark auf 70 Gulden ausgeprägt.

Bei diesen Umständen und um durch den Mangel an inländischer Scheidemünze das Einbringen der noch geringhaltigen fremden nicht selbst zu veranlassen, hielt man für räthlich, die Ausmünzung der Groschen, Kreuzer und Pfennige nach dem oben angeführten, in Schwabach vorhin beobachteten Münzfuss in der Münze zu Bayreuth, welche zu einem starken Betrieb besser als die zu Schwabach eingerichtet ist, von der Mitte des vorigen Jahres an durch den neu angestellten Münzmeister Gedeking fortsetzen zu lassen und successive 60 000 fl. an Groschen, 15 000 fl. an Kreuzern und 5000 fl. an Pfennigen ausprägen zu lassen.

Nach diesem Münzfuss und der bisherigen Stückelung kommt die feine Mark in Groschen auf 32 fl. 57 $\frac{1}{2}$  Kr. oder mit einem unbemerklichen remedio auf 33 fl. rhein. Die Kreuzer nur auf 31 fl. 21 $\frac{1}{2}$  Kr. und die Pfennige auf 31 fl 58 $\frac{1}{2}$  Kr. hinaus. Es ist aber einestheils ungewöhnlich, die feine Mark in kleineren Sorten niedriger als in grösseren Sorten auszumünzen, und anderntheils erfordert die Aus-

stücklung der erstern mehr Zeit und Kosten als die der letztern. Es werden daher seit dem Anfang dieses Jahrs die Kreuzer und Pfennige gleich den Groschen auf 33 fl. die feine Mark ausgeprägt, wodurch sich die Stückelung der Kreuzer von 304 aus der Mark brutto auf 323 erhöht, ohne dass es hiezu einer Veränderung des Münzfusses bedarf. Bei den Pfennigen aber ist ein Remedium von 2 Gr. nöthig, dass also das Korn nur 1 Loth 14 Gr. bliebe und aus der Mark brutto 880 Stück geprägt werden. Zur Vermehrung des Münzbetriebs und zur Bequemlichkeit des Publikums bei der nun beschlossenen Wegschaffung des kleinen preussischen Courants wird itzt auch mit Prägung von 6 Kr. Stücken als einer Landmünze der Anfang gemacht, und zwar nach dem Fuss der vorderösterreichischen 6 Kr. Stücke, welche 6löthig sind und deren 96 eine feine Mark wiegen, dass also die feine Mark auf 25 fl. 36 Kr. ausgeprägt ist. Dieser Fuss ist mit einem kleinen Remedio von 1 Gr. im Korn in  $\frac{1}{2}$  pCt. im Schrott angenommen worden. Da die vorderösterreichischen 6 Kr. Stücke beinahe in allen Ländern Cours genommen haben, in einer Reichsmünzstätte ausgeprägt sind und vom ehemaligen Conventionsfusse nicht sehr abweichen, so ist um so weniger zu zweifeln, dass diese neue diesseitige Landmünze überall Abnehmer finden werde, weil es itzt an grösserer Scheidemünze allgemein fehlt, und es wird bei solchen immer genug für Münzkosten übrig bleiben, wenn die Ausprägung aus Kaufsilber geschieht, obgleich der Preis desselben beträchtlich gestiegen ist.

# § 185.

8. Land- und  
Commerz-  
strassen,  
Chausseebau.  
A. A. Im Ans-  
bachischen.

Zur Beförderung des inländischen Verkehrs sowohl als des auswärtigen Handels sind gute Landstrassen und deren vortheilhafte Richtung vorzüglich mit nöthig. Durch beide Fürstenthümer ziehen wichtige Commerzialstrassen von und nach den vorzüglichsten Handelsplätzen Deutschlands, Frankreich, Italien und der Schweiz. Sie berühren alle Nürnberg,

dessen ehemaliger sehr beträchtlicher Handel sie durch diese Gegenden leitete, und ziehen mehrentheils nach dem längsten Durchmesser durch die Fürstenthümer, wo sie Nahrung und Gewerbe verbreiten. Im Ansbachischen sind die Hauptstrassen:

1. die von Nürnberg nach Ansbach,
2. die von Ansbach über Uffenheim gehende untere Strasse nach Franken und Frankfurth, mit der Nebenstrasse nach Obernbreit,
3. die von Nürnberg über Fürth, Langenzenn, Neustadt, Mainbernheim ziehende untere Strasse dahin. Diese Strassen 2 und 3 gehen zum Theil durch das Bayreuthische Unterland. Eine Nebenstrasse, die bei gutem Wege viel befahren wird, geht von Langenzenn auf Mt. Erlbach und über Windsheim nach Uffenheim.
4. Die Strassburger Strasse über Ansbach, Feuchtwang und Crailsheim, auf Schwäbisch-Hall u. s. w. Eine andere Strassburger Strasse von Nürnberg geht über Windsbach, Grossenrieth und Burk nach Dinkelsbühl, deren Beibehaltung aber nicht zu erleichtern seyn dürfte, da weniger beträchtliche Orte dadurch berührt werden, wogegen nur zu wünschen ist, dass Würtemberg vermocht werden könnte, die Strecke bessern zu lassen, die zwischen Oehringen und Heilbronn das Württembergische trifft.
5. Die Augsburger Strasse, welche aus Schwaben von Dinkelsbühl über Crailsheim, Blaufelden nach Mergentheim und Frankfurth geht.
6. Die Augsburger Strasse von Nürnberg über Roth, Ellingen und Weissenburg dahin.
7. Die Regensburger Strasse von Nürnberg über Feucht und Oberferrieden dahin.
8. Die Salzburger Strasse über Röttenbach nach Nürnberg.
9. Die Ulmer und Nördlinger Strasse über Oettingen,

Gunzenhausen, Obererlbach und Schwabach nach Nürnberg.

10. Die Triesdorfer Strasse. Dieser letztere Fürstenweg gab 1762 die Veranlassung zu dem nachher eifrig fortgesetzten Chaussee-Bau.

Die Länge der saemtlichen Landstrassen, insofern sie chausseemässig herzustellen bisher rathsam erachtet sind, beträgt  $43\frac{3}{8}$  Meilen, die Meile zu 2400 Ruthen gerechnet. Davon sind bereits erbaut  $35\frac{3}{4}$  Meilen und noch zu bauen übrig  $8\frac{1}{8}$  Meilen oder 19530 Ruthen. Zu ersteren ist, wenn man im Durchschnitt die Ruthe zu 10 fl. und die Meile zu 24000 fl. anschlägt, eine Summe von mehr als 700000 fl. verwendet worden, die aber nur von 27 Meilen aus herrschaftlichen Kassen geflossen sind, weil vorhin  $8\frac{3}{4}$  Meilen von den eingesessenen Grundherrschaften erbauet wurden, und zu letztern sind noch 195300 fl. erforderlich. Diese Summe wird aber noch vermindert werden, da die Frohngebühren bei dieser zum allgemeinen Besten dienenden und den Unthanen nach Herbeiziehung der mittelbaren, nicht zu schweren Dienstleistung nicht weiter, wie bisher, vergütet zu werden brauchen. Mit diesem Bau kann man, wenn jährlich 2000 Ruthen mit den etatsmässigen Fonds verfertigt werden, in 9 bis 10 Jahren zu Stande kommen, wenn nicht heilsam gefunden werden sollte, noch einige andere Strecken zu chaussiren, als von Triesdorf auf Gunzenhausen und Treuchtlingen, desgleichen von Gunzenhausen nach Weisenburg, von Langenzenn über Windsheim nach Uffenheim. Die Unterhaltungskosten berechnet man auf 28 Kr. auf die Ruthe. Der jährliche Bedarf auf  $43\frac{3}{8}$  Meilen wird aber, wenn die Steinwege abgezogen werden, die ausserdem unterhalten werden müssen, und die Frohngebühren cessiren, ungefähr 35000 fl. betragen, dazu der Ertrag der Barrieren itzt 23624 fl. abwirft, mithin würden doch noch ungefähr 11000 fl. immer sehr wohl angewendeter Zuschuss erforderlich bleiben, wenn sich jener Betrag nicht noch erhöhte. Nach



einem Schluss des fränkischen Kreises wird überhaupt in selbigem auf 1000 Ruthen eine Barriere angelegt und vom Anspann 1 Kr. vom Pferde oder Ochsen bezahlt, dazu noch im Ansbachischen oder Bayreuthischen vom Fuhrwerk, je nachdem viele Pferde vorgespannt sind, wegen den schweren Frachtwagen ein Passagegeld von 1 Kr. bis zu dem vierspännigen Wagen, 2 Kr. vom vierspännigen gewöhnlichen Fuhrwerk, vom Frachtfuhrwerk aber 4 Kr bis zum sechsspännigen, von diesem, wenn es sechsspännig ist, vom gewöhnlichen 3 Kr., vom Frachtfuhrwerk bis zum achtpännigen 6 Kr., dann aber im arithmetischen Verhältniss für jedes Paar Pferde immer mehr bezahlt werden.

§ 186.

Im Bayreuthischen ist, nachdem der Herr Markgraf Alexander 1769 die Regierung angetreten hatte, im Jahre 1770 gleichfalls der Anfang mit Erbauung der Chausseen gemacht worden. Die durch dieses Fürstenthum ziehenden Strassen sind:

B. B. Im Bayreuthischen.

1. die Leipziger und sächsische Strasse von Hof über Münchberg, Gefrees, Bayreuth, Creussen, Pegnitz auf Nürnberg.
2. von Hof und Bayreuth über Gefrees, Weissenstadt und Thierstein nach Eger.
3. von Weissenstadt grösstentheils auf derselbigen Route nach Wunsiedel und in die Oberpfalz.
4. von Hof über Rehau und Asch nach Böhmen.
5. von Hof nach Plauen, auf der Dresdner Strasse.
6. von Hof nach Gefäll, auf der Leipziger Strasse.
7. von Bayreuth über Culmbach, nach Casendorf in das Bambergische und Thüringen, desgleichen seitwärts nach Coburg und wieder seitwärts nach Thurnau.
8. von Bayreuth nach Bamberg über Truppach und Streitberg.

9. von Bayreuth über Creussen nach Thurnbach in der Pfalz, auf Regensburg.
10. von Bayreuth über Neustadt am Culm in die Pfalz.

B. Im Unterlande:

1. die fortgesetzte Nürnbergische Strasse von Bayreuth und Pegnitz jenseits Gräfenberg über Eschenau, Heroldsberg bis Nürnberg.
2. von Bayersdorf die Bambergische Strasse über Erlang nach Nürnberg.
3. die oben bei Ansbach schon erwähnten Strassen über Emskirchen und Neustadt, desgleichen über Mt. Erlbach nach Franken, auch auf der Strasse von Ansbach nach Uffenheim, bei Mt. Bergel.

Die zu erbauenden Strassen betragen im Bayreuthischen über 322 000 Ruthen, also über 60 Meilen, die man dort zu 2000 Ruthen angenommen hat; davon sind im Oberlande 67 022 $\frac{1}{2}$  Ruthen fertig gemacht, mit einem Aufwande von 283 597 $\frac{1}{2}$  fl., daher die Meile, wenn sie, wie im Ansbachischen, zu 2400 Ruthen gerechnet würde, ungefähr auf 10 128 fl. zu stehen gekommen wäre, also 13 812 fl. weniger als im Ansbachischen, welcher grosse Unterschied von dem bessern und nähern Material und hauptsächlich davon herrührt, dass die Bayreuthischen Chausseen zur Frohn, die Ansbachischen aber für Lohn erbauet worden sind. Im Bayreuthischen wird man noch viel Zeit gebrauchen, die Chausseen ganz zu vollenden, wenn nicht, wie es rathsam sein dürfte, einmal ansehnliche Fonds dazu ausgesetzt werden.

§ 187.

ε. Zweck-  
mässige Ein-  
richtung der  
Zölle in Absicht  
auf den Handel

Eine zweckmässige Einrichtung der Zölle, so dass der Handel dadurch befördert und nicht gehindert werde, ist noch höchst nothwendig. Es wird deshalb auch alles vorbereitet (s. u. § 221).

§ 188a.

Ebenso ist das Postwesen als ein Hilfsmittel der Hand-<sup>§. desgleichen</sup>lung und des Gewerbes der genauesten Aufmerksamkeit des <sup>der Post.</sup>Staats werth. Wir haben noch Taxische Posten im Lande (s. o. § 41), die man aber auch in dem Falle, dass ihre Aufhebung nicht thunlich seyn sollte, der landesherrlichen Aufsicht auch in diesem Betracht immer mehr unterwerfen wird.

§ 188b.

Maasse und Gewichte sind in den fränkischen Fürsten-<sup>§. Maasse und</sup>thumern sehr unterschieden. Es wird ein schwereres und viel- <sup>Gewichte.</sup>leicht unmögliches Unternehmen sein, solches gleichförmig zu machen, da die Abgaben darnach entrichtet und berechnet werden und Herkommen und Gewohnheit hierbei so viel entscheiden. Zur Uebersicht ist es am besten, alles auf Nürnbergisches Maas zu reduciren; übrigens kann man ohne Reductions-Tabellen nicht fertig werden.

§ 189.

Die Schiffbarmachung der Pegnitz und Regnitz von Nürn-<sup>§. Schiffbar-</sup>berg über Fürth, Erlang und Bayersdorf in das Bambergi- <sup>machung der</sup>sche, wo der letztere Fluss von Forchheim an bereits Schiffe <sup>Pegnitz von</sup>Nürnberg aus trägt, würde von der äussersten Wichtigkeit seyn und erfordert eine genaue Recherche, die ich sobald als möglich anstellen werde.

§ 190.

Wie vorthellhaft es für das Commerz seyn würde, wenn <sup>§. Grosse Vor-</sup>Nürnberg noch preussisch werden könnte, bedarf keiner Aus- <sup>theile, die aus</sup>führung für den, der nur die Lage dieser Stadt eines fläch- <sup>der Erwerbung</sup>tigen Blickes würdigen will, der nur sieht, dass das Bay- <sup>von Nürnberg</sup>reuthische Oberland durch diese Acquisition mittelst des Nürn- <sup>entstehen wür-</sup>bergischen Territorii mit dem Unterlande und dem Ansbachi- <sup>den.</sup>

schen, davon es itzt getrennt ist, zusammenhängen würde. Durch Anwendung der erforderlichen Mittel, welche die schlechte Verfassung der Stadt verhindert, würde es nicht schwer halten, den Handel darin wiederum sehr lebhaft zu machen. Welcher Nutzen für die angrenzenden Fürstenthümer und welche Quelle zu Einkünften für den Staat, da — alle anderen Vortheile abgerechnet — ein Accissystem, so wenig solches übrigens in den Fürstenthümern anwendbar ist, in der ganzen festgeschlossenen Stadt Nürnberg ohne alle Schwierigkeit eingeführt werden könnte, dort nicht einmal auffallen könnte, da es schon, obgleich ganz fehlerhaft, existirt. Ist Nürnberg für uns verloren, so muss man suchen, die Vorstädte emporzubringen, die aber bei weitem nicht jene Vortheile, z. B. auch nicht in Rücksicht auf die Accise, weil sie offen und von sehr weitem Umfange sind, gewähren können. Ich will hier nicht in eine umständliche Schilderung des Gewinns hinein gehen, der übrigens von der Erwerbung des ansehnlichen Nürnbergischen Territorii von der Volksmenge und den Einkünften zu erwarten wäre, nicht weitläufig die Wahrheit beweisen, dass die Schulden Nürnbergs keineswegs abschreckend sind, da sie ihrer Natur nach, gleich den sächsischen Steuerscheinen, grösstentheils und ohne Zuthun anderer Aufopferungen aus den Nürnbergischen Einkünften selbst zu tilgen stehen und nach einer gewissen Frist bei einer ordentlichen Einrichtung durch Nürnberg und dessen Gebiet der Monarchie ein nicht unwichtiges neues und einträgliches Fürstenthum erworben seyn würde. Nur das sey mir erlaubt, auch hier zu wiederholen: dass es mich ewig schmerzen würde, wenn dieses alles nie realisirt werden sollte.

# § 191.

z. Grundsätze  
die überhaupt  
in Absicht auf  
den Handel

Wenn überhaupt darüber gestritten werden kann, ob in einem Lande der Handelszwang und die Monopolen nützlich sind, oder die Handelsfreiheit, so ist es doch in den

fränkischen Fürstenthümern sehr leicht, sich für letztere zu entscheiden, schon aus dem alleinigen Grunde, dass ihre Lage gleichsam zur Contrebande gemacht ist, und dass es z. B. sehr hart und gar nicht vortheilhaft sein würde, den Einwohner von Hof zu zwingen, das fehlende Produkt, was er vom Nachbar vielleicht durch einen nützlichen Tauschhandel bezieht, aus dem Ansbachischen zu nehmen, wo es sich zufällig findet. Ein Zwang- und Accise-System einzuführen, ist unmöglich. Bloss in Nürnberg würde letzteres, wie eben erwähnt worden, gewiss mit grossem Vortheil geschehen können. Man fahre nur fort, den Handel und das Gewerbe, die Vermehrung und die Veredlung der inländischen Producte freizulassen, man ermuntere solche durch Praemien und Geschenke, durch Anschaffung der Materialien und der Werkzeuge, durch Abnahme der Waaren und Verschaffung von Arbeit, wie solches mittelst Verfertigung der Bedürfnisse für das Militär in der Provinz selbst nach der königlichen Entscheidung geschiehet, durch Anstalten gegen wucherliche Bedrückungen, durch solche, die der Industrie die Mittel erleichtern, Credit gegen billige Zinsen zu finden; man befördere vorzüglich und zuerst Ackerbau und Viehzucht als die Hauptgrundlagen unseres Wohlstandes, im Bayreuthischen die Bergwerke, die Leinen-, Wollen- und Lederfabrikationen, dann die übrigen, ziehe auch hierbei immer das wirklich Nützliche und Einfache dem Glänzenden und Künstlichen vor, so werden sowohl unsere Productionen, Fabricationen als der Handel damit immer blühender werden. Die Pflanze wird desto besser gedeihen, desto schöner wachsen, je weniger sie zu sorgfältig schön geschnitten und beschnitten wird, und dennoch werden sich die Einkünfte des Königs auf eine mittelbare Weise vermehren. Nach dem allgemeinen Frieden wird der Handel wahrscheinlich einen sehr lebhaften, aber veränderten Gang nehmen, der allenthalben wohl zu beachten ist.

zu befolgen  
sind.

§ 192.

2. Handelsbilanzen.

Unmöglich ist es bisher gewesen und ist es noch, irgend eine zuverlässige Handelsbilanz in Absicht auf die Fürstenthümer aufzustellen. So lange wir gar kein geschlossenes Territorium bildeten, war solches gar nicht thunlich, und es wird auch selbst, nachdem nun die Landeshoheits-Grundsätze festgestellt sind, schwer halten, nach der Lage der Ansbach-Bayreuthischen Provinzen ganz richtige Resultate über Ein- und Ausfuhr, über Ein- und Ausströmen des Numerairs u. s. w. zu erhalten. Man wird aber der Wahrheit näher kommen, und die Resultate des zunehmenden Wohlstandes werden hoffentlich mehr als alle Berechnungen erweisen, dass die Balance zu unserm Vortheil sey. Wir bauen, im Ganzen genommen, so viel das Ansbachische und das Bayreuthische Unterland betrifft, mehr Getreide, als wir zur Consumption gebrauchen. Im Oberland wird das, was dasselbe für Korn den Nachbarn zahlt, durch den Erwerb mit mineralischen Producten reichlich ersetzt. Der Viehhandel bringt grosse Summen fremden Geldes ins Land, ebenso wie oben angezeigt worden ist, die Manufacturen und Fabriken. Es lässt sich mit völliger Gewissheit behaupten, dass wir einen Activhandel treiben und jährlich eine beträchtliche Summe gewinnen. Dasjenige, was itzt durch die *rente viagere* des Markgrafen nach England geht, wird dadurch, so lange dieses dauert, grossentheils ersetzt, dass das Infanterie-Regiment von Unruh aus den Berliner Kassen bezahlt wird.

§ 193.

IX. Polizei in Absicht auf das Privatvermögen, Privatwohlstand, Industrien.  
α überhaupt.

Die fränkischen Fürstenthümer geniessen das Glück, sich im Ganzen genommen in einem blühenden Wohlstande zu befinden, und wenn gleich der Landmann vorzüglich in diesem Falle ist, so leidet doch der Städter im Verhältniss mit ihm nicht zu sehr, theils, weil er häufig selbst die Gewerbe des Landmanns treibt, theils weil er den Druck des Accise-

Systems nicht empfindet und die vorhandenen indirecten Abgaben und auch der Servis vom Landmann mit getragen werden. Der für manche Gegend so verheerend gewesene Krieg brachte für die fränkischen Fürstenthümer viele Vortheile. Er vermehrte die Summe und den Werth der Arbeit, mithin den Reichthum. Die hohen Getreide- und Viehpreise beförderten ungemein den Fortgang der Industrie bey Ackerbau und Viehzucht, die Fuhrlöhne, viele andere Gegenstände vermehrten den Erwerb. Die producirende Klasse, ein grosser Theil der Handwerker hatten Gelegenheit, viel Geld zu verdienen. Selbst die Anwesenheit und die Durchmärsche der französischen und österreichischen Armee im Jahre 1796, ob sie gleich drückend für einen Theil der Einwohner in den Gegenden waren, welche dadurch betroffen wurden, ob sie gleich hier und da Verheerungen und Plünderungen veranlassten, vermehrten dennoch den Nationalreichthum. Die Viehseuche ausgenommen führten sie für das Ganze kein wesentliches Uebel mit sich. Der ausserordentliche Zufluss von fremden Flüchtlingen, den die französische Invasion verursachte, brachte vielmehr grosse Geldsummen ins Land und schaffte den Städten ansehnlichen Verdienst. Nur diejenigen, die von ihrem Gehalte oder ihren Renten leben müssen, die Kapitalisten ausgenommen, die im Stande waren, ihr Geld wuchern zu lassen, haben verloren, da alles seit dem Jahr 1792 sehr viel theurer geworden ist, und nur diese nicht Gelegenheit hatten, verhältnissmässig ihren Erwerb zu erhöhen.

### § 194.

Geldmangel ist in den fränkischen Fürstenthümern so <sup>so, s. Geldumlauf</sup> wenig, dass es Bauern genug giebt, die das Erworbene zu 2pCt. auf Banknoten anlegen; der gewöhnliche Zinsfuss <sup>und Privatore-</sup> ist vier vom Hundert. Wer Sicherheit geben kann, kann Geld <sup>dit, Credits-</sup> genug bekommen. Es ist aber eine Frage, die noch Ueber- <sup>stem für die</sup> legung und Untersuchung erfordert, ob zur Aufhellung des <sup>Rittergüter,</sup> <sup>Leihanstalten</sup> <sup>für die indu-</sup> <sup>strieuse</sup> Klasse.



Credits der Rittergutsbesitzer und Vermeidung der Concurse, zur grössern Belebung des Geldumlaufs und zur Beförderung der Gewerbe nicht ein Creditssystem nach Art derjenigen, deren Nutzen sich in den übrigen königlichen Staaten bewährt hat, nicht Leihanstalten als Erleichterung des Credits für den industriösen Arbeiter und als Steuerung des Wuchers anlegen zu lassen. In Ansbach war vor mehreren Jahren ein Leihhaus, welches aber durch schlechte Aufsicht und Betrügerey seines Vorgesetzten umstürzte.

§ 195.

y. Feuerret-  
tungs- und  
Brandversich-  
erungs-Anstal-  
ten. Zur Sicherung des Privatvermögens wird sowohl darauf gesehen, dass die Feueranstalten im gehörigen Stande erhalten und verbessert werden, als auf die richtige und zweckmässige Verwaltung der Brand-Assekurations-Gesellschaft. Den Unterthanen ist untersagt worden, in fremde Brand-Assekurationen einzugehen, die mittelbaren werden in die einländischen aufgenommen.

§ 196.

d. Vieh- und  
Wetterscha-  
den- Asseku-  
ranzen. Die Einrichtung von Vieh- und Wetterschaden-Assekuranzen beruhen noch auf vorsehenden Untersuchungen.

§ 197.

ε. Abwendung  
fremder Lotte-  
rien, schädliche  
Glücksspiele. Gegen fremde Lotterien, Glücksbuden und dergleichen existiren Kreisschlüsse und Landesgesetze, die inländische Zahlenlotterie wird, da sie vorzüglich für die ärmere Klasse verführerisch und schädlich ist, die Zahl der Armen und Unglücklichen vermehren und dem Nationalwohlstand und Reichthum entgegen wirken.

§ 198.

X. Polizey in  
Absicht auf  
die Nahrungs-  
mittel, die Bei diesem ganzen, so äusserst wichtigen Gegenstand der Landespolizey sehen wir noch nicht ganz klar. Es ist dabei unumgänglich notwendig, die Zahl der Consumtion,

des Bedürfnens und den Ertrag der Consumtibilien genau zu wissen. Da hierüber zuverlässige Berechnungen aufzustellen, bei den vorher bestandenen Verhältnissen und so lange die Landeshoheit nicht im Reinen war, unmöglich, so werde ich mich auch hier noch damit begnügen müssen, etwas Unvollkommenes zu liefern.

§ 199.

Oben haben wir schon gewiesen, dass das Land im Ganzen mehr Getreid erbauet als es bedarf. Da dieses vom fränkischen und schwäbischen Kreise im vollsten Maase gesagt werden kann, da diese Kreise wiederum an fruchtbare Gegenden grenzen und von schiffbaren Flüssen durchströmt werden, so lässt sich ein Mangel an Getreide nur bei ganz ausserordentlichen Umständen denken. Polizeyfehler durch Anlegung von Sperren und Zuschlägen könnten solchen am ersten bewirken. Nach der ganzen Lage, in der wir uns befinden, und da die heimliche Einfuhr bei den Sperren unserer Nachbarn ihrerseits gar nicht verhindert werden kann, bin ich bey nahe überzeugt, dass selbst dann, wenn jene Zuschläge machen, die Ausfuhrfreiheit bei uns von nachtheiligen Folgen nicht seyn könne. Nur ganz ungewöhnliche Vorfälle, als z. B. Aufkauf ins Grosse bei schlechten Ernten und geringen Vorräthen für auswärtige Armeen, können eine Beschränkung oder Verbote, deren Folgen für das ganze Gewerbe und die Industrie so nachtheilig sind, rechtfertigen. Diese Umstände sind in den vorletzten Jahren eingetreten, man hat also eine Zeit lang die Getreideausfuhr nur gegen Atteste für eigene Bedürfnisse der Nachbarn oder besondere Erlaubnis gestattet, itzt aber nur noch diese Beschränkung insofern gelassen, dass der freie Getreideverkauf ins Ausland nur auf den Märkten in den öffentlichen Schranken erlaubt ist, wodurch man solchen genauer controlliren kann, so lange die öffentlichen Conjunctionen solches nothwendig machen.

Sicherung der  
Consumtionen:  
α. überhaupt.

β. Getreide-  
ertrag und  
Consumtion,  
Anstalten ge-  
gen Mangel u.  
Theuerung,  
Sperrre.

§ 200.

γ. Getreidemagazine.

Getreidemagazine für das ganze Land anzulegen, würde ein höchst kostbares Unternehmen sein, wenn sie ansehnlich genug seyn sollten, um einem zu befürchtenden Mangel, wenn dieser auch anderwärts vorhanden wäre, zu steuern. Es würde solchenfalls ein unfruchtbares Unternehmen seyn, weil man nicht hinlänglich würde verhindern können, dass unser Vorrath nicht bald den Nachbarn zuströme. Es würde, wenn es durch Aufkauf und Verkauf im Lande oder der Nachbarschaft erhalten werden sollte, den ganzen Kornhandel als ein Monopol in die Hand des Landesherrn bringen und die Hauptquelle des Nationalwohlstandes versiegen machen, mithin auch den Vorthail des Landesherrn schnell zerstören. Es bedarf aber solcher allgemeiner Getreidemagazine gewis nicht. Der Landmann wird nicht leicht Mangel empfinden. Man mache ihn, wo es nöthig ist, nur auf die Umstände aufmerksam, welche Vorsicht gebieten, ermuntere ihn alsdann, Vorräthe allenfalls gemeinschaftlich aufzubewahren und kleine örtliche Magazine für sich selbst anzulegen, ja man zwinge ihn im Fall der Noth dazu. Da wir überhaupt nicht leicht Mangel zu befürchten haben, so kommt es darauf an, der übermässigen Theuerung oder den gar zu niedrigen Kornpreisen entgegen zu arbeiten. Man unterhalte zu dem Ende Magazine für die Städte, besonders für die Fabrik- und Garnisonsorte, und gebe den Bäckern bey zu stark überhandnehmender Theuerung daraus zu billigen Preisen, damit die Brodtaxen herunter gehalten werden und der Bürger und der Soldat sich dieses erste Bedürfnis gut und wohlfeil verschaffen können. Allenfalls gebe man daraus in einzelnen Fällen, als bei Hagelschlag oder Miswachs, Saatkorn als Vorschuss gegen Natural-Wiederersatz. Werden die Getreidepreise im Lande zu geringe, so kaufe man auf, um solche in einer angemessenen Höhe zu erhalten. Dadurch wird bey einer guten Verwaltung das Institut im Stande

seyen, die Administrationskosten selbst zu stehen. Die ansehnlichen Getreideeinkünfte an Herrngülden und Zehnten bei den königlichen Domainen, aus deren Verkauf ein grosser Theil der Geldrevenue entsteht, gewähren schon eine Art von beständigen Magazinen jener Art. Da aber durch ihren Verkauf der Etat grossentheils erfüllt werden muss und daraus vorzüglich ansehnliche Ueberschüsse erworben werden können, so ist es auch in dieser Rücksicht wichtig, die Preise nicht zu tief sinken zu lassen. Ausserdem aber ist im Ansbachischen Fürstenthum nach der Theuerung von 1770 bis 1772 ein Getreidemagazin durch Beiträge der Unterthanen zu 4 Pf. von jedem Gulden Steuermasse, die aber erst auf die Hälfte, dann auf ein Viertel herabgesetzt wurden, dann 1788 aufgehört haben, angelegt worden. Dieses Magazin ist gar nicht zweckmässig verwaltet worden. Es hatte bey dem Regierungsantritt 29 900 fl. Kapital und 5955 Simra (ein Maas von 460 bis 480 Nürnberger Pfund) Roggen und 254 Simra Waizen. Gegenwärtig ist der Bestand 4257 Sr. Roggen, 1544 Ctr. Mehl und 56,228 fl. an Geld, welches zu 2 pCt. bey der Bank belegt ist. Dieses Magazin ist ein unstreitiges Eigenthum der Ansbachischen Unterthanen. Man wird suchen, selbigen eine angemessene Einrichtung nach den oben angeführten Grundsätzen zu geben und solches entweder für das Bayreuthische mit zu erweitern, wo besonders Erlangen Fürsorge und Aufmerksamkeit in dieser Rücksicht erfordert, oder für dieses Fürstenthum ein eigenes Institut anzulegen. Die herrschaftliche Getreideeinnahme hat im Jahr 1795/96 betragen:

	in Ansbach in Bayreuth		Summa
	Simr.	Simr.	Simr.
Waizen	1367	1220	2587
Roggen	8084	7234	15327
Gerste	812	1201	2013
Hafer	6440	5111	11551
Dinkel	3 510	826	4336
Erbsen, Linsen, Wicken	10	65	75

Diese Einnahme bleibt sich ziemlich gleich. Der Preis eines Simr. Roggen, welchen ich hier nur allein anführen will, ist von 1776 bis 1796 am niedrigsten zu 8 fl. in den Jahren 1776, 1779, am höchsten 1795 zu 21 fl. gewesen. 10 bis 12 fl. kann man als den Mittelpreis annehmen. Die Kammertaxe ist im Etat zu 9 fl. angenommen.

§ 201.

. Fleisch.

Bei der starken Viehzucht ist der Fall eines Fleischmangels in den Städten kaum möglich: demohnerachtet sind wir durch den Austrieb des Viehes zu den Armeen und durch die Viehseuche in dem Fall gewesen, dass nicht nur die Fleischpreise von 6—7 Xr., z. B. für das Pfund Rindfleisch bis zu 11 und 12 Xr. gestiegen sind, sondern auch kurze Epochen waren, wo wirklich Fleischmangel in den Städten drohte, so dass man, um die Städte Ansbach und Bayreuth zu versorgen, ein paar Mal zu Zwangsmaasregeln schreiten musste. Sehr vortheilhaft wirkte zu Bayreuth ein Transport schlesischer Ochsen, die der Kammerpraesident von Schukmann kommen liess, und wir haben doch noch das Glück gehabt, dass die Fleischpreise bei uns niedriger geblieben sind, als in der Nachbarschaft, wo sie bis zu 15, 16 Kr. für das Pfund Rindfleisch hinaufgegangen sind. Jetzt stehen sie in Ansbach und Bayreuth zu 10 und höchstens am letzteren Orte zu 11 Kr. Nach glücklich geendigter Viehseuche werden die Viehmärkte wieder in Gang gebracht, die Viehsperre hat aufgehoben werden können, und es steht zu hoffen, dass billige Fleischpreise mit dem so nützlichen und lebhaften Viehhandel Hand in Hand gehen werden.

§ 202.

e. Bier.

Bier wird in den fränkischen Fürstenthümern von vorzüglicher Güte gebrauet. Die Brauereyen gehören hauptsächlich mit zu den städtischen Gewerben und Privilegien, indes giebt es auch Brauereyen auf dem Lande und im

Ansbachischen einige herrschaftliche, die besser in Händen von Privatpersonen sein würden und auf deren Verkauf man bedacht ist. Ohne besonderen rechtlichen Titel oder herrschaftliche Concession ist niemand zu brauen berechtigt. Man brauet viel Lagerbier, d. i. blos im Frühjahr und Herbst, welches angegohren in Felsenkellern aufbewahrt wird. Die Bierpreise, die sich natürlicherweise nach den Gerstenpreisen richten, sind mit diesen auch gestiegen.

§ 203.

Vorzüglich ist die Butter und das Schmalz, wie man <sup>§ Butter und Schmalz.</sup> in Franken die zum Aufbewahren eingeschmolzene Butter nennt, ungemein theuer gewesen und steht noch sehr hoch.

§ 204.

Bei Brod, Fleisch und Bier sind Taxen möglich und <sup>η Taxen bei Brod, Fleisch und Bier.</sup> rathsam. Sie werden auch gemeinschaftlich mit den Militair-Commissarien von den Polizeymagisträten gemacht. Bei andern Victualien, deren Zufuhr man auf den Märkten möglichst zu begünstigen und den schändlichen Wucher und Verkauf dabei zu verhindern sucht, würde sie sowie jeder Zwang nachtheilig seyn, zumal da der Landmann nicht gedrungen ist, aus Noth seine Waren zu Markte zu bringen.

§ 205.

Die Versorgung des Fürstenthums Ansbach mit Salz geschieht aus Bayern. Nach einem zwischen den Kammern zu Ansbach und München geschlossenen Contrakt, der aber mit dem Jahr 1797 zu Ende geht, erhält erstere jährlich als oblige Quantum 27 000 Salzstücke, und wenn  $\frac{1}{2}$  Jahr vorher darum angesucht wird, auch ein sine oblige Quantum von 2 bis 3000 Stücken. Man hat die Consumtion der Ansbachischen unmittelbaren Unterthanen ungefähr auf 13 bis 14 000 Stücke angenommen. Rechnet man  $\frac{1}{3}$  für die mittelbaren hinzu, so kann man das Ganze ungefähr zu 18 bis 19 000 <sup>9. Salz. a. a. im Ansbachischen.</sup>

Stücke anschlagen. Die Bayreuthischen Salzniederlagen sind Regensburg oder Stadtamhof und Ingolstadt, bis dahin der Transport auf der Donau, und wenn diese unfahrbar ist, zu Lande geschehen muss. Unsere Landesniederlagen sind zu Ferrieden auf der Regensburger Strasse und zu Gunzenhausen auf der Ingolstädter Strasse. Ein Salzfüderstock soll 120 bis 130 Pfd. wiegen, aber das ist grösstentheils der Fall nicht. Er kostet frei in Ingolstadt 4 fl. 29 Kr. und frey in Regensburg 4 fl. 20 Kr. Kürzlich hat jedoch die Münchner Kammer eine Preiserhöhung von 24 Kr. per Stock vom 1. April an angekündigt, um den im vorigen Jahr durch die kriegelerischen Unruhen rücksichtlich des gehemmten Transportes zu Wasser und des nachher mit schweren Kosten etablirten Landtransports erlittenen ansehnlichen Schaden zu ersetzen. Man wird sich die Erhöhung gefallen lassen müssen und ist sehr zu zweifeln, dass die dagegen gemachten Remonstrationen etwas fruchten werden. In der Regel werden die Salzstöcke für die Contraktspreise mit Einreichung der Fracht von den bayerischen bis zu unsern Niederlagen wieder verkauft. Auswärtigen Abnehmern wurde zuweilen ein Benefice von 12 Kr. verwilligt. Die Kriegs- und Domänenkammer hat kontraktmässig von dem Preise 14 pCt. Rabat, und der reine Gewinn für die königliche Casse ist nach Abzug der Administrationskosten zu 8000 fl. im Etat angeschlagen. Durch die Ausübung der Landeshoheit über die Mediatunterthanen dürfte sich der Salzdebit noch in etwas vermehren, doch haben sie bisher schon grösstentheils ihr Salz aus unseren Niederlagen bezogen; wir haben auch mit Salz ins Ausland, namentlich ins Eichstädtische und Bayerische selbst bis itzt gehandelt. Vielleicht ist es räthlich, auf die Einfuhr des bayerischen Salzes nach Nürnberg Impost zu legen, damit unsere Salzhändler mit den Nürnbergern besser concurriren können. Die Kammer treibt diesen Salzhandel ohne die mindeste Gefahr und Risiko, und alle Unterthanen sind mit dem Salze und der Art der



Versorgung zufrieden; übel ist aber, dass man seit dem gegenwärtigen Kriege keine Salzvorräthe machen kann, sondern zufrieden sein muss, nur immer das Nothdürftigste aus den Depots zu Regensburg und Ingolstadt zu erlangen. Das zwischen der Schweiz und Frankreich unterbrochene Commerz und die gleich im Anfang der französischen Revolution zerstörten Salzwerke in der Franche-comté waren für den Debit des bayrischen Salzes so günstige Ereignisse, dass die Hofkammer zu München die Preise willkürlich erhöhen konnte und dass derselben nunmehr der mit der hiesigen Kammer auf bestimmte Jahre geschlossene Contract nachtheilig war. Die Münchener Kammer hat daher ihren bösen Willen schon soweit getrieben, dass vor einigen Monaten beinahe ein totaler Salzangel im Ansbachischen entstand, und die diesseitige Drohung, den Contract gänzlich aufzuheben, kann desto weniger von Wirkung seyn, weil man zu München wohl weis, dass das Ansbachische Fürstenthum von anderwärts nicht wohlfeiler und mit besserm Nutzen für die königlichen Kassen mit Salz versehen werden kann; doch ist dem Mangel längst abgeholfen und der Transport nach den Niederlagen in vollem Gange.

Im Fürstenthum Bayreuth wird das Unterland wie das ganze Ansbachische und in eben der Art mit bairischem Salze versehen.

#### § 206.

Im Oberlande wurde bisher Hallisches Salz in der Landshauptmannschaft Hof ausschliesslich, ausser derselben aber Hallisches und bayerisches Salz gemeinschaftlich verkauft. Die Münchener Kammer handelte selbst oder durch ihre Commis mit Salz, und die Kammer zu Bayreuth hatte weiter nichts damit zu thun. Für diese Erlaubnis, in das Oberland mit bayerischem Salze in den bestimmten Distrikten handeln zu dürfen, zahlte die Münchener Kammer jährlich 4000 fl., welche im Hauptdomainen-Etat in Einnahme kom-

b. b. Im Bayreuthischen.

men. Der beträchtliche Handel mit Halleschem Salze bringt den hiesigen königlichen Kassen ausser dem Zoll keine fixe Einnahmen und schafft bisher nur wenig Salzlieferanten, hauptsächlich dem bekannten Püttner in Hof, ansehnlichen Profit. Es leidet aber keinen Zweifel, dass das Bayreuther Oberland ausschliesslich und ohne Nachtheil mit Halleschem Salz versehen werden kann. Hingegen wird in das Bayreuther Unterland so wenig als in das ganze Fürstenthum Ansbach der Debit des Hallischen Salzes ohne grossen Nachtheil und beträchtliche Erhöhung des ohnehin schon hohen Salzpreises, auch Schmälerung des Gewinns der Ansbachischen Hauptdomänenkasse eingeführt werden können, es sey denn, dass das Salzamt in Halle die Preise für die Gegenden beträchtlich herunter setzen könnte, und doch müsste erst wieder die Fracht wohlfeiler werden. Mit dem vom Salzdepartement vor kurzem von Berlin nach Bayreuth gesandten Geheimen Finanzrath Dietrich ist nunmehr eine Uebereinkunft dahin getroffen worden, dass künftig nur Hallesches Salz in das Bayreuther Oberland gebracht werden soll, wobey die Hauptniederlage in Hof, übrigens aber die erforderlichen Nebendepots eingerichtet werden sollen. Die Einfuhr des bayrischen Salzes wird erst dann verboten werden, wenn zuvor ein Bestand von 8000 Schock Hallischen Salzes in Hof seyn wird. Das Salzdepartement wird die itzt etatsmässige Summe von 4000 fl. rhein. für die erlaubte Einfuhr des bayrischen Salzes der Hauptdomänen-Kasse zu Bayreuth bezahlen. Für die Einfuhr des Hallischen Salzes wird der bisherige Consumtionszoll fort entrichtet. Der Zoll auf bayerisches Salz wird aber, so lange dessen Einfuhr noch erlaubt bleibt, ebenso hoch gesetzt, die daraus entstehende Mehreinnahme besonders verrechnet und der Salzfactorey zu Hof für das Salzdepartement überlassen werden. Die Salzpreise sollen dergestalt regulirt werden, dass die Einkaufspreise des Salzes und andere Kosten nebst dem nach dem letzten halben Jahr im Durchschnitt zu berechnenden Preis

dabei bei jeder Factorey zur Norm dienen und von der Kammer öffentlich bekannt gemacht werden sollen. Die Consumption an Salz dürfte im Bayreuthischen der im Ansbachischen ziemlich gleich kommen. In der Folge wird man über diese Gegenstände auch etwas Bestimmteres zu sagen im Stande seyn.

§ 207.

Für die gesunde Beschaffenheit der übrigen Nahrungs-<sup>i. Sorgfalt für</sup>mittel, als des Weins etc., wird die gehörige Sorgfalt <sup>die Beschaffen-</sup>gehegt. <sup>heit der übr-</sup>Ihre Anschaffung kann man dem freyen Handelslauf über-<sup>gen Lebens-</sup>lassen. <sup>mittel.</sup>

§ 208.

In Absicht auf Ordnung, Reinlichkeit, Bequemlichkeit und Sicherheit, auch öffentliche Vergnügungen sucht man, wo es fehlt, eine gute Polizey einzuführen. Zu dem Ende werden zweckmässige Gemeine- und Dorfordnungen entworfen, man wird für gute Wirthshäuser, Taxen in denselben sorgen, und um das Bauen in den Städten zu befördern, welches insonderheit in den Garnisonsörtern um desto nothwendiger ist, weil man auf Einquartierung gar nicht eingerichtet war, und auf dem platten Lande, wo Verbesserung der Besitzungen und Erweiterungen der Landwirthschaft bezielt werden, sind vom 1. Januar 1797 an eigene Retablissemmentskassen zu Ansbach und Bayreuth eingerichtet, daraus den Bauenden Bauhülfegelder von 4 bis 15 pC. nach den Umständen gegeben werden. Die niedergebrannten Häuser, welche aus der Brand-Assekurations-Kasse bezahlt werden, sind ausgeschlossen, desgleichen Häuser in grösseren Städten über 3000 fl. an Werth, in den kleinen über 2000 fl., auf dem Lande über 1000 fl. sind der Regel nach nur bis zu dem Betrage dieser Summe zu den Bauhülfsgeldern berechtigt. Die Risse müssen genehmigt, und wo nicht eine Ausnahme gestattet wird, die Häuser von Steinen gebaut werden.

k. Polizey in Absicht auf Ordnung überhaupt, Reinlichkeit und Schonheit, auch öffentliche Vergnügungen.

§ 209.

λ. Finanzwe-  
wesen:  
I. Ueberhaupt.

Die Einkünfte haben sich in den fränkischen Fürstenthümern gegen das vorige Verhältnis sehr vermehrt, ohne dass den Unterthanen, die Servis- und Fourageabgabe ausgenommen, neue Lasten wären aufgelegt worden. Mehr Ordnung in der Erhebung und Berechnung, schärfere Controllen gegen nachtheilige Befreiungen, vorzüglich aber die Herbeziehung der mittelbaren Unterthanen zur Concurrenz und die Erhöhung des Werths der Dinge, insonderheit des Getreids, die grössere Lebhaftigkeit des Gewerbs, die Sicherstellung endlich der Industrie gegen die Verheerungen des Wilds haben solches bewirkt. Lässt es sich gleich weder erwarten noch wünschen, dass die hohen Getreidepreise fort-dauern werden, so bleiben doch jene andern Ursachen; die preussische Justizeinrichtung, die Consolidirung der neuen Organisation, ununterbrochene Aufmerksamkeit der Administration werden hinzukommen, und alles dieses lässt eher eine weitere Vermehrung der Einkünfte hoffen als ihre Verminderung befürchten. Zu markgräflichen Zeiten schlug man die Einnahme des Fürstenthums Ansbach auf 776 898 fl. an, höchstens auf 800 000 fl.; das Bayreuthische ebenso gerechnet kommen 1 600 000 fl. heraus. Nach den Etats, die der Geheime Finanzrath von Baerensprung bei dem Regierungsantritt für das Rechnungsjahr 1791/92 verfertigte, sollte die Brutto-Einnahme 2 111 173 fl. 27 Kr. betragen, alle Durchführungsposten abgerechnet. Jetzt beträgt sie nach den für das Rechnungsjahr 1797/8 von des Königs Majestät vollzogenen Etats 2 699 896 fl.  $16\frac{3}{4}$  Kr., also seit dem Regierungsantritt 588 722 fl.  $49\frac{3}{4}$  Kr. mehr. Ich bin den Kammern das Zeugnis schuldig, dass sie sich äusserst bestreben, die denselben anvertrauten Verwaltungszweige dem Zweck gemäss zu bearbeiten. Der Kammerpraesident von Schuckmann, welcher beiden Kammern vorsteht, erfüllt die Erwartung, die man von ihm hatte, auf das vollkommenste und verbindet

mit grossen Kenntnissen den lebhaftesten Dienstfeier. Der Vicepraesident der Ansbachischen Kammer von Doernberg zeichnet sich nicht weniger durch Arbeitsamkeit, Talente und Ordnung auf das vortheilhafteste aus. Der Kammerdirektor von Hardenberg zu Bayreuth hat viele Verdienste um die Forsteinrichtungen, wobey ich noch des in diesem Fache sowohl als im Bergwesen, sowie in andern Zweigen besonders sich auszeichnenden Oberberg- und Kriegs- und Domainenraths Jornesi erwähnen muss.

### § 210.

Die Quellen der Einkünfte sind:

1. die direkten Praestationen der Unterthanen, die sie theils als solche dem Landesherrn, theils diesem als Gerichts- und Grundherrn entrichten;
2. die indirekten Abgaben, dazu nach ihrer Verschiedenheit entweder Befreyte und Unbefreyte oder letztere allein oder auch Fremde mit beitragen;
3. die Nutzung verschiedener Dominialstücke.

II. Quellen der Einkünfte überhaupt.

### § 211.

Unter den Befreyten von directen Realabgaben gehörte der Adel in Absicht auf die zu seinen Gütern selbst gehörigen Grund- oder Hofbaustücke, die Geistlichkeit wegen ihrer geistlichen Besitzungen und einige andere, denen die Befreyung rechtlich gebührt. Von direkten Personalabgaben sind der Adel, die Geistlichkeit, das Militair und der grösste Theil der königlichen Dienerschaft frei.

α. Abgaben, die dem König als Landesherrn entrichtet werden.  
A. A. Directe Abgaben.  
1. I. Befreyte davon.

### § 212.

Die Steuer macht den beträchlichsten Theil der Abgaben des pflichtigen Unterthanen aus. Sie beruht nicht nur im Ansbachischen und Bayreuthischen auf verschiedenen Grundsätzen, sie hat in jedem der Fürstenthümer für sich beträchliche Abweichungen und Ungleichheiten, theils durch un-

2. Die Steuer überhaupt.

richtige Incatastrirung und Unordnungen, welche der Verlauf der Zeit hervorbrachte, theils durch Erwerbung von Rittergütern, auf denen sonst die Besitzer das Steuerrecht nach verschiedenen Grundsätzen ausübten, theils endlich durch die neuerliche Herbeiziehung der mittelbaren Insassen, deren Besteuerung sehr ungleich ist. Die Regulirung des Steuerwesens nach gleichen Grundsätzen wird daher eine nothwendige Operation. Sie ist aber nicht geringen Schwierigkeiten unterworfen und wird Zeit, Arbeit und Geld kosten.

§ 213.

b. b. Im Ansbachischen.

Bey den unmittelbaren Unterthanen im Ansbachischen wird die Steuer nach einer im Jahre 1644 geschehenen Schätzung erhoben, die nach den Lagen und nach der Güte der Grundstücke so gering angesetzt wurde, dass die Häuser von bester Beschaffenheit nur zu 100 bis 400 fl., von mittlerer zu 50 bis 100 fl. und von geringerer zu 15 bis 45 fl., die Aecker nach eben diesen drei Abtheilungen, der Morgen zu 360 Quadrat-Ruthen, zu 12 bis 16, 8 bis 12 und 1 bis 9 fl., die Wiesen zu 12 bis 24, 8 bis 14 und 4 bis 12 fl. in Anschlag kamen. Von der hieraus entstehenden Steuermasse wird die sogenannte Ordinari-Steuer mit drey Thaler vom Hundert vierteljährig erhoben; die Extrasteuern aber sind, je nachdem es das Bedürfnis erforderte, auf diese Masse angelegt worden, 1703 mit zwey Gulden vom Hundert. Im Jahre 1736 wurden hieran 20 Kr. erlassen, 1746 aber wiederum ein Thaler aufgelegt, den der Markgraf Alexander im Jahre 1787 erlassen hat, ein Schritt, der, so vortrefflich die Absicht gewesen ist, den Unterthan von einer nicht drückenden Auflage befreyte, an die er gewöhnt war, und indem er dem Staat zwischen 60 und 70 000 fl. Einkünfte entzog, zugleich den weit stärker belasteten und die Erleichterung nicht mittheilenden Bayreuther Unterthanen zu gerechten Klagen über Praegravation Anlass gab. Die itzige Grundsteuer

im Ansbachischen beträgt also bei den unmittelbaren Unterthanen:

3 Reichsthaler ordinaire

1 „ extraordinaire Steuer

vierteljährig, mithin 24 fl. vom Hundert Steuermasse nach dem obenerwähnten, sehr weit unter dem wahren Werth stehenden Anschlag. Ausserdem werden noch jährlich 40 Kr. als eine Accissteuer oder Surrogat dieser Abgabe bezahlt. Die Gewerbesteuer wird besonders entrichtet und bei Festsetzung der Masse sind die Gewerbe zu 10 bis 16 fl. in Anschlag gekommen. Bei diesem Zweige ist eine genaue Untersuchung sowohl wegen des Interesses, welches die herrschaftlichen Kassen dabey haben, als wegen einer angemessenen Regulirung des Gewerbbetriebs selbst sehr nothwendig. Man macht einen Unterschied zwischen landschaftlichen und Kammersteuern. Die letzteren rühren von neuen Erwerbungen her und werden bey den Domänenämtern verrechnet. Erstere betragen ungefähr 248 000, letztere 20 000 fl. Von den mittelbaren Unterthanen erhebt man vorerst, bis der Steuerfuss regulirt werden kann, nach dem, wonach sie bisher bezahlt haben, jedoch sind ihnen die von ihren Herrschaften aufgelegten ausserordentlichen Kriegssteuern, welche die königlichen Unterthanen auch nicht bezahlt haben, erlassen. Man kann annehmen, dass die Steuern von den mittelbaren Unterthanen ungefähr ein Drittel des Ganzen betragen werden, da nach den bisherigen datis die Kopfzahl sowohl als die Zahl der Grundstücke ungefähr so viel ausmacht. Bei der künftigen Steuerregulirung wird es billig sein, hier und da den inländischen Gutsbesitzern für die ihnen entgehenden rechtlich hergebrachten Vortheile von den Steuern nach vorhergegangener Untersuchung eine Vergütung zu geben, da der König das Privateigenthum seiner Unterthanen nicht schmälern wird.



§ 214.

c. c. Im Bay-  
reuthischen.  
c. g. überhaupt.

im Bayreuthischen ist der gegenwärtige Steuerfuss der unmittelbaren Unterthanen unter der Regierung des Markgrafen Christian in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts auf folgende Art eingerichtet worden. Wurde z. B. ein Grundstück von den dazu verpflichteten Taxatoren auf 1200 fl. Werth geschätzt, so schlug man erst die darauf haftenden Kammergetälle oder grundherrlichen an Zehnten, Gülten, Frohnen u. s. w. zu Capital nach dem Fuss zu 5 pC. und zog also, wenn diese 10 fl. betrugen, 200 fl. ab. Von den alsdann übrig bleibenden 1000 fl. musste der Besitzer die sogenannten Currentien an ordinairer und extraordinairer Steuer, Drüberschlag, Nachschuss u. s. w. bezahlen. Diese sind sehr verschieden und oft nach dem Bedürfnis nicht sowohl des Staats als des Hofs zu unverhältnissmässigen und unnützen Verschwendungen sehr drückend gewesen. Itzt werden von 100 fl. Steuervermögen bei den unmittelbaren Unterthanen 35 fl. und bei einigen Mediatunterthanen, die vorhin schon besteuert wurden, 30 fl. erhoben. Die Gewerbesteuer ist im Bayreuthischen schon zur Untersuchung gezogen. Auch dort tritt der Unterschied zwischen land-schaftlicher und Kammersteuer ein; eine Accissteuer findet aber nicht statt, wogegen die Bayreuther mehr indirecte Abgaben haben und noch den Mahlaccis entrichten, der als ein Kopfgeld anzusehen ist. Es ist gewis, dass sie sowohl wegen ihrer höher angeschlagenen Steuer-masse, als der auf solche gelegten und an indirecten Abgaben weit mehr entrichten, als die Ansbachischen Unterthanen. Diese Ungleichheit, welche viele nachtheiligen Folgen hat und die um desto willkürlicher ist, da es im Ganzen genommen weit mehr wohlhabende, ja reiche Unterthanen im Ansbachischen als im Bayreuthischen giebt, muss man nach und nach zu heben suchen, ohne es den Ansbachischen Unterthanen sehr merklich zu machen, es sey durch indirecte

Auflagen oder bei der Steuerrevision und andern Gelegenheiten. Man kann den Zuwachs wegen der mittelbaren Unterthanen im Bayreuthischen, wo man sie vorerst ebenso behandelt, als im Ansbachischen, und den Grafen von Giech zu Thurnau, zumal wegen der bei eingetretenen besonderen Umständen, den von ihm selbst bezogenen und zur ritterschaftlichen Kasse nicht gelieferten Steuertheil, nach einem Durchschnitt vergütet, auch ungefähr zu  $\frac{1}{3}$  annehmen, die Hintersassen der vogtländischen Ritterschaft mit eingeschlossen. Die ganze landschaftliche Steuer beträgt im Bayreuthischen von den Unmittelbaren ungefähr 263 000 fl. rhein.

### § 215.

Die vogtländische Ritterschaft erhob bisher von ihren Hintersassen die Steuern unter mancherley Unordnung und Willkühr. Sie sollten dagegen zu den allgemeinen Landeslasten durch gewisse Concurrenzgelder beitragen, und nirgend ist ein Recht für sie begründet, jene Steuern in ihren eigenen Nutzen zu verwenden. Allein letzteres geschah dennoch. Ersteres unterblieb unter mancherley Vorwand; man legte nicht einmal dem Landesherrn Rechenschaft von der Verwendung ab. Da der König keineswegs verbunden ist, die ohne Zuthun des Kurhauses der vogtländischen Ritterschaft zugestandenen Privilegien und Recesse so geradezu anzuerkennen, überdies aber die Beschwerden der übrigen Stände gegen die vogtländische Ritterschaft von jeher sehr dringend gewesen sind, so wurde im vorigen Jahre Beschlag auf die ritterschaftlichen Kassen gelegt, jedoch so, dass sie unter gemeinschaftlicher Versiegelung zum Deposito genommen worden, und nun soll mit Zuziehung der Ritterschaft die Verwendung untersucht und mittelst der nächstens anzugehenden und zum Theil schon vorbereiteten Tractaten mit derselben das Steuerwesen ihrer Hintersassen regulirt werden.

### § 216.

Der oben erwähnte Mahlaccis, der zu den direkten Abgaben gehört, weil er von jedem nicht befreiten Unterthanen,

*β. β. Von den Hintersassen der vogtländischen Ritterschaft.*

*β. β. Der Mahlaccis in dem Bayreuthischen.*

seiner Frau und seinen mannbaren Kindern mit 20 Kr. rh. für den Kopf entrichtet wird, ist im Etat zu 25 546 fl. angeschlagen.

§ 217.

4. 4. Servis-  
und Fourage-  
Gelder.

Die Servis- und Fourage-Beyträge sind nach der Steuer-masse auf die unmittelbaren Unterthanen ausgeschlagen, weil damals, als der Ausschlag gemacht wurde, die mittelbaren noch nicht beygezogen werden konnten. Von 100 fl. Steuer-masse werden zu diesem Behuf 4 fl. 40 Kr. im Ansbachischen und im Bayreuthischen 6 fl. 35 Kr. gezahlt. Jeder königliche Bediente zahlt aber von der Besoldung 1 pC. Da die Vermehrung des Militärs künftig einen stärkeren Beitrag erforderlich machen wird und es überhaupt billig ist, die mittelbaren Unterthanen den unmittelbaren gleichzustellen, so wird auf diese nach dem bisherigen Steuerfuss auch die Servis- und Fourage-Abgabe bereits in Gang gebracht. Es wird vielleicht rathsam seyn, bey Verfertigung des künftigen Servis- und Fourage-Etats den Ausschlag gleich auf den Fuss zu erhöhen, wie der künftig noch zu errichtende Militair-etat es erfordert, theils um einen Fond zu den noch erforderlichen Garnisons- und andern Ausgaben zu sammeln, theils um den Unterthanen nicht nachher neue Lasten aufzulegen, welches immer einen widrigen Eindruck macht. Es ist die Frage, ob nicht hierbei das Ansbachische etwas mehr belastet und dagegen den Bayreuthischen Erleichterung verschafft werden kann.

§ 218.

5. 5. Schutzgeld  
an den Landes-  
herrschaften als  
solchen.

Von einigen Ortschaften und Gemeinen wird dem Landesherrn als solchem ein gewisses Schutzgeld entrichtet, welches aber bei Regulirung der Steuer, welche vornehmlich für den Landeschutz gegeben wird, und gegen Beiziehung der Schutzverwandten zu solcher ohne merklichen Verlust wegfallen wird.

§ 219.

Zu den direkten Praestationen, welche von Unterthanen dem Landesherrn geleistet werden müssen, die man jedoch als baare Einkünfte nicht ansehen kann, ohnerachtet sie Lasten für ihn sind, gehören auch noch:

1. die Verpflichtung zum Militärdienst,
2. die Kriegsführen,
3. die Landfolge, Führen und Dienste zu allgemeinen Landesangelegenheiten, als z. B. Chaussee-Bau.

Hiebey erhalten die unmittelbaren, auf welchen die Bürde zeither allein lag, eine grosse Erleichterung durch Beiziehung der mittelbaren.

6. 6. Praestationen, die zwar nicht mit baarem Gelde, aber doch dem Landesherrn als solchem geleistet werden. Verpflichtung zum Militärdienst, Kriegsführen, Landfolge.

§ 220.

Die Judenschaft ist mit starken Abgaben belegt, die zu den Hauptdomainenkassen fliessen, vorhin im Ansbachischen etwa 7000 fl., im Bayreuthischen 2600 fl. betrug und unter allerley Vorwand, als Protitsteuer, Neujahrgelder, Pferde-gelder, Schutzgelder aufgelegt und eingezogen werden. So lange der Unterthan arm war, war der Jude reich. Jetzt verarmt der Jude. Das gemeinschaftliche Kassenwesen desselben wird itzt untersucht, so wie ihre ganze Existenz, wonach ein Besteuerungssystem für selbige festgesetzt werden muss, zu dem auch die mittelbaren Juden allerdings zuzuziehen seyn werden. Unterdessen sind der Ansbachischen, am mehresten zurückgekommenen und bedrückten Judenschaft 1500 fl. Pferde-gelder jährlich vorerst seit dem königlichen Regierungsantritt erlassen. Nach der Verfassung sollen eigentlich in den 6 Bayreuthischen Hauptstädten keine Juden sich ansetzen dürfen, daher ihnen die Schutzbriefe auf Bayersdorf ausgestellt werden. Jedoch sind die Juden in Bayreuth, wo man ihnen den Aufenthalt seit langer Zeit connivirt, häufig.

7. 7. Abgaben der Judenschaft.

§ 221.

B. B. Indirect-  
Abgaben:  
1. 1. Zölle.

Die indirecten Auflagen treffen sowohl im Ansbachischen als im Bayreuthischen entweder den Handel und die Geschäfte oder die Consumption. Zu erstern gehören vorzüglich die Zölle, welche in beiden Fürstenthümern mit 159 500 fl. rhein. auf den Etat gebracht sind und dabei die Beiziehung der Mediaten ebenfalls eine Mehrung bringt, ohnerachtet darauf gerechnet werden muss, dass die ihnen selbst sonst aufgelegten schweren Zölle sowohl in Absicht auf den Grundbesitzer als den Hintersassen aufhören, wodurch beiden eine grosse Erleichterung wiedertähr. An der Aufstellung richtiger Grundsätze fehlt es bei diesem Verwaltungszweige noch sehr, daher itzt eifrig daran gearbeitet wird, den Zolltarif so einzurichten, als ihn das Beste des Handels und das königliche Interesse vereint erfordern, und für jeden Zoll deutliche Bestimmungen durch Zollrollen zu geben. Zu den Zöllen werden, obgleich der Grund der Erhebung wohl ganz verschieden ist, die alten Wegegelder gerechnet, desgleichen der Viehaufschlag, welcher im Ansbachischen entrichtet wird, der Impost (als z. B. der hinzukommende von den roh ausgehenden Häuten, die Pferdekommissionsgelder — eine geringe Abgabe vom Pferdehandel —, Tabaksconcessionsgelder, Messgeleitsgelder etc.).

§ 222.

2. 2. Weggelder

Die Weggelder von den neuerbauten und noch erbaut werdenden Chausseen fliessen zur Unterhaltung derselben in die bei der Hauptdomainen-Kasse befindliche besondere Chausseekasse und sind oben § 185, 186 schon erwähnt.

§ 223.

3. 3. Concessi-  
onsgelder vom  
Handel.

Concessionsgelder vom Handel, Tabakslizenzgelder (im Bayreuthischen) fliessen in die Hauptdomainen-Kasse durch die einzelnen Amtsüberschüsse.

§ 224.

Sowohl im Ansbachischen als Bayreuthischen ist eine <sup>4. 4. Abgabe</sup> Abgabe auf Collateral-Erbschaften gelegt, die . . . Prozent <sup>von Collateral-</sup> vom freyen Erbvermögen beträgt. Die ist vorzüglich den <sup>Erbschaften.</sup> Zucht- und Tollhäusern zu ihrer Unterhaltung gewidmet.

§ 225.

Die beträchtlichste indirecte Auflage in beiden Fürstenthümern ist das Umgeld vom Getränke. <sup>5. 5. Umgeld</sup> Es wird nach sehr <sup>vom Getränke.</sup> verschiedenen Sätzen von Wein, Branntwein, Meth, Essig, vornehmlich vom Bier entrichtet und ist mit Rücksicht auf die vermehrte Einnahme von den Mittelbaren im Etat zu 112000 fl. für das Bayreuthische und 86000 fl. für das Ansbachische angesetzt. Man ist itzt eifrig damit beschäftigt, ein angemessenes Umgeldregulativ zu machen und, so viel als immer möglich, gleiche Sätze in beiden Fürstenthümern anzunehmen, die Misbräuche und in vielen Betracht schädlichen Ungleichheiten aufzuheben und die eingeschlichenen unrechtmässigen Befreyungen abzuschaffen. Da wo Privatbesitzer Umgeld erheben, wird man es ihnen, wenn sie den Titel darthun können, entweder nach der zu erlassenden Umgeldsordnung lassen oder ihnen eine Vergütung dafür geben. Im Ansbachischen ist bisher vom Eymer einländischen Wein 1 fl., vom ausländischen aber 3 fl. für das Feuillet oder Oxthoft gezahlt worden. Vom Bier am gewöhnlichsten 15 Xr. für den Eimer, welches nicht völlig 1 Pfg. vom Mass beträgt, jedoch mit vielen Ausnahmen und mit vielen einzelnen nachtheiligen Aequivalents-Zahlungen in unverhältnissmäßig bestimmten Summen. Im Bayreuthischen werden 2 fl. 30 Xr. von einem Eimer geringen Wein und vom guten 6 fl. 15 Xr. bezahlt, vom Bier aber  $1\frac{1}{4}$  Pfg. vom Maas. Also auch hierin ist das Bayreuthische vor dem Ansbachischen schwer belastet. Man glaubt 18 Xr. vom Eymer Bier als den Mittelsatz künftig in beiden Fürstenthümern anneh-

men zu können. Das Umgeld fließt in die Hauptdomainen-Kassen.

§ 226.

6. 6. Fleisch- Der Fleischaufschlag wird blos im Bayreuthischen ent-  
aufschlag. richtet, von jedem Pfund  $1\frac{1}{4}$  Pfg. rhein. Diese Einnahme  
ist zu 14 242 fl. im Etat in Anschlag gebracht, sie fließt  
in die Domainen-Kasse.

§ 227.

7. 7. Stempel- In Absicht auf den Gebrauch des Stempelpapiers, davon  
papier. die Einkünfte im Ansbachischen zur Hauptdomainen-, im Bay-  
reuthischen zu der landschaftlichen oder Hauptsteuerkasse  
gezogen werden, ist durch das vom König soeben vollzogene  
Stempeledict ein neues Regulativ festgesetzt worden, wobey  
sowohl auf die Einführung der preussischen Justizverfassung,  
als auf die Sicherung der Einnahme von diesem Artikel und  
deren billige Vermehrung geschen und die Einrichtung in  
den übrigen königlichen Staaten benutzt ist. Der Étatsan-  
schlag ist im Ansbachischen 12 500 tl., im Bayreuthischen  
ebensoviel, überhaupt also 25 000 fl.

§ 228.

8. 8. Einkünfte Als eine indirecte Abgabe gehört der Gewinn hierher,  
vom Salz- den die Landesherrschaft vom Salzmonopol macht, dafür itzt  
monopol. 12 000 fl. angeschlagen sind und dessen ich schon oben § 205,  
206 erwähnt habe.

§ 229.

9. 9. Von der Ferner ist die gewis beträchtliche Einnahme hierher zu  
Klassen- rechnen, die künftig die Klassen- und Zahlenlotterie aus den  
lotterie und Fürstenthümern ziehen wird und die bey dem Werth der-  
dem Lotto. selben und ihrem Beitrage für das Ganze der Monarchie  
immer mit in Anschlag kommen muss. Ich habe mich aus  
pflichtmässiger Ueberzeugung, so lange als irgend möglich



gewesen ist, gegen die Wiedereinrichtung des der Moralität und dem Wohlstande der Unterthanen so nachtheiligen und kreisschlusswidrigen Lotto durch Vorstellungen bei des Königs Majestät gesetzt, so unschädlich ich die Debitirung der Berliner Klassenlotterieloose würde gehalten haben. Nunmehr befolge ich die bestimmten königlichen Befehle.

### § 230.

Endlich müssen zu den Einkünften des Königs als Landesherrn noch die fiscalischen Strafen gerechnet werden, von denen ich nicht wünsche, dass sie viel vorkommen, und daher auch dieserhalb nichts auf den Etat gebracht ist.

10. 10. Die  
fiscalischen  
Strafen.

### § 231.

Als Grund- und Gerichtsherr zieht der König gleich den Privatbesitzern von seinen Gutsleuten, die man in Franken mit dem allgemeinen Namen Lehenleute belegt, Erbenzinse, Herrngült an Korn, Zehnten, Handlohn, Nachsteuer, von einigen das beste Haupt bei den Sterbefällen, Schutzgeld, Jurisdictions- und Polizeystrafen etc. Alle diese Einkünfte fliessen in die Hauptdomainen-Kassen, theils unmittelbar, theils mittelbar durch die Aemter.

β. Abgaben,  
die dem König  
als Grund- und  
Gerichtsherrn  
entrichtet  
werden.

### § 232.

Die Erbenzinse werden nicht nach den römischen Begriffen der Emphyteusis betrachtet, sondern sind gewisse vor Alters bestimmte unveränderliche Geldabgaben.

A. A. Erben-  
zinsen.

### § 233.

Unter dem Namen Herrngült werden sehr beträchtliche Korngefälle an die königl. Domainialrecepturen entrichtet, aus denen ein grosser Theil der Geldeinnahme durch Verkauf gezogen wird, nachdem die Naturalabgaben auf Besoldungen etc. davon gestanden sind. Oben § 200 ist erwähnt, wie

B. B. Herrn-  
gült.

beträchtlich diese Korneinnahme und wie nützlich sie für das Land ist.

§ 234.

C. C. Zehnten. Ebenso werden Zehnten, entweder in Früchten für königliche Rechnung wirklich erhoben oder verpachtet. Letzteres ist im Bayreuthischen mit vielem Vortheile an die Unterthanen selbst geschehen und unstreitig die wohlthätigste Art, diese Abgabe zu nützen, da der Pflichtige dabey am wenigsten belästigt wird und der Dünger dem Acker bleibt.

§ 235.

D. D. Handlohn.

Das Handlohn ist eine zufällige Abgabe, die dem Gutsherrn von jedem Veränderungsfall in Absicht auf den nutzbaren Besitz des Guts nach vorhergegangener Taxation bei jedem Fall und nach gewissen Prozenten, zum 5., 10., 20., 30. Theil des Werths entrichtet wird. Es giebt vielerley Arten desselben, je nachdem die Fälle verschieden sind: Sterbe-handlohn, Kaufhandlohn, Handrosshandlohn von einem Nebenhof, Neuhandlohn, wenn jemand von einem Kauf zurückgehet u. s. w. Es würde viel zu weitläufig seyn, hier die Verhältnisse auseinander zu setzen, die bey dieser Abgabe eintreten und die Gegenstände des neuen Provinzialgesetzbuchs mit abgeben werden. Sie hat das Gute für das Finanzinteresse, dass sie mit dem Werth der Güter steigt, auf der andern Seite ist sie drückend und ungewis; daher verdient es eine reife Ueberlegung, ob es nicht rathsam sey, solche in eine reine fixe Abgabe zu verwandeln, wobei aber vor allen Dingen darauf zu sehen seyn würde, dass solche nicht auf baares Geld, sondern auf Korn bestimmt würde, weil sonst bei fortwährendem Steigen des Werths der Dinge in der Folge der grosse Verlust dabey seyn würde. Unter den unbeständigen Geldgefällen, die bei den Aemtern verrechnet werden und die in beiden Fürstenthümern über 300 000 fl. betragen, machen die Handlöhne das mehreste aus.

§ 236.

Die Nachsteuer oder das Abschoss-Abfahrtsgeld wird sowohl dem König als mehreren Privatbesitzern und Corporationen entrichtet. Diese Abgabe wird einer näheren Bestimmung noch unterworfen werden müssen, da durch die Vindicirung der Landeshoheit die Grundsätze sich verändern. Bisher wurde Nachsteuer oft von einem Hause in das andere, in eben demselbigen Dorfe genommen.

E. E. Nachsteuer.

§ 237.

Das beste Haupt wird nicht allgemein, sondern nur hier und da, wo es nach der älteren Beschaffenheit der Güter hergebracht ist, bey Sterbefällen gegeben.

F. F. Beste Haupt.

§ 238.

Schutzgeld, Jurisdictions- und Polizeystrafen und andere gutsherrliche Einkünfte kommen ebenfalls vor.

G. G. Schutzgeld, Jurisdictions- und Polizeystrafen.

§ 239.

Die Hengst- und Sprunggelder will ich hier erwähnen, welche von den Unterthanen freiwillig für die Bedeckung ihrer Stuten durch die herrschaftlichen Hengste entrichtet werden. Die gehören weder eigentlich zu den landesherrlichen Einkünften, noch zu den gutsherrlichen.

H. H. Hengst- und Sprunggelder.

§ 240.

An persönlichen Praestationen sind die Gutsleute noch nach den sehr verschiedenen Verhältnissen zu Bau- und anderen Frohnen im Bayreuthischen, im Ansbachischen nur an wenigen Orten dem König als Gutsherrn verpflichtet. In diesem letzteren Fürstenthum haben die Unterthanen die Fuhren, welche sie der Herrschaft leisten müssen, grossentheils abgekauft und entrichten dagegen gewisse Anspanngelder. Bei den Privatbesitzungen sind theils gemessene, theils ungemessene Froh-

I. I. Andere persönliche Praestationen, Frohnen, die die Unterthanen als Gutsleute ausser jenen Geld- und Naturalabgaben entrichten.

nen. Dieser ganze, für den Bauernstand wichtige Gegenstand erfordert noch genaue Prüfung und Aufmerksamkeit bei dem Provinzialgesetzbuche.

§ 241.

7. Abgaben,  
die der Unter-  
than ausser  
dem vore-  
wühnten ver-  
möge des  
Societäts-Ver-  
bands trägt.  
A. A. Über-  
haupt.

Rechnet man zu den vorerwähnten Abgaben und Lasten, welche den Unterthanen als solchen oder als Gutsleuten aufliegen, noch diejenigen, die aus dem Societätsverbande herrühren, als die Gemein-Ausschläge wegen der Malefizkosten, welche in einigen Aemtern von den Unterthanen getragen werden müssen, gemeine Werke, die Durchmärsche, die Beiträge für Prediger und Schulmeister, die Sporteln, die unter den vorigen Regierungen zu den entsetzlichsten Misbräuchen Anlass gegeben haben, die aber nunmehr gehoben sind, da die Sporteln bestimmt sind und der Herrschaft verrechnet werden, so wird man finden, dass sie eine nicht geringe Bürde zu tragen haben. Indes sind sie doch bey weitem nicht so belastet, als in manchen andern Ländern, und ihr Wohlstand zeugt, dass ihre Arbeit und ihr Erwerb, wie es auch seyn muss, noch mehr werth sind, als ihre Auflagen.

§ 242.

B. B. Ver-  
waltung der  
Gemeingüter  
und Kassen.

Die Verwaltung der Gemein-Kassen und Gemein-Güter bedarf auch noch einer Verbesserung und grössern Aufsicht. Die Kammern werden sich damit beschäftigen und auch diesen, nachdem die Landeshoheitsgrundsätze geltend gemacht worden, erst recht anzugreifenden und zu übersehenden Gegenstand vornehmen, darüber ich auch hier nichts Bestimmtes sagen kann.

§ 243.

8. Einkünfte  
des Königs als  
Lehenherrn:  
A. A. von  
Lehen ausser-  
halb des Terri-  
torii.

Von höhern und adelichen Lehen geniesst der König als Lehnherr die Lehnwaren in den vorkommenden Herrn- und Vasallen-Fällen und hat die Aussicht der Consolidation

bei Apeuturen. Ausserdem sind die Vasallen unstreitig zu den Ritterdiensten nach dem Lehenrechte verpflichtet. Bey den Lehenen ausserhalb dem Territorio wird man diese Verfassung wohl lassen.

§ 244.

In solchen Fällen sind statt der Ritterdienste der Vasallen  $\frac{2}{5}$  pro 1000 des reinen Werths der Güter für jedes Ritterpferd als eine baare ständige Abgabe aufgelegt, wo gegen jene Verpflichtung aufhört.

B. B. Innerhalb des Territorii:  
1. f. Von adelichen Lehenen;  
a. a. Ritterdienste und Abgaben dafür.

§ 245.

Auch war es unbedenklich und rathsam, die Lehengüter gegen die Entrichtung eines jährlichen Canons von zwey vom Tausend des Werths ihrer Güter, da wo es die Vasallen selbst wünschen, zu allodificiren, da die ehemalige Rücksicht, durch die Consolidation die Streitigkeiten wegen der Landeshoheit zu heben, wegfällt, und der Canon für die ungewisse und entfernte Aussicht des Heimfalls entschädigt. Für den Gutsbesitzer aber ist die Allodification, die übrigens in den Familien-Verhältnissen und in der Erbfolge nichts ändert, eine grosse Wohlthat.

b. b. Allodification und Canon dafür.

§ 246.

Die Bürger- und Bauern- oder sogenannten Kanzley-Lehen werden nach und nach in Erbzinslehen verwandelt, und es sind bisher gegen einen Abtrag beständige Abgaben und Handlöhne auf solchen regulirt, wodurch das Kameralinteresse gewinnt. Alle diese und die in den vorhergehenden §§ erwähnten Lehenseinkünfte fliessen in die Lehenhofskasse zu Ansbach und Bayreuth, deren Ueberschüsse wiederum den Hauptdomainen-Kassen zugehen.

Von Bürger- und Bauern- oder sogenannten Kanzley-lehen.

§ 247.

Die übrigen königlichen Einkünfte rühren von der Benutzung der Regalien und anderer Domainialstücke her, als

r. Einkünfte aus der Benutzung der

Regalien und  
Domaniel-  
stücke.

der Bergwerke, der Forsten, der Jagd, einiger Brauereyen, der Fischereyen und einiger Pachtstücke. Jedoch giebt es in den Fürstenthümern keine grosse Landwirthschaften oder sogenannte Domainen-Pachtungen und Aemter.

Was über diese Gegenstände gesagt werden konnte, ist theils oben schon angeführt, theils beziehe ich mich auf die Uebersicht, welche die nachfolgenden Tableaux § 250 und 251 gewähren.

### § 248.

III. Allgemeine  
Bemerkungen  
in Absicht auf  
die Einnahme.

Die ganze Brutto-Einnahme ist nach den Etats für das Rechnungsjahr 1797/8 2,699,896 fl., ohne was vom Lotto und der Lotterie zu erwarten ist. Berechnet man hiernach den Ertrag nach der Zahl der  $115\frac{1}{2}$  Quadratmeilen, welche beide Fürstenthümer enthalten, so kommt auf jede derselben eine Einnahme von mehr als 23 000 fl. für den König, welches gewiss ein nicht unvortheilhaftes Verhältniß ist.

### § 249.

IV. Ausgaben.

Die Ausgaben betreffen entweder:

- 1.) Die innere Handhabung der Justiz und Polizey, die Verwaltung der geistlichen Güter und Vormundschaften, oder sie sind zur Erhebung der Einkünfte und zu ihrer Verwaltung, zur Obergerichts- und Aufsicht auf das Ganze nothwendig, oder sie sind
- 2.) milden Stiftungen oder Instituten bestimmt oder
- 3.) Pensionirung alter Staatsdiener und für Wittwen und Waisen, Unterstützung der Armen oder
- 4.) zum Schutze des Staats und wegen seiner auswärtigen und nachbarlichen oder staatsgesellschaftlichen Verhältnisse, zum Militair, als Beitrag zum Ganzen der Monarchie, als reichsgerichtliche oder Kreisausgaben ausgesetzt.

Diese Ausgaben betragen itzt 1 500 362 fl., darüber die oben erwähnten Tableau gleichfalls nähere Auskunft geben,

eine Summe, die in der Folge noch hoffentlich wird vermindert werden können, da viele Gegenstände itzt mehr erfordern, als künftig wahrscheinlich nöthig sein wird.

§ 250.

Das nachstehende Tableau ertheilt eine Vergleichung der Einkünfte und Ausgaben, wie sie bey dem Regierungsantritt des Königs im Jahre 1792 nach den von dem Geheimen Oberfinanzrath von Bärensprung entworfenen Etats für das Rechnungsjahr vom 1. Junius 1791—92 sich verhielten und wie das Verhältniß itzt nach den S. Königl. Majestät von mir übergebenen Etats vom 1. Junius 1797—98 vier Jahre nachher ausfällt. Sämmtliche Durchführungskosten sind dabey, wie es nothwendig geschehen musste, bei beiden Ansätzen weggelassen worden und man hat den nach den Etats für die Hauptkassen in solche fließenden Einnahmen und daraus zustehenden Ausgaben die Aemter-Einnahmen und die Aemter-Ausgaben hinzugesetzt, um beides Brutto und im Ganzen darzustellen. Man hat das Glück gehabt, es dahin zu bringen, dass die Einnahme um 588 722 fl. jährlich vermehrt ist, der Ueberschuss aber um 343 986 fl. jährlich.

V. Allgemeine  
Uebersicht der  
Einnahme und  
Ausgabe Brutto und Ver-  
gleichung des  
Verhältnisses  
von 1797/8  
gegen das bey  
dem R gierungs-  
antritt  
1791/2.

§ 251.

Bey jeder der beiden Kammern sind zwey Hauptkassen, die Hauptsteuer- oder landschaftliche Kasse und die Hauptdomainen-Kasse. Ausserdem sind mehrere Nebenkassen, als die Forst-, Umgelds-, Zoll-, Bau- und Chausseekasse, Creditorenkasse, nach der Verschiedenheit der Stände eingerichtet. In Ansbach ist eine fränkische Haupt-Kriegs-Kasse, die als eine Nebenkasse der Generalkriegskasse zu Berlin anzusehen ist, mit welcher sie in beständiger Verbindung steht. Für sie wird jährlich ein eigener Etat als Supplement des Generalkriegskassen-Etats gemacht. Seine Zuflüsse erhellen aus dem § 81 oben. Bei den Collegien sind allenthalben Salarien-Kassen etablirt, in welche die Sporteln fließen. Ebenso in

VI. Kassen-  
wesen.



jedem Kreise eine Salarienkasse, daraus das Kreispersonal und die Beamten bezahlt werden. Für Cautionen und Controlle ist allenthalben vorschriftsmässig gesorgt.

### § 252.

#### VII. Rechnungswesen.

Die Rechnungen der fränkischen Fürstenthümer gehen an die Ober-Rechnungskammer nach Berlin, und des Königs Majestät haben in Absicht auf das Rechnungswesen am 22. Juny 1795 eine eigene Instruction zu vollziehen geruhet, nach welcher sowohl als nach den neuern allgemeinen Befehlen vom 4. November 1796 und 18. Januar 1797 sich gerichtet wird. Die zu markgräflichen Zeiten verworrene und weitläufige Rechnungsmethode ist abgeschafft und nach preussischer Verfassung eine übersichtliche eingeführt. Städtische, geistliche und andere Rechnungen der milden Stiftungen, welche nicht 2000 fl. an Einkünften haben, gehen nicht an die Ober-Rechenkammer und werden in den Fürstenthümern selbst abgenommen.

### § 253.

#### VIII. Schulden.

Bei dem Regierungs-Antritt übernahm der König nachfolgende Schulden: (Siehe Tabelle Seite 201).

Der Herr Markgraf hat deren bei seinem Regierungsantritt sowohl zu Ansbach als zu Bayreuth weit mehr gehabt, die aber vorzüglich durch die englischen Subsidien für die im amerikanischen Kriege dieser Krone überlassenen Truppen bis auf obige Summe vermindert und die sonst höher gestandenen Zinsen auf den Fuss von mehrertheils 4 proc. herunter gesetzt worden. Die 394 061 fl. waren die Landeskassen dem Allodialvermögen des Herrn Markgrafen schuldig. Gegenwärtig vom 1. Juny 1797 ist der Schuldenstand folgender bei allen vier Hauptkassen: (Siehe Tabelle Seite 202).

	Der Herr Mark- graf		Privat- Personen		Cautionen		Depositen		Pia corpora		Summa
	fl.	xr.	fl.	xr.	fl.	xr.	fl.	xr.	fl.	xr.	
Ansbach											
Land- schaftliche Steuerkasse	205,000		301,820		8,250				195,502		711,172
Haupt-Do- mainenkasse	188,461	15 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	305,225	13	100,953	45			202,916	49 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	798,557 <sup>41</sup> / <sub>2</sub>
Bayreuth											
Land- schaftliche Kasse			534,861	49 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	40,086	45 <sup>5</sup> / <sub>8</sub>			150,384	47 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	725,333 <sup>237</sup> / <sub>4</sub>
Hauptdo- mainenkasse			910,636	35 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	116,615	50	183,618	59	427,597	30	1,638,468 <sup>551</sup> / <sub>2</sub>
Summa	394,061	15 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	2,052,343	381 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	265,906	20 <sup>3</sup> / <sub>8</sub>	183,618	59	976,401	71 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	3,873,331 <sup>237</sup> / <sub>8</sub>

	Un- verzinslich		zu $2\frac{1}{2}$ pc.		zu 3 pc.		zu $3\frac{1}{2}$ pc.		zu 4 pc.		zu $4\frac{1}{2}$ pc.		zu 5 pc.		Summa	
	fl.	xt.	fl.	xt.	fl.	xt.	fl.	xt.	fl.	xt.	fl.	xt.	fl.	xt.	fl.	xt.
Des Herrn Markgrafen									176,800						176,800	10
An Privat- personen	12	44					280,148	20	1,482,795	$20\frac{1}{2}$			28,460	$64\frac{1}{2}$	1,771,417	10
An pia cor- pora							7,478		967,727		22,062	30	275,092	$17\frac{1}{2}$	1,272,359	$47\frac{1}{2}$
An Cautionen	9,235	50	20,869		3,475		3,900		262,931				26,105		326,515	50
Summa	9,248	34	20,860		3,475		271,526	20	2,890,253	$20\frac{1}{2}$	22,062	30	329,658	12	3,547,092	$57\frac{1}{2}$

Die Schulden betragen also weniger, als bey dem Regierungs-Antritt Seiner Königl. Majestät,

360 437 fl. 40<sup>3</sup>/<sub>8</sub> Xr.,

welche seit 1792 abbezahlt worden. Darunter sind die saemmtlichen Bayreuther Depositengelder, die verfassungsmässig der Regierung zurückbezahlt sind, begriffen, desgleichen der beträchtliche Abtrag, der an den Markgrafen geschehen ist. Für die landschaftlichen Schulden zu Bayreuth sind von den Ständen Verschreibungen ausgestellt, sie betragen noch 676 571 fl. 37 Xr. Bei fernerer Schuldenabzahlung wird darauf zu sehen seyn, vorzüglich diejenigen zu wählen, die man auswärts schuldig ist, übrigens aber die Kapitalien der milden Stiftungen, armer Privatpersonen und des Herrn Markgrafen — letztere wegen der oben § 120 angeführten Ursache — der Regel nach vorerst bezubehalten, eine Reduction der Zinsen, ausgenommen bei milden Stiften und nothdürftigen Privatpersonen, die dabei zu sehr verlieren würden, vorzunehmen und die Kautions-Kapitalien möglichst los zu werden, oder auch nur gegen geringe Zinsen zu behalten. Ich hatte bey des Königs Majestät darauf angetragen: von den vorhandenen Beständen 200 000 fl. gleich zu Bezahlung von Schulden anwenden zu dürfen, wodurch nicht allein wenigstens an 8000 fl. Zinsen sogleich erspart worden, sondern ein Theil jener Zwecke erreicht und zum weitem Abtrag ein Fond von 10, 12 bis 14 000 fl. jährlich erfolgt wäre, ohne im Etat dafür weiter etwas aussetzen zu dürfen. Da S. Königl. Majestät aber jene 200 000 fl. mit zu der Dispositions-Kasse gezogen haben und die nothwendige Beibehaltung der eisernen Fonds und anderer Gegenstände nicht gestatten, voritzt andere Summen dazu auszusetzen, so muss die Ausführung dieses Plans anstehen, bis die Ueberschüsse etwa wiederum erlauben, ihn zur Hand zu nehmen. Indes wird man auf die Zinsreductionen bei den Kautionen und andern Kapitalien möglichst Bedacht nehmen, um durch die Zinsersparung dem Amortissementsfond zu Hülfe zu kommen.

§ 254.

IX. Acti -  
forderungen

Die Activforderungen bei den Hauptkassen, welche dem König bei dem Regierungs-Antritt mit zufielen, betrugen 148 215 fl. Es waren aber darunter über die Hälfte misliche, deren Wiederbezahlung nie zu erwarten stand. Hiervon sind seitdem 40 667 fl. theils eingegangen theils niedergeschlagen, und ist itzt der Bestand folgender:

1. niedergeschlagene oder eingegangene	40 667 fl. — Xr
2. solche, deren Wiederbezahlung zu erwarten ist	39 034 „ 30 „
3. misslich stehende	68 513 „ 30 „
wie oben	<u>148 215 fl. — Xr.</u>

§ 255.

X Besonders  
eingesetzten  
Creditoren  
Kassen- und  
Zinszahlung

Zu besonderer Uebersicht des Kassen-Creditwesens sind bei jeder Hauptkasse besonder: Creditoren-Kassen eingerichtet, in die die Zinsen von Activis fließen und daraus die Zinsen von Passivis gezahlt werden. Die Hauptkassen schiessen das Fehlende zu und bringen es im Ganzen in Ausgabe.

Die Zinsen von Schulden betragen	
gegenwärtig	143 184 fl. 42 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> Xr.
Die Zinsen von Activis	<u>1 440 „ 19<sup>3</sup>/<sub>4</sub> „</u>
Ist der Zuschuss	141 744 fl. 22 <sup>3</sup> / <sub>4</sub> Xr.

§ 256.

XI. Acquisiti-  
onen und Ver-  
äusserungen-  
seit 1791-1792.

Seit dem Regierungs-Antritt Sr. Kön. Majestät sind Acquisitionen gemacht worden:

Im Ansbachischen:

Einige Grundstücke für	13 055 fl.
Im Bayreuthischen für	270 596 „
darunter die Rittergüter Caulsdorf, Wüstenstein und Neuses sind	
Ueberhaupt für	<u>283 651 fl.</u>
Dagegen sind aus entbehrlichen und lästigen Grundstücken gelöst:	
Im Ansbachischen	37 467 fl.
Im Bayreuthischen	<u>4 620 „</u>
	42 087 fl.
Betragen die Acquisitionen mehr	241 564 fl.

### § 257.

Ausser den hierzu und zu Abtragung der Schulden erforderlichen Geldern sind noch sehr beträchtliche, ganz ausserordentliche Ausgaben aus den Kassen der fränkischen Fürstenthümer gestanden worden, deren Betrag, falls sie nicht geschehen wären, die Ueberschüsse hätten vermehren müssen. Darunter sind allein 244 527 fl. rückständige Zinsen an den Markgrafen von seiner Regierungszeit her, welche er den Kassen von seinen Allodial-Kapitalien erlassen hatte, der Ankauf des Gestüts zu Triesdorf, die Kosten bei dem Regierungsantritt Sr. Königl. Majestät, verschiedene baare Zahlungen auf höchsten Befehl, als für das Gemälde der Clairon von Vanloo, Kühe nach Potsdam, Transport des Münzkabinetts nach Berlin, Kosten der Zusammenziehung der Truppen im Jahre 1792, insofern solche nicht aus der Hauptfeldkriegskasse gestanden worden, Kommissionen zur Errichtung des Justizwesens, des Rechnungswesens, Kosten der ersten Conscription, meine saemtliche Missions-Kosten von 1793, 1794 und 1795, wie auch die Missions-Kosten des Geheimen Legationsraths Gervinus nach Paris, Besoldung des General Heyman statt der Legationskasse u. s. w. Alles dieses hat über 530 000 fl. betragen.

XII. Ausserordentliche Ausgaben, welche aus den fränkischen Kassen bestanden werden.

§ 258.

XIII. Kassen- bestände.	Am Schluss des Rechnungsjahres 1. Juny 1796 betrugen die baaren Bestände der vier Hauptkassen:	
	mit den Resten, auf deren Einziehung gewiss zu rechnen war, incl. 50 000 fl. aus der Salzkasse	1 007 812,23 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>
	in der Holländischen Subsidienkasse waren noch	14 000
		<hr/> 1 021 812,23 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>

Die baaren Bestände der vier Hauptkassen betrugen bei dem Regierungsantritt nach der Untersuchung und dem Bericht des Geheimen Finanzraths von Bärensprung, incl. der damaligen Holländischen Subsidien-Kasse, deren Bestand 50 527 fl. 12 Xr. betrug, und 50 000 fl., die von dem Vorrath der Salz-Kasse als disponibel anzusehen waren 468 237,18

An alten Resten, deren Exigibilität untersucht wurde, waren vorhanden 335 998 fl. 20 Xr., davon wurde die Hälfte als exigibel angenommen mit 111 999,40

Beides zusammen angeschlagen zu 580 272,58

Also mehr 441 539,43

Die Bestände der Aemterkassen und Unterrecepturen sind bei beiden Ansätzen so wenig in Rechnung gebracht als die Getreid-Vorräthe, da man solche ungefähr als gleich annehmen kann. Von jenen 1 007 812 fl. 27<sup>1</sup>/<sub>4</sub> Xr. (sic.!) haben des Königs Majestät zur Dispositions-Kasse ausgezahlt erhalten 410 000 fl. 400 000 fl. sind zu den eisernen Kassen-Beständen bestimmt, die in den fränkischen Fürstenthümern nicht



geringer seyn dürfen, weil die Einnahme nicht in grossen Summen und zu gewissen Summen und zu gewissen Zeiten eingehen, sondern aus dem Getreid- und Holzverkauf, unständigen und in kleinen Summen kommenden Einkünften bestehen, 197 812 fl. 23<sup>1</sup>/<sub>4</sub> Xr. zu mehreren noch nöthwendigen Einrichtungen, als Catastrirung, Hypothekenbücher u. s. w. ausgesetzt worden.

§ 259.

Es sind noch mehrere veraltete Forderungen vorhanden, von denen sehr zweifelhaft ist, ob man sie je wird geltend machen können; indes können sie dennoch in günstigen Zeitpunkten benützt werden. Dahin gehören 80 000 fl. aus einer Schuldverschreibung Kaiser Ferdinands II. nach damaliger Währung nebst rückständigen Zinsen. Nach einer Liquidation von 1720 345 000 fl. wegen eines 1622 wegen der Herrschaft Seefeld und Schweinhart gezahlten Kapitals von 74 000 fl. an Oesterreich, desgleichen die Praetension auf die ungarischen Herrschaften Haurad und Juley, 100 000 fl. ungefähr an Frankreich wegen Fourage-Lieferungen aus dem siebenjährigen Kriege, 20 000 Pfund Sterling an England von dem markgräflichen Subsidiën-Tractat, ungefähr 300 000 fl. an Holland wegen des letzten Subsidiën-Tractats, endlich die neuern Forderungen an Frankreich und Oesterreich wegen der Durchmärsche, Lieferungen und Verheerungen im gegenwärtigen Kriege. Die Forderungen an die Republik Holland betrugen bei dem königlichen Regierungsantritt 30 102 fl. 12 Xr., also itzt mehr 269 898 fl. Man hat nichts versäumt, solche nicht so hoch anschwellen zu lassen, alle Bemühungen sind aber fruchtlos gewesen.

XIV. Auswärtige Forderungen.

§ 260.

Rechnet man zusammen:	fl.
1. Die abbezahlten Schulden (§ 253)	366 437
2. Die Acquisition an Grundstücken (§ 256)	283 437

XV. Verbesserung des Vermögens und der Einnahme seit dem Rechnungsjahr 1791-1792.

3. Die gestandenen ausserordentlichen Ausgaben (§ 257)	530 000
4. Die Kassenbestände (§ 258)	1 021 812
5. Die Forderung an Holland	300 000
	<hr/>
	2 501 900

Und davon wieder ab:

1. Die Verminderung an den zu 74 107 fl. angenommenen sichern Activ-Kapitalien (§ 254)	35 073
2. Die veräusserten Grundstücke (§ 256)	42 087
	<hr/>
	77 160
3. Die Kassenbestände von 1791, 1792 (§ 258)	580 272
4. Die dermalige Forderung an Holland	30 102
	<hr/>
	687 534

so ergiebt sich eine Vermehrung des

Vermögens während der 5 Rechnungs-

jahre von 1791—1796 von 1 814 366

welche auf das Jahr 362 873<sup>1</sup>/<sub>5</sub> fl. Plus gegen die Etats darlegen, da ausserdem alle ordentlichen Ausgaben gestanden sind und ohnerachtet erst vom 1. Juny 1796 an der Anfang gemacht worden, die Landeshoheits-Grundsätze geltend zu machen, daher auf die daraus entstehende Mehrung auf das Vorhergehende nicht zu rechnen ist. Dieses vortheilhafte Resultat entsteht vornehmlich von den hohen Getreidepreisen und dem überhaupt gestiegenen Werthe der Dinge. Wenn hierbey weiter erwogen wird, dass die Etats vom 1. Juny 1797 an eine Mehrung an jährlichen Einkünften von 588 722 fl. gegen 1791—92 zeigen, dazu die Durchsetzung jener Rechte nun das Ihrige mit beiträgt, dass Hoffnung vorhanden ist, solche noch weiter zunehmen zu sehen, so darf man sich schmeicheln, dass die Resultate der Verwal-

tung der fränkischen Fürstenthümer zu S. K. Maj. gnädigster Zufriedenheit gereichen werden.

§ 261.

Es sey mir nur noch erlaubt, den Wunsch hinzuzufügen, dass diese Provinzen, welche die Wiege und das Stammhaus des hohen Hauses Brandenburg sind, die auf einem fruchtbaren gesegneten Boden eine ansehnliche Zahl von wenigstens 420 000 gutgesinnten Menschen enthalten, ein ansehnliches gegen 10 000 betragendes Truppen-Corps schon nach ihren itzigen Kräften, ohne Zufluss aus den übrigen Königlichen Staaten, erhalten und dennoch Ueberschuss zur Königlichen Disposition liefern konnten und künftig nach den Umständen weiter liefern können, dass Provinzen, die mitten in Deutschland liegen und noch so mancher successiven Verbesserung fähig sind, insofern es die Umstände gestatten, der preussischen Monarchie durch weitere Länder-Acquisitionen sowohl in politischer als militärischer Rücksicht noch nützlicher gemacht werden mögen.

Schluss.

Glücklich werde ich mich schätzen, nach äussersten Kräften und mit Hülfe der mir nachgesetzten eifrigen und treuen königlichen Dienerschaft, darunter ich auch noch den Räthen meines eigenen Departements das Lob des treuesten Dienst-eifers und angestrengtesten Fleisses bei der neuen Organisation und Einrichtung der preussischen Verfassung ertheilen muss, ferner daran zu arbeiten, die Verwaltung dieser Provinzen der Vollkommenheit immer näher zu bringen, und dabei die beiden unzertrennlichen Gegenstände, Wohl der Unterthanen und Vortheil des Königs, immer vor Augen haben. Sollte diese Absicht nicht ganz erfüllt werden, treten Fehler und menschliche Schwachheit ein, so werden doch red-

licher, guter Wille und angestregtes Bestreben Entschuldigung gewähren, um die ich auch wegen der in diesem Aufsatz enthaltenen Mängel bitte, die ich nach und nach zu verbessern und zu ergänzen mir vorbehalte.

Berlin, den 10. Junius 1797.

Hardenberg.

---



